Kursbuch 57

Der Mythos des Internationalismus

Tilman Spengler, Wenn China nicht klappt
Erich Wulff, Besuch in Saigon, Januar 1979
Gilles Manceron, Die Chinesen in Vietnam
Stephen Heder, Bruderzwist unter Schwesterparteien
Noam Chomsky, Indochina und die imperiale Ideologie
Dossier: Kambodscha/Kampuchea
Tom Nairn, Das Elend des Internationalismus
Detlev Claussen, »Wenn wir uns wie ein Frosch aufblasen«
Dossier: Die ewigen Sieger
Peter Neitzke, Parteiliche Bestechlichkeit
D. Cohn-Bendit, J. Fischer, R. v. Plottnitz, R. Reiche, D. Wetzel, Eine Diskussion über Internationalismus

Kursbuch/Rotbuch Verlag *8 Mark*

79-1915

Kursbuch

Herausgegeben von Karl Markus Michel und Harald Wieser
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

Goethe Institut e.V. Bibliothek
95 Kur
ausgeschieden am: Oktober 1979

57 Der Mythos des Internationalismus

Mitherausgeber dieses Heftes: Tilman Spengler

Chinesischer Knoten 1
Søren Clausen, Den Jangtsekiang hinab 2
Tilman Spengler, Wenn China nicht klappt 9
Tilman Spengler, Pekinger Pictogramme 33
Erich Wulff, Besuch in Saigon. Januar 1979 39
Gilles Manceron, Die Chinesen in Vietnam 59
Stephen Heder, Bruderzwist unter Schwesterparteien. Die Entwicklung der kommunistischen Parteien Südostasiens 73
Noam Chomsky/Edward S. Herman, Indochina und die imperiale Ideologie 85
Dossier: Kambodscha/Kampuchea. »Die Wahrheit in den Tatsachen suchen« – und was dabei herauskommt 99
Khieu Samphan, Die dringendsten nationalen Bedürfnisse 99
Lek Hor Tan, Kambodschas totale Revolution 103
David Boggett, Das Demokratische Kampuchea und die Menschenrechte 113
Ben Kiernan, Die Erfahrungen der Frau Hong Var im Kampuchea der Jahre 1975-1979 122
Ben Kiernan, Die Volksrepublik Kampuchea: die ersten vier Monate 129
Tom Nairn, Das Elend des Internationalismus 137
Detlev Claussen, »Wenn wir uns wie ein Frosch aufblasen . . .« Marxismus-Leninismus als Sackgasse des Internationalismus 165
Dossier: Die ewigen Sieger. Westdeutsche Kommunisten zu Kambodscha, Vietnam, China 175
Peter Neitzke, Parteiliche Bestechlichkeit. Erfahrungen mit dem Schicksal unseres Internationalismus 187
Daniel Cohn-Bendit, Joschka Fischer, Rupert von Plottnitz, Reimut Reiche, Dietrich Wetzel, Kopfschrott oder Gefühlsheu? Eine Diskussion über Internationalismus 199

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 6, im Einzelverkauf DM 8. Anschrift der Redaktion: Kursbuch/Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Harald Wieser. © 1979 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Beilagen: Diogenes Verlag, pädex-Verlag, Rotbuch Verlag, Syndikat Verlagsgesellschaft, Wohlthat'sche Buchhandlung.

Chinesischer Knoten

»Ein Mann aus Lu schenkte dem König Yüan von Sung einen Knoten. Der König ließ einen Befehl durch das ganze Land gehen, daß alle geschickten Leute kommen sollten, um [zu versuchen], den Knoten aufzulösen. Aber niemand vermochte ihn aufzulösen. Ein Schüler des [Redemeisters] Erh Shuo bat, sich ebenfalls an die Aufgabe heranwagen zu dürfen. Aber es gelang ihm nur, die eine Hälfte des Knoten zu lösen, die andere konnte auch er nicht aufbekommen. Da sprach er: ›Es ist nicht so, daß man [diesen Knoten] auflösen kann und nur ich nicht imstande bin, es zu tun, sondern er läßt sich überhaupt nicht auflösen.‹ Man befragte den Mann aus Lu [von dem der Knoten stammte], und der sagte: ›Ja, man kann ihn tatsächlich nicht auflösen. Ich habe ihn [selbst] gemacht und weiß daher, daß er nicht auflösbar ist. Aber einer, der ihn nicht gemacht hat und doch weiß, daß man ihn nicht lösen kann, muß noch kunstfertiger sein als ich.‹ So hat der Schüler des Erh Shuo den Knoten dadurch gelöst, daß er ihn nicht gelöst hat.«

»Frühling und Herbst des Lü Pu-wei« (*Lü-shih ch'un-ch'iu*), 4. Jahrhundert v. Chr.; zit. nach: Wolfgang Bauer, *China und die Hoffnung auf Glück*, Carl Hanser, München 1971, S. 575

Søren Clausen
Den Jangtsekiang hinab

Wenn man im westchinesischen Zhongqing (in der Provinz Sichuan) ist und nach Wuhan in Zentral-China will, dann gibt es eigentlich nur eine vernünftige Reiseart: mit der Flußfähre. Zhongqing, während des Zweiten Weltkriegs vorübergehend Chinas Hauptstadt, und die riesige Industriestadt Wuhan sind durch den Jangtsekiang miteinander verbunden, den Großen Fluß, wie er ganz einfach auf Chinesisch heißt, den Sohn des Meeres. Flußabwärts gehen die Schiffsfahrten auf dieser Strecke schnell. Die rund zweitausend Kilometer werden in 72 oder etwas mehr Stunden zurückgelegt, je nach Stärke der Strömung. Flußaufwärts, also nach Westen, dauert die Fahrt mindestens doppelt so lange.

Das Boot heißt, wie alle Fähren, »Der Osten ist rot« und trägt die Nummer 48. Gerade bin ich unten gewesen und habe mir die Maschine angesehen, die ihre Schwingungen durch das ganze Schiff schickt und meine Teetasse zum Tanzen bringt. Rund um den Maschinenraum, in unerträglicher Hitze und unerträglichem Lärm, liegen die Schlafsäle der 5. Klasse, zwei große Räume mit dicht zusammenstehenden Kojenbetten. Die Fähre ist eine schwimmende Klassengesellschaft mit fünf Decks und fünf Klassen, ein Gewirr von Treppen und Gängen. Jede Klasse hat ihre eigenen Toiletten, Baderäume, Aussichtsplätze, Speisesäle und so weiter. Sie ist ein Bild der chinesischen Gesellschaft *en miniature*: ganz unten, um den Maschinenraum, wohnen die Bauern; man spuckt auf den Fußboden, und in den Ecken liegt Weißkohl in Haufen. Darüber ist ein Deck mit jungen Arbeitern und niederen Funktionären, Familien mit Kindern; hier spuckt man, solange es geht, in dazu aufgestellte Näpfe und ißt Süßigkeiten. In der 3. Klasse sind wohlsituierte Leute mit anständigen Manieren – die stehen nicht gaffend herum, wenn sie einen Ausländer sehen, sondern versuchen, sich normal zu benehmen. Sie wohnen in Räumen mit acht Kojen und einem Waschbecken. Lesen ist ihr Lieblingszeitvertreib.

Dann kommen wir zu meiner eigenen Klasse, den Zweierkabinen vorne im Bug der Fähre, wo es warmes und kaltes Wasser gibt, einen Aussichtssalon, einen Speisesalon und ein Promenadendeck. Ich bin der einzige Ausländer an Bord – und die Behörden erlauben nicht, daß man billiger reist als in dieser Klasse. Alle anderen sind Intellektuelle, Professoren und Journali-

sten, einzelne höhere Funktionäre und ein paar Offiziere. Es ist eine Klasse, wo es wirklich Manieren gibt. Man fragt nicht: »Wer bist Du?«, sondern: »Ihr geehrter Familienname, bitte?« Die Unterhaltung im Aussichtssalon mit den schönen Möbeln dreht sich um Kunst und Geschichte. Dann ist da noch die 1. Klasse, ganz oben auf dem Sonnendeck. Der Zutritt dorthin ist nicht gestattet; ich weiß also nicht, ob jemand dort ist.
Überall auf dem Schiff wachen Lautsprecher über unsere Sicherheit und unser Wohlergehen. Jede zweite Minute wird das laufende Rundfunkprogramm durch eine Ermahnung unterbrochen: »Genossen, die bei der nächsten Fährstelle aussteigen, sollten sich jetzt lieber fertig machen. Paßt auf, daß ihr nicht stolpert, wenn ihr an Land geht.« – »Genossen, die noch nicht zu Mittag gegessen haben, müssen sich sofort zum Speisesaal begeben. Der Speisesaal wird bald geschlossen.« – »Vergeudet das Essen nicht. Wenn ihr Euren Reis nicht aufessen könnt, dann bittet das nächstemal das Personal um eine kleinere Portion. Denkt daran: wenn alle Chinesen täglich ein Reiskorn sparen, ergibt das im Jahr 15 000 Tonnen Reis!« – »Vertraut euer Gepäck nicht Leuten an, die ihr nicht kennt. Der Klassenkampf ist äußerst kompliziert!«
Die Lautsprecher bestimmen, wann jemand sich zum Schlafen legen und wann jemand aufstehen und sich waschen soll. Sie sind die ganze Zeit hinter uns her wie eine besorgte Mutter. Am unerbittlichsten sind sie morgens, und sie lassen sich nicht ausschalten »Steht auf, verehrte Arbeiter – Bauern – Soldaten – Fahrgäste. Es ist sechs Uhr. Laßt uns zusammenarbeiten, um den großen Plan der ›vier Modernisierungen‹ noch vor Ende dieses Jahrhunderts zu verwirklichen.«

Am ersten Tag stehe ich lange an der Reeling der 3. Klasse und genieße die Szenerie. Die Fähre müht sich schwer und prosaisch durch ein klassisches chinesisches Landschaftsgemälde mit steilen Felsen, waldbedeckten Berghängen, Pagoden, die halb im Nebel versteckt sind. Unmittelbar über meinem Kopf gellt der Lautsprecher. (In meiner Klasse wird er schnell leiser, wenn jemand das Musikradio anstellt.) Es ist eine Sendung über den verstorbenen Ministerpräsidenten Zhou Enlai. In einem kreischenden Sprechchor schwört eine Gruppe kleiner Kinder Zhou Enlai ewige Treue: »Geliebter Großvater Zhou, ruhe unbesorgt; wir werden die Erinnerung an dich ewig bewahren und den Weg weitergehen, den du gewiesen hast, werden die Fahne der Mao Tse-tung-Ideen hochhalten, die ›vier Modernisierungen‹ verwirklichen . . .« Zwischen den Sprechchören werden die Kinder von einer dem Weinen nahen Lehrerinnenstimme ermahnt. Dann heben, in mickymaushaftem Tempo und in mickymaushafter Tonhöhe, die Sprechchöre wieder an.
Während wir so weitertuckern, muß ich an den Tränenstrom denken, den

Zhou Enlai verursacht hat. Ich habe selber erlebt, wie heftig meine Kommilitonen an der Universität Peking weinten, als im Januar 1976 die Nachricht von seinem Tode bekannt wurde. In einer Fabrik habe ich an einem Gedenktreffen für Zhou teilgenommen. In den darauffolgenden Monaten entwickelten sich die Gedenkfeierlichkeiten für Zhou zu heftigen Massenkundgebungen, mit dem Quing Ming-Fest (dem chinesischen Allerseelen) als Höhepunkt – der Kundgebung auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, im April 1976.

Mit diesen Kundgebungen nahm allmählich eine politische Bewegung Gestalt an. Die Bewegung war teils gegen den Maoismus und seine Vertreter gerichtet, teils gegen eine undemokratische Stadtverwaltung, die mehr durch die Sicherheitspolizei als durch die Revolutionskomitees herrschte. Damals – 1976 – haben die Sicherheitsorgane die Proteste niedergeschlagen, Hunderte wurden eingesperrt und mißhandelt. Zweieinhalb Jahre später – im November 1978 – wurden sie endlich entlassen, und zwar als Helden und Vorkämpfer der Freiheit. Die Entlassung war der unmittelbare Auftakt zu der Welle von Kundgebungen und Wandzeitungsdebatten, die Peking und Schanghai im Winter geprägt haben, Forderungen nach Freiheit und Demokratie. Diese Bewegung hat die Bewunderung für Zhou Enlai als ihr Symbol fortgeführt.

So spielt Zhou Enlai auch nach seinem Tode eine wichtige Rolle. In gewissem Sinne eine revolutionäre Rolle. Doch was sollen diese albernen Sprechchöre? Der Zhou Enlai-Kult enthält auch ein Element sentimentaler Selbstbefriedigung. Man weint in Gemeinschaft und wird dabei ein neuer Mensch.

Der Kinderchor schließt mit einer schrecklich langen Liste wohlbekannter politischer Schlagwörter. Die kleinen Stimmen drohen vor Anstrengung zusammenzubrechen. Und wir bewegen uns gemächlich die Stromschnellen des Jangtse hinab. Eine in fröhlichen Farben bemalte Fähre mit fünf Decks und fünf Klassen und den schnarrenden Lautsprechern, die politische Schlagwörter in ein klassisches Landschaftsgemälde hinausblasen, das unberührt, durch Alter überhöht erscheint. Wie sich die Schlagwörter des Kinderchors wohl von dort draußen anhören – im Gemälde? Sicherlich wie unverständliche kleine Schreie, unbegreifliche Signale des Neuen an das Alte China.

Abends legt die Fähre in Wanxian an, dem letzten Halt vor den Felsenschluchten. Wir gehen für einige Stunden vor Anker. Der Wasserstand ist so niedrig und die Durchfahrt so schmal, daß der Steuermann die Fahrt durch die Schluchten bei Dunkelheit nicht wagt. Die meisten Fahrgäste strömen sofort an Land und laufen um die Wette endlose Treppen hinauf, hoch ins Gebirge hinein, nach Wanxian und zum Mandarinen-Kauf.

Die berühmten Mandarinen aus Wanxian sind groß und frisch und in ganz

China als die besten bekannt. Innerhalb weniger Sekunden wird der Platz zu einem undurchdringbaren Menschengewirr. An der Theke vorn pressen sich die Leute an die Schultern derjenigen, die gerade bedient werden. Der Schuppen schwankt unter dem Druck der Menschenmenge. Sonderbar, diese Panik. Dabei ist für alle genug da. Ich sichere mir einen Korb voll und klettere wieder zum Schiff hinunter, eifrig betreut von zwei Herren aus dem Ort. Ihre einzige Aufgabe heute abend besteht wohl darin, dafür zu sorgen, daß der ausländische Gast spornstreichs zum Schiff zurückkehrt, wenn er seine Mandarinen gekauft hat.

Als ich wieder auf dem Schiff bin, besucht mich der Koch in der Kabine. Er leistet eine enorme Arbeit, achtzehn Stunden am Tag. Wenn er nicht in der Küche ist und ausgesuchte Gerichte für den Speisesaal der 2. Klasse zubereitet, oder im Kesselraum, um frischabgekochtes Wasser für die Fahrgäste zu holen, dann ist er im Aussichtssalon, wo er als Reiseführer für die chinesischen Fahrgäste dient. Über jeden Berg und über jede Stelle, an der wir vorbeikommen, erzählt er etwas. Man hört ihm mit Vergnügen zu. Nachdem wir die Formalitäten hinter uns gebracht haben – wieviele Brüder und wieviele Schwestern undsoweiter –, hält er mir eine kleine Rede über seine Lebensphilosophie. In allen Gesellschaften gibt es ein »Oben« und ein »Unten«, erklärt er. Es gibt Intellektuelle, und es gibt normal arbeitende Menschen. Aber keiner braucht sich Vorwürfe machen zu lassen! Er selber stammt aus einer Bauernfamilie, doch das macht ja wohl nichts, oder? Auch solche Arbeit muß getan werden! Dann fordert er mich dazu auf, früh ins Bett zu gehen; eine Minute später wiederholt der Lautsprecher die Aufforderung, und der Koch zieht sich zurück.
Als ich am nächsten Morgen hinaustaumele, macht mich die Szenerie auf einen Schlag wach. Der breite Fluß ist zu einem schmalen Gürtel wütender Stromschnellen geworden, auf beiden Seiten eingesperrt zwischen senkrechte Felsenwände. Früher wurden die Felsschluchten manchem Schiffer zum Grab. Noch immer sind sie nicht ungefährlich. Damals schleppten lange Ketten von Menschen am Ufer die Schiffe auf dieser Strecke flußaufwärts. Jetzt schafft das eine kräftige Maschine.
Ich setze mich in den Aussichtssalon, bereit für die Unterhaltung des Tages. Das ist sehr einfach, und viel einfacher als noch vor ein paar Jahren. Viele Chinesen sind wirklich daran interessiert, Kontakt mit Ausländern zu bekommen, und sie bemühen sich, unsere Welt zu verstehen. Man braucht sich einfach nur mit einem Buch hinzusetzen, und bevor zwei Minuten vergangen sind, kommt einer und fragt, was das für ein Buch sei. Das ist nur ein Vorwand dafür, ins Gespräch zu kommen. Mit einem Philosophieprofessor aus Shandong diskutiere ich das Problem der Kriterien für objektive Wahrheit. Er war viele tausend Kilometer gereist, um in Zhengdu, der

Provinzhauptstadt von Sichuan, an einer Konferenz über dieses Thema teilzunehmen. Die Wahrheit, vertraut er mir an, hat in Wirklichkeit keinen Klassencharakter – ganz in Gegensatz zu dem, was viele in China bis vor kurzem geglaubt haben.

Und mit einem Redakteur aus der »Theoretischen Abteilung« der Pekinger Volkszeitung diskutiere ich über Keynes, jugoslawischen Marktsozialismus und aktuelle Reformen in der chinesischen Preispolitik. Er hat mit einem Vortrag an derselben Konferenz teilgenommen wie der Philosoph, und er soll einen neuen Vortrag in Wuhan halten. Er hat wirklich Klasse; ständig ist ein Sekretär um ihn, und dauernd gibt es Probleme mit der Etikette. Beide haben wir Mühe, eine passende Grimasse zu finden. Zugleich sind wir beide neugierig darauf, etwas über den anderen zu erfahren. Am nächsten Vormittag, einem Sonntag, veranstalten meine Mitreisenden in der 2. Klasse ein »Studientreffen«, bei dem alle dem Redakteur Fragen stellen dürfen. Rasch und sicher antwortet er auf eine Reihe äußerst allgemeiner Fragen ökonomisch-theoretischer Art. »Wie funktioniert das Wertgesetz unterm Sozialismus?« fragen die Leute, und: »Wird der Klassenkampf sich unterm Sozialismus verschärfen, oder wird er allmählich absterben?« Der Redakteur ist entspannt, er fordert die Leute dazu auf, die Dinge undogmatisch zu betrachten.

Nach dem »Studientreffen« bekomme ich ein kleines Interview für mich. Der Redakteur erzählt von seinen Eindrücken bei einem kürzlichen Besuch in Rumänien und Jugoslawien. Er findet, die Investitionsrate in Rumänien sei eher zu hoch – sie beträgt etwa ein Drittel des Bruttosozialprodukts – und dabei einseitig auf die Schwerindustrie konzentriert. Das führe dazu, daß der Lebensstandard für Durchschnittsmenschen äußerst langsam steigt. Da sei die jugoslawische Investitionsrate von 20% besser. Überhaupt könne man von Jugoslawien viel lernen, meint der Redakteur. Doch man dürfe nicht vergessen, zwischen positiven und negativen Seiten zu unterscheiden. Er weist darauf hin, daß »sie ja auch einen ›Marktsozialismus‹ und erhebliche Arbeitslosigkeit haben«. (Jugoslawien ist während dieser Monate in China wirklich »in«, und die Diskussion darüber, wieviel man von den Jugoslawen lernen kann, gehört zu den aktuellsten gesellschaftlichen Debatten. Der springende Punkt in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Reformwelle ist genau die Frage, wieweit es sinnvoll ist, den produzierenden Einheiten wirtschaftliche Selbständigkeit zu verleihen.)

Unser Redakteur gehört zu den »Orthodoxen« in der Wirtschaftsdebatte. Die Theorie, wonach das Wertgesetz das wirtschaftliche Grundgesetz auch des Sozialismus sei, kann er nicht akzeptieren. Diese Theorie wird insbesondere von dem kürzlich rehabilitierten Ökonomie-Veteran Sun Yefang vertreten (vom Mao-Flügel bereits im Jahre 1962 kritisiert). Der Redakteur dagegen meint, und zwar in Übereinstimmung mit Stalins Definitionen, das

Wertgesetz sei historisch mit der Warenproduktion verbunden und werde mit ihr zusammen allmählich aussterben. Doch zugleich tritt er sehr dafür ein, die wirtschaftlichen Mechanismen, denen das Wertgesetz zugrundeliegt, so weit wie möglich auszunutzen. Die Grundlinie der wirtschaftlichen Reformen beschreibt er so: das Abschreibungssystem soll ökonomischer gehandhabt werden, so daß die Abschreibungen in angemessenem Verhältnis zu dem investierten Kapital stehen; die Betriebe sollen mehr Eigenkapital akkumulieren, mit dem sie selbständig disponieren können; ein Teil des Gewinns soll als Bonus an die fleißigsten Arbeiter verteilt werden; Banken und Zinsen sollen im wirtschaftlichen Leben eine größere Rolle spielen.
Man spricht über grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen Leben wie auch in der ökonomischen Theorie. Neue Begriffe werden eifrig aufgenommen, während vertraute Thesen ins Dunkel des Zweifels entschwinden. Der Redakteur verleiht dieser neuen Situation deutlichen Ausdruck, als ich ihn frage, ob die Sowjetunion wirklich ein kapitalistisches Land sei – und wenn ja, in welchem Sinne? »Darüber machen wir uns zur Zeit auch Gedanken«, antwortet er mit einem breiten Lächeln. »Früher haben wir diese Frage viel zu einfach betrachtet.«
Das Gespräch mit dem prominenten Genossen von der Volkszeitung wird durch den unvergleichlichen Koch unterbrochen, der uns zum Aussichtsdeck der 3. Klasse hinunterbegleitet. Das Essen wird aus der Küche unter uns hochgezogen. Köstliche Gerichte in üppigen Mengen. Wir essen schnell, während die Zuschauer draußen sich die Nase an den Fenstern plattdrücken. Ausdruckslos verfolgen sie meine Bewegungen mit der größten Aufmerksamkeit. Die ausdauerndsten Zuschauer – in regelmäßigen Abständen jagt der Koch die Schar weg – sehen so aus, als glaubten sie, wenn sie es nur genau und lange genug studierten, könnten sie dieses unglaubliche Faktum – einen Ausländer – verstehen lernen. Doch sind es zugleich die verlegensten. Als ich mich ihnen zuwende, lächeln sie leer und verständnislos.
So war es auch in früheren Zeiten. Die wirkliche Veränderung hat bei den Fahrgästen der 2. Klasse stattgefunden – bei den Ausgebildeten, den Leitenden. Sie reden so frisch von der Leber weg, daß man, wenn man das intellektuelle Klima Pekings in den letzten Jahren der Mao-Ära erlebt hat, geradezu erstarrt. Vor allem stellen sie Fragen, und zwar nach allem, denn es ist modern, über das Ausland gründliche Kenntnisse aus erster Hand zu haben.

Lange, fast vertrauliche Gespräche habe ich mit einer liebenswerten weißhaarigen Dame, einer Mathematikerin aus Peking. Systematisch fragt sie mich nach Dänemark und nach mir selbst aus. Als die Reise sich dem Ende nähert und wir packen müssen, sagt sie: »Du kennst China ein bißchen;

erzähl mir, welches du für unsere schwersten Fehler oder Mängel hältst.« Es liegt nahe, die Reformen innerhalb des Ausbildungssystems zu kritisieren. Ich spreche über die falsche Praxis, nur nach Büchern zu prüfen; über den starken Leistungsdruck in den höheren Unterrichtsinstitutionen (soviele gute Kräfte vergeudet, weil das Lernmaterial so schlecht ist); die Vorzugsbehandlung von Kindern aus intellektuellen Kreisen usw. Ich habe Dinge aufgegriffen, die ihr sehr am Herzen liegen, denn sie erzählt daraufhin, wie das Prüfungssystem sich bis in die Volksschule hinunter fortsetzt und den Lerndruck verstärkt. Zugleich ist die Fächerzusammenstellung verändert worden: Singen, Musik, Kunst und ähnliche Fächer sind zugunsten der mathematisch-physikalischen Fächer sowie der Fremdsprachen eingeschränkt worden. Das buchbezogene Lernen hat stark zugenommen. Die Kinder dürfen bald nicht mehr spielen. Sie selber hat eine Tochter, die zur Schule geht; vor einer Weile hat sie auf einer Elternversammlung die Herabsetzung der kreativen Fächer kritisiert, ist aber bei den Lehrern des Kindes auf kein Verständnis gestoßen. Die Lehrer täten doch nur ihr Bestes, um die »vier Modernisierungen« voranzutreiben. »Das Schlimmste ist, daß man die Entwicklung nicht fördert, indem man unpraktische Bücherwürmer heranzieht – wenn man ins Arbeitsleben hinauskommt, sind Phantasie und Flexibilität genauso wichtig.«

Damit legt sie den Finger auf einen der empfindlichsten inneren Widersprüche im gegenwärtigen Aufbauprogramm Chinas, dem »Modernisierungsprojekt« der Deng Xiaoping-Ära. Das Problem ist nicht neu. Schon die radikale Militanz der Rotarmisten in den ersten Tagen der Kulturrevolution, die wütenden Angriffe auf Schulbehörden und Lehrer entsprangen einem repressiven Schulsystem. Und während man jetzt Brennstoff für die Modernisierungsrakete sammelt, greift man zu Methoden, die den Kurs der Rakete bald verändern könnten. Das gilt nicht nur für die Ausbildungspolitik, sondern auch für die ganze Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Niemand weiß, welche sozialen Kräfte die Reformwelle, deren Zeugen wir jetzt sind, auszulösen vermag. Wenn die demokratische Bewegung unterdrückt wird, wird die Partei immer mehr an Vertrauen verlieren und bei dem Versuch, ihr Machtmonopol auf vernünftige Weise zu begründen, in Schwierigkeiten geraten. Dann könnte die Partei selber ein Hindernis für die Entwicklung werden. Meine Mitreisenden in der 2. Klasse werden ihre ganze neuerrungene Redefreiheit brauchen und noch einiges mehr. Vor allem aber wird die Entwicklung davon abhängen, was in den Klassen unter ihnen geschieht . . .

Aus dem Norwegischen von Hanns Grössel

Tilman Spengler
Wenn China nicht klappt

»Daß man ein großes Land und eine Milliarde Menschen in den einfachen Worten ›China‹ und ›die Chinesen‹ ausdrücken kann, ist ein Glücksfall.« Shi Diman

Im Frühjahr 1977, ein halbes Jahr nach Maos Tod, unterhielt ich mich in Boston mit einem amerikanischen Studenten, der über ein wissenschaftshistorisches Thema promovierte – wenn ich mich recht erinnere, ging es um die Farbenlehre der Heiligen Hildegard von Bingen. Seymour hatte anfänglich Physik studiert, war dann über Vietnam und die eine oder andere Selbsterfahrungsgruppe zu der Bewegung »*Science for the People*« gestoßen, deren Emblem an seinem roten Plastikwams haftete. »*Science for the People*« stand damals für einen ausführlichen Katalog politischer Forderungen und alternativer Lebensformen. Die Wissenschaft für das Volk verlangte ein Ende der Ausbeutung der Natur durch den Menschen, entwarf oder unterstützte »alternative Technologien« und verwahrte sich gegen Forschungsprogramme, die auf eine Diskriminierung der Menschen nach Rasse oder Geschlecht abzielten oder sich zu Kriegszwecken mißbrauchen ließen. In den Vereinigten Staaten, meinte mein Gesprächspartner, stecke man ja noch in den Anfängen, und er wies mißmutig auf die bonbonfarbene Autoschlange, die heftig dampfend auf der vereisten Straße vor unserem Haus entlangrutschte, doch in China sei ein derartiges Programm ja schon zu großen Teilen verwirklicht. »Und wenn China nicht klappt«, fügte er etwas trotzig hinzu, »dann wissen wir wenigstens, daß Sozialismus nicht klappen kann.«

1. Das im Westen propagierte Bild der Kulturrevolution trug viele verschiedene Züge. Antistalinisten und Ökologen, Antiautoritäre und Nationalbolschewisten konnten sich in ihm wiederfinden und leiteten einen Teil ihrer politischen Legitimation daraus ab. Die Selektivität, mit der das »Modell China« auseinandergenommen und den verschiedenen Kontexten verfügbar gemacht wurde, reflektiert die Unterschiede der politischen Positionen. Auch der Verwendungszweck differierte mit den politischen Präferenzen. Unabhängig von ihnen war allenfalls ein diffuses Gefühl der Ermutigung, das wir alle auf die eine oder andere Weise empfunden und weitergegeben haben. Auf eine platte Formel gebracht: schön, daß es so etwas wie Revolution wirklich gibt, oder: wenn das in China möglich ist, warum nicht

auch bei uns? Diese moralische Ertüchtigung konnte in einen belanglosen politischen Ästhetizismus münden – und dort verpuffen, sie diente aber auch, in einer weit wichtigeren Rolle, als Energieträger für anspruchsvollere Formen der politischen Auseinandersetzung.
Und hier schieden sich die Geister schnell, je nachdem, ob es sich bei dem Engagement um eine Identifikation mit konkreten Positionen der chinesischen Innenpolitik handelte – Oskar Negt sprach in diesem Zusammenhang einmal von »geborgten Realitäten« –, oder ob die Kulturrevolution als Inspiration, als eine Form der revolutionären Heuristik genommen wurde, als praktischer Auslöser für marxistische Theorieentwicklung. Beide Ausrichtungen beriefen sich auf dieselbe Realität, doch sie waren unterschiedlich abhängig davon: nachdem der Anstoß für die Theorieentwicklung erfolgt war, entfaltete sich dort eine Eigendynamik, für die der ursprüngliche Impetus nur noch von sekundärer Bedeutung war. Der Kurswert der »geborgten Realität« dagegen stand und fiel mit den Positionen der chinesischen Politik.

2. Die Sehnsucht nach funktionierenden Modellen einer sozialistischen Gesellschaft ist durch die Erfahrungen mit bislang bekannten Prototypen nicht geringer geworden. Im Gegenteil. Und da weder Stalin noch seine Nachfolger als Märchenprinzen einer konkreten Utopie eine glückliche Figur machten, drängten sich einer leitbildlosen Linken Alternativen auf, die durch die Tugend ihrer Fremdheit auch den Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit zu entkräften schienen. Wenn schon die Idee der Revolution ausgewandert war und sich in der Theorie und Praxis des Partisanenkampfes verkörperte, in Indochina oder in Lateinamerika, auf den Philippinen oder in Südafrika, warum konnte dann nicht auch die Bauvorlage für eine neue sozialistische Gesellschaft aus der anderen, der Armen Welt kommen? Chinamann, geh' Du voran!
Nun ist China weder aus der Sicht der marxistischen Orthodoxie noch in den welthistorischen Spekulationen der bürgerlichen Sozialwissenschaft als Vehikel einer Entwicklungsdynamik vorgesehen, die sich mit dem Beiwort ›fortschrittlich‹ schmücken darf. Karl Marx und Max Weber waren sich immerhin darin einig, daß, wenn sich in China überhaupt etwas bewegen sollte, der Anstoß von außen kommen müsse. Wo in diesem Zusammenhang »außen« und wo »innen« lag, bedarf keines Scharfsinns, selbst die Chinesen hatten sich lange genug mit dieser geographischen Disposition abgefunden, wenn nicht gar angefreundet, die sie vom ›Reich der Mitte‹ in den ›Fernen Osten‹ umetikettierte.
Lenins These, nach der eine Befreiung der unterentwickelten und ausgebeuteten Völker in Afrika und Asien – darunter auch China – die gesellschaftlichen Widersprüche in den kapitalistischen Ländern offen zum Ausbruch

kommen lassen würde, wies jenen Völkern ihren historischen Platz zu; in dieser Funktion waren sie immerzu nur die Büchsenspanner des revolutionären Proletariats in der Ersten Welt gewesen. Mit Maos Forderung, das Zentrum der Revolution auf die Dörfer zu verlagern und mehr noch mit dem augenscheinlichen und unabweisbaren Erfolg dieser Politik, deren Theorie bald von China auf die ganze Welt ausgedehnt wurde, kehrte sich urplötzlich das Verhältnis von »innen« und »außen« um. Nicht länger diktierten die Erfahrungen europäischer Klassenkämpfe den Standard, an dem sich Vorschläge zu einer Weiterentwicklung des marxistischen Kanons messen mußten. Die chinesische Revolution, notabene die Kulturrevolution, legitimierte den Anspruch ihrer politischen Führung auf Ebenbürtigkeit, wenn nicht gar auf eine noch höhere Autorität.

Daß die Partei, an deren Anerkennung den chinesischen Kommunisten vermutlich am meisten gelegen war, die KPdSU, sich zum hartnäckigsten und verbiestert-verbissenen Gegner jenes Anspruchs auf Gleichberechtigung entwickelte, trug sicherlich nicht unwesentlich zu einer Projektion Chinas als der dialektischen Aufhebung der Sowjetunion bei. Gerade nach der sowjetischen Okkupation der ČSSR, die die Chinesen – anders als die vietnamesischen Kommunisten – heftig kritisierten, wuchs unter den im wahren Wortsinn unorthodoxen Sozialisten die Sehnsucht nach einer Alternative zur Realpolitik der UdSSR nach innen wie nach außen. Für diese Sozialisten kam die Kunde von der Kulturrevolution als die Wissenschaftslehre einer neuen Gesellschaft.

Enttäuschung über die innen- und außenpolitischen Strategien der Sowjetunion und der meisten der mit ihr in Europa und anderswo Verbündeten erklärt sicherlich nur einen Teil der Leidenschaft, mit welcher die Neue Linke das »Modell China« an sich zog und aufsaugte. Ein Gutteil der Sympathie rührte aus dezidierten Stellungnahmen der chinesischen Kommunisten für die nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und der Absage an eine Wirtschaftspolitik, die die Bauern ausbeutete, um einem fiktiven Industrieproletariat auf die Beine zu helfen, wie Stalin es vorexerziert hatte; eine Politik, die – auch ein Novum in der Geschichte sozialistischer Aufbautechniken – das Programm einer aufzuhebenden Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit zu einem Zeitpunkt anpackte, da Kopf und Hand einander noch zuarbeiteten.

Die Leidenschaft und das *wishful thinking* waren ebenso heftig wie labil, konnten mehr oder weniger plötzlich erlahmen und ins Gegenteil umschlagen. Womit zu rechnen war, solange »hin zu China« gleichzeitig »zurück zur Natur« und »vorwärts zum Sozialismus« bedeutete. Bei solchen Determinanten durfte der Heißluftballon nicht allzuviel chinesische Wirklichkeit mit sich führen: da mußte dann ein mittleres Hüttenwerk irgendwo in der Provinz für eine Analyse der chinesischen Schwerindustrie herhalten, ein

Kindergarten in Xian für das Erziehungssystem und die vor den Karren gespannte Bäuerin für Engpässe im Transportwesen.
Ob zusätzliches, vielleicht auch kritisches Wissen die Urteile wirklich verändert hätte, ist allerdings unwahrscheinlich. Verfügbar war dieses Wissen schon. Nicht umsonst finanzieren die Außenministerien und andere interessierte Agenturen der westlichen Länder ihre emsigen *chinawatchers*, die mit großer Akribie alle Informationen zusammentragen, die mit allen möglichen Apparaturen aus dem chinesischen Festland gezapft werden können. Das Material steht mehr oder weniger frei zur Verfügung und ist sicherlich nicht so präpariert, wie es ein Rückschluß auf den Geldgeber nahelegen würde. (Viel vertrauter, nebenbei gesagt, ist die Erscheinung des *chinawatcher*, der knietief durch die chinesische Empirie watet und nicht recht weiß, wo's lang geht.)
Gegen einen zu engen Zusammenhang zwischen Information und Begeisterung spricht auch der merkwürdige Sinneswandel, der sich unter einer Reihe aus China heimgekehrter Studenten und Studentinnen breitgemacht hat, die dieselben Erlebnisse, die sie vor noch nicht allzu langer Zeit zur Glorifizierung ihres Gastlandes verbreiteten, auf einmal als Beleg für Unterdrückung und Kleinkariertheit anführen. (*Die zweite Rückkehr aus China* von den Broyelles und Evelyne Tschirhard ist dafür nur eins von vielen Beispielen.) Wenn schon die Augen- und Ohrenzeugen zu solch spektakulären Volten fähig sind, dann kann uns auch die Metamorphose jener enthusiastischen Eklektiker wenig verblüffen, die es früher fertigbrachten, noch aus den Disteln und Nesseln maoistischer Allerweltsweisheiten den Honig einer neomarxistischen Theorie zu saugen, mittlerweile jedoch aus derselben profunden Quellenkenntnis den kleinbürgerlichen Charakter der chinesischen Revolution ableiten.

3. Das Problem der Quellenkenntnis ist aber auch nur ein Teilaspekt. Ebensogut kann unser Verwundern über die China-Euphorie auf der Ebene der Ästhetik ansetzen und die Bereitschaft thematisieren, mit der die *Formen* der vielen Selbstdarstellungen der Kulturrevolution im Westen aufgenommen wurden. Denn die Buntpostkartenromantik von *China im Bild*, das Spekulatius-Idiom der *Peking Rundschau* und die Hurramusik, die allabendlich die Nachrichten aus dem fernen Land umrahmte, hätten ja auch ästhetische Irritationssignale setzen können.
Damit soll der Ästhetik keine ungebührliche Bedeutung eingeräumt werden – und es wäre auch schlichtweg töricht, eine Einschätzung der Kulturrevolution nur über deren Propagandaapparat aufzuziehen. Doch es bleibt bedenkenswert, wie niedrig die Reizschwelle gegenüber den Traumbildern einer heilen, sauberen Welt lag, wenn diese Welt aus China kam. Wenn etwa in den alles andere als heilen Kinderläden der Antiautoritären ausge-

rechnet das Konterfei jener leistungsfrohen, einmütig an der roten Rübe zurrenden Jungpioniere hing. Das linke Äquivalent zu den Warholschen Campbell-Suppen des modischen Kunstgeschmacks waren die knallbunten Plakate mit den muskelbepackten Arbeitern, Bauern und Soldaten, die ihr hochgezogenes Kinn voll Zuversicht einer roten Sonne entgegenhielten. Die Bilder Warhols standen für die bürgerliche Konsumideologie, die Plakate der »Arbeiter an der künstlerischen Front« für eine intakte proletarisch-internationalistische Gegenwelt, einschließlich Walhalla, Büsten und Votivbildchen.
(»Wissen Sie, diese Aufmärsche auf dem Tiananmen, dieses ganze Jubelgeschrei: für einen, der das Dritte Reich noch ein wenig mitgekriegt hat, löst das nur ein ungutes Kribbeln aus«, sagte damals ein Professor im Seminar über »Sinologische Neuerscheinungen«. Ich habe ihm heftig widersprochen. Das in jenen Tagen gängige Gegenargument – die Unverwechselbarkeit von rechts und links – war eine Art Spontanreflex der leicht verletzlichen Linken.)

4. Glücklicherweise lassen sich die Gründe für die besondere Anteilnahme an der chinesischen Kulturrevolution, die in Westeuropa, Japan und den USA ins Feld geführt wurden, nicht auf einen Nenner bringen. Sie spiegeln deutlich die Vielfältigkeit und die inneren Widersprüche jener Bewegung wider, die im Nachhinein als die ›Neue Linke‹ in einem politischen Sack zusammengebunden wurde. Und je nach dem Motiv der Begeisterung ergab sich auch eine unterschiedliche Belastbarkeit der Vorstellung China durch die Wirklichkeit China. Den radikal Antiautoritären beispielsweise, die von ferne die Backpfeifen auf chinesischen Professorenwangen klatschen hörten und befanden, da müsse es sich um eine gute Sache handeln, verging die erste heiße Lust an China, als ausgerechnet den Vertretern der autoritärsten, wenn nicht reaktionärsten Staaten oder Parteien die Gunst einer Audienz in Peking gewährt wurde. (Den *coup de grace* versetzte ihrem Chinabild dann die Vorstellung von einigen Lastwagen mit Coca Cola, die über den Platz des Himmlischen Friedens donnerten.)
Am anderen Ende des Spektrums siedeln die Unerschütterlichen, die sich in der Mehrzahl in verschiedenen Freundschafts- oder wechselseitigen Verständigungsgesellschaften zusammengeschlossen haben. Diese Gesellschaften versuchten, aus der Leidenschaft der frühen Jahre eine stabile Dauerbeziehung zu formen, und sind selbst dabei heftig mitgeformt worden. Stabilität garantiert allerdings einzig eine weitgehende Immunisierung gegen die Wechselfälle des politischen Lebens in der Volksrepublik. Als Fixpunkt dienen dabei nicht die praktischen oder theoretischen Problemlagen und -lösungen innerhalb der chinesischen Innen- oder Außenpolitik, die in irgendeiner Form universalisierbar oder übertragbar wären, sondern

die Volksrepublik China in ihrer jeweils neuesten Erscheinungsform. Nach dem Ende der Kulturrevolution (gegen 1972) wurde das revolutionäre Subjekt ausgewechselt: nun ging es nicht mehr um die Unterprivilegierten und Entrechteten, die bürokratisch Verwalteten und planvoll Fremdbestimmten *in* der chinesischen Gesellschaft; auf eine notwendig abstrakte Weise entpuppte sich die chinesische Gesellschaft bzw. deren Staat *in toto* als Gesamtrevolutionär.
Daß das zu Peinlichkeiten führen mußte, lag in der Natur der Sache. Denn die überloyalen Freunde der Volksrepublik wurden nolens volens mit der politischen Programmatik identifiziert, die sie eigentlich nur gewissenhaft weitergaben; sie konnten ja schlecht das Auf- und Abtreten der verschiedenen Generationen chinesischer Führungskader (Lin Biao, Deng Xiaoping, die »Viererbande«) mit ihrer eigenen Demission synchronisieren – und warum hätte man Sprach- und Hörrohre auch auswechseln sollen? Trotzdem müssen, wenn die Chinabegeisterung, die sich in diesen Formen institutionalisierte, wirklich irgend etwas mit Sozialismus zu tun hatte, dem einen oder anderen Mitglied dann doch mal die Zähne geknirscht haben beim Lobpreis der westatlantischen Verteidigungsgemeinschaft, der Anerkennung der chilenischen Junta oder der China-Euphorie in der Münchner Lazarettstraße. So eindrucksvoll das Grundvertrauen in die Entwicklung Chinas zum Sozialismus auch ist (von revolutionärer Ungeduld kann hier wirklich nicht die Rede sein), so befremdlich wirkt der eingeübte Gehorsam in unkritische Solidarität.

5. Den Gehorsam verweigerte Charles Bettelheim, lange Zeit einer der getreuesten Vertreter der Sache der Kulturrevolution im Westen, Autor zahlreicher Studien über Teilaspekte und globale Zusammenhänge dieser Revolution und neben vielen anderen Funktionen langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft für Französisch-Chinesische Freundschaft. Im Mai 1977 trat Bettelheim von diesem Posten zurück. Er begründete seinen Schritt in einem kurzen Brief an *Le Monde* und – etwa ein Jahr später – in einer längeren Analyse der politischen Veränderungen in China seit 1976, die in der Juli/August-Nummer der *Monthly Review* veröffentlicht wurde. Befaßt sich der erste Brief vornehmlich mit den – für Bettelheim unbefriedigenden – Formen und Begründungen des Sturzes der »Viererbande« und möglichen Aspekten eines konterrevolutionären Umschwunges in der Volksrepublik, so erhebt seine zweite, ausführliche Stellungnahme den Anspruch auf eine »systematische Überlegung zu den politischen Wandlungen, die in China stattgefunden haben«. Bettelheims Ausführungen verdienen genaues Lesen: hier schreibt ein Kritiker, der seine politischen Hoffnungen eng mit der Kulturrevolution identifiziert hat, der offensichtlich an China gelitten hat und dessen Begründungen in mancher

Weise typisch für die Desillusionierung vieler Anhänger der Kulturrevolution sind.
Krude verkürzt, liegt für Bettelheim der Fall wie folgt: das Ende der Kulturrevolution, das die heutige Führung in Peking in immer neuen Worten verkündet, deutete sich seit dem Fall der Shanghaier Kommune im Frühjahr 1967 an. Die Liquidierung dieser Revolution erfolgt jedoch ohne vorausgegangene Bewertung – statt positive und negative Faktoren aus der Sicht der arbeitenden Massen gegeneinander abzuwägen, verdammt die Kommunistische Partei die politischen Kämpfe des letzten Jahrzehnts in Bausch und Bogen und verhindert so ein mögliches Anknüpfen an die progressiven Errungenschaften der Kulturrevolution. In dieser Obstruktion äußert sich nichts weniger als ein »Sprung rückwärts«, der Sieg eines bürgerlichen Revisionismus über die revolutionäre Linie der Vergangenheit, den Marxismus und die Politik Mao Tse-tungs. Dessen Tod setzt das Stichdatum für den Sieg der revisionistischen Bourgeoisie, die in mehr oder weniger manifester Form allerdings schon lange den Umsturz betrieben hatte. Die revisionistische »Gegenoffensive« zielt auf alle Bereiche der chinesischen Gesellschaft, ihre Institutionen und ihre Ideologie. Es geht nicht etwa um eine Korrektur bestimmter Fehler, die sich in den Ablauf revolutionärer Prozesse geschlichen haben, es geht um eine totale Negation aller sozialistischen Innovationen.
Als Beispiele führt Bettelheim eine Reihe von Neuorientierungen auf, die den Bereich der Arbeitsdisziplin, der Arbeitsvorschriften, der Leitung der Fabriken, der Einkommensstruktur, der Organisation der landwirtschaftlichen Tätigkeiten, des Erziehungswesens und der Mechanisierung der Landwirtschaft berühren. Etwas konkreter: an die Stelle demokratischer Verwaltungsstrukturen auf den Sektoren der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, so Bettelheim, ist ein hierarchisches Kommandogefüge getreten, dem ein entsprechend differenziertes Einkommenssystem entspricht, das Arbeitsdisziplin prämiert und Klassenkampf negativ sanktioniert. Oder: mit den Parolen der »Vier Modernisierungen« (von Wissenschaft und Technik, der Industrie, der Landwirtschaft und der Landesverteidigung) wird, kraft beschleunigter Mechanisierung, in der Landwirtschaft den Bauern »von oben« ein steigender Teil ihres Einkommens abgepreßt und in den industriellen Sektor transferiert, der für die Machterhaltung der neuen Staatsbourgeoisie notwendig ist. Daß diese Maßnahmen auch einige reale Probleme der landwirtschaftlichen Produktion widerspiegeln, insbesondere die geringe Pro-Kopf-Produktivität der chinesischen Bauern, streitet Bettelheim nicht ab, doch das erledigt für ihn nicht den Klassencharakter der neuen Politik. Er gesteht zu, daß die Aufrechterhaltung kollektiver Produktionsformen auf dem Lande in den letzten Jahren auf einige Schwierigkeiten gestoßen ist: unter allen möglichen Vorwänden

ist die Größe von privat bewirtschaftbarer Anbauflächen ausgedehnt worden, was natürlich auf Kosten des Kollektivs ging, zum zweiten bedrohte offensichtlich die höhere Attraktivität nicht-agrarischer Arbeit den Personalbestand von Brigaden und Produktionsgruppen auf dem Lande. Auf beide Bedrohungen hat die Kommunistische Partei reagiert. Die zulässige Größe privat bewirtschaftbarer Parzellen ist eingeschränkt worden, den sogenannten »zusätzlichen produktiven Tätigkeiten«, d. h. der verdeckten Landflucht in die intermediäre Industrie, ist gleichfalls ein Riegel vorgeschoben worden. Bettelheim weigert sich allerdings, diese allem äußeren Anschein nach revolutionären Entscheidungen – sie zielen ja immerhin auf eine Stabilisierung der bäuerlichen Kollektivwirtschaft – auch als revolutionär anzuerkennen. Er urteilt nach Motiven, und die können bei einer revisionistischen Gesamtlinie kaum anders als revisionistisch sein.
Suspekt ist Bettelheim auch die emphatische Betonung der »Vier Modernisierungen«, hinter der er einen sehr bürgerlichen Begriff von technischem Fortschritt vermutet. Zum einen erfolgt die Mechanisierung von oben, d. h. sie wird angeordnet (und das noch in einem viel zu hohen Tempo), erwächst also nicht, wie noch bei Mao vorgesehen, der lokalen Initiative weniger autonomer Produktionsbrigaden. Zum anderen führt sie einen neuen Typus von vorgeblich wertneutraler Abhängigkeit ein, der den Handlungsspielraum der Betroffenen empfindlich einschränkt. Und drittens, dieser Punkt ist für Bettelheim nicht weniger wichtig, beschert sie der Volksrepublik eher früher als später dieselben Probleme, die während der forcierten Mechanisierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion der 30er Jahre aufgetreten sind: empfindliche Engpässe bei der Beschaffung von Ersatzteilen und damit eine verhängnisvolle Abhängigkeit von hochspezialisierten Produktionszweigen.
Die Erfahrungen der Sowjetunion werden auch als negatives Beispiel für die projektierte Außenhandelspolitik der Volksrepublik herbeigezogen: Warum sollten China positivere Erfahrungen mit dem geplanten Tausch von Rohstoffen gegen Industrieanlagen beschieden sein als der Sowjetunion, die heute, mehr als 40 Jahre nach der Aufnahme dieses Handels, technologisch immer noch weit hinter den westlichen Ländern herhinkt?
Als weiteres Indiz für den Triumph des Revisionismus führt Bettelheim die Reform des Erziehungssystems an. Wie vor der Kulturrevolution soll in China wieder Fachwissen prämiert werden, soll akademische Vorbildung den Ausschlag bei der Zulassung zu weiterführenden Schulen und Universitäten geben. Das aber führt notwendig zur Neubildung von Eliten, perpetuiert bestehende Eliten, die aufgrund ihrer Bildungsvorsprünge allein die Voraussetzungen mitbringen, ihren Kindern entsprechende Aufstiegschancen und damit künftige Machtpositionen zu sichern. In diesem Sinne sind die »Vier Modernisierungen« (zu denen ja die Modernisierung von Wissen-

schaft und Technik zählt) eine »Flucht nach vorn« der Staatsbourgeoisie aus gesellschaftlichen Widersprüchen, die sie anders nicht zu lösen vermag. Nur über eine oktroyierte Herrschaft scheinbarer Sachgesetzlichkeit läßt sich die reale Herrschaft dieser Klasse aufrechterhalten.
Folgerichtig liegt die Ideologie der neuen Herren in der vollkommenen Negation der Kulturrevolution. Die Frage nach dem Fortbestehen bürgerlicher bzw. kapitalistischer Formen der gesellschaftlichen Beziehungen innerhalb der *de jure* sozialistischen Gesellschaft Chinas entfällt, die *de jure*-Bestimmung wird zur *de facto*-Bestimmung. Damit wird Klassenkampf obsolet, an seine Stelle tritt die forcierte allseitige Steigerung der Produktion. Genau wie in der UdSSR beruft sich die Ideologie der herrschenden Klasse, der chinesischen Staatsbourgeoisie, auf die Theorie vom Primat der Entwicklung der Produktivkräfte. »Die Produktivkräfte«, zitiert Bettelheim eine Nachricht der Agentur Neues China, »bestimmen letztlich die Produktionsverhältnisse.« Der in der Kulturrevolution verwünschte Geist von Liu Shaoqi sitzt wie ein Rabe auf den Schultern der neuen Machthaber und flüstert ihnen seine konterrevolutionären Stichworte ein. Sie lauten (in den Worten Bettelheims): Die Rangfolge Landwirtschaft, Kleinindustrie, Schwerindustrie behält für den sozialistischen Aufbau Chinas ihre Gültigkeit, muß allerdings unter dem Aspekt der Mehrwertschöpfung betrachtet werden. Das impliziert eine Ersetzung des Klassenkampfes durch den Kampf um gesteigerte Produktivität, für die ein Anheizen des Tempos der Entwicklung lebensnotwendig ist. Hieraus leitet sich die notwendig führende Rolle der Intelligenz ab, die allein den Zugang zu den mittlerweile wertneutralisierten Bereichen der Wissenschaft und Technik kontrolliert. Die durch diese Positionen abgesteckte Ideologie ist eine der engstirnigen, empirizistischen Praxis und des Dogmatismus – Dogmatismus, weil sie mit einem hohen Grad von Willkür die Worte des (ehemaligen) Vorsitzenden aus dem Kontext reißt und ihren spezifischen Zielen damit Legitimität verleiht.
Daß der Sturz der »Viererbande« mit ihrer Unfähigkeit zusammenhing, die zentralen wirtschaftlichen Probleme der Volksrepublik zu lösen, bestreitet Bettelheim. Möglicherweise sei es zu »momentanen« Stagnationen in der Produktion gekommen, das ändere aber nichts an der insgesamt positiven ökonomischen Gesamtbilanz der Politik der Kulturrevolution. Auch die vielzitierten Rückschläge der Jahre 1975/76 könne man keineswegs als Beleg für wirtschaftliches Unvermögen anführen, denn in ihnen habe sich nichts anderes manifestiert als die notwendigen Opfer, die der Kampf gegen die revisionistische Linie Deng Xiaopings gekostet habe. Die Gründe für die Niederlage der Kulturrevolution sind anderswo zu suchen. Sie sind allerdings schwer dingfest zu machen, da eine Klassenanalyse des gegenwärtigen China fehlt, ein Manko, das seinerseits eine wesentliche Vorausset-

zung für das Scheitern der Politik der Kulturrevolution war. Bettelheim nennt noch eine Reihe von anderen Gründen, denen übrigens die von ihm als »staatsbürgerlich« apostrophierte Führung der Kommunistischen Partei voll zustimmen würde: die Aufgabe von politischer Führung etwa, an deren Stelle oft genug reine Zwangsmaßnahmen traten, das Verprellen vieler, wenn nicht der meisten Intellektuellen durch eine unnötig harte Beschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit, in der Schmalhans zum intellektuellen Küchenmeister wurde – eine Einschränkung, die, nebenbei gesagt, nicht nur die akademische Elite traf, stellt man einmal in Rechnung, daß kulturelle Vielfalt auch ein Bedürfnis der Arbeiter und Bauern sein kann. Gleichzeitig, auch diesen Punkt bestreitet Bettelheim nicht, unterschied sich der Eklektizismus im Gebrauch der Schriften Mao Tse-tungs, wie ihn die »Viererbande« praktizierte, zumindest der Form nach um keinen Deut von den von ihm angeprangerten Usancen der gegenwärtigen Führer der Kommunistischen Partei Chinas. Doch die mögliche Übereinstimmung in der Form soll über die Grundtendenz nicht hinwegtäuschen: in den Reihen der »Viererbande« signalisierten Eklektizismus und Dogmatismus theoretische Armut, bei ihrem Gegner listig planvolle Strategie.

6. Bettelheims *theoretische* Abrechnung mit dem gegenwärtigen Kurs der Kommunistischen Partei Chinas ergänzt und vertieft die in letzter Zeit gängige Demaskierungsliteratur (z. B. Simon Leys, *Chinesische Schatten*, etc.) über dieses Land, die sich vornehmlich an Erscheinungsbildern rieb. Nach all den Jahren lauthalser China-Euphorie waren die Dämpfer zu erwarten. Nicht so sehr, weil dies den Gesetzen literarischer Konjunktur entspräche, sondern weil es nicht mit rechten Dingen zugehen würde, wenn ein in vieler Hinsicht modischer Jubel ununterbrochen anhielte.
Nur trägt leider die Enttäuschung Bettelheims dieselben Züge wie seine einstmalige Begeisterung. Denn wie in den Jahren der Kulturrevolution schließt er von der politischen Programmatik auf die soziale Realität. Der emphatisch vorgetragene Obersatz: »Die Kulturrevolution schafft den neuen Sozialismus«, wird durch den nicht weniger emphatisch vorgetragenen Obersatz: »Die Negation der Kulturrevolution schafft den Revisionismus«, ersetzt. Alle anderen Aussagen scheinen von dieser Prämisse abgeleitet und sind dementsprechend voraussehbar. Dabei wird man seinem Unbehagen in vielen Punkten zustimmen müssen: mit Recht fühlen wir uns verkaspert, wenn uns die chinesische Presse anstelle einer Analyse der Kulturrevolution, einer zumindest in Ansätzen den Anspruch auf Theorie erhebenden Begründung für den Sturz der Vier zunächst nur einige Sottisen über deren Lebenswandel vorsetzt und später dann die magische Formel »Viererbande« zur Erläuterung aller mißlichen Phänomene in der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft der letzten 10 Jahre

anführt. Und auch die Virtuosität, mit der zur Zeit die Worte des früheren Vorsitzenden als Beleg für die Imperative der beschleunigten Produktionssteigerung herausgesucht und präsentiert werden, stiftet eher Irritation als Vertrauen. Man muß auch kein Staatsrechtler sein, um die (im Chinesischen) exakt sechs Worte, die die formale Legitimation Hua Guofengs als Nachfolger von Mao Tse-tung begründen (»wenn Du die Sache regelst, bin ich beruhigt«), als wenig präzise zu empfinden. Wer sich hier nicht ein bißchen düpiert fühlt, kann so recht nicht bei Trost sein, da kann man Bettelheim kaum widersprechen. Nur macht er in der Rolle des Anklägers eine unglückliche Figur: waren die von ihm hochgehaltenen revolutionären Politiker der Kulturrevolution etwa rücksichtsvoller im Ausplündern der Schriften von Mao Tse-tung? Appellierten die ausgeleierten Schlachtrufe der Kulturrevolutionäre (etwa die Aufforderung, tiefe Tunnel zu graben, Getreide zu speichern und nicht nach Hegemonie zu streben, oder die röteste aller roten Sonnen zu lieben) an das Theorieverständnis mündiger Massen? Würde Bettelheim sich dafür stark machen, die Säuberungen – um das böse Wort nicht so schnell in Vergessenheit geraten zu lassen – unter den tatsächlichen und den vorgeblichen Anhängern von Liu Shaoqi als legitimen Ausdruck eines revolutionären Volkswillens zu rechtfertigen? Denn wenn die Politik der Kulturrevolution die Zurechtweisung ihrer Kritiker legitimiert, ist es keine billige Retourkutsche, nach der Legitimität der Kulturrevolution zu fragen. Dem entzieht sich Bettelheim durch den Rekurs aufs Grundsätzliche. Und dort feiern Glaubensbekenntnisse fröhliche Urständ.

7. Wohl nicht ganz zufällig läßt Bettelheim bei seiner Darstellung des Sturzes der »Viererbande« einen wichtigen Umstand unerwähnt: das Verhalten der Massen. In seiner Darstellung der Ereignisse des Jahres 1976 gelang der »Staatsbourgeoisie« ihr »coup d'état« durch eine Kombination aus Überrumpelung, Kabale und Einschüchterung, das Volk schaute ohnmächtig zu. Verschwiegen wird dabei, daß in Peking in der ersten Aprilwoche 1976 Hunderttausende demonstrierten, auf mitgebrachten Plakaten und Wandzeitungen ihre Sympathie für Deng Xiaoping erklärten und ein Ende der »Epoche des Shi Huangdi« (ein Kürzel für die Politik der Vier) verlangten. Die Demonstranten ließen sich auch nicht einschüchtern, als am 5. April Truppen der Arbeitermiliz, der Volkspolizei und anderer Staatsschutzorgane mit Gewalt gegen die Menge vorgingen, um, wie es in der offiziellen Meldung damals hieß, »die Diktatur des Proletariats anzuwenden«. Ihre Parolen – »Was wir wollen, ist der wahre Marxismus-Leninismus, dafür wollen wir unser Blut vergießen und unser Leben geben«, oder »An dem Tag, an dem die vier Modernisierungen verwirklicht sein werden, werden wir wieder ein Trankopfer bringen« – konnte man bald auch in

anderen großen Städten der Volksrepublik hören. Daß es sich dabei um spontane Willensbekundungen handelte, daß hier – anders als bei den organisierten Gegendemonstrationen einige Tage später – tatsächlich die Massen sprachen, bestätigen glaubwürdige Augenzeugen, die diese Ereignisse selbst überraschten (natürlich waren nicht alle Augenzeugen einer Meinung; die Partei sprach von einer Handvoll Stänkerern, von denen sich die Masse vergeblich habe distanzieren wollen). Erst 1978 wurde der »Tiananmen-Zwischenfall« zu einer »großen revolutionären Massenbewegung« erklärt. Diese posthume Würdigung soll uns weniger zu denken geben als die Botschaft, die im April 1976 vorgetragen wurde und die Bettelheim in ein Dilemma stürzt. Denn aufgrund seiner ganzen theoretischen Prämissen kann er ja die Bedürfnisse der Massen nicht beiseite wischen (»die Massen sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren«) und auf eine radikal leninistische Erziehungsdiktatur zurückgreifen, die diesen Massen ihre eigentlichen Ziele erklärt und vorschreibt. Und so wird das Augenschließen vor dem historischen Ereignis zur theoretischen Notwendigkeit.

8. Ein Hauptvorwurf gegen die Vertreter der gegenwärtigen Politik der Kommunistischen Partei Chinas lautet, sie habe ein Kommandosystem, Befehl und Gehorsam an die Stelle der egalitären Entscheidungsprozesse in der Zeit der Kulturrevolution gesetzt. Als Beleg für diesen Vorwurf dient meistens der Verweis auf die Entmachtung der Revolutionskomitees in den Fabriken und ihre Ersetzung durch das Prinzip der Ein-Mann(Frau)-Verantwortung an der hierarchischen Spitze der Unternehmen. Diese organisatorische Neuerung bzw. Wiederbelebung einer Betriebsstruktur, wie sie vor der Kulturrevolution gegolten hatte, müsse man, so der Vorwurf, im Zusammenhang mit dem beständigen Insistieren auf höherer Effizienz, mehr Leistung und schärferer Arbeitsdisziplin sehen, samt und sonders Parolen, deren Wortlaut bereits ihre bürgerlich-kapitalistische Intention verrate.
Paradoxerweise legitimieren die Kritiker der Kulturrevolution bzw. ihres späteren Verlaufs unter der Herrschaft der »Vier« ihre Position mit einer fast gleichlautenden Anklage: Sie nennen die Politik der »Viererbande« eine »ultralinke« oder eine »linksopportunistische« Politik, deren Programm einer »allseitigen Diktatur« des Proletariats alle Bereiche der chinesischen Gesellschaft militarisiert habe, die einen beständigen, fälschlich revolutionär genannten Ausnahmezustand verkündet habe, der keinerlei rechtliche Absicherung der willkürlich Betroffenen respektierte – im Gegenteil, die Berufung auf Rechte lieferte bereits die Rechtfertigung für die Attacke. Damit sei eine allgemeine Verunsicherung eingekehrt, Duckmäusertum und Lethargie hätten sich wie Mehltau auf die Kreativität und den Enthusiasmus der Massen gelegt.

Wenn wir einmal von der Möglichkeit absehen, daß hier nur zwei Retourkutschen aufeinander zurasen, bleibt bedenkenswert, wie nachhaltig die Themen autoritäre versus partizipatorische Stuktur, Befehlsgefüge versus freier Zusammenschluß usw. die gegenwärtige Diskussion auf beiden Seiten beherrschen. Argumentiert die eine Partei mit der demokratischen Struktur (der Revolutionskomitees, der Drei-in-Eins-Verbindungen, also der verfaßten Integration von Vertretern verschiedener sozialer Gruppen in Entscheidungsgremien), hält die andere Partei die historische Realität dagegen, beruft sich auf die Praxis der vergangenen Jahre, in der – Struktur hin oder her – kommandiert wurde und zwar barsch.

»Bald nach dem Ausbruch der Kulturrevolution«, erzählte mir ein Chemiker in Shanghai, »übernahm ein Werftarbeiter die Leitung des Instituts. Von unserer Arbeit verstand der nichts. Erst stellte er mich unter Hausarrest, dann wurde ich zur Umerziehung aufs Land geschickt. Dort habe ich dann über Pflanzenschutz gearbeitet. Mit meiner bisherigen Forschung hatte das nicht viel zu tun. Aber die Bauern konnten das brauchen und waren froh darüber. Nur vor den Vertretern der Bauern hatte ich Angst. Aber das hatten die Bauern auch.«

Das Beispiel ist weder stilisiert, noch steht es allein. Sicherlich kann man seine Botschaft auf verschiedene Weise lesen: Warum mußte erst ein Werftarbeiter dem Chemiker zu der Erkenntnis verhelfen, daß den Bauern, d. h. vier Fünftel der Gesamtbevölkerung Chinas, Fragen des Pflanzenschutzes mehr liegen als Erkenntnisfortschritte im Bereich seiner Spezialdisziplin, die allein die Fachwelt verblüffen, sich aber nicht für die auszahlen, die die Wissenschaft bezahlen? Oder etwas anspruchsvoller formuliert: War es nicht ein positiver Zug der Kulturrevolution, den Zusammenhang zwischen wissenschaftlichem Fortschritt und gesellschaftlichen Bedürfnissen thematisiert zu haben, einen Zusammenhang, der gerade für ein Entwicklungsland von lebenswichtiger Bedeutung ist? Hat Paul Feyerabend etwa unrecht, wenn er in der Wissenschaftspolitik der Kulturrevolution einen Beweis für die Tragfähigkeit seiner These des »anything goes« sieht? Wurden denn die chinesischen Wissenschaftler nicht gerade durch die Knappheit der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen zu einem Einfallsreichtum geführt, der sich in den vorfabrizierten Laboratorien und Versuchsanlagen ihrer besser ausgestatteten Kollegen im Westen nicht mehr entfalten kann? Immerhin stimmen die meisten Besucher wissenschaftlicher Einrichtungen der Volksrepublik darin überein, daß hier mit wenigen Mitteln Beachtliches auf die Beine gebracht wurde – gut, nichts, was im Westen große Beachtung finden würde, aber in China? Und wäre es überhaupt dazu gekommen, wenn nicht ein revolutionärer Wille, hier verkörpert in der Person des Werftarbeiters, jenen Chemiker nach allgemein konsentierten Regeln in Kontakt mit den Massen gebracht hätte?

Der Chemiker sah die Sache anders. Die Notwendigkeit anwendungsorientierter Forschung stritt er nicht ab, im Gegenteil: er arbeitet heute noch auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes, obwohl er mittlerweile längst wieder die Wahl hat zwischen theoretisch anspruchsvolleren Themen und seinen eher hausbackenen Untersuchungen der letzten Jahre. Ihm war ein anderer Punkt wichtiger, und der berührte den politischen Stil, das »Immer feste druff« der Kulturrevolutionäre auf sämtliche Erscheinungsformen intellektueller Äußerung, den Anspruch auf ein Denkmonopol, begründet durch Klassenzugehörigkeit.

Wenn wir uns einige der offiziell hochgehaltenen Tugenden aus der Zeit der Kulturrevolution ins Gedächtnis rufen, die selbstlose Hingabe an die Sache etwa, oder die unbedingte Loyalität und Solidarität, die strikte Einhaltung von Handlungsanweisungen (des Vorsitzenden), dann drängt sich in der Tat ein Vergleich zu soldatischen Tugenden auf. Die rückwärts verlagerte Utopie jener Epoche, die Jahre des »Höhlenkommunismus« von Yenan, stand ja kaum folgenlos für einen Abschnitt in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung Chinas, in der zivile und militärische Belange ungeschieden existierten. Doch was in Yenan noch miteinander versöhnt war – der soldatisch-sozialistische Doppelaspekt der chinesischen Revolution –, versöhnt sein mußte, angesichts eines eindeutig definierten Gegners und einer brillant als einheitlich konzipierten Strategie, brach in der Zeit des sozialistischen Aufbaus nach 1949 notwendig auseinander. Schließlich ging es bei der Gründung der Volksrepublik nicht um die Lenkung einer sozialistischen Bewegung, sondern um den Aufbau des Sozialismus in einem Land, das, wie immer wir seine damalig vorherrschende Produktionsweise kennzeichnen mögen, gewiß keine sozialistische Schwellenmacht war. Für den Aufbau des Sozialismus in China gab es, und das ist fast eine Trivialität, keine Handbücher; ganz trivial ist diese Feststellung deshalb nicht, weil es innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas nach 1952 und bis zum »Großen Sprung vorwärts« 1958 starke Kräfte gab, die glaubten, man könne sich solch ein Handbuch von der Sowjetunion ausleihen – und nicht nur das Handbuch, auch einige der Autoren. Warum dieses Unterfangen scheiterte, vielleicht scheitern mußte, wurde in China nach 1960 – dem Jahr des vorerst endgültigen Bruchs zwischen der Volksrepublik und der UdSSR – heftig diskutiert. Rossana Rossanda hat in ihrer Analyse dieser Debatten hervorgehoben, daß außenpolitische Erwägungen (etwa Chruschtschows Theorie der friedlichen Koexistenz) dabei nur abgeleitete Streitpunkte waren, daß es sich im Kern um unterschiedliche Auffassungen über das Modell der Errichtung des Sozialismus gehandelt habe. Dabei bezog sich ein zentraler Dissenspunkt auf die Setzung der ökonomischen und politischen Prioritäten: »Die Priorität wird [in China] der subjektiven, revolutionären Entscheidung zugesprochen, dem gewalttätigen

Einwirken auf die naturwüchsigen Entwicklungsströmungen – *die Politik steht an erster Stelle.*« Rossanda ruft eine Marx-Stelle als Beleg für die Richtigkeit dieser These ins Gedächtnis und fährt fort: »Wie in dieser Stelle bei Marx, so ist auch bei Mao der Vorrang des Politischen nicht eine Sache des Bewußtseins: er ist die Hervorhebung der Praxis als des alleinigen Moments von Zerstörung (des Feindes wie auch dessen, was vom Feinde in uns steckt) und vom Aufbau einer neuen Ordnung.« Es geht dabei um die – Mao unterstellte – Einheit und Gleichzeitigkeit der Transformation von Basis und Überbau.

9. Die *Intentionen* Maos und seiner Anhänger innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Partei hat Rossana Rossanda sicherlich zutreffend erkannt. Doch damit ist die Frage noch längst nicht geklärt, wie weit denn Zerstörung und Aufbau tatsächlich jene Einheit bilden konnten, die ihnen durch das Primat der revolutionären Praxis zugewiesen war. Die »allseitige Diktatur des Proletariats« delegitimierte nämlich gerade unter der Berufung auf jene revolutionäre Praxis auch alle Ansätze zur Bildung einer Theorie, die allein es gestattet hätte, die vielfältigen Erfahrungen im Klassenkampf an welcher Front auch immer zu systematisieren und in einen verbindlichen Bezugsrahmen zu stellen. Eine Theorie der Kulturrevolution existierte nur im Westen, dort, wo Theoriebildung seit langem eine viel stärkere Tradition hat als revolutionäre Erfahrung – doch das darf nicht den Umkehrschluß erlauben, der beide Momente, Praxis und Theorie, gegeneinander ausspielt und sich mit weit geöffneten Armen der revolutionären Praxis zuwendet. Die chinesische Kulturrevolution und das, was jetzt in China und anderswo gegen sie vorgebracht wird, scheinen mir dafür ein gutes Beispiel. Trotz aller notwendigen Einschränkungen wird man der Kulturrevolution den Vorwurf einer allgemeinen Theoriefeindlichkeit nicht ersparen können. Gemessen an einem – in seiner Gesamtheit sicherlich schwierig zu erfassenden – objektiven Bedarf nach Analyse aller Verhältnisse, die die Kulturrevolution umzustürzen angetreten war, und, wichtiger noch, an der Unabdingbarkeit, die Wandlungsprozesse, die sie selbst ausgelöst hat, in einer Form auf den Begriff zu bringen, die das Neugeschaffene selbst wieder angreifbar oder verteidigbar gemacht hätte, waren die Leitlinien des Roten Büchleins, die wenigen, immer wieder repetierten Marx-Texte wie die Kritik am Gothaer Programm schlichtweg unzureichend. Sie konnten das nicht leisten, was von förderlicher Dringlichkeit war: die Sicherung einer Kontinuität in der revolutionären Erfahrung, die Verteidigung, besser noch Stabilisierung einer neuen Form der Praxis, deren politische Valenz nicht vom Zufall augenblicklicher Machtkonstellationen abhängig war, sondern die als gesicherte Erfahrung die Rolle einer normativen Verpflichtung übernehmen konnte. Normativ gegenüber allen vergleichbaren Situationen

innerhalb der Phase einer revolutionären Machtergreifung bislang übersehener Positionen, normativ aber auch im Hinblick auf eine – aus der Perspektive der Kulturrevolution wahrscheinlich undenkbare – historische Konstellation, in der dieses Erbe der Kulturrevolution zur Debatte stand.

Denn jetzt steht es zur Debatte, und die Erben würden es am liebsten ausschlagen. Und es wäre unbillig, hier lediglich einen Generationskonflikt zu unterstellen, der das »Rebellieren ist gerechtfertigt« durch ein »Was der Produktivkraftentfaltung dient, ist gerechtfertigt« ersetzt. Genausowenig fruchtet eine Berufung auf den Klassenkampf herkömmlichen Typs: hier Koalition zwischen städtischer Intelligenz, Technokraten und standesbedrohten Politruks – auf der anderen Seite die (zynisch gesprochen) schon in der Theorie zukurzgekommenen Arbeiter, Bauern etc. Für die Ablösung der »Viererbande« haben sie wahrscheinlich alle demonstriert, gewiß aus verschiedenen Partikularinteressen, aber im Bewußtsein eines gemeinsamen Gegners. Doch daß der Bezwinger dieses Gegners heute den Beifall aller Seiten einstreichen kann, wirft nicht nur ein Licht auf das Geschick von jenem, sich allseitig unbeliebt zu machen, es erläutert auch sein Unvermögen, den eigenen Standpunkt in irgendeiner Form so weit verbindlich zu machen, daß seine Unterstützung wenigstens eine Dissidenten-Bewegung hätte ins Leben rufen können.

Vielleicht existiert diese Dissidenten-Bewegung, vielleicht hat sie nur keine Mittel, sich einer interessierten Öffentlichkeit anders als in kurzlebigen Wandzeitungen mitzuteilen. Worum es mir jedoch in erster Linie geht, ist klarzumachen, daß nach der ganzen Anlage der kulturrevolutionären Umgestaltung von Politik als einer gleichzeitigen Umstülpung von Überbau und Unterbau die Berufung auf konsistente politische Positionen unmöglich war. Die vorgefertigten und immer wieder zitierten Handlungsanweisungen unterminierten systematisch Aufbaupotentiale für eine sozialistische Politik, sie mußten notwendig in einen radikalen Voluntarismus münden, das schnell gezeugte Kind der Gunst der politischen Umstände, oder – dieselbe Münze auf jeweils andere Weise ausgegeben – in einen Pragmatismus praecox.

In den gegenwärtigen Diskussionen um die Form des sozialistischen Aufbaus in China wird, soweit ich weiß, dieses Thema nicht direkt angesprochen. Das Problem der Sicherung revolutionärer Errungenschaften taucht in einer anderen Rubrik auf, nämlich in der Rechtsdiskussion. Daß während der Kulturrevolution formales Recht weitgehend außer Kraft gesetzt werden konnte, wird heute aus der Revolutionsgeschichte abgeleitet, in der Massenkampagnen an die Stelle von Rechtssystemen getreten waren, in welchen die Produktivkräfte (Arbeiter und Bauern) zwar befreit wurden, doch diese Befreiung nicht in irgendeiner kodifizierten Weise gesichert

wurde, vielmehr rechtliche Sicherung als revisionistische Tendenz galt. (Schließlich zählten ja nach 1966 die diversen Rechtsfakultäten nicht zufällig zu den am schwersten heimgesuchten Gebieten der Universitäten.)

10. Die Zerstörung des Rechtssystems oder – was auf das Gleiche hinausläuft – die Abneigung, solch ein System mit verbindlichen Garantien auszustatten, schuf ein politisches Klima, in dem die Konsequenzen von Handlungen nicht mehr vorauszuberechnen waren. Hier liegt sicherlich ein wesentlicher Grund für die Verlangsamung der ökonomischen Entwicklung in den letzten Jahren. Denn politischen Schutz gewährte dann nur noch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die gerade an der Macht war, oder eine konsequente Strategie des Nichtauffallens. Zugehörigkeit zu einer Gruppe, das bedeutete Cliquenwirtschaft, billige, nicht nur in China altbekannte Protektion der eingeschriebenen Anhänger.
(»Arbeiter, Bauern und Soldaten an die Universität, das ist doch alles Quatsch«, sagte ein Freund in Peking. »Ich bin jetzt ein kleiner Kader, nichts Aufregendes, aber immerhin. Und warum? Weil ich 64 meine Universitätsprüfung machen konnte, und da war ich eben gut, jedenfalls gut genug, und bin aufgenommen worden. Ohne Beziehungen, mein Vater ist ein armer Bauer im Kreis F., Provinz K.; zwei, drei Jahre später wäre das alles unmöglich gewesen, da zählten doch nur noch Beziehungen. Mit fachlichen Qualifikationen war da nichts mehr zu machen, im Gegenteil, da kriegtest du erst recht eins auf die Nase. Wer bestimmte denn da, was gutes politisches Bewußtsein war? Doch nur die Clique, die gerade an der Macht war, und die haben sich immer erst einmal selbst bedient.«)
Der Generalnenner für »die Clique« ist heute »die Viererbande und Lin Piao«. (Wer das im einzelnen immer war, die »Viererbande und Lin Piao« – ein geübter Redner in Kuangxi konnte das schon als Einsilber aussprechen –, läßt sich nicht mit derselben Einmütigkeit festlegen.) Man sollte aber auch den Zweifel nicht unterdrücken, ob denn die im Augenblick so gängige Personalisierung der Debatte nicht den Blick auf die strukturellen Zusammenhänge einigermaßen verstellt.
Jene Haltung des um keinen Preis Auffallens hing für die chinesischen Intellektuellen auch noch mit einem anderen Zug der Politik der Kulturrevolution zusammen: dem drohenden Abdriften einer ursprünglich nur auf Autonomie zielenden Aufbaustrategie ins Nationalistische. Das Prinzip »Sich auf die eigenen Kräfte verlassen«, die grundgescheite Maxime für eine eigenständige chinesische Entwicklungspolitik, war im Verlauf der Kulturrevolution immer stärker kanonisiert worden. Das betraf (neben vielem anderen) besonders auch den Einsatz von Wissenschaft und Technik. Prämiert und bejubelt wurden eigenständige Lösungsmodelle, wie etwa die »traditionellen Weisheiten der Bauern im Umgang mit der Natur«, eine

»Wissenschaft des Volkes« und ähnliche Unternehmungen. Sie boten den Vorteil, altüberkommene Vorbehalte der Bauern gegenüber ihnen nicht vertrauten Techniken und wissenschaftlichen Verfahrensweisen abzubauen: schließlich wurden unter der neuen Nomenklatur die Bauern ja selber zu Wissenschaftlern.
(»Wir müssen davon ausgehen«, erläuterte der Begleiter bei einer Führung durch eine Landkommune, in der sich der Geist der Kulturrevolution noch etwas gehalten hatte, »daß unser Vorsitzender Mao zu Recht dargelegt hat, daß es antagonistische und nicht-antagonistische Widersprüche gibt. Der Widerspruch zwischen einem höher gelegenen und einem tiefer gelegenen Reisfeld gehört zur Gruppe der nicht-antagonistischen Widersprüche. Er kann durch ein geeignetes System der stufenweisen Bewässerung gelöst werden. Der Gegensatz zwischen Schädlingen und landwirtschaftlichen Produkten dagegen ist ein antagonistischer Widerspruch. Er kann nur durch die Vernichtung der Schädlinge gelöst werden.« Es war sehr heiß, und wir alle haben hämisch gegrinst über dieses Aufmotzen von Allerweltsweisheiten, vielleicht war das aber ein wenig unbillig: immerhin hätte ja auch die Möglichkeit bestanden, daß diese Bruchstücke der Theorie eines Tages nicht nur zur Bestätigung des Selbstverständlichen, sondern auch zu dessen Denunzierung verwendet würden – allerdings unter der Voraussetzung, daß die verfütterten Theoriehäppchen tatsächlich den philosophischen Appetit anregten. Damals waren wir skeptisch, und so recht gläubig bin ich heute noch immer nicht.)
Andererseits: je nachhaltiger die Erfolge des bodenständigen Denkens gefeiert wurden (»brauchbar, verständlich, chinesisch«), desto mehr gerieten die an herkömmlichen wissenschaftlichen Institutionen betriebenen Arbeiten in Mißkredit. Die Einstufung der Wissenschaftler als »stinkende neunte und letzte Kategorie der Intellektuellen«, wie sie bis vor drei Jahren galt, legt dafür ein beredtes Zeugnis ab. Der ständigen als revolutionär ausgegebenen Besserwisserei ihrer jeweiligen Führer überdrüssig, habe sich die Bevölkerung in einer Art passivem Widerstand eingeigelt, hört man heute. Für alle Intellektuellen sei das ohnehin die einzig mögliche Form der Selbstbehauptung gewesen. Wer habe denn schon das Risiko auf sich nehmen wollen, mit einer besonderen Erfindung oder einer neuen Theorie hervorzutreten? Zahlte sich die Geschichte aus, kriegte ein anderer den Preis, ging sie daneben, drohte der Knüppel – »Sich einen großen Namen machen zu wollen ist bürgerliches Karrieredenken«. Da wurde man lieber vorsichtig, dachte sich seinen Teil und verbarg ihn sorgfältig. Nicht weniger unerfreulich war der Vorwurf, »im Schneckentempo hinter dem Ausland herzukriechen und alles Fremde blind zu verehren«, eine Anklage, die jene Wissenschaftler und Techniker besonders fürchteten, deren Biographie sie als frühere Studenten einer westlichen Universität auswies.

Doch sie standen nicht allein: betroffen fühlte sich offenbar auch das Heer von Agrotechnikern und Ingenieuren, die, statt Ermutigung zu fühlen angesichts eines politischen Kurses, der ihre (anwendungsorientierte) Position stärken wollte, eher die Gefahr witterten, urplötzlich in das Lager des Gegners umdefiniert zu werden, und schon daher wenig Lust verspürten, sich nachhaltig zu profilieren. Und was für die Techniker galt, traf – so will es jedenfalls das gegenwärtig projizierte Bild – auch auf den Bauern und die Bäuerin in der jeweiligen Produktionsgruppe zu. Der dauernd wechselnden Anordnungen über Fruchtwechselfolge, Zusammensetzung der Düngemittel und Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln müde, wählten sie den Weg des geringsten Widerstandes. So konnten sie zumindest nichts falsch machen und sich keinen übergeordneten Zorn zuziehen. Mit dem fehlenden Enthusiasmus der Bevölkerung auf dem Lande drohte aber eine Politik zu scheitern, deren besonderer Erfolg in früheren Jahren eng mit diesem Enthusiasmus verbunden war: die Politik der Kollektivwirtschaft.

11. Vor etwa zwanzig Jahren erläuterte der Wirtschaftswissenschaftler und damalige Rektor der Universität Peking, Ma Yinchu, den Delegierten des Nationalen Volkskongresses seine »Neue Bevölkerungstheorie«. Es handelte sich bei dieser Theorie um wenig mehr als die Einsicht, daß das Bevölkerungswachsum in China eine Geschwindigkeit angenommen habe, mit der die wirtschaftliche Entwicklung nicht Schritt halten könne. Langfristig, so Prof. Ma, müsse die ständig zunehmende Bevölkerung das Land mit einer Reihe von ökonomischen Problemen konfrontieren, die sich durch die zu erwartenden Prozesse der Mechanisierung und Automatisierung nur noch verschärfen könnten. Wo sollten z. B. die Arbeitsplätze für die kommenden Generationen von Schulabgängern hergenommen werden? Beim gegenwärtigen Stand der Leistungsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft sei eine Verbesserung des Lebensstandards allein über eine allgemeine Geburtenplanung möglich – und Ma Yinchu ging hier nur von den elementarsten Bedürfnissen aus: Ernährung, Kleidung und Schulen waren die Punkte, die er nannte.
Diese »Neue Bevölkerungstheorie« veröffentlichte die Pekinger Volkszeitung in ihrer Ausgabe vom 5. Juli 1957. Kurze Zeit später kübelte dieselbe Zeitung seitenlang Spott und Hohn über den Professor. Er habe sich unterstanden, das Potential der sozialistischen Volkswirtschaft Chinas anzuzweifeln, habe das Grundprinzip des Historischen Materialismus »Viele Menschen sind eine gute Sache« (*ren duo shi hao shi*) mißachtet, sei folglich ein Malthusianer, Neokolonialist, Kapitalistenschwengel, imperialistischer Kettenhund usw. Im Herbst 1960 wurde Ma Yinchu als Rektor der Universität Peking abgelöst.

Heute, am 14. Juli 1979, nicht ganz zwanzig Jahre nach seinem erzwungenen Rücktritt, ist Ma Yinchu rehabilitiert. Vielleicht habe er einige Probleme nicht tief genug durchdacht, hieß es kürzlich in einem längeren Artikel der Volkszeitung, doch im großen und ganzen habe die Kampagne gegen ihn nur Schaden angerichtet. Denn die Schwierigkeiten, die er vorausgesagt habe, seien tatsächlich eingetreten, heute müsse man das jahrelang Versäumte unter erheblichen Kosten nachholen.

Entscheidend für seinen Sturz war damals, daß der Professor die Probleme von Industrialisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft und deren Auswirkungen auf den chinesischen Arbeitsmarkt zu einem Zeitpunkt thematisierte, als die Partei gerade auf diesem Gebiet eine neue Politik initiiert hatte (die Kollektivierungskampagne von 1956/57), über deren Erfolg sie damals noch alles andere als sicher sein konnte. In der zentralen (und auch innerhalb der Partei heftig diskutierten) Frage, ob in der künftigen Entwicklung der chinesischen Landwirtschaft der Akzent auf einer Umgestaltung der Produktionsweise durch den Einsatz neuer Techniken oder auf einer Umwälzung der Produktionsverhältnisse (bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität durch den kollektiven Einsatz *traditioneller* Techniken) liegen sollte, war die Entscheidung für den zuletzt genannten Ansatz gefallen.

Hier offenbarte sich das Grundmuster einer Politik, die mit einigen Varianten im »Großen Sprung vorwärts« (1958/59), später und nachhaltiger dann in der Kulturrevolution praktiziert wurde und die im Ausland als das chinesische Entwicklungsmodell schlechthin bekannt ist. Die historischen Etappen auf dem Wege zur agrarischen Kollektivwirtschaft brauchen wir hier nicht nachzuzeichnen. Worauf es ankam, war eine weitestmögliche Erfassung aller vorhandenen (wenn man so will traditionellen) Ressourcen der Landwirtschaft unter dem Blickwinkel eines möglichst effektiven Einsatzes dieser Ressourcen. Landwirtschaftliche Kooperativen sollten den Einsatz aufwendiger Maschinenparks zumindest kurzfristig ersetzen. Diese Taktik bot sich für China an, weil hier die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte in einem ungünstigen Verhältnis zu deren potentieller Produktivität lag. Die Parzellen selbst der reicheren Bauern waren zu klein, um die dort gebundenen Arbeitskräfte über das ganze Jahr produktiv auszulasten. Im neuen, kollektivwirtschaftlichen System ließen sich diese Arbeitskräfte dagegen in den weniger intensiven Phasen der landwirtschaftlichen Produktion ausnutzen: zur Aufforstung von Wäldern, beim Straßenbau und, wichtiger noch: in der Wasserwirtschaft, d. h. bei der Anlage von Be- und Entwässerungssystemen. Dieser rationale Arbeitseinsatz und eine agrarfreundliche Preispolitik – Industriegüter wurden billiger, die Erzeugerpreise in der Landwirtschaft stiegen – trugen zu einer erheblichen Steigerung der Gesamtproduktion auf dem Agrarsektor bei. Dadurch wiederum er-

höhte sich der Beitrag, den die Landwirtschaft zur Finanzierung des industriellen Aufbaus der Volksrepublik leisten konnte.
Bei einem Vergleich mit der landwirtschaftlichen Kollektivierungspolitik der UdSSR Anfang der 30er Jahre schneidet China ungleich besser ab. Das liegt zu einem großen Teil daran, daß für das landarme, doch an Arbeitskräften reiche China der kollektive und planmäßig gesteuerte Einsatz von Arbeitskräften näher liegt als der Einsatz aufwendiger Maschinen, wie er für die landreiche aber bevölkerungsarme Sowjetunion sinnvoll gewesen wäre. Doch mindestens ebenso ausschlaggebend für den chinesischen Erfolg war wohl die Technik des politischen Handelns, jene Mischung aus Klassenkampf und Paternalismus, den die Partei praktizierte: Natürlich waren die reichen Bauern der Klassenfeind, andererseits ging es ja nicht nur um Revolution, sondern auch um Produktion, man durfte also den Klassenfeind nicht zu arg verprellen, denn jene etwas wohlhabenderen Bauern verstanden sich auf den Einsatz von modernen Techniken, und wie sehr so eine Kollektivierung ohne die freiwillige Mitarbeit kompetenter Fachleute danebengehen konnte, hatte man ausgiebig in der UdSSR studieren können. Die Erfolge der Kollektivierungspolitik 1956/57 lassen sich in Zahlen ausdrücken, die die Chinesen mit berechtigtem Stolz vorzeigen können.
Über Gelingen oder Fehlschlag der nachfolgenden Parallelaktionen (Großer Sprung vorwärts, Kulturrevolution) lassen sich nur Mutmaßungen anstellen, die sich auf eher mehr als weniger lückenhaftes Datenmaterial berufen. Festhalten sollte man nur, daß die Politik jener Parallelaktionen von ähnlicher Struktur, aber ungleich größerer Intensität war: Während des Großen Sprungs vorwärts entstanden die Volkskommunen mit der Produktionsgruppe als der grundlegenden Einheit für gemeinsamen Besitz, Produktion und Distribution; in der Kulturrevolution versuchte die Partei, den Übergang zu einer höheren Form des Sozialismus noch stärker zu forcieren, private Parzellen für landwirtschaftliche Nebenprodukte wurden verboten, in zahlreichen Brigaden experimentierten die Leitungsorgane mit der Einführung der Produktions*brigade* als grundlegender Einheit, d. h. mit der Kollektivierung von Produktionsgruppen.
Am Grundgefüge des kollektivwirtschaftlichen Systems hat sich auch nach dem Machtwechsel nicht viel geändert. Privatparzellen und häusliche Nebenproduktion sind allerdings wieder zugelassen, werden sogar durch die Einrichtung neuer »freier« Märkte ermuntert. Die Auflösung der Produktionsgruppen in Brigaden wurde weitgehend rückgängig gemacht, dabei den Produktionsgruppen größeres Entscheidungsrecht für die Erfüllung ihrer Planziele eingeräumt. Begründet werden diese Maßnahmen rein pragmatisch (»Die Wahrheit in den Tatsachen suchen«, heißt das neue Kürzel), es habe sich herausgestellt, daß der dringend notwendige wirtschaftliche Aufschwung nur so und nicht anders zu erzielen sei.

12. Unter den vielen Punkten, in denen sich Gegner und Anhänger der Kulturrevolution widersprechen, nimmt die Einschätzung der wirtschaftlichen Erfolge der Politik zwischen 1966 und 1976 einen besonderen Rang ein. Daß sich diese Revolution auch wirtschaftlich, d. h. durch materielle Fortschritte auszeichnen müsse, ist dabei auf beiden Seiten unumstritten. Nicht umsonst hebt Bettelheim in seinem Brief die ökonomische Leistungsfähigkeit des von ihm hochgehaltenen Modells hervor.
(Vor drei Jahren, die »Viererbande« war gerade erst ein wenig gestürzt, saß ich bei einem der noblen Empfänge, die die Max-Planck-Gesellschaft Delegationen der Chinesischen Akademie der Wissenschaft bereitet, neben einem chinesischen Pflanzenpathologen. Ein deutscher Kollege brachte das Thema auf die vielen Autos, denen die Delegation auf ihrem Weg vom Flughafen zum Hotel begegnet sein müsse. »Wissen Sie«, erläuterte er, »wir haben hier so viele Autos wie Sie Fahrräder.« Mein chinesischer Tischnachbar drehte sich zu mir und bemerkte nicht ohne Stolz: »Der hat recht, so viele Fahrräder wie wir habt ihr nicht.«)
Es ist ein heikles Unterfangen, sich bei der Debatte um die ökonomischen Resultate auf konkrete Zahlen zu berufen, wie es beide Parteien machen. Denn die offiziell zuständigen Stellen der chinesischen Regierung waren in den vergangenen zehn Jahren Virtuosen im Umgang mit Statistiken. Kein Jahr verging ohne allseitige Rekordernten, ganz gleich, wie der Stand des Vorjahres ausgesehen haben mochte; Meldungen aus dem Bereich der Wirtschaft waren schon per definitionem Erfolgsmeldungen. Doch selbst wenn man ihnen einen bestimmten Realitätsgehalt zubilligt, hilft das nicht viel, denn sie betrafen in aller Regel kleinere Details, die nicht erkennen ließen, wie sie sich zu einem möglichen Gesamtbild verhielten.
Man mag andererseits auch nicht völlig ausschließen, daß die heute publizierten Angaben schon deswegen etwas ungnädiger mit der ökonomischen Bilanz des vergangenen Jahrzehnts umgehen, weil eine Politik, die den materiellen Fortschritt zur höchsten Priorität erklärt, ihren Erfolg nur an imposanten Zahlen messen kann. Diese Zahlen sagen sicherlich eine Menge über die *Programmatik* des gegenwärtigen Kurses aus, problematisch wird es nur, wenn sie als Indiz für dessen Erfolg oder Mißerfolg herangezogen werden. Das hat einige angelsächsische *chinawatchers* nicht davon abgehalten, mit ungeheurer Akribie aus den Teilsummen der Einzeldaten eine Hochrechnung über die Gesamtperformanz der chinesischen Volkswirtschaft vorzunehmen – in der *New York Review of Books* hat Nick Eberstadt Anfang dieses Jahres in mehreren Artikeln selbst noch den Kalorienhaushalt eines Durchschnittschinesen zu berechnen versucht und kam dabei auf Werte, die nicht spektakulär über denen anderer Länder der Armen Welt liegen –, dennoch scheint mir die Verläßlichkeit der Aussage auch hier mehr oder weniger eine Glaubensfrage zu sein. Selbst wenn wir

unterstellen, daß die ermittelten Werte eher zutreffen als nicht, darf man nicht übersehen, daß die Größe und Verschiedenartigkeit von Chinas Provinzen, geschweige denn des ganzen Landes, den Begriff Durchschnitt zu einer statistischen Fiktion machen.

13. Es gibt also gute Gründe, mit den veröffentlichten Daten nicht handgemein zu werden – weder mit dem ohrenbetäubenden Dschingderassabum der chinesischen Propaganda noch mit den graziösen Hochrechnungen der akademischen Pinkertons. Trotzdem: wenn wir allein nur in Rechnung stellen, daß in der Volksrepublik die wesentlichen Grundnahrungsmittel (und Bekleidungsstoffe) rationiert sind, daß das Land immer größere Schwierigkeiten hat, mit der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit fertig zu werden (und es ist kein Spaß, in einem Lande arbeitslos zu sein, das – da offiziell dieser Zustand nicht vorgesehen ist – auch nichts direkt für die Betroffenen unternimmt), oder daß die Wohnraumknappheit in den Städten eine der wenigen wirksamen Maßnahmen zur Geburtenkontrolle zu sein scheint, dann dürfte noch einige Zeit vergehen, bis in der Volksrepublik der Konsumterror ausbricht. Und vor diesem Hintergrund wirkt es besonders befremdlich, wenn sensible Linke beim Thema Produktivitätssteigerung in China immer gleich einen Fetisch tanzen sehen, dem man die einschlägig bekannten Adjektive anhängen darf, die allesamt mit »bürgerlich« beginnen und mit einem auffordernden Bindestrich weitergeführt werden.
(»It's quite frightfully impressive«, erklärte mir in der Bar eines Hongkonger Hotels ein Engländer, »how quickly the Chinese have managed to improve their lot. You may not have noticed it that much but for me as a pretty regular visitor the changes are simply stunning. Only ten years ago, you would have people walk around on their bare feet. Five years ago, most of them would sport some sort of a sandal, and last year, it was proper shoes. Deuced difficult to tell, what they'll be up to next.« Er sog nachdenklich an seiner Pfeife. »Stockings, I suppose.«)
Mir liegt es völlig fern, politische Enthaltsamkeit zu predigen (»Können Sie überhaupt Chinesisch?«) – die Anteilnahme an den Vorgängen in China sollte denselben Grad von Selbstverständlichkeit erhalten, wie die Diskussion der Zustände in irgendeinem anderen Land. Ärgerlich wird es nur, wenn unter Absehung von allen möglichen Realitäten in der BRD, in Westeuropa oder den USA über die Legitimität der Bedürfnisse von mehreren hundert Millionen Chinesen entschieden wird, weil nämlich, und hier liegt wohl das tiefere Problem, ein jeder Kommentator zu wissen glaubt, daß die gesellschaftliche Entwicklung eines Landes notwendig den Bach herunter gehen muß, wenn diese oder jene Änderung eingeführt wird.
Da zieht in die Diskussionen ein merkwürdig mechanistischer Deduktio-

nismus ein, erschreckend strukturverwandt der westlichen Entwicklungssoziologie der 50er Jahre: ein importiertes Stahlwerk, ein Schub Walzstraßen und die wilde sozialistische Unschuld ist geraubt (»War ein Gekose, ein Geschleck, da ist dann auch das Blümchen weg«). So tief sitzt offensichtlich die Angst in den Knochen, Marx, Weber oder irgend ein anderer Evolutionsspekulant könnten so unrecht nicht haben, am Westen (selbst am sowjetischen Westen) führe kein Weg vorbei, die Rationalität sei vorgezeichnet, daß schon der Verdacht auf Verwestlichung vielen Linken genügt, um die Flinte ins Korn und sich selbst hinterherzuwerfen (»Du fingst mit einem heimlich an, bald kommen ihrer mehre dran«). Als wenn das alles so einfach wäre, als ließe sich – ein kräftig böser oder guter Wille einmal vorausgesetzt – das soziokulturelle Gerüst eines Landes wie China durch ZK-Beschluß von heute auf morgen einfach umstöpseln. Als steckte hinter Stalins Wahnwitz von den universal aufeinanderfolgenden oder konkurrierenden vier oder fünf Produktionsweisen mehr als nur geistlose Methode. Wie wird denn das »bürgerliche« China aussehen, das uns die abgefallenen (oder treuen) Maoisten androhen? Calvinistengemeinden in Tibet? Rationale Buchführung in Tachai? Streichquartette in den Häusern führender Funktionäre? Wandzeitungen nur noch zur Übermittlung von Börsenkursen? Weltverneinung als Pflichtfach in den Kaderschulen des 7. Mai?
Ein wenig verräterisch ist schon das Wortbild »Modell China« – als hätten wir (oder die Chinesen) eine Art Bauplan für Gesellschaften, oder eine Betriebsanleitung, die uns verrät, wo wir den Schlüssel einstecken und umdrehen müssen, damit das Ganze läuft wie Meyers Schweinekutsche oder irgendein anderes Blechspielzeug.

Tilman Spengler
Pekinger Pictogramme

Reden über Politik

»Wir wollen den wahren Marxismus-Leninismus«, sollen die Massen am 5. April auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gefordert haben. Meine chinesischen Freunde haben mir das bestätigt und schenkten mir Bücher und Bildbände, in denen das historische Ereignis festgehalten worden ist. Nun wollte ich wissen, was denn die Massen unter einem »wahren« im Gegensatz zu einem »unwahren« oder »falschen« Marxismus-Leninismus verstanden. Das wurde schwierig – wie die meisten politischen Diskussionen. Saßen wir zu mehreren beisammen, mußte man sich erst einigen, wer die Antwort gab, *die* Antwort, wohlverstanden, nicht eine Meinung, vorläufige Vermutung oder lautes Vorsichherdenken. Als müßten die rhetorischen Instrumente erst richtig gestimmt werden, gab es zunächst ein Vorweggetuschel, die Zischlaute von heftig zwischen festgeschlossenen Zähnen hereingesaugter Luft. »Wahrscheinlich«, meinte ein Wortführer, »hatte das mit Philosophie nicht viel zu tun, so genau konnten die Massen das ja auch gar nicht wissen. Nur kannten sie eben das System der 60er Jahre, vor der Kulturrevolution, da ging's ihnen natürlich viel besser. Und das ist für sie eben der wahre Marxismus-Leninismus.« Ein Blick in die Runde. »Stimmt doch, oder?«

Diese Deutung war übrigens das Eindeutigste, was ich in Erfahrung bringen konnte – nach einigen Tagen habe ich die Frage allerdings auch aufgegeben, weil ich mir nicht immer so einfältig vorkommen wollte. Doch solange ich sie noch stellte, war die häufigste Reaktion ein halb verlegenes, halb apologetisches Lachen, das den Fragesteller in eine Komplizenschaft einbezog, in der sich die Auskunft von selbst erledigte. Und wenn das nichts half: »ja, das diskutieren wir auch gerade, das müssen wir noch genau untersuchen, da gibt es noch viele verschiedene Meinungen«, und dann der Griff zu den Bauklötzchen der Offizialsprache: »dazu hat ja der Vizeministerpräsident des Staatsrates und Vorsitzende . . . gesagt . . .«, es folgte eine beruhigende Maxime.

Nachfragen gilt dann schon fast als Nachtreten. Denn für den chinesischen Gesprächspartner scheint die politische Diskussion leicht in eine Prüfungs-

situation umzuschlagen. Weiß er die richtige Antwort oder nicht? So, als sei der Fragestoff vorher schon einmal durchgenommen worden und müßte jetzt fehlerfrei repetiert werden können. Da hat ein »ich denk' mir das so« natürlich keinen Platz.
(Andererseits darf man aber auch nicht verschweigen, daß sich die Situation in den letzten beiden Jahren erheblich gebessert hat, daß heute im Vergleich zu früher schon fast pluralistische Züge auszumachen sind. Es wird immerhin geredet, was früher keineswegs selbstverständlich war. 1975 fragte ich einmal einen chinesischen Kader nach dem Zuständigkeitsbereich irgendeiner Kommission und fügte entschuldigend erläuternd hinzu, bei uns in Westdeutschland wisse man halt viel zu wenig über den institutionellen Aufbau seines Landes. Er schaute mich streng an und sagte dann in einer recht ruppigen Art: »Über China wissen Sie nichts, gar nichts«. Seine Genossen nickten dazu beifällig, irgendwie schienen sie der Meinung zu sein, hier sei einer der Hauptvorzüge ihres Landes hervorgekehrt worden.)

Die Hintergrundinformationen, die heute viel freizügiger ausgegeben werden, machen jedoch ein Verstehen nicht unbedingt leichter. Den Satz etwa: »Die Viererbande hatte ihre Anhänger in allen Organisationen!« hätte der neugierige Fremde gern erklärt bekommen. In welchen Organisationen denn besonders? Eher unter den Arbeitern, den höheren oder niederen Kadern, den Bauern? War ihre Politik stärker auf die Interessen der Facharbeiter zugeschnitten? Antwort: Nein, sie hatten überall ihre Anhänger, und es schließt sich eine Aufzählung an, wer wann mit wem unter welcher Decke gesteckt hat. So wie wir Studenten in der Bewegung der Jahre 1968/69 das Wort »System« als passepartout für die Mannigfaltigkeit des sozialen Lebens beständig bereit hatten (Biographisches ist uninteressant), so dominierte unter meinen Gesprächspartnern die Clique als Paradigma jeglicher soziopolitischen Analyse. Und die Gespräche über Cliquen leben vom Klatsch, dem Aufspüren oder Konstruieren heimlicher Beziehungen, der stillen Post der Sottisen. (»Die beiden saßen 1924 schon auf der Schulbank nebeneinander, seine Frau ist die zweite Tochter des Kommandeurs von . . ., ihr Onkel hat immer für sie Strumpfhosen in Hongkong eingekauft . . .«) Eine Fundgrube für das, was unsere Geheimdienste wohl Hintergrundinformation nennen.

Eine andere Variante ist die blanke Naivität. Warum wurde Nixon gerade zum Höhepunkt des Indochinabombardements nach China eingeladen? »Ja, warum denn nicht? Er ist doch ein Freund des chinesischen Volkes, er wollte schließlich als erster mit uns diplomatische Beziehungen anknüpfen . . .«

Die *Pekinger Volkszeitung* hat sich kürzlich dieses Problems angenommen und in einem ausführlichen Artikel den trostlosen Stil vieler politischer Diskussionen beklagt. Sie hat dabei auch nicht verschwiegen, wie sehr sie selbst an diesem Prozeß beteiligt war. Nur sitzt vielen Intellektuellen noch immer der Schock von 1957 in den Gliedern, als nach einigen Monaten einer (von der Partei ermunterten) freizügigen Diskussion dieselbe Partei plötzlich ihren Kurs radikal änderte und die »hundert Blumen« der Meinungsvielfalt in wenigen Wochen niedermähte.

Die Straße

Kalgan, eine typische Provinzstadt am Rande der Wüste Gobi. Durch die Straße vor unserem Hotel führte früher ein Handelsweg aus der Inneren Mongolei. Heute hat man sie erweitert, zementiert und mit Pappeln eingesäumt. Die Pappeln stehen auf einem breiten Streifen festgetretenen Bodens, ein Gemisch aus Sand, Lehm und Bauschutt, der direkt an die dreistöckigen Mietshausblöcke aus dunklen Ziegeln oder Beton reicht. Am frühen Morgen laden die Bauern aus den umliegenden Kommunen Berge von hellgrünen Kohlköpfen ab, die sie auf kleinen Maultiergespannen herbeischaffen. Meistens sind drei magere Esel vor einen einachsigen, hochbeladenen Karren gespannt, ein wenig zusammengesunken vor sich hindösend hockt vorn der Fuhrmann in graublauem Arbeitskittel, eine lange Peitsche in der Hand, mit der er über die zotteligen Rücken seiner Tiere streicht. Auf dem hinteren Ende der Ladefläche, bei passender Fracht auch obendrauf, hat sich sein Hilfskutscher ausgestreckt, den Strohhut halb ins Gesicht gezogen, mal gaffend, meist schlafend. Gegen sechs Uhr beginnen sich die ersten Fahrräder unter die Kolonne der Gespanne zu mengen, eine halbe Stunde später ist die Straße voll von ihnen. Sie radeln zwischen, vor, neben und hinter den Fuhrwerken, allein auf dem Rad, zu zweit, kleine Kinder auf der Lenkstange, auf dem Gepäckträger, manchmal auch mit selbstgezimmerten Beiwagen für das Baby, Fahrräder mit Anhängern, aus Bambus geflochtenen Seitenkörben, mit aufmontierten Kanistern – alle Möglichkeiten ausschöpfend, die im Schöpfungsplan des Zweirades angelegt sind.
Maultiergespannen und Fahrrädern gehört die Straße. Die wenigen schweren, oliv gelackten Lastwagen, die sich mühsam, laut hupend und in weitausladenden Schlangenlinien wie Tankschiffe einen Weg zu bahnen suchen, auf dem sie ihre Motorstärke, ihre Geschwindigkeit und ihre Bedeutung für die sozialistische Volkswirtschaft ausspielen können, sind in dem Gewühl so unbeweglich wie altertümliche Schalentiere mit ihren Panzern – unangreifbar aber hilflos. Den Bussen, die in diesem freien Spiel

der Kräfte durch ihre Oberleitung gegängelt werden, geht es nicht besser. Gut, wenn sie an eine Haltestelle kommen, können sie legitimerweise ein paar Dutzend Fahrrädern den Weg schneiden, den einen oder anderen Radler auffahren lassen und zum Abspringen zwingen, doch sobald sie wieder in den Strom eintauchen müssen, bleibt ihnen nur das Horn, und von dem geht nicht mehr viel Schrecken aus.
Unten an der Kreuzung bewacht ein Verkehrspolizist das Gewurle. Aus einem gelb gestrichenen kleinen Bunker brüllt er über Lautsprecher oder Megaphon Anordnungen in die Menge, zitiert einzelne (von fern betrachtet eher willkürlich aussortierte) Regelverletzer zu sich. Dieser Bunker wirkt auf den ersten Blick wie ein befestigter Leuchtturm, aber vielleicht drängt sich das Bild nur auf, weil der Beamte in seiner blauen Hose, dem weißen Rock und der Kapitänsmütze wie ein abkommandierter Matrose ausschaut. Zum Schutz gegen das gleißende Licht – und dem neuesten modischen Trend entsprechend – trägt er eine verspiegelte Sonnenbrille, wirkt damit ein wenig wie ein lauerndes Insekt – und nach den gesenkten Köpfen seiner Opfer zu urteilen, scheint auch eine bedrohliche Wirkung von ihm auszugehen.
Gestern hat der starke Regen die Straße halb überschwemmt. Mit ihren Ölhäuten und Plastikumhängen kreuzten die Fahrradfahrer wie Segler um die Pfützen. Irgendwo in der Stadt muß ein Viehmarkt abgehalten worden sein, denn zwischen den Rädern, Gespannen und Autos tauchten immer wieder kleinere Handkarren auf, gezogen von Männern oder Frauen, die sich breite Riemen wie Brustgeschirr umgebunden hatten und gegen die Windböen die leichte Steigung zur Kreuzung heraufliefen. In den Karren lagen immer zwei Schweine nebeneinander, sie lagen auf dem Rücken, die Vorderpfoten über dem Bauch gefaltet, ein Ohr hing über den Rand des Karrens, und sie wirkten eigentlich recht zufrieden – wie zwei beleibtere Herren im Rikscha auf einer Landpartie.
Abends verwandelt sich die Straße zum Dorfplatz. Unter den Laternen finden sich Nachbarn und Freunde zum Brettspiel, Würfeln oder auch nur zum Schwatzen zusammen. Die Alten haben sich Stühle aus ihren Wohnungen geholt, fächern sich etwas Kühlung und schauen den Kindern zu, die im Helldunkel Verstecken oder Fangen spielen. Hier und da plärrt aus einem Transistor eine Oper oder ein Hörspiel, doch niemand hört so recht zu, auch nicht den Zikaden, die in den Bäumen wild ihre Flügel aneinanderreiben.

Warum Friedhelm K. es so lange in Peking ausgehalten hat, ist mir nicht recht klar geworden. Früher hatte er am Institut für Fremdsprachen studiert, danach in einer anderen Stadt als Deutschlehrer gearbeitet. Er hätte jederzeit ausreisen können, wollte aber wohl nicht, da gab es noch irgendeine Sache, die er abschließen wollte, im Zweifelsfall sicherlich eine Angelegenheit akademischer Natur.
»Was haben Sie denn anderes erwartet?«, gab er auf meine Frage nach dem abgekühlten Interesse der europäischen Linken an China zurück. »Irgendwann müssen die doch auch spannen, wie das hier läuft.« Er öffnete eine Flasche Bier und schaltete den elektrischen Fächer ein. »Sie haben doch selbst gesehen, wie rückständig das hier alles ist, geben die Brüder ja auch selber zu. Und wenn die in der Wirtschaft nicht auf die Beine kommen, von der Wissenschaft will ich ja gar nicht erst anfangen, warum sollen die dann ausgerechnet im Marxismus Kunststücke aufführen, da sind die doch auf jeder Parteiversammlung in Dortmund-Hörde weiter. Und dieser ganze Kitsch.« Er deutete auf seine Thermosflasche, die in einem pastellstichigen Rosa-Blau zwei Kraniche zeigte, die einander die Schnäbel entgegenhielten. »Wie bei uns in der Kolonie in den fünfziger Jahren, nur schlimmer. Dabei, wenn man so richtig auf die Dörfer geht, da haben die noch echt schöne Sachen, einfaches Porzellan und Sachen aus Holz, wie man sich das immer vorgestellt hat.« Er öffnete eine zweite Flasche. »Und wie die miteinander umgehen. Das haben Sie doch auch schon gesehen, wie die ihre eigenen Leute brutal beiseite schubsen, wenn da für irgendeinen Fremden Platz gemacht wird, oder wie sie die Leute in den Bussen zusammenpferchen, überhaupt auf der Straße, ewig dieses Gehupe, als wären die Autos ›was Besseres‹.« Er winkte ab. »Ex oriente lux, was, das könnte denen so passen. Ex oriente jux, sagen wir hier.« Und er lachte auffordernd über seinen Kalauer. »Diese ganze Sprücheklopperei hat doch mit Sozialismus nichts zu tun. ›In der Landwirtschaft von Tachai lernen‹, ›In der Industrie von Taqing lernen‹, wenn ich das schon höre! Das schreiben die doch nicht aus Begeisterung, das sind doch lauter Ergebenheitsadressen, wie kleine Fähnchen, die jede Einheit hochhält, damit sie ihre Unterwerfung signalisiert. Welche Partei hat das denn nötig, daß man ihr an jeder Häuserwand ein langes Leben wünscht? Sie können doch nicht im Ernst geglaubt haben, die Leute hätten früher aus freien Stücken ihr einfarbiges Zeug getragen, oder weil Mode den Sexismus fördert oder so'n Quatsch – die haben sich nicht getraut, aus der Masse herauszuragen, aufzufallen, mal ganz abgesehen davon, daß die ja auch nichts anderes zu kaufen gekriegt haben.« Ich machte einen Einwand. »Wenn die Leute, wie Sie meinen, auch von der Sache überzeugt gewesen wären, warum soll das denn so schnell in die Brüche

gegangen sein? Warum ziehen denn jetzt die Frauen, Sie sagen, die wären auch früher schon langweilig gekleidet gewesen, warum ziehen die sich denn jetzt alle so bunt an? Was kann denn da für eine ideologische Überzeugung dahinterstecken?« Er trank immer noch Bier. »Merken hätten wir das früher schon können. Hätten die Geschichte bloß 'rumdrehen müssen, die Außenpolitik als Maßstab nehmen sollen, die Innenpolitik konnten wir ja sowieso nicht beurteilen. Persien, Chile, Kambodscha, wo man hinschaut dasselbe Zeug, die reaktionären Fürsten werden hofiert, die Befreiungsbewegungen im Lande verraten. Da soll mir doch keiner mit dieser Theorie der Drei Welten kommen, die verstehen die ja selber nicht. Und das Volk hat Null Ahnung. Von wegen Wandzeitungen, das ist doch genauso ein Betrug. Im Westen feiern sie die Dinger ab, als wär's der letzte Schrei von demokratischer Bewußtseinsäußerung. Umgekehrt, genau umgekehrt. Da ist doch nichts Tolles dran, wenn man seine Meinung irgendwo veröffentlichen kann und sie dafür an eine Wand pinselt, die sowieso keiner sieht. Den Leuten reicht das hier auch langsam. Wissen Sie überhaupt, wieviele Ausreiseanträge allein in Peking jedes Jahr gestellt werden? Einhunderttausend, nur hier. Da können Sie sich vorstellen, was sonst im Land noch los ist. Aber das will ja keiner wissen, Ihr habt doch alle Angst, ihr müßtet Sozialdemokraten werden, wenn hier nichts läuft.«

Juli 1979

Erich Wulff
Besuch in Saigon. Januar 1979

Ich soll wieder nach Vietnam. Die 7. Präsidiumssitzung der AAPSO, der afro-asiatischen Organisation der Völkersolidarität, zu der ich als Sprecher unseres Antiimperialistischen Solidaritätskomitees eingeladen bin, findet im Januar 1979 in Hanoi statt. Natürlich möchte ich hinfahren. Aber nicht nur für die drei Konferenztage und nicht nur nach Hanoi, sondern auch nach Hué, nach Saigon.

Was habe ich zu Que und zu Triet, den zwei Medizinstudenten der Befreiungsfront, gesagt, wenige Tage bevor ich Hué im November 1967 verließ? Daß ich gleich nach der Befreiung zurückkommen werde. Warum hat es so lange gedauert?

30. 4. 1975. Duong van Minhs Kapitulation, das Ende des Krieges, die vollständige Befreiung Vietnams: ich war in Paris. Als das Radio morgens gegen 10 Uhr diese Nachrichten durchgab, mochte ich noch nicht daran glauben. Knapp zehn Tage zuvor hatten Thieus Truppen in Xuan Loc noch die von den Amerikanern frisch gelieferten Erstickungsbomben eingesetzt. Und jetzt war der Sieg vollständig, endgültig.

Später hörte ich, mein Freund Huan, der von Thieu aus dem Amt gejagte frühere Rektor der Huéer Universität, sei in Minhs Kapitulationskabinett, das zwei Tage amtierte, Vize-Premier und Verteidigungsminister gewesen. Phuong, seine Frau, die schwanger war, und seine beiden Kinder hatte er in den letzten Kriegstagen in die USA geschickt. Ein paar Monate später kam er ins Umerziehungslager. Dort ist er noch heute, drei Jahre nach dem Sieg. Habe ich genug für ihn getan? Wir waren Freunde, eine Zeitlang fast Brüder. Dann trennten sich unsere Wege. Ich arbeitete für die Befreiungsfront, er glaubte noch immer an eine Zwischenlösung, an einen Kompromißfrieden mit Hilfe amerikanischer Waffen, aus dem die Buddhisten als stärkste politische Kraft und die Kommunisten für ihn schlimmstenfalls als Juniorpartner hervorgehen sollten. 1972 hatten wir uns zuletzt getroffen, während der Tage, als die Frühjahrsoffensive der Befreiungsfront seine Illusionen, die Kommunisten seien diesmal wirklich besiegt, wieder einmal zunichte gemacht hatte. Er war damals Senator der von Vu van Mau angeführten buddhistischen Opposition, die Thieu verjagen, aber mit der Befreiungsfront nicht zusammenarbeiten wollte, sondern allenfalls aus einer Position

militärischer Stärke heraus mit ihr über eine Koalition verhandeln. Irgendwann, spätestens nach dem Fall Hués und Danangs Ende März 1975, muß auch Huan eingesehen haben, daß dies Ziel nicht erreichbar war. Warum ist er dann aber geblieben? Wollte er nur dazu beitragen, daß unnützes Blutvergießen vermieden wird? Oder hoffte er zuletzt auf eine Koalition der Kommunisten mit der »dritten Kraft«, wie sie das Pariser Abkommen vorsah? Auf alle Fälle hat er sich nicht zu den Amerikanern in Sicherheit gebracht. Daß er ins Umerziehungslager müsse, hat er sicher nicht geglaubt. Und ich bin die ganzen Jahre über ein Gefühl der Schuld nicht losgeworden, daß ich ihm das eingebrockt habe: durch die *Vietnamesischen Lehrjahre*, aber auch durch die Solidaritätsarbeit, die – zieht man ihre weltweite Bilanz – zum Sieg der Befreiungsfront und der Demokratischen Republik Vietnam beigetragen hat. Ein Schuß Größenwahn liegt in diesem Schuldgefühl, ich weiß es, und doch kann ich es nicht ganz abschütteln. Wie viele Male habe ich mir gesagt, ich müsse hinfahren, mit Pham van Dong, dem vietnamesischen Ministerpräsidenten, über Huan reden, wenn es nicht anders geht, seine Freilassung als Gegenleistung für mein jahrelanges Engagement fordern. Ich habe es nicht getan, sondern mich nur bei der vietnamesischen Botschaft nach seinem Schicksal erkundigt.
So bin ich voll freudiger Spannung, die aber gemischt ist mit Sorge, mit Angst. Wie sieht das geeinte, sozialistische Vietnam aus, für das ich seit 1964 gearbeitet habe, ist es für die Menschen dort, wenn auch noch lange nicht, was sie sich wünschen, so doch noch immer eine Hoffnung? Oder habe ich dazu beigetragen, daß ein Vorhang sich geschlossen hat, hinter dem nun Angst, Mißtrauen, Verdächtigungen, Denunziationen regieren? Vielleicht habe ich 1970 und 1972 im Norden nur nichts davon gesehen, weil ich – außer den Leuten, mit denen man mich offiziell zusammengebracht hat – niemanden persönlich kannte? Bei dieser Reise werde ich erfahren müssen, wie es wirklich ist. Die Wahrheit wird in mich eindringen, selbst wenn ich Augen und Ohren schließe: durch die Poren der Haut . . .

Saigon. In der Hotelhalle erkläre ich unserer Gastgeberin, daß ich Son, Phan, Lan und Nghi sehen möchte. Sie notiert alles, macht aber keine Versprechungen. Ich betone, daß ich diese Wünsche schon bei der vietnamesischen Botschaft in Bonn geäußert habe, und bei dem Dolmetscher des Solidaritätskomitees in Hanoi. Horcht sie jetzt auf? Ich habe sehr deutlich den Eindruck, daß ich Unangemessenes fordere, nicht zum ersten Mal übrigens, auch in Hanoi war das schon so. Der Dolmetscher, unser Reiseführer, die Saigoner Dame, sie sind alle etwas peinlich berührt, fast als wenn ich ihnen etwas Unanständiges vorgeschlagen hätte. Bringt es das Programm durcheinander? Ergeben sich Probleme für meine Sicherheit?

Jedenfalls bringe ich sie in eine mißliche Lage, die sie nicht einmal zugeben dürfen.
Die halbe Stunde, die uns bis zum Essen bleibt, nutze ich zu einem kleinen Spaziergang. Niemand folgt mir. Ich bin glücklich darüber, schelte mich selber wegen meines Argwohns vorhin in der Hotelhalle. Nun werde ich, heute Abend oder morgen, ohne Aufsehen zu erregen, Huans Schwager Huong besuchen können, vielleicht auch bei Trung vorbeigehen, von dem Raoul behauptet, er sei im Gefängnis. Und bei meiner Rückkehr werde ich den Zweiflern antworten, auch in Saigon hätte ich volle Bewegungsfreiheit gehabt. Ich schlendere die Tu Do entlang, die »Straße der Freiheit«, auf den Lam Son-Platz zu, wo das zwölfstöckige »Caravelle«, das alte Hotel Continental, die frühere Nationalversammlung, das Café Givral und Raouls seinerzeitige Wohnung liegen. In vielen der früheren Ami-Bars, jedes zweite Haus war eine, als ich 1967 Saigon verließ, haben sich heute kleine Handwerksbetriebe niedergelassen, es wird gewoben, geflochten, gestickt. Eine besonders große Bar ist zu einer Abendschule geworden. Ein paar Schneider gibt es, aber sonst nur wenig Geschäfte. Liegt das daran, daß Mittag ist? Die Straßen sind noch immer fast leer.
Eine fremde Stadt ... Flüchtig fällt mir noch ein, daß es mir in der allerersten Zeit, im Herbst 1961, ähnlich ging, als Saigon noch nicht das widersprüchliche Geflecht aus persönlichen und politischen Freundschaften, sinnlichen Sehnsüchten, Arbeitsbeziehungen für mich war, der verwirrende, brodelnde Gegenpol zur Huéer Klarheit und Stille. Allerdings: damals, 1961, schien sich ein Mysterium orientalischer Exotik hinter der Fremdheit zu verbergen, Farben, Gerüche, Inschriften boten sich der Entzifferung dar. Davon spüre ich jetzt nichts, die Fassaden scheinen mit sich selbst identisch geworden zu sein, wirken schablonenhaft, ungriffig, leer: ich finde keinen Ansatzpunkt mehr. Nur meine Haut widerspricht meinen Augen und meinem Hirn. Nach den gleichen Entfernungen wie damals kommt der Schweiß ...
Nach dem Essen fahren wir zu einer Textilfabrik, über die kleine Brücke links ab vom Ham Nghi-Boulevard, durch Soul Alley, das frühere Bordellviertel der farbigen US-Soldaten. Wieder fährt der Jeep mit der Sirene vorneweg, die Menschen vor uns stieben auseinander, manche kommen mit ihren Fahrrädern nicht schnell genug an den Straßenrand, verknoten sich, verlieren das Gleichgewicht, müssen absteigen. Ihre Gesichter sind nicht gerade freundlich. Früher stand ich selber auf der Straße, wenn Diem, Nhu, Thieu, ein Minister oder General des alten Regimes unter Sirenengeheul vorüberbrauste, oder McNamara, Taylor, der US-Botschafter. Können die Menschen, die auch jetzt wieder auf den Bürgersteig springen, vom Fahrrad absteigen müssen, einen Unterschied machen zwischen ihren Schindern damals, und jetzt uns, ihren Freunden? Muß diese Sirene sein? Gut, wir

gewinnen vielleicht zehn Minuten, bestenfalls eine Viertelstunde. Aber was verlieren wir dabei?
In der Fabrik wird, ausschließlich aus einheimischen Rohstoffen, Jutegarn gesponnen, es werden Stoffe gewoben, gefärbt, zu Decken, Taschen oder anderen, zumeist für den Export bestimmten Artikeln verarbeitet. Die Sowjetunion hat eine Million Taschen für die olympischen Spiele geordert, hören wir. Der Lärm in den Fabrikhallen ist laut, aber immer noch erträglich, die Stimmung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen entspannt und fröhlich, es wird gelacht und gescherzt. Dann geht es in den Festsaal zum Kulturprogramm. Hübsche Mädchen mit manikürten Händen tanzen und singen, alles Arbeiterinnen des Betriebes, sagt man uns; das Niveau der Darbietungen, die Stimmtechniken, die Gekonntheit der Bewegungen sind von Theater- und Cabaret-Vorführungen nicht unterscheidbar. Die Synthese von vietnamesischem Volkssong und amerikanischer Barmusik hat sich kaum gebrochen in diese neuen revolutionären Inhalte hinübergerettet.

Vor dem Abendessen gehe ich noch einmal hinaus auf die Straße. Dieses Mal habe ich gleich einen Schatten. Ich bin betrübt: aus meinen triumphalen Erklärungen, ich konnte mich frei bewegen, wird wohl nichts werden. Aber dann fasse ich mich, rede meinen Schatten an, versuche so zu tun, als gingen wir zusammen spazieren. Es funktioniert nicht recht, er bleibt immer wieder ein, zwei Schritte hinter mir zurück. Vielleicht doch zu meinem Schutz, will er potentielle Attentäter, Taschendiebe, Rowdies so besser ausmachen? Je mehr ich mich dem Lam Son-Platz nähere, desto beengter, desto unbehaglicher fühle ich mich. 1963, 1967 habe ich hier, auf der selben Straße, solche Schatten gehabt. Der Verkehr war damals dichter, und meist konnte ich sie abschütteln, bevor ich mich mit jemandem traf: mit Huan, mit Biu Diem, später mit Nghi. Am leichtesten ging es, wenn man ganz schnell in ein Taxi sprang. Ein paar Tage später erzählt mir in Hanoi ein polnischer Freund, der früher bei der Internationalen Kontrollkommission tätig war und nicht wenige Freunde in Saigon hat, dies sei auch heute noch das Mittel der Wahl. Die kleinen Polizisten, größtenteils Kader aus dem Norden, kennen die Stadt nicht und können für Taxen kein Geld ausgeben. Damals, unter Diem und Thieu, hatte ich Geheimnisse, hatte Freunde, die in Gefahr waren, ich arbeitete mit ihnen zusammen am Sturz des Regimes. Soll ich auch heute wieder Geheimnisse haben, arbeite ich, verschwöre ich mich – nun gegen die neue revolutionäre Macht? Erst diese Überwachung jedes meiner Schritte läßt die Idee in mir aufkommen, daß es vielleicht Dinge gibt, von denen ich nichts wissen soll und hinter die ich gerne kommen möchte, daß es denkbar ist, in manchen Situationen könnte ich mich – ja mit wem? – gegen Mißstände, gegen bestimmte Kader, nein, nicht gegen das sozialistische Vietnam verbünden. (Das letztere ist mir ganz und

gar unvorstellbar.) Aber es ist schwer, unberührt zu bleiben von dem Bild des potentiellen Feindes, das wie jede auch diese polizeiliche Überwachung von mir und für mich entwirft. Ständig muß ich es abschütteln, nein, das bin ich nicht. Laut hinausschreien möchte ich es, aber wer wird mich hören? Es ist zum Verrücktwerden, ganz und gar buchstäblich.

Am nächsten Morgen werden wir zur »Schule der Würde der Frau« abgeholt, einer der vielen Rehabilitationsstätten für ehemalige Prostituierte. Unser Betreuer bei dieser Fahrt ist Dang Quang Minh, ehedem Botschafter der provisorischen revolutionären Regierung in Moskau. Vor neun Jahren hatten wir einen gemeinsamen Transit in Taschkent. Beide sind wir froh, ein bekanntes Gesicht gefunden zu haben, und Minh weicht während der ganzen Fahrt nicht von meiner Seite.
Minh hat chinesische Geschichte studiert; besonders interessiert ihn die Han-Dynastie, während derer Vietnam für 1000 Jahre unter chinesische Herrschaft kam. Feudal-imperiales Hegemoniestreben einer Großmacht, die sich dazu noch für den Mittelpunkt der Welt hält, sei nur durch die proletarische Revolution zu beenden, durch die Schaffung einer Industrie, einer Arbeiterklasse, die aus eigenstem Interesse zu internationaler Solidarität fähig ist, doziert er. Reine Bauernrevolutionen bringen nach einigen Reformen wieder einen neuen Kaiser hervor und einen neuen Feudalismus. Zwangsläufig werde dann der Nationalismus zu seiner Ideologie. Dies sei im China Maos geschehen. Nach einer authentisch-revolutionären Phase, wo China die revolutionären Bewegungen in der Welt – in Korea, in Vietnam und anderswo – brüderlich unterstützte, habe die Kulturrevolution mit ihren Widersprüchen, mit ihrer Pseudo-Spontaneität die Voraussetzungen zu neuer Alleinherrschaft geschaffen und alle Ansätze zur Ausbildung einer Arbeiterklasse zerstört. Politisch habe sich das in einem neuen Nationalismus, in einem neuen Hegemoniestreben Chinas ausgedrückt. Als die damalige maoistische Führung gesehen habe, daß die Vietnamesen sich ihrer Außen- und Innenpolitik nicht beugen wollten, habe sie die Hilfe für Vietnam allmählich eingeschränkt und einen Kompromiß mit den USA gesucht, um ihre – in jener Zeit noch verschleierten – Herrschaftsansprüche in Südostasien besser durchsetzen zu können. Dies war die 2. Phase, die etwa 1965 begann, erläutert Minh. Ab 1975 habe dann die 3. Phase eingesetzt: Nicht mehr nur Kompromisse, sondern offenes Bündnis mit dem Imperialismus, vor allem den USA, Modernisierung mit amerikanischen Milliardeninvestitionen einerseits (und damit eine neu beginnende wirtschaftliche Abhängigkeit) und expansionistische Gewaltpolitik in Südostasien andererseits. Minh insistiert: China hat den revolutionären Weg in die Zukunft verlassen und ist zurückgefallen in den Zyklus von Feudalisierung und dynastischen Revolten, der jahrtausendelang seine Geschichte

bestimmt hat. In Kampuchea sei es noch viel schlimmer gekommen: dort sei eine neue Sklavenhaltergesellschaft entstanden, deren Zwangsherren jetzt endlich davongejagt werden konnten.
Wie es dazu kommen konnte: der Krieg sei auch daran schuld, der dazu zwang, den Widerstand von den Dörfern aus zu führen, mit den Bauern als entscheidender Kraft. Die Städte, in Kampuchea wie in Südvietnam und zum größten Teil auch in China während des Befreiungskrieges, waren ja in der Hand des Feindes, auch die wenigen Industrieanlagen. Wenn diese besonderen Bedingungen des revolutionären Kampfes zu seinem Wesen erhoben werden, dann entsteht ein Mythos von Blut und Boden (Minh spricht diese Worte in fast akzentfreiem Deutsch aus), von Ursprünglichkeit, Reinheit, Regenerationskraft des ländlichen Lebens, dem die verrotteten, vom Kapitalismus verseuchten Städte entgegengesetzt werden. Glauben Sie ja nicht, sagt Minh, diese kampucheanische Versuchung sei nicht auch an uns herangetreten: die 8000 Kader, die nach der Befreiung Saigons zur Verfügung standen, Bauernkader zum größten Teil (die städtischen haben den Krieg meist nicht überlebt), hätten ganz ähnliche Vorstellungen entwickelt wie das Pol Pot-Regime: raus mit den Städtern, diesen Parasiten, aus Saigon, aufs Land: arbeiten, produzieren, mit Gewalt, wenn es sein muß. Die Parteiführung habe Widerstand geleistet, diese Kader in geduldiger Arbeit davon überzeugt, daß dies ein falscher Weg wäre, daß die Städte selbst produktiv werden müßten. Natürlich sei auch Haß und Rache im Spiel gewesen, meint Minh.
Wir fahren ein in das frühere Waisenhaus von Go Vap. Die ehemaligen Prostituierten, die hier umerzogen werden sollen, sind 17 bis 30 Jahre alt. 1975 waren die jüngsten von ihnen also 13 bis 14, denke ich, oder . . . Über 300 sind zur Zeit in der Schule; etwa 2000, die hier durchgegangen sind, haben in das Leben draußen zurückgefunden. Poussières de la vie, Staub des Lebens, nennt sie die Leiterin, Nguyen thi Mai, eine 40- bis 50-jährige Frau mit einem etwas kantigen, braunen Gesicht. Ein paar graue Strähnen durchziehen das Haar. Sie hat eine mütterliche Ausstrahlung, ein warmes Lächeln, einen offenen Blick und einen Schuß freimütigen, unzynischen Humors: jedes psychoanalytische Institut würde auf sie springen. Widerstandskämpferin war sie, zwei Jahre im Gefängnis von Chi Hoa. Ihre Stellvertreterin, Nguyen thi Mao, ist eine Nonne. Sie trägt die rituelle orientalische Freundlichkeit zur Schau, die auf Fremde so geheimnisvoll wirkt, versetzt mit dem Saccharingeschmack katholischer Verklemmtheit.
Die meisten Mädchen wirken kindlich, unschuldig, sie kommen aus bäuerlichem Milieu, waren durch die Bombenangriffe und gewaltsamen Evakuierungen – die Flüchtlingsproduktion der Amerikaner – in die Städte geschwemmt worden, manche mit ihren Familien, manche allein. Opfer des Krieges also, wie die Drogensüchtigen, wie die Invaliden, die Waisen, sagt

Mai. Ich erfahre auch, daß für sie alle die gleiche Sozialverwaltung, das Amt für Kriegsopfer, zuständig ist. Man muß ihnen das Vertrauen wiedergeben, und das geht nur durch Liebe. Die Stimme Dr. Tins, vor sieben Jahren, als er von der Umerziehung der Prostituierten in Hanoi sprach, ist mir noch im Ohr: »Erst verwöhnen wir sie, erfüllen, so gut wir es können, ihre Wünsche, wir hören sie an, nehmen Anteil an ihrem Leben. Dann entsteht auch in ihnen der Wunsch, unserm Vertrauen gerecht zu werden, mit uns zu arbeiten . . .« Das war damals ein Programm auch für den Süden, ein sehr menschliches, von einem Minister erdacht. Wie kommt es hier an? In Form ministerieller Verordnung, erster Abschnitt Liebe, zweiter Abschnitt Arbeit? Durch Schulung, durch Überzeugungsarbeit der Kader? Ich habe keinen Zweifel daran, mit Nguyen thi Mai verläßt dieses Programm die rotgestempelten Durchschläge ministerieller Verfügungen; politische Vernunft und eigenes Bedürfnis zu lieben erscheinen in ihr ganz und gar versöhnt. Aber wie steht es mit Mao, der Nonne? Der Sozialismus wird ja von Menschen gemacht, nicht allein von Papieren; obwohl es ohne Papiere wiederum auch nicht geht, bei bloßer Spontaneität wären wir wieder – bestenfalls – bei der Mildtätigkeit, bei Almosen für einige wenige, wie vor 1975: wir wären gerade nicht bei Mai, sondern bei Mao.
Wie kommen die Mädchen überhaupt hierher? Die meisten von selber, hören wir, oder sie werden von ihren Familien gebracht – nur ganz wenige von der Polizei. Die Schule hier sei ohnehin nur für besonders »schwere Fälle«, die meisten würden zu Hause, mit Hilfe der Nachbarschaftskomitees, der Frauen- und Jugendorganisationen umerzogen. Wer dort wohl das Sagen hat? Die Maos oder die Mais? Wieweit ist der Sozialismus und seine neue Menschlichkeit dort Wirklichkeit geworden? Wieweit ist er sich in seinen Proklamationen und Slogans selber noch weit vorweg? Was ist zu tun, damit er sich selbst einholen kann?

Vor dem Mittagessen laufe ich mit meinem Fotoapparat noch einmal durch die Stadt. Auf dem Le Loi-Boulevard werde ich von zwei Jugendlichen – sind es Jugendliche, sind sie schon 30? – beinahe angerempelt. Cowboys nannte man sie früher hier. Einer von ihnen hat sich als Para des alten Regimes kostümiert, der andere als General Ky mit seinem Schnurrbart, seinem Silberlametta, seinem Lederbehang. Früher gab es diese Typen hier zu Hunderten, was sage ich, zu Tausenden, echte (wirkliche Paras, Rangers, Marines) wie falsche (die kleinen, martialisch aufgeputzten Gangster, die auf ihren Motorrädern den Damen die Taschen aus der Hand rissen, im Vorübergehen Finger oder Ohrläppchen abschnitten, um zu einem Schmuckstück zu kommen). Jetzt sind von diesem Schlage nur ganz wenige übriggeblieben, und es gehört ein verzweifelter, ja bekennerhafter Mut dazu, sich so aufzumachen.

Mittags erfahre ich von einem unserer Begleiter, »Monsieur Huong« (Huans Schwager) lade mich nachmittags um 5 Uhr zu einer Tasse Tee nach Hause ein. Also wurde mein Brief doch ausgetragen. Der Begleiter redet mit großem Respekt von ihm, wie von einer Persönlichkeit, deren Einladung niemand ablehnen würde. »Wir fahren eben etwas früher vom Empfang der jungen Pioniere los, ich bringe Sie hin«, sagt er. Auf dem Weg zum Empfang der »Patriotischen Front« bleibt noch Zeit zu einer kleinen Stadtrundfahrt: wieder mit Jeep und Sirene, wieder viel zu schnell für mich, brausen wir über den Tran Hung Dao nach Cho Lon. Wörtlich bedeutet der Name dieser Zwillingsstadt Saigons mit ihren 1½ Millionen Bewohnern vorwiegend chinesischer Abkunft »Großer Markt«. Hier liefen die Fäden der Reis- und Devisenspekulationen zusammen, vom 1. Indochinakrieg bis zum letzten Frühjahr, als die Regierung durch die verordnete »sozialistische Transformation des Handels« endgültig damit aufräumte. Hier befanden sich die teuersten Restaurants, die elegantesten Spielsäle, die vornehmsten Vergnügungsetablissements, in denen Ausländer, selbst Amerikaner, ohne persönliche Einführung nicht zum Zuge kamen. In einem von diesen Tanzhäusern hatte ich 1966 Henry Kissinger getroffen. Aber hier hatte es auch die finstersten Opiumspelunken gegeben, kontrolliert von verschiedenen chinesischen Geheimgesellschaften, die den Rohstoff bei Thieu aufkauften, dessen Piloten ihn ihrerseits von der CIA in Empfang nahmen, denn der regelmäßige, von US-Steuergeldern finanzierte Ankauf und Lufttransport des Roh-Opiums war der Preis, den die »Company« für die Loyalität und den Antikommunismus der Meos, die es in den nordlaotischen Bergen anbauten, zahlen mußte. Die Zentrale, über die dieser Zwischenhandel abgewickelt und der Profit ins Ausland transferiert wurde, war Cho Lon, der große Markt. Daneben gab es Tausende und Abertausende kleiner Läden und Verkaufsstände, über deren Besitzverhältnisse niemand recht Bescheid wußte: waren es selbständige kleine Unternehmen oder in Wirklichkeit bloß Filialen, Kommissionsbetriebe der großen Haie. Diese großen Geschäftszweige bedurften natürlich auch eines ausgedehnten Dienstleistungsgewerbes: Lastenträger, Handwerker, Verkäufer, Dienstboten aller Art; sie alle wohnten hier, wie auch die Arbeiter der an den Fingern zweier Hände aufzählbaren größeren Industrieunternehmen Saigons, von denen die meisten – fast alles taiwanesische oder japanische Montagebetriebe, die billige Arbeitskräfte ausnutzten – sich ebenfalls in Cho Lon angesiedelt hatten. In dieser Mischung zwischen Hansestadt (ganz wenig), Manchester und (ziemlich viel) diszipliniertem Gomorrha waren die Straßen immer voll von Menschen gewesen; aber ich hatte mich hier früher, auch nachts, nie unsicher gefühlt. Die Protection-Gangs sorgten dafür, daß blutige Abrechnungen in den Hinterräumen stattfanden, schon damit die Kundschaft nicht abgeschreckt wurde. Unter der Oberfläche dieses Ge-

schäftsfriedens gärten freilich Elend, Unzufriedenheit, Angst. Die nationale Befreiungsfront fand viele Anhänger hier, unter Chinesen wie Vietnamesen, und Cho Lon war während der Wochen der Tet-Offensive 1968 von allen Stadtteilen Saigons am stärksten und längsten umkämpft, so daß die Amerikaner Bomben und Napalm einsetzen mußten, um ihre »Ordnung« wiederherzustellen.
Heute wirken die Straßen – verglichen mit früheren Tagen – ziemlich leer, obwohl man immer noch sehr viel mehr Menschen sieht als im Zentrum Saigons. Soweit ich es im Vorüberfahren überhaupt feststellen kann, scheinen die großen, vielstöckigen Restaurants mit ihren unzähligen Separées für diskrete Diners und Soupers nicht mehr in Betrieb zu sein. Der kleine Straßenhandel blüht noch, doch die meisten Geschäfte sind geschlossen. Sehr viele staatliche Läden, die sie ersetzen sollten, sieht man noch nicht. Wenn ich für eine halbe Stunde aussteigen könnte, mich unter die Menschenmenge mischen, dann wüßte ich mehr. So muß das meiste Vermutung bleiben.

Der erste, den ich im Spalier der Präsidiumsmitglieder der patriotischen Front sehe, die uns in einem länglichen Saal empfangen, ist Nghi. Wir fallen uns in die Arme, glücklich, beinahe sind wieder die Tränen da, dann setzen wir uns auf das äußerste Ende der Bank, wo sonst weder die Gäste noch die Gastgeber, sondern die Angehörigen des »Trosses« sitzen, die Organisatoren und Sicherheitsbeamten. Aber hier sind wir wenigstens ungestört. Daß seine Frau, Quynh-Hoa, auch an einem der länglichen Tische sitzt, neben Pham van Ba übrigens, dem von Jean Lacouture totgesagten Ex-Sprecher der PRR-Delegation bei den Pariser Verhandlungen, merke ich erst bei der offiziellen Vorstellung durch den Präsidenten: ich winke ihr zu, was sehr ungezogen ist, sie lächelt zurück. Bei dieser Vorstellung, bei der alle Titel und Funktionen der Anwesenden genannt werden, wird Nghi nur als Hoas Ehemann aufgeführt. Er hat also keine politische Funktion mehr, um meinetwillen ist er mitgekommen, weil ich darum gebeten hatte, ihn zu sehen. So haben sich unsere Gastgeber also aus der Affaire gezogen: wir treffen uns auf einem offiziellen Empfang, sehen uns wieder, der Höflichkeit dem Gast gegenüber ist Genüge getan, ohne daß die Kontakte den für Ausländer vorgesehenen Rahmen verlassen und die Sicherheitspolizei Bedenken anmelden kann.
Wir halten uns an den Händen, flüstern uns Belanglosigkeiten zu. Wie soll man 12 Jahre in eine halbe Stunde fassen . . . Währenddessen hat der Präsident sein Exposé über die Aufgaben der patriotischen Front in Saigon beendet. Ich habe nur Bruchstücke aufgeschnappt: Nationale Versöhnung . . . Wiederaufnahme der Produktion . . . die chinesischen Störversuche. Kurt Seibt drückt seine Sorge über eine möglicherweise überstürzte soziali-

stische Transformation des Handels aus; in der DDR hätten sie jetzt seit 30 Jahren Sozialismus, und sie dächten nicht daran, den Kleinhandel oder das Kleinhandwerk ganz in staatliche Hand zu überführen. Einige private Läden und Handwerksbetriebe widersprächen dem Sozialismus nicht. Sie hülfen vielmehr, Versorgungsengpässe zu überwinden und kleine, sehr detaillierte Bedürfnisse zu befriedigen, die von massiveren staatlichen Planungsstrategien nicht berücksichtigt werden könnten. Mache die nahezu totale Verstaatlichung hier nicht auch böses Blut? Seibt sagt dies sehr bescheiden, ohne Besserwisserei, er will keine Vorbehalte äußern, und schon gar keine offiziellen seiner Regierung oder seiner Partei, er will wirklich wissen, ob und warum dieser einer asiatischen Handelsmetropole angetane Gewaltakt notwendig war. Die Antwort lautet: noch immer gibt es 200 000 Händler in Saigon; mit ihren Familien seien es mehr als eine Million Menschen, die nicht produzierten, sondern von der Arbeit der andern lebten, parasitär. Das könne man sich nicht mehr leisten. Man lasse diese Menschen ja auch nicht im Stich und mache einfach ihre Läden zu, drei Möglichkeiten stünden den Händlern offen: einen Handwerksbetrieb zu eröffnen, mit staatlicher Beteiligung, Arbeit in einer der Fabriken der Stadt zu suchen oder aber, wenn die beiden ersten Wege nicht gangbar seien, und das treffe für die Mehrzahl der Händler zu, in den neuen ökonomischen Zonen um Saigon Land urbar zu machen. Wilder Westen, Sibirien? Von beidem schwingt etwas mit, wenn die Worte »neue ökonomische Zone« fallen. Es ist ein Abenteuer: aus den Dschungelrandgebieten, den von Entlaubungsmitteln und B 52 verwüsteten Waldresten wächst eine von Menschen geschaffene Kulturlandschaft hervor, aus dem Nichts. Dabei kann man sich schon ein wenig wie Gott vorkommen, auch wenn man nicht ganz freiwillig da ist. Aber, wie sagte es einer unserer Patienten auf einer offenen psychiatrischen Musterstation? »Wer ist schon ganz freiwillig da?« Nicht einmal Gott.

Warum stimme ich Seibt innerlich zu, warum kann ich mich mit der Antwort des Präsidenten nicht ganz abfinden, obwohl sie mir intellektuell einleuchtet, sich aus der Logik der Tatsachen ergibt? Im April 1970 war ich noch ganz begeistert, als Pham van Dong mir sagte, ich bräuchte keine Sorgen zu haben, eine Überfluß- und Wegwerfgesellschaft wie im Westen würde er hier nicht zulassen. Damals hatte bei mir das Bedürfnis, die Menschen aus dem Elend (das ich in Südvietnam in seiner ganzen Trostlosigkeit kennengelernt hatte) befreien zu helfen, gerade erst zu der einzigen intellektuell befriedigenden Lösungsstrategie gefunden, dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft nach marxistischen Grundsätzen. Ich war fasziniert, fast geblendet von der Möglichkeit, daß es einen Weg gab, auf dem die Menschen sich selbst aus Elend und Unterdrückung befreien konnten: und daß dieser Weg wissenschaftlich vorausplanbar war. Mit der puristischen

Ungeduld des Neuüberzeugten war ich zugleich tief mißtrauisch gegenüber kleinen Schritten, die ich nur allzu leicht für faule Kompromisse hielt. Daß weder Empörung angesichts des Elends noch eine wissenschaftliche Theorie zu seiner Beseitigung ausreichten, zur tatsächlichen Befreiung des Menschen, daß es auch darauf ankommt, wie dieser mühsame Weg gegangen wird, und daß auf ihm eigene Gefahren lauern, die nicht alle Erbe des Kapitalismus und Feudalismus sind, war mir damals nicht klar.
Mitten aus diesen Überlegungen steige ich in die Diskussion ein, erkläre vorweg den Sinn meiner Fragen: sie würden uns, der Solidaritätsbewegung, von unsern Massenmedien, aber auch von ehrlichen Freunden Vietnams nahezu täglich gestellt. Wozu jetzt noch Umerziehungslager, nach dem Ablauf der für sie vorgesehenen Dreijahresfrist? Wieviel Insassen gibt es noch in diesen Lagern, und wer sind sie? Wie steht es mit den Flüchtlingen? Weshalb verlassen sie jetzt das Land? Und schließlich: Thich Thien Minhs Tod im Gefängnis und die Verhaftungen der Buddhisten: was wird ihnen vorgeworfen? Hat es ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren gegeben? Umerziehungslager, Massenfluchten und religiöse Verfolgung seien die Hauptthemen der in der BRD und den andern westlichen Ländern auf vollen Touren laufenden antivietnamesischen Kampagne. Wir von der Solidaritätsbewegung brauchten Informationen, um darauf antworten zu können.
Einen Augenblick lang ist es ganz still im Saal. Ich bin offenbar wieder in ein Fettnäpfchen getreten. Die Antwort des Präsidenten hört sich nicht sehr freundschaftlich an, eher nach resignierter Verärgerung: das seien die Fragen, die westliche Journalisten immer stellten, gerade hätten sie sie einem schwedischen Fernsehteam beantworten müssen. Warum fühlt sich der Präsident – trotz meiner Erklärung, weshalb ich dies alles wissen will, doch wohl aus anderen Gründen als das schwedische Fernsehteam – auch von mir angegriffen? Quynh-Hoa sagt mir später, weil ich die zur Zeit brennendsten Fragen aufgegriffen hätte, Entscheidungen, die bei der Partei selber immer noch höchst umstritten seien. Man fühle sich betroffen, dürfe dies aber nach außen nicht zugeben: das mache einen unzufrieden und ärgerlich, und man lasse dies eben am Frager aus.
Inhaltlich ist die Antwort des Präsidenten zur Frage der Umerziehungslager nicht sehr ergiebig. Was er sagt, kenne ich aus Regierungsverlautbarungen, Interviews, Darstellungen mehr oder weniger offizieller Persönlichkeiten schon lange. Kein Blutbad nach 1975, höre ich, Milde, nationale Versöhnung, 90% hätten schon nach ganz kurzer Zeit ihre Bürgerrechte wieder, nur diejenigen, die schwere Verbrechen auf sich geladen hätten oder halsstarrig geblieben seien, würden noch festgehalten.
Der Flüchtlingsstrom, sagt der Präsident dann, hänge mit der sozialistischen Transformation des Handels zusammen. Zur Zeit werde hier ein

erbitterter Klassenkampf geführt, wer das nicht aushalten könne, müsse eben gehen. Ausgenützt, ins Elend gestürzt würden die Flüchtlinge von den Geschäftemachern, die sie auf verrosteten Seelenverkäufern für Millionenbeträge aufs offene Meer verfrachteten, ohne auch nur in irgendeinem Lande eine Landeerlaubnis für sie zu erwirken. Das ist lapidar, scheint mir ehrlich zu sein, ich kann es verstehen und akzeptieren. Später höre ich allerdings von Nghi, von Hoa, von andern vietnamesischen Freunden, daß Hafenbeamte ebenso wie Verwaltungskader, die Reisen von einer Provinz in die andere genehmigen müssen, für Reisepapiere und Ausschiffungserlaubnis oft beträchtliche Summen in die eigene Tasche kassieren. Ich hatte das, als ich es in *Le Monde* las, noch für ein böswilliges antivietnamesisches Gerücht gehalten . . .
Wir haben die für diesen Empfang vorgesehene Zeit schon längst überschritten. Nghi und Hoa laden mich zum Abendessen ein. Sie wollen mich mit ihrem Auto um 9 Uhr vom Hotel abholen.

Das kleine Seitengäßchen, in dem Huong wohnt, ist durch einen Schlagbaum abgesichert, der aber gerade offen steht. »Barriere« murmelt mein Begleiter, wie ich meine etwas erstaunt. Die »Barriere« ist aber für uns kein Hindernis, das erste Haus dahinter ist schon unser Ziel. Mein Begleiter springt aus dem Wagen, im gleichen Augenblick tritt Huong schon aus der Tür. Er begrüßt mich und meinen Begleiter, der uns ganz selbstverständlich ins Wohnzimmer folgt, stellt uns seine Frau, Huans Schwester vor. Die Familienähnlichkeit mit Huan, mit Hy, aber besonders mit ihrer Schwester Chi Van ist unverkennbar, ja überzeichnet wie eine Karikatur. Aber ich bin dankbar dafür, brauche ich mir doch den Kopf nicht darüber zu zerbrechen, ob ich wirklich am richtigen Ort bin. Gleichzeitig nehme ich diese Erleichterung mit einer gewissen Panik wahr, komme mir wegen meines Mißtrauens, das ich mir erst eingestehen konnte, als es sich als ungerechtfertigt erwies, schäbig vor: wie konnte es so weit mit mir, mit uns kommen? Die ersten 10 Minuten sind schwierig: mein Begleiter, der fließend französisch spricht, macht keine Anstalten, uns allein zu lassen. Ich muß meinen Besuch begründen, mit meiner Freundschaft zu Huan, dabei aber herausstreichen, daß ich seine politischen Vorstellungen von damals nicht völlig teile. Tue ich das nicht, so gerate ich gerade als AAPSO-Delegationsmitglied, als einer der Begründer der Solidaritätsbewegung mit Vietnam in der BRD, in den Verdacht, ein Unterseebot der CIA zu sein, ein Agent, der seine dunklen Machenschaften nur besonders geschickt und lange verbergen konnte. Und auch nur ein ganz leiser Verdacht in dieser Richtung würde Huan – und wohl auch Huong – schaden, sehr viel mehr als mir selber, dem gegenüber man ihn ja, ohne einen internationalen Skandal zu provozieren, nicht äußern kann. Andererseits darf ich mich von Huans

politischen Überzeugungen auch nicht zu weit distanzieren, muß ich versuchen, Gemeinsamkeiten – während des Kampfes gegen Diem, gegen Thieu – hervorzukehren, betonen, daß Huan zwar Angst vor den Kommunisten hatte, aber auch die Amerikaner aus dem Lande gewünscht hat, immer ein Patriot (wenn auch oft mit untauglichen Mitteln) und nie ein Verräter war. Auf alle Fälle muß ich davon ausgehen, daß jedes Wort dieses Gespräches in einem Bericht meines Begleiters – ja an wen? – auftaucht.
Nach diesem Vorspann frage ich Huong, wie es Huan geht, wann er ihn zum letzten Mal gesehen hat. Huong wirkt viel entspannter als ich, er erzählt von seinem Besuch bei Huan im Lager Ha Dong bei Hanoi, auf dem Rückweg von einer Ferienreise nach Rumänien. Huan sei schon immer sehr mager gewesen, sagt Huong, »erinnern Sie sich?« Und wie ist er jetzt, frage ich. »Nun ja, noch ein bißchen magerer«, lautet die Antwort. Er sei aber gesund, müsse auch nicht körperlich arbeiten – dies habe er ja nie gelernt, und mit 54 sei es zu spät dazu. Das einzige seien die Zähne: die fielen ihm aus. Phuong, Huans Frau, schicke von Zeit zu Zeit aus Amerika Kleider und Vitamine. Nein, Huan brauche nichts. Durch die viele Zeit, die er nun habe, sei er Philosoph geworden. Für Politik interessiere er sich nicht mehr. Auch früher sei er eher ein philosophischer Träumer gewesen als ein Politiker.
Wir trinken Tee, essen die luftigen, knusprigen Crevettenchips, die Huong auf den Tisch gebracht hat. Huongs Frau hat inzwischen meinen Begleiter in ein angeregtes und offenbar freundschaftliches Gespräch verwickelt, ein paar Meter weit von uns weg. Huong redet etwas leiser. Er habe mit Huan ganz allein sprechen können, ohne Bewacher. Das hänge mit seiner »Stellung« zusammen: während des Widerstandskampfes gegen die Franzosen sei er Vize-Minister für Justiz gewesen und danach, bis zu seiner Pensionierung 1975, Mitglied des obersten Gerichtshofes in Hanoi. Ja, natürlich habe er versucht zu erfahren, warum Huan noch immer festgehalten werde, und sich auch um seine Freilassung bemüht. Er habe den Behörden auch angeboten, nach der Entlassung könne Huan bei ihm wohnen, er werde sich um ihn kümmern. Er habe keinen Erfolg gehabt. »Dazu ist meine Stellung eben nicht hoch genug«, sagt er. Als er im August 1975 nach Saigon gezogen sei, habe er Huan noch in Freiheit angetroffen: seit 1946, fast 30 Jahre, hätten sie sich nicht mehr gesehen. Zehn Tage seien sie zusammen gewesen. Dann habe Huan seinen Einberufungsbefehl zur Umerziehung erhalten. Er habe ihn noch ins Lager begleitet, habe ihm seine Sachen tragen helfen. Sie hätten beide geglaubt, diesmal sei es ein Abschied für kurze Zeit, dann sei es doch anders gekommen. Huan habe Fehler gemacht, sich aber niemals vergangen, auf seine Weise sei er ein Patriot. Ja, ich solle Pham van Dong um seine Freilassung bitten, vielleicht habe das Erfolg.
Dann sitzt Huongs Frau bei mir, und beide Männer (Huong und mein

Begleiter) reden miteinander. Sie lachen, klopfen sich gegenseitig auf die Schulter, nehmen uns beide kaum wahr. Huongs Frau gibt gar nicht vor, Huan würde es an nichts fehlen. Antibiotika, B- und C-Vitamine könne er brauchen, Hosen, Jacken für den Winter. Und bei Pham van Dong solle ich tun, was ich kann: es sei für Huan die einzige Chance, herauszukommen. Dies alles sagt sie recht leise.
Kurz danach verabschieden wir uns sehr herzlich, aber undramatisch, ohne Endzeitgefühl, als wenn es nur bis morgen wäre. Auf der Heimfahrt erzählt mir mein Begleiter, »Soldat« sei er, in Hanoi habe er unmittelbar neben Huong gewohnt, er kenne ihn also ganz gut. Am nächsten Morgen bringt er mir noch Briefe Huongs an dessen Bruder Chung in Kalifornien und vietnamesische Medikamente für diesen. Erklärt diese alte Bekanntschaft die relative Offenheit des Gesprächs? Ist er nur als Freund, als Bekannter bei uns im Zimmer geblieben? Oder hat er wegen dieser Bekanntschaft nur ein wenig weggehört, damit wir ungestörter miteinander reden können? Nach dem Motto, was ich nicht mitbekommen habe, brauche ich auch nicht zu berichten? Vielleicht hat all dieses mitgespielt. Die Fäden, aus denen das Geflecht der Beziehungen zwischen den Menschen hier zusammengeknüpft ist, laufen jetzt anders als früher, mir fehlt das Muster, ich kann sie nicht mehr entwirren.

Um Punkt 9 hält ein kleines Auto mitten auf der Straße, zwei Meter vom Bürgersteig. Ich erkenne Nghi am Steuer, Hoa hat sich schon auf die Hinterbank gesetzt. In wenigen Sekunden bin ich im Wagen. Dies Manöver ist unsern Bewachern in der Hotelhalle nicht verborgen geblieben: nur zwei von ihnen sind noch übrig, die andern haben die Delegation ins Stadttheater zum Abendprogramm begleitet. Keiner von beiden spricht eine Fremdsprache, die kompetenteren sind dem Gros der Gruppe gefolgt. Aber schnell und hartnäckig sind sie, im Nu hat sich einer vor die Motorhaube gestellt und hält sich an ihr fest, während der andere mit Nghi palavert. Wollen sie verhindern, daß ich mitfahre, frage ich Hoa. »Ganz sicher«, lächelt sie zurück. »Aber mach Dir keine Sorgen, ich habe die Erlaubnis vom Zentralkomitee« (die Erlaubnis, ausländische Gäste zu Hause zu empfangen). Die kleinen Polizisten lassen sich aber so schnell nicht einschüchtern; so wird ein Kompromiß geschlossen: Hoa öffnet, übertrieben weit, die Tür und lädt einen von beiden ein mitzufahren. »Ils sont tellement incultes«, seufzt sie, während der Wagen nun endlich anfahren kann.
Vor ihrem Haus – es ist Hoas Vaterhaus – sagt Nghi, während Hoa den Wagen in die Garage fährt: »Erinnerst Du dich noch, auf der andern Straßenseite, die ›Cité de la Reinière‹?« Dort, bei Pierre und Madeleine, hatten wir uns in den Jahren 1964 bis 67 getroffen, zuerst, als ich noch an den Friedenswillen Huans, Bui Diems und seiner Freunde glaubte, über

Bedingungen eines Versöhnungsfriedens geredet; später versorgte ich Nghi mit Informationen, mit Medikamenten, mit chirurgischen Bestecken für die Befreiungsfront. Wir gehen hinein, schließen das Tor. Unser kleiner Schatten folgt uns ins Zimmer. War ich in Huongs Haus noch unsicher, hier weiß ich es, daß er nicht als Freund eingeladen ist. Er bekommt eine Zeitung in die Hand gedrückt und wird am Ende des Eßtisches, gleich bei der Haustür, installiert, während wir uns in die etwas abgeschirmte Sesselecke zurückziehen. »Er kann kein Französisch«, sagte Hoa, »Du kannst offen reden.« Aber erst einmal blicke ich mich um. Das Haus ist ein Museum. Unsere Sessel sind aus Ebenholz, besetzt mit kunstvollen Perlmutt- und Elfenbein-Intarsien. Auf den Regalen an allen Wänden stehen Porzellanvasen und -schalen, eine neben der andern. Ming, Kang Hsi, aber auch vietnamesisches Protoporzellan, Thanh Hoa aus dem 11. und 12. Jahrhundert. Das Musée Guimet in Paris hat kaum mehr aufzubieten. In einem Glasschrank häufen sich die einfacheren Sachen: sie sind immer noch kostbarer als meine besten Stücke, die ich aus Hué mitgebracht habe. »Mein Vater hat diese Sammlung zusammengestellt«, erklärt Hoa, als sie mein entgeistertes Gesicht wahrnimmt, »es ist die letzte in Vietnam«. Ihr Vater und Großvater waren Hofmandarine. Wie findet Nghi sich hier zurecht, frage ich mich, er, der damals so anspruchslos war? Ich wage mich kaum zu bewegen aus Angst, eine der Schalen oder Vasen könnte einen Sprung bekommen, bin eingeschüchtert von soviel Wert und Kultur. Wie mag es unserm Schatten, dem kleinen Can Bo wohl gehen? Aber der döst, in seine Zeitung versunken.

Wir reden. Nghi sagt nur wenig, meist ist es Hoa, die spricht. Die Umerziehungslager: manche Leute würden da drinnen einfach vergessen. Nghi und Hoa meinen auch, ich sollte etwas für Huan tun. Ich hatte mich zuerst kaum getraut, seinen Namen zu nennen, in den Jahren zuvor war er ein politischer Gegner, ein gefährlicher sogar, weil er den Haß gegen die Amerikaner und die Unzufriedenheit mit dem Regime in falsche Bahnen lenkte. Diese Gegnerschaft scheint heute vergessen. Auch für Hoa und Nghi ist Huan jemand, »den man da herausholen muß«. Sie beraten mich: es müsse jemand von den 13 des Politbüros sein, an den ich mich wende, am besten an Pham van Dong. Der helfe, wo er könne, habe schon manchen herausgebracht. »Il est très humain«, sagt Hoa. Interventionen auf niedrigerer Ebene, bei Hoang Tung beispielsweise, dem Chefredakteur der Parteizeitung *Nhan Dan*, den ich ebenfalls kenne, würden nichts nützen, das seien nur Briefträger, meint Nghi, solche Sachen würden im Politbüro entschieden.

Hoa: ich käme in einer kritischen Zeit, die Auseinandersetzungen in der Partei, zwischen Liberalen und Vertretern einer harten Linie, zwischen prosowjetischem und nationalistischem Flügel, seien im vollen Gange. Im

Schußfeld stünden jetzt die früheren illegalen Kader aus den Städten. Sie hätten vor der Hast gewarnt, mit der jetzt der private Handel abgeschafft werde, seien aber damit nicht durchgekommen. Le Duc Tho, dem das Politbüro die Geschicke des Südens anvertraut habe – er stammt selbst aus dem Süden –, wolle »die Einheit so schnell wie möglich«. Der Süden solle bald so aussehen wie der Norden, die privaten Betriebe und Läden sollen verschwinden, sozialistische Produktionsverhältnisse und Distributionsformen würden deshalb per Dekret aus dem Boden gestampft, ohne daß die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen seien, und schon gar nicht die Bereitschaft der Leute, sie zu akzeptieren. Bevor ein staatliches Verteilungsnetz entstanden sei, habe man die Läden zugemacht, die Leute rausgejagt. Das treffe vor allem die Kleinhändler, die Ladenbesitzer. Die Großhändler bekämen für ihre Warenlager eine angemessene Entschädigung, sie warteten die erste oder auch zweite Rate ab und gingen dann meist ins Ausland. Die Ladenbesitzer hätten jedoch keine großen Vorräte (und deshalb auch kaum Entschädigungsansprüche), den meisten von ihnen bleibe keine andere Wahl, als es in den »neuen ökonomischen Zonen« zu versuchen, ohne Arbeitsmittel, ohne landwirtschaftliche Kenntnisse. Viele seien, weil sie es dort nicht aushielten, wieder zurück in die Stadt gekommen, lebten nun von Bettelei, vom Straßenhandel, von Verwandten, die noch Geld oder Arbeit hätten. »Im Prinzip«, d. h. auf dem Papier, dürften die Händler ihren Laden in einen Handwerksbetrieb mit staatlicher Beteiligung umwandeln, vorausgesetzt, sie seien in der Nachbarschaft nicht als »Ausbeuter« bekannt. Aber gerade diese Klausel verführe zur Denunziation: welcher Händler habe in seinem Stadtviertel keinen einzigen Feind, der nicht schon lange auf die Gelegenheit warte, eine persönliche Rechnung mit ihm zu begleichen? Und wenn Ausbeuter in den Direktiven der Partei vorgesehen seien, so würden sie auch gefunden. In der Provinz habe diese Kampagne gegen die Ausbeuter unter den Händlern noch schlimmere Folgen angenommen als in Ho Chi Minh-Stadt. Das Ergebnis: es gebe kaum etwas zu kaufen, nicht nur weil die Waren fehlten, sondern auch, weil das Verteilernetz zerstört worden sei. Und die Leute seien apathisch geworden, resigniert. Nghi: »Man muß die Grenzen kennen, bis zu denen die Menschen bereit sind, etwas zu leisten und zu ertragen; tut man das nicht, erleidet man Schiffbruch.« Hoa: »Viele (Bürger meint sie und Intellektuelle) sind damals, im April 1975, geblieben, weil sie sich sagten, wenn Hoa und ihre Freunde kommen, haben wir keinen Grund zu gehen.« Am 15. Mai 1975, als die provisorische revolutionäre Regierung sich vorgestellt habe, vor einem Menschenmeer, seien die Leute noch voll Begeisterung gewesen, voll Vertrauen. Davon sei heute kaum etwas übrig. Le Duan habe bei seiner Ankunft auf dem Saigoner Flughafen zu den Kadern gesagt, sie seien nicht Sieger, sondern Befreier. Aber sie hätten sich nicht daran

gehalten. Ihre Schulung sei zu mangelhaft gewesen, und die Versuchung zu groß. »Es ist leicht, anspruchslos und unkorrumpierbar zu sein, wenn keiner etwas hat.« Aber die Kader aus dem Norden hätten gesehen, daß hier fast jeder Arbeiter einen Eisschrank hatte. »Das sollen die Ausgebeuteten sein?«, hätten sie sich gesagt. »Nein, das sind ja die Ausbeuter.« So seien viele von ihnen mißtrauisch, feindselig geworden – oder korrupt. Daß Ausbeutung auch bedeuten könne, ein Land abhängig zu machen, daß viele Menschen in Saigon vom bloßen Abfall der milliardenträchtigen amerikanischen Militärmaschinerie besser leben konnten als sie selber von ihrem Lohn und trotzdem betrogen wurden, das hatte ihnen niemand erklärt. Dazu die Warenfülle in den Geschäften, auf dem Schwarzmarkt.
Nghi: das schlimmste aber sei das Mißtrauen. Vielleicht wäre ein Blutbad besser gewesen, besser und menschlicher. Danach hätte man, wie in Europa nach der Vertreibung der Nazis, neu anfangen können. Heute aber beargwöhne jeder jeden. Zuerst habe es die Kampagne gegen die reaktionären Kräfte gegeben; damals noch gegen die wirklichen Reaktionäre, und derer gab es genug. Die Kampagne sei aber – genauso wie diejenige jetzt gegen die Ausbeuter im Handel – außer Kontrolle geraten. Das Mißtrauen richtete sich danach gegen die Intellektuellen, die 1975 fast alle bereit waren, mitzuarbeiten, ihren ganzen Enthusiasmus dazu mitgebracht hatten. Jetzt seien die meisten von ihnen resigniert. »Bringt man den Intellektuellen Vertrauen entgegen, so sind sie zu jeder Anstrengung fähig«, sagt Hoa, »mißtraut man ihnen aber, so sind sie zu nichts nutze.« Jetzt würden auch die revolutionären Kader des Südens als potentielle »Reaktionäre« beargwöhnt, sie kennten die Verhältnisse, sie versuchten, die Fehler zu vermeiden oder zu korrigieren, die ihre neuen Hanoier Vorgesetzten aus Unkenntnis und Fehleinschätzung der Lage machten. Aber gerade das habe zu schweren Spannungen geführt. Viele Kader aus dem Süden seien nach dem 4. Parteitag verhaftet worden, man habe ihnen Fraktionismus vorgeworfen und von der imperialistischen Kultur infiziert zu sein. Ich kann es nicht glauben: »Du bist ganz sicher, verhaftet, nicht nur aus der Partei ausgeschlossen?« Hoa bestätigt es. »In Hué wirst Du es sehen«, sagt sie. Auch Tuong werde überwacht, sie habe sogar gehört, er sei im Gefängnis. Nghi: »Müssen wir alle Fehler noch einmal machen?« Beide meinen, das Hauptübel sei die fehlende politische Kultur der Kader. Dies gehe bis in die Führungsspitzen der Partei. Die meisten von ihnen seien dumm, sagt Nghi, selbst die politische Bildung der höchsten Funktionäre sei »höchst relativ«. So blieb das Wesentlichste oft unbedacht. Alle getroffenen Maßnahmen, gegen Reaktionäre, gegen Fraktionäre, gegen Ausbeuter, hingen z. B. von der Willkür des jeweiligen Verantwortlichen ab, es gab keine Rechtsgrundlage für sie, keinen habeas corpus, keine definierten Delikte, keine prozessualen Garantien. »Wie oft habe ich in der Nationalversammlung gesagt,

Gesetze müßten verabschiedet, Straftatbestände, auch politische definiert werden: nichts ist geschehen«, sagt Hoa. Und: »Jetzt reden sie vom Tourismus, weil sie Devisen wollen. Aber zu den Menschenrechten gehört auch die Freizügigkeit unserer eigenen Bürger. Darum kümmert sich niemand.«
Zwischendurch reden wir von alten Freunden . . . »Und was machst Du?« frage ich Nghi. Er: »Ich habe mich aus der Politik zurückgezogen, bin Bauer geworden.« Dabei lacht er, etwas bitter. Er hat einen größeren Garten am Stadtrand, wo er ein bißchen Gemüse, vor allem aber Heilpflanzen zieht. »Ich beschäftige mich mit der traditionellen vietnamesischen Medizin, das bringt mehr«, sagt er. Wie Huan, als er sich 1966, nach dem Scheitern der buddhistischen Revolte gegen Ky und Thieu, der Astrologie zuwandte – aber das sage ich ihm nicht.
Es ist schon nach Elf, um Mitternacht ist Sperrstunde. »Schau Dir den oberen Stock noch an«, sagt Hoa; aber erst will ich wissen, was ich mit den Informationen machen soll, die beide mir gegeben haben. Soll ich sie für mich behalten? Soll ich davon berichten? Hoa erbittet sich fünf Minuten Bedenkzeit. Dann kommt sie zurück, mit einem Teller klassischer vietnamesischer Keramik als Geschenk: »Rede«, sagt sie, »vielleicht hilft das doch mit, die schlimmsten Fehler zu vermeiden.« Dann schauen wir uns die andern Zimmer an. Auch sie sind beinahe Museumssäle. Ich könnte hier nicht leben, denke ich. Unser Schatten ist währenddessen ganz unruhig geworden. Aber er hat es nicht gewagt, uns zu folgen. Was er über diese fünf Minuten, wo er uns nicht unter Sicht-Kontrolle hatte, berichten wird?
»Verliere den Mut nicht. Und das Vertrauen!«, sage ich zu Nghi, während wir vor der Hoteltür Abschied nehmen. Dann haste ich in mein Zimmer, zeichne auf, was ich erfahren habe. Erst um 4 Uhr morgens bin ich eingeschlafen.

Frühmorgens, auf dem Flughafen Tan Son Nhut. Vom Bus aus sehen wir unsere Gastgeber schon alle versammelt: Dang Quang Minh, Ho thi Anh, Pham van Ba, das halbe Präsidium der Vaterländischen Front, auch der Oberbürgermeister ist da. Wir steuern auf sie zu: aber ein Polizist weist uns ab und gibt dem Chauffeur durch verärgertes Winken zu verstehen, weiter nach rechts zu fahren, 300 Meter vielleicht, zum Abflug der Inlandsmaschine. Das ganze Präsidium hastet dem Bus nach. Begrüßung, außer Atem, diesmal ganz informell. Pham van Ba verwickelt mich in ein kurzes Gespräch, wie habe ich Saigon wiedergefunden? Ich ertappe mich dabei, daß ich vorsichtig, sehr allgemein antworte, das Positive herauskehre: die Säuberung der Stadt von den Abfällen der imperialistischen Ökonomie und Kultur. Weiß er schon von meinem abendlichen Besuch bei Hoa und bei Nghi? Dann weiß er auch, wie mir jetzt zumute ist. Minh gesellt sich dazu,

wir reden über Kampuchea und China. Der chinesische Botschafter habe Phnom Penh in einem Lastwagen auf dem Landweg verlassen, mit einem Koffer in der Hand, sagt Minh; Ba: »Genauso überstürzt wie der US-Botschafter Dean 1975 und wie Martin hier, nur hatten die beiden Hubschrauber zur Hand.« Erleichterung, Lachen. Minh sagt, es gehe das Gerücht, in Phnom Penh hätten mehrere chinesische Generäle Selbstmord begangen, ja, das sei »durchaus möglich«.

Vor mir im Flugzeug sitzt der Englisch-Dolmetscher, dem ich auf dem Hinflug die Landschaft des Südens erklärt habe. Er ist jung, sehr agil. Ich mag ihn nicht besonders, seit er in der Hotelhalle das kleine Verhör mit mir angestellt hat, als ich ihn bat, den Brief an Huong zu befördern. Hat er heute einen etwas lauernden Blick? Weiß er etwas, spielt er Katz und Maus mit mir? Nein, er ist widersinnig, dieser Verdacht, sage ich mir, das Wechselbad der Empfindungen, ihre Zusammenballung auf zwei kurze Tage, das war zuviel für meine Verarbeitungskraft; dazu der mangelnde Schlaf. Aber diese Überlegung vertreibt die Gedanken nicht. Denn ich habe ja wirklich einen Blick hinter den Vorhang getan, vielleicht als einziger Ausländer weiß ich, was heute wirklich hier vorgeht. Es war eine Panne in einer sonst perfekten Inszenierung. Eine ähnliche Angst erfaßt mich wie damals nach dem 8. Mai 1963, als ich die von Diems Panzern zerfetzten Kinderleichen fand, die die Polizei hinter der Huéer Psychiatrie versteckt hatte. Sie können nicht genau wissen, was ich erfahren habe, versuche ich mich zu beruhigen. Aber: vermuten sie nicht gerade deshalb noch Schlimmeres? Mitten in diese Überlegungen platzt die Frage des Dolmetschers, und sie klingt höhnisch: »Haben Sie Professor Caldwell persönlich gekannt?« »Caldwell?« »Ja, der Trotzkist, der in Phnom Penh ermordet wurde. Was glauben Sie wohl, warum?« »Ich weiß nicht.« »Ich meine, er hat zuviel gesehen!« Und nochmals lacht er.

Andererseits: habe ich überhaupt die Wahrheit erfahren, kann ich Hoa und Nghi denn vertrauen? Ihr Haus mit seinem Reichtum hat mich betroffen gemacht. Kann jemand, dem das gehört, noch den Sozialismus wollen? Hat Hoa nur eine nationale, demokratische Revolution gewollt, Abzug der Amerikaner, Ende der Thieu-Herrschaft? Steht sie, im jetzt einsetzenden Klassenkampf, auf der andern Seite, schon um ihren Besitz nicht zu verlieren? Und hat Nghi sich inzwischen an dieses Wohlleben gewöhnt? Doch haben sie nicht ihr Kind der Revolution geopfert, jahrelang im Busch gelebt, zusammen mit den Kämpfern der Front, den Kommunisten? Aber gerade dann müssen sie gewußt haben, was auf sie zukommt, Hoa war ja Ministerin. Und noch weiter verheddern sich meine Gedanken: ich habe Nghi, Pierre, Madeleine, Hautier durch Christian kennengelernt. Christian ist jetzt im diplomatischen Dienst: war sein kommunistisches Parteibuch nur Tarnung, war er immer schon ein französischer Nachrichtenmann, der

mich damals mit Erfolg in sein Informationsnetz eingespannt hat, ohne daß ich etwas davon geahnt habe? Auch Tuong kam ja erst zu mir, als Christian bereits in Hué war! Und befürworten Hoa und Nghi nicht auch eine Öffnung dem Westen gegenüber, streichen sie nicht die Eigenständigkeit des Südens gegenüber dem Norden heraus, wie *Le Monde*, Lacouture, die offizielle französische Politik? War mein Engagement an der Seite der Front eine Chimäre: habe ich in Wirklichkeit die ganzen Jahre für das Deuxième Bureau, den SDECE gearbeitet? Löst sich die Hälfte meines Erwachsenenlebens so auf? Nein, gottlob, Pham habe ich schon 1963 kennengelernt. Endlich der archimedische Punkt, an dem ich mich festhalten kann in diesem Chaos von Mißtrauen und Verdacht. Ich spule den Faden wieder zurück, bis Hoa und bis Nghi, tue allen Abbitte, schäme mich, daß ich auf solche Absurditäten überhaupt kommen konnte. Und dennoch: wo anders als in einer ein Stück weit von Verdacht und Argwohn erfaßten Welt beginnt man selber stalinistisch zu denken?

Der Autor des Buches, dem dieser Text entnommen ist, hat an dessen Auswahl und Zusammenstellung nicht mitwirken können. Ein Zusammentreffen widriger Umstände hat es mit sich gebracht, daß er nur noch die Entscheidung treffen konnte, seine Veröffentlichung in der vorgegebenen, die deprimierenden Erfahrungen betonenden Form zu untersagen (was er nicht wollte), oder aber, sie zu kommentieren: was er hiermit tut:

In der Einleitung zu diesem Buch habe ich geschrieben: »Jedes herausgeschnittene Zitat, ja, jede einzelne Szene . . . ist eine Lüge, stammt nicht von mir. Wahr werden sie erst als Stationen dieser Reise.« Auch diese Auswahl unterbricht die Reise, nachdem noch nicht einmal der halbe Weg zurückgelegt worden ist – und zwar während einer Erkenntniskrise des Autors, in der bei ihm anstelle einer »Ansichtspostkartenwelt« vom sozialistischen Vietnam »ein Gewirr von unüberprüfbaren Mutmaßungen, gemischt aus Wirklichkeitsfragmenten und meinem eigenen mitgeschleppten Angst- und Vorurteilsgepäck« getreten war (S. 7 des Buches).

Die zweite Hälfte der Reise, nach Danang und Hué, wo ich einige meiner alten Freunde, frühere »Viet-Cong« sehen konnte, die mir ihr Vertrauen schenkten, verhalf mir dann doch dazu, das Damals – die in den *Vietnamesischen Lehrjahren* gewonnene politische Sicht – mit dem Heute wieder zu verknüpfen, aber auch die »wahnerzeugende Logik des Verdachtes zu durchschauen«, die eines der Themen dieser Auswahl ist. Durch eine Krise von Verdacht und Wahn wandeln sich z. T. illusionäre Hoffnungen des Autors zu einem kritischen, gemäßigten Optimismus, münden aber zugleich auch »in eine unerschütterliche Zuneigung zum sozialistischen Vietnam, die nun auch Schwächen und Gefahren sehen kann, ohne daran zu zerbrechen« (S. 7 des Buches).

So ist das ganze Buch dennoch – trotz oder vielleicht sogar wegen der kritischen Erfahrungen, die es vermittelt – »eine Liebeserklärung an das Vietnam der Befreiung, an das befreite Vietnam«; das Durchstehen auch der kritischen Erfahrungen hat mir die Kraft gegeben, die Solidaritätsarbeit für Vietnam, auch im Rahmen der Freundschaftsgesellschaft, deren Vorsitzender ich seit drei Jahren bin, mit neuem Elan fortzusetzen. Diejenigen Leser des *Kursbuch*, die an diesem Weg interessiert sind, den ich zurücklegen mußte, um von Angst und Verdacht zu solchen Schlußfolgerungen zu kommen, können ihn im Buch verfolgen.

Gilles Manceron
Die Chinesen in Vietnam

Nach den Ereignissen, durch welche die Chinesen in Südvietnam mit neuen Machtverhältnissen konfrontiert wurden, und nach der chinesischen Invasion auf Teile des vietnamesischen Territoriums empfiehlt es sich, einen Blick auf die Geschichte zu werfen, um den gegenwärtigen Antagonismus zwischen China und Vietnam aufzuklären . . .

1945-1946: Chinesische Truppen in Nordvietnam

Von 1884 bis 1945 übte das zerteilte und geschwächte China in Vietnam keinerlei Vorherrschaft mehr aus. Kurioserweise fällt in diese Zeit die größte chinesische Präsenz im Land, und wir werden noch sehen, daß diese Einwanderungen zu erheblichen Feindseligkeiten führten und manche Vietnamesen sich fragen ließen, ob ihr Land nun eine chinesische oder eine französische Kolonie sei.[1] Andererseits drangen 1945 im Zusammenhang mit Japans Niederlage Truppen der chinesischen Nationalarmee in den Norden des Landes ein.

Die während des Zweiten Weltkriegs[2] geschlossenen Verträge zwischen Großbritannien und der Guomindang-Regierung unter Chiang Kai-shek machten den 16. Breitengrad zur Demarkationslinie zwischen britischen und chinesischen Truppen, die die Aufgabe hatten, die Japaner zu entwaffnen. Im August 1945 kontrollierten die Chinesen den gesamten Norden des Landes. Während die Briten ihre Absicht bekanntgaben, Südvietnam den Franzosen zu überlassen, blieben die chinesischen Absichten vorerst im Dunkeln.[3]

Zwischen September 1945 und Januar 1946 unternahm die französische Regierung Schritte zu einer Evakuierung der chinesischen Truppen in Tonking, aber die Okkupation dauerte an. Von manchen Beobachtern wurde die chinesische Besatzung mit einer regelrechten Kolonialherrschaft verglichen: »Gekommen um die Japaner zu entwaffnen, lebten die Chinesen im Land und sogen ihm das Mark aus.«[4] In Zhongqing fanden französisch-chinesische Verhandlungen statt und führten am 28. Februar 1946 zu einem Abkommen. Als Gegenleistung für die Aufgabe der französischen Privilegien und Konzessionen in China erklärte sich nun die chinesische

Nationalregierung bereit, ihre Truppen aus Vietnam abzuziehen. Im Abkommen war vereinbart worden, daß dies bis zum 31. März 1946 vollzogen sein sollte, aber der chinesische Truppenrückzug wurde immer wieder verzögert, und noch im Juli 1946 standen 1200 Mann in Nordvietnam. Über Südvietnam hatten die Franzosen seit März wieder die vollständige Kontrolle. Insgesamt dauerte die chinesische Besatzung Nordvietnams zwischen 1945 und 1946 etwa ein Jahr.

Die Hoa – eine nicht anerkannte Minderheit

Außer der langen chinesischen Vorherrschaft gab es einen weiteren Punkt, der zu Spannungen zwischen beiden Ländern beitrug, nämlich das heikle Problem der *Hoa*, d. h. Nachfahren chinesischer Einwanderer, die sich in Vietnam ihre eigene Sprache und Kultur bewahrt hatten.
Anfang 1978 wurde die Zahl der Chinesen in Vietnam auf etwa 1 400 000 Menschen geschätzt, die meisten (1 200 000) im Süden. Die Schätzung wird dadurch erschwert, daß manche *Hoa* die chinesische, andere die vietnamesische Staatsbürgerschaft haben. In Nordvietnam war die chinesische Volksgruppe von 1954 bis 1975, obwohl sie eine nicht zu übersehende Minderheit bildete, als solche nicht anerkannt. So werden z. B. in der 1967 veröffentlichten Studie über »Nationale Minderheiten und Nationalitätenpolitik in der Demokratischen Republik Vietnam«[5] etwa 30 nationale Minderheiten aufgezählt, unter denen aber die chinesische Volksgruppe nicht erscheint. Hanoi behielt den Status einer nationalen Minderheit den Dschungel- und Bergvölkern vor, die noch auf primitiver oder feudaler Stufe leben.
Für die Regierung in Hanoi gelten die 200 000 in Nordvietnam lebenden Chinesen offenbar entweder als vietnamesische Bürger oder aber als Staatsangehörige eines fremden Landes.
In Südvietnam, wo die meisten *Hoa* leben, hatten sie seit der Unabhängigkeit keinen Minderheitenstatus. Das Diem-Regime versuchte sie dazu zu zwingen, sich zu »vietnamisieren«. Diese Politik einer erzwungenen Assimilation endete zwar mit Diems Fall, aber seit der Wiedervereinigung Vietnams zeigt sich in ganz anderem Zusammenhang eine Tendenz, die Eigenart der chinesischen Gruppe zu leugnen, sowie eine Entschlossenheit, sie mit anderen Mitteln aus Vietnam zu vertreiben.

Die Herkunft der chinesischen Volksgruppe

Die Kolonien chinesischen Ursprungs in Vietnam sind uralt. Aus verschiedenen Gründen haben sich im Lauf der Geschichte immer wieder Wellen chinesischer Einwanderer in diesem Land des Südens niedergelassen. Vietnam wurde so etwas wie Asylland für Anhänger gestürzter chinesischer

Dynastien. So flüchteten im 13. Jahrhundert besiegte Anhänger der Song-Dynastie hierher, im Jahr 1680 kamen Offiziere der Ming-Armee an der Spitze einiger hundert Mann, und im 18. Jahrhundert strömten wiederum Chinesen herein, die vor den neuen Eroberungen durch die Qing-Dynastie auf der Flucht waren.

Denkt man an die ältesten chinesischen Einrichtungen in Vietnam, so könnte man leicht vergessen, daß diese Völker seit zwei Jahrtausenden aus sprachlich und kulturell unterschiedlichen Gruppen bestehen, denn sie haben sich vermischt, haben in die vietnamesische Kultur ihre Schrift, ihre Religionen, Feste, Gesetze, ihr Verwaltungssystem usw. hereingetragen. Bei den »politischen Flüchtlingen«, die seit dem 13. Jahrhundert kamen, handelt es sich zwar sicherlich um die Vorfahren der heutigen chinesischen Volksgruppen in Vietnam, sie fallen aber von ihrer Zahl her kaum ins Gewicht, wenn man sie an der wirtschaftlich bedingten Emigration des 17. und vor allem des 18. Jahrhunderts mißt. Diese hing einmal mit dem Vordringen des chinesischen Handels in den Süden des Chinesischen Meeres zusammen, dann aber auch mit dem ungeheuren Bevölkerungswachstum im China des 18. Jahrhunderts. Nach einer unter Kaiser Qianlong durchgeführten Volkszählung stieg zwischen 1741 und 1794 die Bevölkerung von 114 Millionen auf 313 Millionen Einwohner, ohne daß die Produktionskapazität der Wirtschaft nennenswert zugenommen hätte. Der in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts von Chinesen gegründete Hafen Faifo (nahe dem heutigen Danang) wurde zum eigentlichen Handelszentrum Indochinas und sollte es bis zur französischen Kolonisation bleiben.

Die Anfänge des französischen Eindringens nach »Cochinchina« von 1859 bis 1875 brachten nicht etwa ein Abklingen der chinesischen Einwanderungen mit sich, vielmehr trafen sie mit einer Steigerung dieser Bewegung zusammen. 1879 lebten 44 000 Chinesen in Cochinchina.[11] 1886 war ihre Zahl in derselben Provinz bei einer Gesamtbevölkerung von 1 745 000 Einwohnern auf 56 000 gestiegen.[12] Die Gründung Cho Lons geht auf das Jahr 1778 zurück, und Reisende des späten 18. Jahrhunderts beschreiben die Stadt als »chinesischen Bazar«. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war sie zum kommerziellen Zentrum Vietnams geworden. Sie war die Gründung einer kleinen chinesischen Emigrantengruppe, die sich 5 Kilometer vor Saigon niedergelassen hatten. »Cho Lon«, vietnamesisch für »der große Markt«, bestand noch 1866 aus nicht mehr als 500 Häusern. 1870 war der Ort bereits 1½ Kilometer lang.[13] Danach nahm Cho Lon dank Handel und Reisindustrie ständig an Bedeutung zu: 37 000 Einwohner im Jahr 1889, 94 000 im Jahr 1921, 134 000 im Jahr 1931, davon stets mehr als die Hälfte Chinesen.

Erste Hälfte des 20. Jahrhunderts:
die chinesische Volksgruppe verzehnfacht sich

Der chinesischstämmige Bevölkerungsanteil in ganz Vietnam betrug zu Beginn unseres Jahrhunderts nicht mehr als 100 000 Menschen. 50 Jahre später war er auf über eine Million angewachsen, hatte sich also verzehnfacht, während die Gesamteinwohnerzahl Vietnams sich kaum verdoppelte: von 13 Millionen im Jahr 1901 auf 22 600 000 im Jahr 1943.[14]
Seinen heutigen Umfang nahm der chinesische Bevölkerungsteil im wesentlichen während der französischen Kolonialherrschaft an, und zwar einmal durch natürliches Wachstum, vor allem aber durch den ständigen Zustrom neuer Einwanderer. 1921 zählte man 195 000 Chinesen, zehn Jahre später 267 000.[15] Zwischen 1921 und 1931 wurden für Französisch-Vietnam jedes Jahr im Durchschnitt 12 500 chinesische Einwanderer gezählt.[16] Anders als man vielleicht denken könnte, spielte die chinesisch-vietnamesische Grenze für diese Emigration praktisch keine Rolle. Die Chinesen aus den Hafenstädten von Guangdong, Fujian oder Hainan kamen übers Meer und wollten meist nach Cochinchina. Der Großteil dieser Menschen ließ sich in den Städten nieder und trieb Handel mit Reis, Tee und Zucker oder andere Geschäfte, mit denen man schnell reich werden konnte. In den Jahren 1927, 1928 und 1929 gab es je 30 000 Neuankömmlinge. Während der Weltwirtschaftskrise zwischen 1931 und 1936 ging die Zahl der Chinesen in Indochina zurück, was aber nur eine Unterbrechung war, denn von 1936 an floß der Emigrantenstrom erneut mit Macht.
So sehr die Franzosen auch die chinesische Einwanderung beschränkten und kontrollierten, im Grunde hatten sie nichts dagegen. In Tonking, einem Gebiet, auf das China noch um die Jahrhundertwende Ansprüche erhob, unterdrückten die Franzosen zwar eine chinesische Zuwanderung, aber in Cochinchina sahen sie sie sehr gern, denn diese handelsbegabten Leute konnten mithelfen, den Wert des Landes zu steigern, besonders was den Reisanbau betraf. Ihr Handel stellte für Frankreich auch keine unmittelbare Konkurrenz dar, da es durchweg um andere Produkte ging und die Chinesen in das Landesinnere reisten, wohin die Franzosen nicht vordrangen. Die Kolonialregierung sicherte sich in jedem Fall ihren Anteil an den Profiten der chinesischen Händler, indem sie ihnen bestimmte Steuern auferlegte und ein strenges System, das der Landsmannschaften oder *bang*, einrichtete, um die Anzahl und die Aktivitäten dieser Chinesen sowie die ordnungsgemäße Zahlung ihrer Steuern zu kontrollieren.
Diese Landsmannschaften organisierte man auf der Grundlage der Heimatprovinzen der Chinesen, d. h. praktisch der von ihnen gesprochenen Dialekte. Die ursprünglich sieben Landsmannschaften wurden 1906 auf fünf reduziert: Kanton, Fujian, Hainan, Teochiu (Chaozhou) und Hakka. Die

Chinesen, die vorher zu den weniger starken Landsmannschaften Phuoc Chau und Kinh Chau gehört hatten, wurden den Landsmannschaften Fujian bzw. Hainan zugeschlagen.[17] Jeder Landsmannschaft stand ein *bang truong* (Oberhaupt) vor, den die Würdenträger der Gruppe bestimmten und der durch die Kolonialregierung von der Steuerpflicht befreit wurde. Nach Vorstellung der Franzosen sollte die Rolle der Landsmannschaften darin bestehen, die Einwanderung zu überwachen, bei der Steuereintreibung mit ihnen zu kollaborieren und sich um kommunale Angelegenheiten (Schulen, Tempel, Friedhöfe, Krankenhäuser usw.) zu kümmern. Die *Hoa* waren dem allgemeinen Steuersystem in Vietnam verpflichtet und mußten überdies für die erzielten Profite noch eine Sondersteuer zahlen. Hohe Zölle schützten die französischen Importe (im Preisdurchschnitt flossen 58% der Importgüter nichtfranzösischen Ursprungs in die Kolonialmacht selbst). 1927 verpflichtete ein Erlaß die Chinesen, ihre Geschäftsbücher in lateinischer Schrift und arabischen Ziffern zu führen.
Das System hielt sich ohne große Änderungen bis zum Ende der französischen Kolonialherrschaft, allerdings wurde der Name der Landsmannschaften nach dem Zweiten Weltkrieg umgewandelt in *Groupements Administratifs Chinois Régioneaux* (regionale chinesische Verwaltungsgruppen). Außerdem billigten die Franzosen den chinesischen Konsuln der Guomindang ein gewisses Mitspracherecht bei der Auswahl der Kandidaten für die Gruppenführung zu.

Geschickte Kaufleute

Die traditionelle Beschäftigung der *Hoa* ist der Handel. Einzige Ausnahme: die aus Guangdong stammenden Hakka, die über die Landesgrenze gekommen waren und auf ihrem Weg die Thai und andere Völker vertrieben hatten, um sich als Bauern in den Sumpfebenen und auf den flachen Hügeln zwischen Mongcai und Tienyen[18] niederzulassen. Die Kantonesen stellten die zahlenmäßig größte Gruppe und trieben vor 1975 Seiden- und Süßigkeitenhandel, arbeiteten in verschiedenen Industriezweigen (Ziegeleien, Reisschälereien usw.), in der Schiffahrt und im Dschunkenbau. Wahrscheinlich haben noch bis vor einigen Jahren fast alle Dschunken und Sampans in Cochinchina Kantonesen gehört. In der anderen bedeutenden Sprachgruppe der *Teochiu* gab es nur wenige Bauern, Schiffer oder Arbeiter. Die meisten trieben Reishandel. Die Fujian-Chinesen ebenso wie die aus dem Süden stammenden *Hakka* trieben ebenfalls Reishandel, handelten auch mit Tee oder waren Handwerker (d. h. Schuhmacher, Schmiede, Mechaniker). Unter den Chinesen aus Hainan, die weniger zahlreich waren, gab es Bauern (sie besaßen das Monopol auf den Pfefferanbau) sowie weniger qualifizierte Arbeitskräfte im Kleinhandel und im Gaststättengewerbe.

Insgesamt war es vor allem der Binnenhandel in Südvietnam, der sich auch 1975 noch in den Händen der *Hoa* befand, darunter ein Großteil des Reishandels. Auch im Bank- und Finanzwesen arbeiteten zahlreiche *Hoa*, ferner in gewissen Außenhandelsbranchen. Es sei hinzugefügt, daß besonders seit 1954 mehr und mehr Chinesen im Restaurations- und Nachtlokalgewerbe und in der Prostitution tätig waren.
Allein in der Stadt Cho Lon lebten mehr als die Hälfte aller Chinesen in Vietnam. 1951 schätzte man die chinesische Volksgruppe in Saigon-Cho Lon auf 583 000 Menschen.[19] 1975 bestand sie aus schätzungsweise 800 000 der Sprache und Kultur nach chinesischen Personen.

Die Juden Südostasiens?

Derartige verstreute Volksgruppen, die an ihre alte Kultur gebunden bleiben und sich gegen ein völliges Aufgehen im Gastland sträuben, Gruppen, die vom Handel leben und auf diesem Gebiet außerordentlich erfolgreich sind, lassen einen unwillkürlich an die Stellung der Juden in der abendländischen Geschichte denken. Man spricht ja auch oft von einer chinesischen »Diaspora«[20], fragt sich aber selten, wie weit dieser Vergleich mit den Juden gehen kann. Genauer: Gibt es in einem Land wie Vietnam eine mit dem Antisemitismus vergleichbare Fremdenfeindlichkeit?
Manche Beobachter beschreiben das Zusammenleben der *Hoa* und der Vietnamesen in der Vergangenheit als eine vollkommene Idylle: »Es gab in Vietnam niemals die geringsten Spannungen zwischen den Chinesen und der einheimischen Bevölkerung. Zusammenstöße ereigneten sich ausschließlich zwischen den beiden Regierungen.«[21] Eine solche Sicht, die lediglich der Außenpolitik Verhaltensweisen zuschreibt, wie sie heute Vietnam gegenüber den *Hoa* praktiziert, kann einem Tatsachenvergleich nicht standhalten. Es ist schwer, genau zu sagen, ob die Chinesen in Vietnam schon vor der französischen Kolonialherrschaft bei der Bevölkerung unbeliebt waren. Immerhin, gewisse Ereignisse wie das Massaker von über 10 000 Chinesen in Saigon und Cho Lon um die Zeit der Tay-Son-Revolte im Jahr 1782 (damals wurden chinesische Läden geplündert und in Brand gesteckt, um das Handelsmonopol der Chinesen zu brechen)[22] lassen vermuten, daß es zumindest seit der Zeit des chinesischen Protektorats in der Bevölkerung durchaus Antipathien gegen die chinesischen Einwanderer gab. Wie dem auch sei, seit der französischen Kolonisation waren Feindseligkeiten gegen die *Hoa* zahlreich und mitunter heftig, besonders nach dem französisch-chinesischen Abkommen von 1930, das nach Ansicht mancher Vietnamesen die Chinesen zu privilegierten Bürgern machte. Kritische Stimmen drückten sich denn auch etwa folgendermaßen aus:

»Der chinesische Schatten fällt über einen Großteil der finanziellen und ökonomischen

Angelegenheiten Indochinas . . . Viele dieser Chinesen sind unangepaßte Elemente, Abenteurer, rücksichtslose Leute aus den Niederungen der Gesellschaft. Diese Leute sind nur zu dem einen Zweck gekommen, die öffentliche Sicherheit zu stören, sie begehen Plünderungen und treiben Schmuggel und in den Grenzgebieten heimlichen Frauen- und Kinderhandel . . . Der Chinese schreckt nicht davor zurück, die bäuerlichen Massen mit allen Mitteln auszubeuten und erbarmungslos mit ihrem Elend zu spekulieren . . . Wenn er leicht und schnell zu Geld kommt, so stammt dies meist aus den extrem hohen Zinsen, die er seinen Schuldnern auferlegt. Mit dieser Wucherei noch nicht zufrieden, erpreßt der chinesische Geldverleiher außerdem Garantien auf zukünftige Ernten; so gut wie jedes Jahr ist der größte Teil bereits im voraus verkauft . . .

Andererseits trägt der Chinese in Indochina viele Namen, und es ist schwierig bis unmöglich, seine wahre Identität in Erfahrung zu bringen. Chinesische Handelsfirmen führen selten den Namen des Inhabers. Werden sie durch eine Gesellschaft getragen, so wird dies nicht bekanntgemacht, und weder die Öffentlichkeit noch die Behörden erfahren, wer die Gesellschafter sind. Ist eine Firma insolvent, so verschwinden die Gesellschafter blitzschnell und spurlos von der Bildfläche . . .

So suchen sie um jeden Preis den Erfolg. Zahlreich sind die Chinesen, die mit leeren Händen in Indochina ankommen, aber nur wenige verlassen es wieder, ohne ein Vermögen gemacht zu haben. Diejenigen, die länger bleiben, geben das Geld, das sie hier verdient haben, nicht in diesem Land aus. Jedes Jahr versucht man, die Summen, die sie an ihre Familien in China überweisen, zu schätzen: ein ständiger Geldabfluß, der auf der einen Seite Leere, auf der anderen Fülle schafft.«[23]

Hier vermeint man rassistische Argumente zu hören, wie sie in Frankreich gegen die Juden vorgebracht werden, oder eher noch, wie man sie gewöhnlich für die ausländischen Arbeiter parat hält. Die Richtung ist dieselbe. Gewisse Gedankenverbindungen in diesem Text zeugen von einem deutlichen Fremdenhaß.

Nach der Neuordnung durch die Franzosen im Jahr 1930 waren die Kritiker noch eifriger. Die Chinesen fielen von da an nicht mehr unter die vietnamesische, sondern unter die französische Jurisdiktion. Dies Privileg war mit dem Recht verbunden, in Vietnam Immobilien zu besitzen, ein Recht, das den übrigen Ausländern (außer den Franzosen) nicht eingeräumt wurde. Die Meinung der Vietnamesen entzündete sich an gewissen Ansprüchen, die in Prozessen gegen Chinesen geltend gemacht wurden, welche aus China kamen, um die Hinterlassenschaft eines verstorbenen Elternteils abzuholen.[24] In regelmäßigen Abständen tauchte die Frage auf, ob Chinesen das Recht hätten, bewegliche Habe, die in Vietnam erworben worden war, nach China auszuführen. Man berief sich auf den Volksmund: »Die Chinesen kommen mit einem Wanderstab und zwei leeren Bettelsäcken nach Annam. Sie sollten ebenso wieder gehen.«[25]

Es wurde den Chinesen auch verübelt, daß sie nahezu sämtliche Pfandhäuser Vietnams besaßen. Im volkstümlichen Sprachgebrauch stand das Wort »Chinese« für »Wucherer«. Ein Erlaß hatte die Verpachtung zahlreicher Pfandhäuser in Form öffentlicher Ausschreibungen vorgesehen, aber in Wirklichkeit führten fast immer Chinesen diese Geschäfte, die Franzosen

schätzten ihre Fähigkeiten im Bankwesen. Schließlich kam noch der Vorwurf hinzu, sie trieben Handel mit Opium, einer Ware, die das vietnamesische Volk seiner Menschenwürde beraubte. »Angesichts ihrer Zahl«, meint 1939 Chien Nguyen Huy, »könnte man sich fragen, ob Indochina eine chinesische oder französische Kolonie ist.«[26]
Eindeutig warf ein Teil der öffentlichen Meinung den *Hoa* vor, während der französischen Kolonialherrschaft das vietnamesische Volk mit der gleichen Anmaßung wie die Franzosen ausgebeutet zu haben. Es ist schwer zu glauben, daß diese antichinesische Haltung über Nacht verschwunden sein sollte. Als Diem 1956 Maßnahmen gegen die *Hoa* ergriff, suchte er diese Gefühle auszunutzen. Kann man glauben, daß sie in den 1978 beschlossenen Maßnahmen überhaupt keine Rolle mehr gespielt haben?

Die Minh Huong, die Hoa und die Frage nach ihrer Nationalität

Seit dem 19. Jahrhundert werden die chinesisch-annamitischen Mischlinge *Minh Huong* genannt: Kinder von chinesischen Einwanderern und vietnamesischen Frauen. Ihre große Zahl erklärt sich durch das männliche Übergewicht bei chinesischen Einwanderern. Ihr Name geht eventuell auf die 1644 gestürzte Ming-Dynastie zurück, oder noch eher auf Minh Mang, 1821-1847 Herrscher von Annam, der ihren Status änderte. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts galten diese Mischlinge als Chinesen. Gleichzeitig mit der relativen Unabhängigkeit Vietnams zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeigen sich erste Maßnahmen zu einer Vietnamisierung der *Minh Huong*. Eine Verfügung von 1827 machte sie zu annamitischen Bürgern. Sie mußten annamitische Tracht tragen und ihren Zopf abschneiden. Chinesen hatten kein Recht, ihre vietnamesischen Frauen und *Minh Huong*-Kinder nach China mitzunehmen.[27]
Die französischen Kolonialherren scheinen die Assimilation der *Minh Huong* nicht sehr energisch vorangetrieben zu haben. In einer Gerichtsentscheidung von 1871 werden sie als ausländische Asiaten erwähnt. Eine Verfügung von 1883 spricht ihnen in den französischen Territorien die chinesische Nationalität zu und räumt ihnen sogar die Möglichkeit ein, bei Volljährigkeit die französische Staatsbürgerschaft anzunehmen.[28] Bis 1954 blieben die Kolonialbehörden bei ihrer widersprüchlichen Haltung, d. h. sie erklärten sie einmal zu Chinesen, dann wieder zu ausländischen Asiaten, aber sie trennten sie stets eindeutig von den Vietnamesen. Seit 1954 hatten die *Minh Huong* dann weder nördlich noch südlich des 17. Breitengrads irgendeine Sonderstellung mehr. Sie galten einfach als vietnamesische Staatsbürger.
Die Volksgruppe der eigentlichen *Hoa* dagegen, d. h. Chinesen von der Sprache her, deren beide Eltern chinesischsprachig waren, galten niemals als

Vietnamesen, weder unter dem chinesischen Protektorat noch unter der französischen Kolonialherrschaft. Im 18. und frühen 19. Jahrhundert hatten sie das Recht, sich als Untertanen des Qing-Kaisers im »Vasallenstaat« Vietnam anzusiedeln und dort Eigentum zu erwerben. Auf legaler Ebene wurden sie mit den Vietnamesen gleichgestellt. Bereits durch ihre Dialekte in Verbände (Vorläufer der Landsmannschaften) gruppiert, genossen sie anderen Fremdgruppen gegenüber Vorrechte. Die Vietnamesen nannten sie wegen ihrer langen Zöpfe verächtlich *doui-chuot* (Rattenschwänze)[29] oder schlichtweg *khach tru* (chinesische Einwanderer), was die Franzosen gelegentlich falsch mit »Onkel« (*chu*) übersetzten.[30]

Mit der Unabhängigkeit Vietnams im Jahr 1954 verloren die *Hoa* im Norden ebenso wie im Süden ihre Stellung als privilegierte Ausländer, und ihre Lage wurde heikler. In der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) von 1954 bis 1975 hatten die 150 000 bis 200 000 Chinesen keinen Sonderstatus. Sie konnten die vietnamesische Staatsbürgerschaft annehmen, waren aber nicht dazu verpflichtet. Diejenigen, die sich nicht assimilierten (d. h. die große Mehrheit), bildeten eine eigene Kulturgruppe ohne Minderheitenstatus. Das Recht, ihre eigene Sprache zu sprechen, eigene Informationsmedien und ein Schulwesen in ihrer Sprache zu unterhalten, wurde niemals ausdrücklich bestätigt. Solange die DRV mit China verbündet war, wurde den Chinesen in Nordvietnam ein gewisses Recht auf Eigenleben eingeräumt. 1957 kritisierte die Presse von Hanoi die Politik der erzwungenen Einbürgerung der *Hoa* in Südvietnam durch Ngo Dinh Diem. Übrigens hielten sich während des ganzen antiamerikanischen Kriegs mehrere tausend chinesische Techniker vorübergehend im Land auf: 1963 sprach Ho Chi Minh von »über 5000 chinesischen Experten in Vietnam«.[31]

Waren die Chinesen im Norden nicht sehr zahlreich und hatten keine kommerziellen Schlüsselpositionen inne, so war das, wie wir gesehen haben, im Süden ganz anders. Präsident Ngo Dinh Diem ging zwischen 1956 und 1960 äußerst scharf gegen die *Hoa* vor. Alle in Vietnam geborenen Chinesen erhielten aufgrund einer Verfügung zwangsweise die vietnamesische Staatsbürgerschaft[32] und mußten vietnamesische Namen annehmen. Eine weitere Verfügung[33] verbot Nicht-Vietnamesen die Tätigkeit in zwölf detailliert aufgeführten Branchen (Metzgerei, Fischerei, Lebensmittelhandel, Handel mit Feuerholz und Kohle und namentlich Pfandhäuser).[34] Alle in diesen Branchen tätigen Chinesen mußten binnen weniger Monate ihre Geschäfte aufgeben. Diese Politik rief sowohl in Peking als auch in Taiwan Proteste hervor, und die taiwanesische Regierung bemühte sich in Verhandlungen mit der Diem-Regierung vergebens um das Recht, Auswanderungen der *Hoa* nach Formosa zu organisieren.

Die Behörden versuchten, die *Hoa* zur Aufgabe aller Verbindungen mit ihrer kulturellen Herkunft zu bewegen.

»Den Emigranten werden indirekt oder ausdrücklich zwei Einbürgerungsverfahren anheimgestellt: die (langwierige und teure) juristische Prozedur für alle, die in ihrem neuen vietnamesischen Personalausweis ihren wahren Geburtsort in China verzeichnet haben möchten; und die (schnelle und kostenlose) administrative Prozedur, die ihnen die Möglichkeit gibt (die Nachricht wird per Flüsterpropaganda verbreitet), eine völlig neue Identität anzunehmen einschließlich eines Geburtsortes in Vietnam.«[35]

Infolge dieser Zwangseinbürgerungen ging die offizielle Zahl der Chinesen in Südvietnam von 620 858 im Jahr 1955 auf nur 123 636 im Jahr 1958 zurück.

Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams erklärte ihrerseits 1960, sie annulliere »alle die Chinesen betreffenden reaktionären Gesetze«, d. h. die Verfügung Diems, und ermächtige die Chinesen zur freien Wahl ihrer Nationalität.[36] Diese Haltung entsprach dem Wunsch, die *Hoa* für den Kampf gegen die Saigoner Regierung zu gewinnen. Ob die Nationale Befreiungsfront dies Ziel erreicht hat, sei dahingestellt. Nach dem Sturz Diems im Jahr 1960 gab Saigon jedenfalls, ohne die Verfügung von 1957 aufzuheben, die vom gestürzten Präsidenten eingeführte Politik der Zwangseinbürgerungen auf. Die *Hoa* trieben weiterhin ihren Handel in jenen Branchen, aus denen Diem sie hatte vertreiben wollen, und sie trugen auch wieder ihre chinesischen Namen. Man kann zumindest sagen, daß sie nicht geschlossen als Opposition gegen das Saigoner Regime auftraten. Von 1960 bis 1975 blieben sie allerdings eher am Rande des Kriegsgeschehens. Die ausschließlich in den Städten und vor allem in dem aus den Fugen geratenen Ballungsraum Saigon-Cho Lon lebenden Chinesen versuchten einfach zu überleben und ihren Handel auszubauen. Das Auflodern eines vietnamesischen Nationalgefühls gegen den amerikanischen Imperialismus konnte sie kaum berühren.

Hanoi und die Hoa seit 1975

Die von Hanoi seit 1975 bis zum chinesisch-vietnamesischen Krieg vom Februar 1979 nach und nach entwickelte Chinesenpolitik hat sich offenbar von der 1960er Position der Nationalen Befreiungsfront recht weit entfernt. Die neuen Machthaber distanzieren sich nicht nur nicht von Diems Politik der Zwangseinbürgerungen, sie praktizieren sie vielmehr selbst aufs neue. Dafür kann man mehrere Gründe annehmen: die Entscheidung für ein Bündnis mit der Sowjetunion und der daraus folgende Bruch mit China; die Notwendigkeit, kapitalistische Handelsformen zu bekämpfen und damit die Interessen eines Großteils der *Hoa* zu verletzen; zu diesen Gründen, die auf der Hand liegen und häufig genannt werden, muß noch ein weiterer, selten erwähnter gezählt werden, der zweifellos eine Rolle spielt, nämlich eine Art Rachegefühl gegenüber einer Volksgruppe, die sich nicht allzu aktiv am antiamerikanischen Kampf beteiligte.

Während der Mythos von den *Hoa* als »Agenten des kommunistischen China«, der während der Verfolgungen unter Diem zwischen 1956 und 1957 ständig propagiert wurde und sich heute in der Hanoi-Presse erneut findet, auf keinerlei Tatsachen beruht, hat der Vorwurf der Passivität der *Hoa* während des antiamerikanischen Kriegs eine gewisse Berechtigung. Zu behaupten, die Chinesen in Vietnam propagierten Ideen aus der Volksrepublik China, wäre ebenso falsch, wie wenn man der kleinen chinesischen Volksgruppe in Frankreich, die vor allem im Gaststättengewerbe sitzt, nachsagte, sie hätte 1968 maoistische Gedanken vertreten ... Wie alle Auslandschinesen interessieren sich die *Hoa* kaum für politische Ideologien. Für sie bedeutet die Bindung an China ein vages Gefühl der gemeinsamen historischen, kulturellen und sprachlichen Herkunft, nicht aber konkretes Interesse an der politischen Orientierung der VR China seit 1949.

»Es ist allgemein bekannt, daß die Auslandschinesen in ihrer überwältigenden Mehrheit von Politik praktisch nichts verstehen, daß sie stets bemüht sind, sich aus hitzigen politischen Debatten fernzuhalten, und sich ausschließlich um ihr Geld und ihre Privatangelegenheiten kümmern.«[37]

Die *Hoa* haben sich nach dem Bruch Hanoi-Peking von 1978 nicht mit China solidarisiert. Ganz im Gegenteil dürfte gerade ihr »Apolitismus« ein zusätzlicher Grund dafür sein, daß die Vietnamesen nicht gut auf sie zu sprechen sind.

Nach der Einnahme Saigons hörten die Nationale Befreiungsfront und die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams buchstäblich auf zu existieren, und Hanoi erneuerte südlich des 17. Breitengrades die Diem'sche Chinesenpolitik. Als der Beschluß feststand, 1976 Wahlen zur Nationalversammlung abzuhalten, wurden die *Hoa* zur Annahme der von Diem vorgeschriebenen Nationalität gezwungen. Im Norden wie im Süden hatten die Chinesen bis Kriegsende unverändert ihr altes Leben weitergeführt, weil sie davon ausgingen, daß sich an ihrem Schicksal nichts ändern werde. Aber Hanoi ergriff eine Reihe von Maßnahmen gegen sie, die ihnen das Leben derart unmöglich machten, daß sie schließlich unter allen Umständen, ja selbst unter Lebensgefahr, die Flucht versuchten.

Das ganze Jahr 1978 brachte die chinesische Presse Meldungen über die Verfolgung der *Hoa* in Vietnam, etwa der folgenden Art:

»Da die Lebensmittelkarten konfisziert worden waren, mußten wir uns auf dem freien Markt zu extremen Preisen mit Lebensmitteln versorgen. Dazu durchwühlten Angehörige der vietnamesischen Sicherheitstruppen die Häuser der Chinesen unter dem Vorwand ›amtlicher Durchsuchungen‹, oder sie plünderten chinesisches Eigentum, sogenannte ›illegale Gegenstände‹, die sie dann unter sich verteilten. Zu dem beschlagnahmten Eigentum, das in jahrelanger Arbeit erworben worden war, gehörten auch Gegenstände des täglichen Bedarfs, etwa ein paar Meter Baumwolle, etwas Wolle oder sogar einige Kilo Reis.«[38]

In den Augen Pekings waren die Chinesen in Vietnam »Opfer der Ächtung,

der Diskriminierung, der Verfolgung und Vertreibung durch die vietnamesischen Behörden, dazu ihrer Existenzmittel beraubt«.[39]

Man könnte angesichts des sowjetisch-vietnamesischen Bündnisses und des Bruchs zwischen Peking und Hanoi solche Meldungen für propagandistisch übertrieben halten. Es ist aber zu beachten, daß auch in der Presse von Hongkong und Taiwan im Sommer 1978 merkwürdig ähnlichlautende Schilderungen und Augenzeugenberichte wie in der Peking-Presse zu lesen waren. Beobachter in Singapur beschuldigten die vietnamesischen Behörden ebenfalls systematischer Verfolgungen der *Hoa*.

»Im Süden wurden sie auf offener Straße angegriffen. Vietnamesischer Mob beschlagnahmte unter Polizeischutz alles, was er greifen konnte: persönliche Schmucksachen, Gold, Devisen, Kleidung. Man betonte, die *Hoa* seien illegal in diesen Besitz gekommen. Man warf den Chinesen vor, Schwarzmarktgeschäfte zu treiben und nicht in die regierungsgeförderten Unternehmen zu investieren. Die jungen Chinesen wurden zum Militär eingezogen und an die kampucheanische Front geschickt.«[40]

Die Politik gegenüber den *Hoa* scheint im Norden und Süden leichte Unterschiede zu zeigen. In Tonking wollte Hanoi alle Chinesen aus dem Grenzgebiet vertreiben, darunter älteste bäuerliche Gemeinden, und hat später diese Vertreibungspolitik auf ganz Nordvietnam ausgedehnt. »In nur wenigen Monaten hatten die vietnamesischen Behörden über 100 000 über die Grenze gekommene chinesische Staatsbürger nach China zurückgetrieben.«[41] Nachdem sie in der DRV zwischen 1954 und 1978 ein normales Leben geführt hatten, wurde der größte Teil der 200 000 *Hoa* im Norden gezwungen, nach China auszuwandern. Im Süden dagegen war es Hanois Politik, den Besitz der *Hoa* zu konfiszieren, sie jedoch an der Auswanderung zu hindern. Sie wurden stattdessen in »Sonderdörfer« massendeportiert.

»In Ho Chi Minh-Stadt schickten die Behörden seit dem 4. Juni letzten Jahres jede Nacht sechzig bis hundert Lastwagen in die chinesischen Wohnviertel, um Chinesen zu verhaften und in die ›neuen ökonomischen Gebiete‹ zu transportieren . . . In der Nacht des 5. Juni verhafteten sie über 600 Personen . . . Jeder Lastwagen wurde von zwei bewaffneten Polizisten oder Milizionären begleitet.«[42]

Wenige *Hoa* in Südvietnam entgingen den Massendeportationen. Sie kamen an lagerähnliche Orte, deren genaue Natur man nicht kennt, über die man aber immerhin weiß, daß sie in den ärmsten Agrargebieten liegen. Da es sich bei den Chinesen um Stadtbewohner handelt, darf bezweifelt werden, ob sie von selbstangebauten Produkten, dazu häufig auf noch unberührtem Boden, überleben können. Taiwan erwarb sich das Recht (das Diem ihm 1957 verweigerte), am 26. Mai 1978 per Flugzeug 158 Personen auf die große Insel zu bringen. Das von Peking nach Ho Chi Minh-Stadt geschickte Schiff, die *Ming-hua*, erhielt in seinem Zielhafen nicht die Erlaubnis festzumachen. Manche *Hoa* versuchten, China per Eisenbahn über Hanoi zu erreichen. Xinhua meldet: »Es geschieht häufig, daß vietnamesische

Soldaten und Polizisten Schmiergelder von mehr als tausend Dong dafür verlangen, einen von ihnen nach Hanoi durchzulassen.«[43] Im August 1978 kam es auf dem Bahnhof von Hanoi zu blutigen Zusammenstößen zwischen vietnamesischer Polizei und *Hoa*, denen man die Ausreise nach China verweigerte. Den *Hoa* blieb nichts als die Flucht übers Meer. Um den Deportationen zu entgehen, versuchten und versuchen heute noch Tausende von ihnen, mit den verschiedensten Wasserfahrzeugen zu entkommen in der Hoffnung, Singapur, Hongkong oder sonst einen Erdenwinkel zu erreichen, wo man sie als Einwanderer annimmt.

Was hat der chinesisch-vietnamesische Krieg vom Februar-März 1979 an der Lage der *Hoa* geändert? Informationen über diese Frage fehlen völlig, aber alles weist auf eine Verschärfung der Verfolgungen hin. Hat nicht die chinesische Aggression, die Tausende vietnamesischer Soldaten und Zivilisten das Leben kostete, die öffentliche Meinung in Vietnam dahin gebracht, in den *Hoa* Sündenböcke zu finden? Gewisse Meldungen lassen das vermuten. In der *Nhan Dan* stand: »Sämtliche Verbindungen mit dem Feind werden entsprechend dem in Kriegszeiten gültigen Recht abgehandelt.«[44] Wo beginnen Verbindungen mit dem Feind, wenn man ein Chinese in Vietnam ist? Radio Hanoi gab jedenfalls am 1. März die Verhaftung von Personen bekannt, denen Kollaboration mit den chinesischen Eindringlingen vorgeworfen wurde.[45]

Von den 1 400 000 Chinesen in Vietnam zu Beginn des Jahres 1978 waren über die Hälfte im Land geboren, die übrigen waren durchweg seit vierzig, fünfzig Jahren hier ansässig und haben einen wesentlichen Teil ihres Lebens hier verbracht. Von diesen Menschen gelang nur wenigen die Flucht. Peking zufolge kehrten seit Sommer 1978 180 000 *Hoa*, meist aus Nordvietnam, nach China zurück. Tausende *Hoa* aus dem Süden fanden bei Fluchtversuchen den Tod. Von den verhafteten und in die neuen »strategischen Dörfer« deportierten Menschen fehlt jede Nachricht. Sind sie zu Opfern eines epochalen Fremdenhasses geworden?

Aus dem Französischen von Ursula Richter

Anmerkungen

1 Huy, Chieu Nguyen, *Le statut des Chinois en Indochine*. Paris 1939. Vgl. »Die Juden Südostasiens?« weiter unten.
2 D. h. nach dem Krieg, auf der Potsdamer Konferenz von 1945 (A. d. Ü.)
3 Purcell, Victor, *The Chinese in Southeast Asia*. London 1965, S. 211.
4 Lévy, Roger, *L'Indochine et ses Traités*. Paris 1947, S. 17.
5 Viet chung, *Etudes vietnamiennes*, Nr. 15, 1967.

6–9 entfallen
10 a. a. O.
11 *Labour Conditions in Indochina*, Nr. 26. Genf 1938, S. 245.
12 Bonnetin, Paul, *L'Extrême-Orient*. Paris 1887, S. 109. Das Jahrbuch *L'Annuaire de l'Indochine française* nennt für 1889 die Zahl von 56 528 chinesischen Einwanderern.
13 Wang Wen-yuna, a. a. O., S. 59.
14 Khoi, Le Thanh, *Le Viêt-nam: Histoire et civilisation*. Paris 1955, S. 35.
15 Purcell, Victor, a. a. O., S. 175.
16 Wang Wen-yuan, a. a. O., S. 18.
17 Huy, Chieu Nguyen, *Le statut des Chinois en Indochine*. Paris 1939, S. 52.
18 Einer der Hauptschauplätze des chinesisch-vietnamesischen Krieges vom Februar-März 1979.
19 Purcell, Victor, a. a. O., S. 169.
20 Vgl. z. B. in *Le Monde diplomatique*, Februar 1979, den Beitrag von Claude und Denys Lombard-Salmon.
21 Ly Singko, *Hanoi, Peking and the Overseas Chinese*. Singapur 1978, S. 57.
22 Bouchot, J., »Note historique sur Cho-lon«, in: *Extrême-Asie*, Nr. 23, Mai 1948, S. 581 ff. Für Hanoi war die Tay-Son-Revolte ein glorreiches Kapitel im Kampf des vietnamesischen Volks.
23 Dinh, Nguyen Quoc, *Les congrégations chinoises en Indochine française*. Paris 1941, S. 5 f.
24 Huy, Chieu Nguyen, *Le statut des Chinois*, Kap. 4.
25 ebd., S. 37.
26 ebd., S. 6.
27 ebd., S. 66.
28 ebd., S. 66.
29 ebd., S. 17.
30 ebd.
31 Ansprache des Vorsitzenden Ho Chi Minh am 15. März 1963 anläßlich des Besuchs von Liu Shao-chi. [Die Chinesen sprechen heute von 200 000 Experten, die sie ins Land geschickt hätten. d. Hg.]
32 21. August 1956. Vgl. Purcell, Victor, a. a. O., S. 215.
33 6. September 1956. Vgl. Purcell, ebd.
34 Tsai Maw-kuey, *Les Chinois au Sud-Viêt-nam*. Paris 1968, S. 60.
35 ebd., S. 69.
36 Ly Singko, a. a. O., S. 63.
37 a. a. O., S. 56.
38 Meldung der Xinhua-Presseagentur, Peking, 17. August 1978.
39 Xinhua-Meldung, Hanoi, 7. Juli 1978.
40 Ly Singko, a. a. O., S. 64.
41 Xinhua-Meldung, Peking, 12. Juli 1978.
42 Xinhua-Meldung, Peking, 5. Juli 1978.
43 Xinhua-Meldung, Peking, 17. August 1978.
44 Organ der KP Vietnam, 7. März 1979.
45 *Le Monde*, 8. März 1979.

Stephen Heder
Bruderzwist unter Schwesterparteien
Die Entwicklung der kommunistischen Parteien Südostasiens

Man kann die Geschichte der Beziehungen zwischen den vietnamesischen und den kambodschanischen Kommunisten vom Entstehen der Kommunistischen Partei Indochinas (KPInd.) bis zum Sturz Norodom Sihanouks in vier Perioden unterteilen: 1930-1945, 1945-1954, 1954-1960 und 1960-1970.

Anfang 1930 wurde die Kommunistische Partei Vietnams gegründet, die auf Betreiben der Komintern wenige Monate später ihren Namen in »Kommunistische Partei Indochinas« änderte. Dieser neue Name stand auch für ein politisches Programm, das sich nicht auf Vietnam beschränken sollte. Gleichzeitig begann sich die KPInd. als die kommunistische Bewegung in Laos und Kambodscha einzurichten. Doch in keinem der beiden Länder geschah zwischen 1930 und 1945 wesentlich mehr, als daß einige wenige dort ansässige Vietnamesen rekrutiert wurden: in Laos anscheinend häufiger als in Kambodscha.

In der Periode zwischen 1945 und 1954 wurde in beiden Ländern weit mehr erreicht. Sowohl in Laos wie in Kambodscha unterstützte die KPInd. die Befreiungsbewegungen moralisch und organisatorisch. Und – was ihrer Aufgabenstellung von 1930 noch direkter entsprach – sie leistete Hilfestellung beim Entstehen kommunistischer Bewegungen, die innerhalb der KPInd. die Unabhängigkeitskämpfe in diesen Staaten entweder anführten oder dies zumindest versuchten. Doch auch hier waren die Vietnamesen in ihren Bemühungen in Laos relativ erfolgreicher als in Kambodscha. Die unter der Anleitung der KPInd. in Laos gegründete kommunistische Bewegung zeigte eine größere Geschlossenheit und beherrschte den Unabhängigkeitskampf der Laoten viel nachhaltiger. Diese Unterschiede zwischen den beiden Bewegungen erklären sich aus einer Reihe von Faktoren.

In Laos verfügte die KPInd. in dieser Zeit über eine breitere Basis. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gelang es ihr, Beziehungen zu mehreren wichtigen Repräsentanten der laotischen Gesellschaft auszubauen. Durch ihre ethnische und sprachliche Zersplitterung fehlte der laotischen Bevölkerung ein zusammenhängender, grundlegender Nationalismus – er mußte erst hergestellt, mit Absicht erzeugt werden. Genausowenig war Laos als Königreich eine geschlossene Einheit, trotz aller heimli-

chen Ambitionen von König Sisavang Von. Damit blieb die Aufgabe, einen nationalen Verwaltungsapparat aufzubauen und einen laotischen Nationalismus zusammenzuschweißen, ein wichtiger Punkt auf der politischen Tagesordnung. Obwohl die Vietnamesen Außenstehende waren, konnten sie zu beiden Problemen hilfreiche Vorschläge machen und sogar bis zu einem gewissen Grade direkt an beiden Aufbauarbeiten teilhaben, ohne den laotischen Kommunisten große Schwierigkeiten zu bereiten.

In Kambodscha waren die Stützpunkte der KPInd. aus den dreißiger Jahren noch schwächer. Gegen Ende und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Vietnamesen zunächst durch Son Ngoc Thanh fast völlig aufgerieben worden. Danach gab es Schwierigkeiten in den gemischten vietnamesisch-kambodschanischen Gemeinschaften (z. B. die Auseinandersetzungen über die Autonomie von Kambodscha Krom). Kambodscha grenzte an Südvietnam, dort führten die Franzosen relativ erfolgreiche militärische Operationen durch, die eine direkte Verbindung zwischen der KPInd. im Süden (die selbst schon von den Hauptquartieren der KPInd. abgeschnitten war) und deren Genossen in Kambodscha zerstörten. Außerdem entwickelte sich der Widerstand in Kambodscha in drei mehr oder weniger autonomen und unabhängigen Gebieten, zwischen denen einige Unstimmigkeiten und Rivalitäten geherrscht zu haben scheinen.

Ein weiterer Unterschied lag im Problem des Nationalismus in Kambodscha. Hier konnten die Vietnamesen nicht Patenschaft für den Aufbau eines neuen kohärenten Nationalismus leisten, sondern mußten der Provokation aus dem Wege gehen, die ein latenter Nationalismus auslöste, der eine Zeitlang deutliche antivietnamesische Züge trug. Und letztlich: das politische System Kambodschas war, wenn auch kaum einheitlich, so doch bereits relativ stark zentralisiert und integriert und wurde von Norodom Sihanouk angeführt, einem König, der immer deutlicher sein Talent für Initiativen und politische Führung unter Beweis stellte. Es galt nicht nur, ein neues politisches System aufzubauen, sondern gleichzeitig auch das alte System mit einem starken Führer abzulösen. Und beides erwies sich als relativ schwierig.

Wenn man die Zeit von 1945 bis 1954 als eine schwierige Periode für die kambodschanischen Kommunisten bezeichnet, muß man die Jahre von 1954 bis 1960 eine Periode der Katastrophen nennen. 1954 wurden in Genf die kambodschanischen Kommunisten ebenso wie die im Süden arbeitenden Kader der Vietnamesischen Arbeiterpartei (VAP) geopfert. Ihnen blieb nur die Wahl zwischen dem Exil in Nordvietnam, wo sie von ihrer Gesellschaft und ihrer Kultur abgeschnitten waren, oder der Illegalität in ihrer Heimat, in der sie über wenige oder keine Mittel verfügten, sich wirksam zu verteidigen. Viele Anführer der kommunistischen Bewegung Kambodschas entschieden sich für die relative Sicherheit des Exils in Hanoi.

Im Lauf der Jahre wandelte sich dieses Exil immer mehr zu einem permanenten Zustand, die kambodschanischen Kommunisten resignierten mehr und mehr und verloren den Blick für die Realitäten in ihrer Heimat. Aber auch viele von denen, die in die Heimat zurückgekehrt waren, wurden Opfer dieser Realitäten. Anders als ihre Genossen in Laos waren sie unfähig, ihre Organisation als eine formelle Kommunistische Partei zu konsolidieren. Stattdessen gaben sie sich mit der Volkspartei der Khmer (VPK) zufrieden, die, 1951 als eine Art proto-kommunistische Partei gegründet, ursprünglich unter der Voraussetzung und Erwartung konzipiert worden war, daß die Vietnamesen ihr für ihren künftigen Weg die notwendige Unterstützung und Kursbestimmung geben würden. Gegen Ende der 50er Jahre existierte die alte Organisation der kambodschanischen Kommunisten praktisch nicht mehr. Genau wie im Falle Südvietnams waren auf die Opfer, die man in Genf gebracht hatte, noch weit schlimmere Ereignisse gefolgt: nach dem Rückzug und der Entwaffnung kam die Dezimierung. Alles, was in vielen Gegenden von Kambodscha und Südvietnam noch von den Bewegungen aus der Zeit vor der Genfer Konferenz übrigblieb, war Bitterkeit.

In dieser Phase wurde das wachsende Vakuum in Kambodscha (und auch in Südvietnam) teilweise aus neuen Quellen aufgefüllt. Für Kambodscha waren die wichtigste Quelle die französischen Universitäten. Das begann 1953, als Pol Pot aus Frankreich zurückkehrte und sich dem *maquis* anschloß, und setzte sich bis 1960 fort, als Khieu Samphan zurückkehrte. In diesen Jahren wurde die kommunistische Bewegung in Kambodscha durch Kambodschaner verstärkt, die nicht aus der Tradition der KPInd. kamen und die in dieser Periode nach 1951, d. h. nach der Gründung der VPK und nach Genf, nicht mit der VAP in Verbindung gebracht werden konnten. Dagegen wurden ihre Genossen in Südvietnam – gleichgültig, ob sie von ausländischen Universitäten oder aus den Dörfern kamen – mit ziemlicher Sicherheit in die Reihen der VAP gezogen.

Was also um 1960 von der kommunistischen Bewegung in Kambodscha übriggeblieben war (nicht eben viel), war ohne eine Partei und überwiegend verbittert oder neu – oder beides zugleich. Die kambodschanischen Kommunisten hatten mehr gelitten und waren vermutlich verbitterter als ihre Genossen in Laos. Im übrigen hatte das Element der Neuheit für die kambodschanischen Kommunisten eine viel größere Bedeutung als für ihre Genossen in Südvietnam. Das lag zum einen an den organisatorischen Unterschieden zwischen der VPK und der VAP und zum andern daran, daß die Beziehungen der sozialistischen Hälfte eines künstlich geteilten Vietnams zu der vom Ausland beherrschten Hälfte ganz andere waren als die zwischen der Demokratischen Volksrepublik Vietnam und dem Königreich Kambodscha. In Kambodscha verlieh diese Neuheit einer neuen Organisa-

tion einen neuen Charakter, der national unabhängig war und die Loslösung vom sozialistischen Vietnam besiegelte. In Südvietnam bedeutete diese Neuheit allenfalls etwas neues Blut für eine alte Organisation, deren einziges Ziel darin bestand, die administrative und ideologische Wiedervereinigung Vietnams herbeizuführen.

Als die kambodschanischen Kommunisten im September 1960 ihren Ersten Nationalen Parteitag abhielten und ein Zentralkomitee aufstellten, enthielt ihre Führung sicherlich auch einige Kader, die aus der Sicht der VAP eine »anti-vietnamesische« Haltung einnahmen. Im übrigen war die Zusammensetzung des Zentralkomitees – aus ähnlich naheliegenden Gründen – instabil. Zwar dürften einige ehemalige Kader der KPInd. loyal geblieben sein, trotz allem, was der »Tradition der KPInd.« zugestoßen war; einige andere mögen ihre Loyalität zu jener Tradition erneuert haben, was ihnen leicht fiel, da jetzt die kambodschanischen Kommunisten ihre eigene Partei hatten gründen können und eine neue und der Situation angemessenere Linie verfolgten. Aber sicher hat es auch einige ehemalige Kader der KPInd. gegeben, die sich ihre Bitterkeit gegenüber der VAP bewahrt hatten und die die Tradition der KPInd. lieber ignorierten. Und schließlich war da noch eine beträchtliche Zahl kambodschanischer Kommunisten, die als Studenten in Frankreich gelebt hatten und für die diese Tradition ganz einfach belanglos oder ein Stein des Anstoßes war.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Kambodschas (KPK) erfolgte zudem zu einer Zeit, in der die Bewegung des Weltkommunismus bereits zu zerfallen begonnen hatte. Die internationalen Beziehungen zwischen Kommunisten wurden immer weniger als brüderliche Beratungen oder demütig anerkannte hierarchische Unterordnungen begriffen, sondern mehr und mehr als private Rachefeldzüge und öffentliche Polemiken. Dadurch kam die KPK zu einer ganz anderen Weltsicht als die altmodische VAP, und es entstanden zwei unterschiedliche konzeptuelle Grundhaltungen, auch im Hinblick auf alle künftigen Konflikte zwischen diesen beiden Parteien.

Die unterschiedlichen Einstellungen der vietnamesischen und der kambodschanischen Partei zu der Auseinandersetzung zwischen der UdSSR und der VR China machten die sich entwickelnden Beziehungen noch komplizierter. Die Vietnamesen waren sofort in den Streit hereingezogen worden, denn ihre Entscheidung, in Südvietnam einen bewaffneten und einen politischen Kampf nicht nur zuzulassen, sondern auch zu unterstützen, hatte sie mitten in die Auseinandersetzung über die Gefahr eines Krieges mit den USA und über die beste Taktik im Kampf gegen die USA in der Dritten Welt gezogen. Die Linie, die die neugeborene KPK vertrat, hätte ein ganz ähnliches Resultat haben können: Vietnamesische und kambodschanische Kommunisten hätten sich gegenüber den Streitereien zwischen der UdSSR

und China in einem Lager vereint finden, d. h., sich stärker mit der chinesischen Position zwischen 1960 und 1964 identifizieren können.
Doch ihre Einstellungen zu dem sich abzeichnenden Bruch waren grundverschieden, und zwar aus zwei Gründen. Erstens: obwohl die Chinesen im Lauf der Jahre immer einverstandener waren mit den Konsequenzen, die sich aus der Kriegspolitik ergaben, für die sich die kommunistischen Parteien Vietnams und Kambodschas 1959-1960 entschieden hatten, verbesserten sich parallel dazu die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik und dem Kambodscha Sihanouks während der ganzen Zeit zwischen 1960 und 1964. Dagegen existierten natürlich keinerlei Beziehungen zwischen China und dem Vietnam Diems, um das die vietnamesischen Kommunisten kämpften. Im Mai 1960 besuchte Zhou Enlai Phnom Penh, im Dezember desselben Jahres kam Sihanouk nach Peking. Dort wurden ein Freundschaftsvertrag, ein gegenseitiger Nicht-Angriffs-Pakt und mehrere Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Da sich gleichzeitig die zwischenstaatlichen Beziehungen mit Burma verbesserten, scheinen die Chinesen den Kommunisten in Burma angedeutet zu haben, daß es im Interesse ihres Kampfes liege, sich bei der Auseinandersetzung mit der Regierung in Rangun vornehmlich auf politische und legale Taktiken zu verlassen. Vielleicht ging eine ähnliche Botschaft an die KPK. Die kambodschanischen Kommunisten hatten also in den frühen 60er Jahren im Hinblick auf ihre Beziehungen zu den chinesischen Genossen weit weniger Anlaß zu Optimismus als die Genossen in Vietnam.
Zweitens: zwar lehnten die vietnamesischen Kommunisten die Außenpolitik der UdSSR zunehmend ab, zumindest was deren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten betraf, dennoch stellten ihnen die Sowjets für ihren Ersten Fünfjahresplan (1961-1965) wichtige Wirtschaftshilfe zur Verfügung. Für die kambodschanischen Kommunisten gab es keinen derartig lindernden Faktor in ihren Beziehungen zur UdSSR. Zu einer wachsenden Zahl außenpolitischer Fragen hatten sie eine andere Auffassung als die UdSSR, außerdem leisteten die Sowjets bald Wirtschaftshilfe für die Regierung Sihanouk. Die kambodschanischen Kommunisten hatten daher noch viel weniger Anlaß als die Vietnamesen, für die sowjetische Außenpolitik eine Ehrenrettung zu suchen.
Zwischen 1960 und 1964 waren also die Positionen der Kommunisten in Vietnam und Kambodscha hinsichtlich der Entzweiung zwischen Sowjets und Chinesen alles andere als einheitlich. In der Zeit zwischen 1960 und 1964 hatten sich die Beziehungen zwischen vietnamesischen und chinesischen Kommunisten nach einem guten Start positiv entwickelt, die Beziehungen zu den Sowjets hatten ebenfalls gut angefangen, wurden dann aber schwieriger. Im gleichen Zeitraum waren die Beziehungen der Kommuni-

sten Kambodschas zu China anfänglich vermutlich wenig mehr als formell und korrekt, und daran hat sich sehr wahrscheinlich wenig geändert, während die Beziehungen zu den Sowjets, die ursprünglich gespannt waren (falls sie überhaupt existierten), sich verschlechterten.

Die zunehmende Entfremdung zwischen Sowjets und Chinesen hatte auch leicht unterschiedliche Auswirkungen auf die Vorstellungen der vietnamesischen und der kambodschanischen Kommunisten zu Themen wie dem sozialistischen Block und dem proletarischen Internationalismus. Die vietnamesischen Kommunisten gehörten einer schon seit langem aufgebauten Partei an, die korrekte, wenn nicht perfekte Beziehungen zu der Komintern unterhielt und die von den Chinesen zwischen 1949 und 1954 bedeutsame Militärhilfe und seit 1954 sowohl von China wie von der Sowjetunion wirtschaftliche Unterstützung bezogen hatte (womit etwas von dem bitteren Nachgeschmack beseitigt worden war, den der Druck, den beide Mächte während der Indochinakonferenz auf Vietnam ausgeübt hatten, erzeugt hatte). Für sie waren die Differenzen zwischen beiden Ländern deshalb eine momentane Verirrung, die die wesentliche Einheit des sozialistischen Lagers nicht unbedingt unterminieren mußte. In den Beziehungen der Vietnamesen zu den Sowjets und den Chinesen hatte es Höhen und Tiefen gegeben (und in den kommenden Jahren sollte es noch stärkere Schwankungen geben), doch es sah stets so aus, als könnten weder die Chinesen noch die Sowjets jemals wirklich der *Feind* werden. Die Vietnamesen sahen sich (und zwar noch mindestens ein Jahrzehnt lang, wenn nicht länger) als die Vermittler in einem Familienzwist.

Mit anderen Worten: Als Partei hatte die VAP ihre Wurzeln in den 30er Jahren. Sie wurde von vietnamesischen Nationalisten geleitet, die aber noch vom internationalistischen Mythos des frühen Kommunismus eingefärbt worden waren, als es nur eine sozialistische Nation gab und daher auch nur ein Zentrum und Modell des Sozialismus, wie fehlerhaft es auch immer sein mochte. Die Differenzen zwischen jenen beiden Staaten und dem sozialistischen Vietnam deuteten schlimmstenfalls auf Risse *innerhalb* der Bewegung, nicht auf den Zusammenbruch *der* Bewegung. Und selbst wenn Vietnam in der Zeit zwischen 1960 und 1964 eine stärkere Anlehnung an China suchte, so wurden doch die Probleme mit der Sowjetunion als lediglich vorübergehende Mißverständnisse interpretiert (als die sie sich ja auch herausstellten), die angesichts der traditionellen Bindungen der vietnamesischen Partei an beide Parteien nicht unbedingt eine endgültige Wahl zwischen den beiden Rivalen bedeuten mußte. Die ideologischen Auswirkungen des sino-sowjetischen Streits auf die Einstellung der VAP hinsichtlich ihrer Beziehungen zur KPK kann man daher vernachlässigen: die unterstellte Grundlage jener Beziehung, nämlich enge Zusammenarbeit und Koordination im Interesse des sozialistischen Blocks und im Namen des

proletarischen Internationalismus änderte sich nicht und durfte sich nicht ändern. Wenn es, was eigentlich nicht vorgesehen war, Differenzen geben sollte, dann war das eine Familienangelegenheit, die im Geiste des sozialistischen Blocks, vorzugsweise durch private Beratungen, gelöst werden mußte.

Was die KPK betrifft, so hatten die zunehmenden sino-sowjetischen Auseinandersetzungen über zahlreiche grundlegende Themen ganz andere Auswirkungen. Für eine Partei, die erst seit September 1960 formal existierte und erst seit kurzem in der Lage war, ihr Debut auf dem Boden internationaler kommunistischer Politik zu geben, deren Führer nie sehr engen Kontakt mit der Kommunistischen Partei der UdSSR oder der Volksrepublik China gehabt hatten, deren einziger engerer Kontakt mit diesen beiden Parteien während der Katastrophe von Genf (oder dem Verrat) stattgefunden hatte, für die die Komintern lediglich eine historische Merwürdigkeit war und die zu der Moskauer Konferenz der Kommunistischen Parteien der ganzen Welt im November 1960 offensichtlich entweder nicht eingeladen worden war oder nicht erscheinen konnte oder wollte, für eine solche Partei war der Bruch zwischen Sowjets und Chinesen sicherlich eher eine Tatsache, die man hinnehmen mußte, als ein vorübergehendes Phänomen. In einer solchen Situation lag es für eine neugegründete Partei wie die kambodschanische näher, sich auf die eine oder die andere Seite zu schlagen – oder neutral zu bleiben –, als vorzutäuschen, der Streit sei nicht ernstzunehmen, oder gar als der beredte Vermittler zwischen zwei entfernten Giganten aufzutreten. Wäre eine Entscheidung notwendig gewesen, wäre sie mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zugunsten Chinas gefallen, zieht man das Fehlen traditioneller Verbindungen zu beiden Parteien in Betracht und die wachsende Fehlentwicklung der sowjetischen Außenpolitik. Und das, obwohl China wegen seiner Beziehung zu der Regierung Sihanouk als Bündnispartner einiges zu wünschen übrig ließ. Wäre Neutralität die Antwort gewesen, hätte sie wahrscheinlich viele Gemeinsamkeiten mit der chinesischen Weltsicht gehabt und eine beträchtliche Bewunderung für das chinesische Modell einer Agrarrevolution und des landwirtschaftlichen Aufbaus enthalten, aber auch die Weigerung, die kambodschanischen Kommunisten in eine Übereinkunft mit den Chinesen in der Einschätzung der Regierung Sihanouks zu zwängen. Aber sowohl die Entscheidung für eine der beiden Parteien als auch die Neutralität implizierten beide einen gewissen Zweifel an der universalen Anwendbarkeit und Gültigkeit von Vorstellungen wie der des »weltweiten sozialistischen Blocks« und des »proletarischen Internationalismus« – wenn man sie auf die bestehenden Realitäten der internationalen kommunistischen Bewegung bezog. Diese Haltung hatte unmittelbare Konsequenzen auch für die Beziehungen zwischen KPK und VAP. Wenn man sich für die Chinesen gegen die Sowjets entscheiden

konnte, so konnte man sich auch gegen die Vietnamesen entscheiden. Konnte man gegenüber Chinesen und Sowjets neutral bleiben, dann konnte man auch gegenüber den Vietnamesen neutral sein. Wenn sich die Bewegung des Weltkommunismus in korrekte und inkorrekte Teile aufspaltete, konnte der kommunistischen Bewegung Indochinas theoretisch dasselbe widerfahren.

Aus der Sicht des Jahres 1960 waren größere Auseinandersetzungen allerdings noch keineswegs unvermeidbar. Die Gründung der KPK im September dieses Jahres hätte ein neues Zeitalter relativer Nähe und Freundschaft zwischen den vietnamesischen und kambodschanischen Kommunisten einleiten können. Als die KPK gegründet wurde, war einer der vornehmlichsten Gründe für die Verbitterung in der Periode zwischen 1954 und 1960 ausgeräumt worden: der Kurs der ausschließlichen Beschränkung auf den politischen Kampf – das allzu eindeutige Vermächtnis von Genf – wurde korrigiert. In Südvietnam wurde ein ähnlicher Anlaß für Verbitterung beseitigt, als die VAP dem Kampf zur endgültigen Vernichtung von »My-Diem«, d. h. der Zerschlagung des amerikanischen Imperialismus und seines repressiven Handlangers, des Diem-Regimes, ihre volle Unterstützung zusicherte. Kader der VAP aus dem Süden, die 1954 in den Norden geflohen waren, kehrten zurück und reihten sich voller Begeisterung in den revolutionären Kampf ihrer alten Freunde und Nachbarn gegen den ausländischen und einheimischen Feind ein. Sobald Hilfe aus dem Norden benötigt wurde, machte man große Anstrengungen, um diese Hilfe zu beschaffen. In manchen Punkten gab es Meinungsverschiedenheiten, Spannungen und Widersprüchlichkeiten blieben bestehen, doch grundsätzlich herrschte wieder Einigkeit zwischen der VAP und den Kommunisten des Südens.

In Kambodscha trat dieser Prozeß der Heilung alter Wunden und des Begleichens alter, offengebliebener Rechnungen nicht ein. Die politische Repression in Kambodscha wurde immer bösartiger und allumfassender, doch die KPK sah sich, aus welchen Gründen auch immer, auf sich selbst gestellt. Und nicht nur das: die kambodschanischen Kader in Hanoi blieben dort, gleichzeitig entwickelten die vietnamesischen Kommunisten (und ihre chinesischen Genossen) immer freundlichere Beziehungen zu ihrem Feind, der Regierung Sihanouk. Sihanouk wurde repressiver, die Möglichkeiten für eine Volksfront, für legalen Kampf und für Untergrundarbeit in den größeren und kleineren Städten schwanden zunehmend, und gleichzeitig wurden die Beziehungen Sihanouks zu Vietnam, der Sowjetunion und China immer herzlicher. Für die Vietnamesen, die ihre westliche Flanke im Kampf um die Befreiung des Südens schützen mußten, waren korrekte, wenn nicht sogar enge Beziehungen zu Sihanouk tatsächlich eine Lebensnotwendigkeit. Die Chinesen konnten dieses Problem verstehen und hatten

im übrigen ihre eigenen Vorstellungen von chinesischen Sicherheitsinteressen. Vietnamesen und Chinesen waren daher der Meinung, die KPK solle einen gangbaren Weg finden, der es ihr ermöglichte, sowohl ihre eigenen Reihen zu verstärken als auch gleichzeitig Sihanouks Außenpolitik zu ermutigen und zu unterstützen, eine Haltung, mit der sich die KPK immer weniger identifizieren wollte oder konnte. Und so zeichneten sich die Beziehungen zwischen vietnamesischen und kambodschanischen – genauso wie die Beziehungen zwischen chinesischen und kambodschanischen – Kommunisten nicht durch Nähe und Freundschaft, sondern durch zunehmenden Streit und Mißtrauen aus.

1962 wurde der 1960 zum Parteisekretär gewählte Tough Samouth, das letzte wichtige Verbindungsglied zwischen der alten KPInd. und der neuen KPK, entweder das Opfer von Sihanouks Unterdrückungspolitik oder von Auseinandersetzungen zwischen der VAP und der KPK bzw. internen Kämpfen in der KPK. Nach diesem Ereignis sowie der politischen Krise in Phnom Penh zu Beginn des Jahres 1963 und dem einige Monate später gefällten Entschluß Sihanouks, die amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe abzulehnen, wurden die Widersprüche zwischen den nationalen revolutionären Interessen der KPK und den außenpolitischen Notwendigkeiten der VAP für die nationale Befreiung (Südvietnams) immer akuter und offensichtlicher. Die KPK war mittlerweile fest in den Händen der aus Frankreich zurückgekehrten Studenten, die einen Kern bildeten, um den sich wahrscheinlich eine Reihe ehemaliger Kader der KPInd. gruppierten. Beide hatten ähnliche Ansichten über die Lage in Kambodscha und die Unzuverlässigkeit der Vietnamesen. Die KPK plante heimlich einen unabhängigen Kurs, der nach Auffassung ihrer Führer den Realitäten der Regierung Sihanouk und den sozioökonomischen Bedingungen Kambodschas am besten Rechnung trug, sich um die unmittelbaren Voraussetzungen für eine vietnamesische Wiedervereinigung jedoch nicht kümmerte. Der Schwerpunkt der Parteiarbeit lag auf dem Lande, hier geschahen viele Aktionen, die die Stabilität der Regierung von Norodom Sihanouk bedrohten, jener Regierung, die Vietnamesen und Chinesen als Bollwerk eines progressiven bürgerlichen Anti-Imperialismus in Südostasien aufbauten, sozusagen als die Entsprechung von Sukarnos Indonesien auf dem asiatischen Festland. Theoretisch hätten sich diese Widersprüche durch eine geschickte Bündnispolitik lösen lassen. Praktisch erfolgte seitens der KPK jedoch nichts, was die VAP oder die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) befriedigt hätte – vielleicht war eine solche Politik auch undurchführbar.

Mit den Jahren verschärfte sich der Widerspruch. Und damit nahmen auch die Konflikte und gegenseitigen Verdächtigungen zu. Nachdem Sihanouk 1965 die Beziehungen zu den USA abgebrochen hatte und die Eskalation des Vietnamkrieges durch die USA die Vietnamesen dazu zwang, sich in

Sicherheit zu bringen (mit der Billigung der KPK und später durch das Stillhalten Sihanouks begaben sie sich auf kambodschanischen Boden), kehrten langsam auch viele frühere kambodschanische Kader der KPInd. in ihre Heimat zurück. Doch statt die KPK und die VAP einander näherzubringen, wie es – bei allen Krisen – zwischen der VAP und den kommunistischen Kadern Südvietnams geschehen war, erzeugten diese Kambodschaner nur noch schlimmere Konflikte und bösartigere Verdächtigungen. Zu einem früheren Zeitpunkt hätte man sie vielleicht willkommen geheißen und sie hätten die »antivietnamesischen Elemente« in der KPK ausschalten können. Nun waren sie bestenfalls eine geduldete Minderheit, schlimmstenfalls wurden sie als Eindringlinge und Feinde betrachtet. Für die Führung der KPK waren sie anscheinend nicht zur Unterstützung gekommen, sondern um sie zu verdrängen und zu zerstören.

Diese historische Analyse legt es nahe, in den Ereignissen der Jahre 1967/68 den Schlüssel zum Verständnis für die Entwicklung einer endgültig unabhängigen revolutionären Bewegung in Kambodscha und auch des grundsätzlichen Konflikts zwischen KPK und VAP zu sehen. Die KPK hatte zwar auch schon vor dieser Periode gegen den ausdrücklichen oder versteckten Rat sowohl der KPCh wie der VAP einen Anti-Sihanouk-Kurs eingeschlagen, dennoch hatten die Kambodschaner bis dahin der Regierung Sihanouk noch nicht den totalen Krieg erklärt. Das Gebiet Kambodschas hatte zwar bereits als Unterschlupf für Flüchtlinge gedient, aber noch nicht als beinahe unverzichtbare Stellung und als Verbindungsweg für die Vietnamesen. Doch als sich die Bauern Kambodschas 1967 gegen die Regierung auflehnten, als Sihanouk die Linke aus den Städten entfernen ließ und damit ein Gefangener der Rechten wurde, und als sich die Vietnamesen auf die Tet-Offensive vorbereiteten (was Stützpunkte und Nachschub voraussetzte), zerbrachen die meisten Restbestände von internationaler proletarischer Solidarität zwischen KPK und VAP unter dem Druck von Sihanouks Antikommunismus einerseits und seiner Gegnerschaft gegen die USA und Thieu andererseits. Außer für einen kurzen Augenblick im Herbst 1967 waren die Beziehungen zwischen der KPK und der KPCh kaum besser als die Beziehungen zwischen KPK und VAP. Daß die Chinesen noch Beziehungen zur KPK pflegten, lag weniger an einer grundsätzlichen ideologischen Übereinstimmung als vielmehr an dem Antisowjetismus der KPK und später dann an der Tatsache, daß die KPK im Streit mit den Vietnamesen lag. Nach den »Verirrungen« der ultraradikalen Phase der Kulturrevolution im August/September 1967 wurde eine Unterstützung der KPK durch die Chinesen (wie früher schon) erschwert durch deren Unterstützung Sihanouks und durch die chinesischen Ratschläge hinsichtlich der Notwendigkeit, sich im Kampf gegen das Sihanouk-Regime zurückzuhalten.

Als daher die KPK im Januar 1968 ihren totalen Krieg gegen Sihanouk begann, stand sie allein da. Das blieb so bis zum März 1970, als sie begann, Waffen zu erbeuten und eine Armee und eine Anhängerschaft unter der kambodschanischen Bevölkerung aufzubauen. Jetzt überzeugte sie sich endgültig von der Notwendigkeit und dem möglichen Erfolg einer konsequenten Politik des »Sich-auf-die-eigenen-Kräfte-Verlassens«. Zur selben Zeit kam die KPK zu der Überzeugung, daß sie kaum eine andere Wahl hatte, als aus der Not der Unabhängigkeit und Isolation von allen anderen kommunistischen Parteien, insbesondere der VAP, eine Tugend zu machen, und daß eine solche Politik Erfolg haben könnte. Hatte man in den späten 50er Jahren nur Katastrophen, Verbitterung und Verluste gekannt, in den 60er Jahren Zwietracht, Mißtrauen und Schwäche, so war jetzt eine Periode des isolierten Trotzes ausgebrochen, des Selbstvertrauens und – wie die wachsende Stärke der KPK-Truppen bewies – der Erfolge.
Zur Zeit von Lon Nols Staatsstreich im März 1970 befanden sich daher die Beziehungen zwischen KPK und VAP auf einem Tiefpunkt. Allem Anschein nach waren sie von tiefem gegenseitigen Mißtrauen geprägt sowie von der Überzeugung, daß die jeweils andere Partei schon hinlänglich ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt habe, in anderen Kategorien als denen des eigenen Vorteils zu denken. Etwas genauer: die KPK war vermutlich überzeugt, daß die VAP die revolutionäre Situation in Kambodscha nicht begreifen konnte und daß ihre Außenpolitik, insbesondere ihre Politik gegenüber der KPK, weit stärker von den nationalen Interessen der Vietnamesen als den Erfordernissen der kambodschanischen Revolution bestimmt war. Dagegen ging die VAP wohl von der Annahme aus, daß sich die KPK als unfähig erwiesen hatte, die ganz realen Verbindungen zwischen den revolutionären Situationen in den drei Ländern Indochinas wahrzunehmen, und daß das Programm der KPK für eine Revolution in Kambodscha auf wenig mehr hinauslief als eine blinde Offensive gegen die Regierung Sihanouk, ohne die katastrophalen Konsequenzen zu bedenken, die dieses Programm nicht nur für die KPK selbst, sondern auch für die Kommunisten in Laos und die VAP haben müßte und damit für die Sache der Revolution in Südostasien insgesamt. Somit sprach 1970 kaum etwas dafür, daß die notwendige Zusammenarbeit in einem ganz Indochina einbeziehenden Krieg gegen die Vereinigten Staaten und ihre drei Mündelregierungen freundschaftliche Beziehungen zwischen der KPK und der VAP stiften würde. Und sicherlich gab es keine Chance, daß die Zusammenarbeit während des Krieges zwischen der KPK und der VAP eine ähnliche Beziehung würde herstellen können, wie sie historisch zwischen der VAP und den Kommunisten in Laos bestanden hatte und auch weiterbestehen sollte. Selbst wenn KPK und VAP auf einer Reihe wichtiger Gebiete zusammenarbeiteten, bedeutet das noch nicht, daß damit der wechselseitige

Argwohn und Zwist so einfach hätte beseitigt werden können. Dazu waren die Differenzen zu gravierend und hatten bereits zu lange existiert. Auch die chinesische Unterstützung des Kampfes der KPK gegen die Regierung Lon Nol nach 1970 konnte die Erinnerung an frühere Unstimmigkeiten und Interessenkonflikte nicht auslöschen. Dadurch kam es keineswegs zu einem festen Bündnis zwischen den kambodschanischen Revolutionären und ihren chinesischen Genossen. Natürlich hatten sowohl die Chinesen wie auch die Kambodschaner Interesse an einer Allianz, doch die Kambodschaner machten sich keine falschen Hoffnungen über die Chinesen; sie verfolgten ihre Beziehungen zu ihnen unter der Voraussetzung, daß sich Kambodscha letztlich nicht auf China verlassen könne, sondern nur auf sich selbst. Wenn das Bündnis zwischen China und Kambodscha das Ende des Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Vietnam besser überlebt hat als das Bündnis zwischen Vietnam und Kambodscha, so liegt das an Umständen, die nach und nicht vor diesem Krieg entstanden sind.

Aus dem Amerikanischen von Phillip de Selby

Noam Chomsky / Edward S. Herman
Indochina und die imperiale Ideologie

Die heftigen Angriffe der USA auf Indochina verwüsteten ganze Landstriche und schufen fast unüberwindliche Probleme. Das Agrarsystem dieser bäuerlichen Gesellschaften wurde schwer beschädigt oder zerstört. Ein Großteil der Bevölkerung wurde in städtische Elendsviertel gedrängt, teils als bewußter Versuch, die Basis der revolutionären Bewegung zu zerstören, teils als unausweichliche Folge davon, daß eine hochentwickelte Militärtechnologie auf eine wehrlose Landbevölkerung angesetzt wurde. Angesichts der ruinierten Ökonomie, des Endes der ausländischen Hilfe, die einen Großteil der Bevölkerung am Leben erhalten hatte, und der Tatsache, daß die künstlich aufgepfropften kolonialen Einrichtungen nicht länger funktionierten, war es eine reine Überlebensfrage, die Bevölkerung in die produktive Arbeit zu führen bzw. zurückzuführen. Die Sieger in Kambodscha griffen zu drastischen, oft brutalen Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen; sie zwangen die Stadtbevölkerung, aufs Land zu ziehen, wo sie heute, in einem dezentralisierten Kommunesystem organisiert, das Leben armer Bauern führen müssen. War der Preis auch hoch, so schienen 1978 diese Maßnahmen doch dazu geführt zu haben, die grausamen und zerstörerischen Folgen des amerikanischen Kriegs zu überwinden.

Vietnam dagegen machte zunächst einige spärliche Mittel frei, um den künstlich hochgetriebenen Lebensstandard der privilegierten Schichten Saigons zu erhalten, förderte jedoch gleichzeitig die Umsiedlung in die »neuen ökonomischen Zonen«, in denen man produktive Arbeit leisten konnte. »Fast drei Jahre lang blieb das kapitalistische Herz Südvietnams von den neuen kommunistischen Herren des Landes weitgehend unberührt«[1], d. h. bestand ein abhängiger, unproduktiver Wirtschaftssektor, den das Land kaum lange dulden konnte. Im März 1978 wurden denn auch in Saigon die Privatgeschäfte geschlossen und Maßnahmen gegen das Horten von Bargeld ergriffen: »Überzeugt davon, daß sie in den ›Neuen ökonomischen Zonen‹ ein hartes Landarbeiterleben erwartet, haben tausende chinesischstämmige Bewohner von Cho Lon das Land fluchtartig in kleinen Fischerbooten verlassen . . .«[2] Beschleunigt wurde dieser Auswanderungsprozeß durch den sich zuspitzenden Konflikt zwischen Vietnam und China und durch die Flutkatastrophen vom Herbst 1978, die im ganzen Gebiet verheerende

Folgen hatten und außer in Kambodscha, das die Katastrophe offenbar erfolgreich bekämpfen konnte, zu einer ernsten Lebensmittelknappheit führten. In gewisser Weise kann man den Flüchtlingsstrom aus Vietnam ab 1978 mit den Zwangsumsiedlungen der städtischen Bevölkerung in Kambodscha im Jahr 1975 vergleichen. Inzwischen waren offenbar in Laos Versuche, Bauern in ihren durch die USA zerstörten Heimatorten wieder anzusiedeln, recht erfolgreich gewesen, und auch dort kam es zu einer Auswanderung der privilegierteren Städter nach Thailand sowie zu einer wesentlich umfangreicheren Flucht von eingeborenen Gebirgsbewohnern, die von der CIA zu Kämpfern gegen die heute regierende laotische Revolutionsmacht organisiert worden waren.

Der Westen hat die Prüfungen und das Leid Indochinas immer wieder den Übeln des Kommunismus zugeschrieben, ohne jedoch alternative, humanere Lösungsvorschläge für Schwierigkeiten zu machen, denen der Westen in dieser Form nie ausgesetzt war. Oder, um eine noch bezeichnendere Unterlassungssünde zu nennen: Während der Westen scheinheilig bedauert, daß die Völker Indochinas ihre Probleme nicht zu lösen und jene Leiden nicht zu überwinden vermögen, die zum großen Teil das Ergebnis westlicher Einmischungen sind, fühlt er sich in keiner Weise verpflichtet, irgendwelche Hilfe anzubieten, sei es aus der so unablässig gepredigten Humanität heraus oder als Wiedergutmachung. Nur gelegentlich wird diese Unterlassung zugegeben. So beklagt der Herausgeber der *Far Eastern Economic Review* zwar die »zynische Politik«, mit der im kommunistischen Vietnam eine »verhaßte« Gesellschaftsordnung geschaffen wurde, fügt aber hinzu:

»Wenn man die Schuld weiter zurückverfolgt, so sind Vietnams Wendung zum doktrinären Sozialismus und seine Wirtschaftskrise (und damit seine gegenwärtige Moskau-Abhängigkeit) jenen Ländern anzulasten, die jegliche Hilfe verweigert und auch sonst in keiner Weise ermutigend auf die immer verzweifelteren Hilferufe der heute besiegten Gemäßigten reagiert haben.«[3]

Er nennt diese Länder nicht ausdrücklich, aber an erster Stelle stehen die USA, die nicht nur Hilfe verweigerten und andere Hilfsquellen zu blockieren suchten, sondern sogar normale Handelsbeziehungen ablehnten und alle Bemühungen Vietnams um Normalisierung zurückwiesen.

Die Formulierungsweise des Autors ist von jener für westliche Journalisten und Fachgelehrte typischen Naivität. Er fragt sich nämlich nicht, welche politischen Motive dieser Verweigerung von Hilfe und Unterstützung zugrundeliegen. Dabei war es schon immer ein typisches Merkmal amerikanischer Politik, für die Versuche ihrer Opfer, eine lebensfähige Gesellschaft aufzubauen, möglichst schwierige Bedingungen zu schaffen und ihnen dann selbst die Schuld für ihre Schwierigkeiten in die Schuhe zu schieben; auch wenn diese Schwierigkeiten ganz unmittelbare Folgen imperialistischer

Gewaltanwendung waren. Mit diesem Schicksal müssen Länder im Einflußbereich der USA rechnen, wenn sie mit Erfolg aus der »Freien Welt« ausscheren und versuchen, ihre Ressourcen für eigene Zwecke zu nutzen, statt sich dem Abhängigkeitsmuster einzufügen, das die Privilegierten in den Industriegesellschaften so schätzen. Die Politik der aufgezwungenen Schwierigkeiten wurde im Fall Chinas und Kubas angewandt und wird heute zur Bestrafung Indochinas erneut praktiziert. So abstoßend sie ist, diese Politik scheint den Führern der Freien Welt durchaus vernünftig vorzukommen.

Man muß unwillkürlich an zwei interessante Gegenbeispiele denken. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten Deutschland und Japan beträchtliche Hilfsmittel, obwohl sie keineswegs Opfer nicht provozierter Angriffe, sondern selbst Aggressoren gewesen waren und viele ihrer Anführer für dieses Verbrechen verurteilt und hingerichtet wurden. Aber sie waren eben unter amerikanischer Kontrolle. Die Hilfsmittel flossen, weil sie sich in die Freie Welt wiedereingliederten und bereit waren, US-Interessen wahrzunehmen. Ein weiterer Kontrastfall zu Indochina wären etwa Indonesien oder Paraguay. Diese und andere Länder im amerikanischen Einflußbereich zählen zu den schlimmsten Verletzern der Menschenrechte, doch obwohl Menschenrechte »die Seele unserer Außenpolitik«[4] sind, haben die USA diese Staaten nicht nur anerkannt, treiben sie nicht nur eifrig Handel mit ihnen, sondern gewähren ihnen sogar Hilfsmittel und finanzielle Sonderprivilegien. Dort werden nur die eigenen Bürger oder die Opfer der einheimischen Machtpolitik gequält, während man die Rechte und Privilegien finanzkräftiger ausländischer Interessen sorgsam schützt. Diese Länder genießen den Vorrang, den ihnen das »Eigentumsrecht« verschafft, und nur dies hat *wirklich* Bedeutung bei der Bestimmung der vorgeblichen »Menschenrechte«. Der Kontrast zur Indochinapolitik der USA könnte kaum drastischer sein.

Die Freie Presse erfüllte ihre erste Pflicht dem Staat gegenüber dadurch, daß sie den Blick des Westens vom Gemetzel des Kriegs ablenkte und die amerikanische Verantwortung herunterspielte. Wie schon erwähnt, wurden alle Probleme dem Übel des Kommunismus zugeschrieben. Das propagandistische Sperrfeuer war nicht bloß äußerst selektiv, es enthielt auch eine Menge Fälschungen. Im großen und ganzen war die Leistung der Freien Presse für die Wiederherstellung einer schwer angeschlagenen Imperialismusideologie außerordentlich befriedigend. Einzige zu beklagende Opfer waren Wahrheit, Anstand und die Aussichten für eine humanere Welt.

Sämtliche Länder Indochinas sind endlosen Anklagen im Westen ausgesetzt, was ihre »abscheulichen« Eigenschaften betrifft und ihr nicht zu verantwortendes Unvermögen, humanere Problemlösungen zu finden. Aber Hauptobjekt der Schmähungen war Kambodscha. Es wurde geradezu

eine Art Dogma im Westen, das kambodschanische Regime als das fleischgewordene Böse schlechthin zu sehen, ohne jeden versöhnlichen Zug, und davon auszugehen, daß die Handvoll dämonischer Gestalten, die irgendwie das Land an sich gebracht hatten, systematisch die Bevölkerung hinmetzelten und aushungerten. Wie die »Neun Männer im Zentrum« das fertigbringen sollten und wieso sie den sonderbaren Weg des »Völkerselbstmords« wählten, blieben offene, selten gründlich untersuchte Fragen. Anzeichen dafür, daß es Volksschichten – etwa die ärmeren Bauern – gab, die das Regime unterstützten, wurden nicht zur Kenntnis genommen oder empört und verächtlich geleugnet. Die Berichte, daß Kommunebauern angeblich neun Stunden und mehr arbeiteten, wurden mit Empörung und Entsetzen kommentiert von Leuten, die andererseits keinerlei Skrupel haben, sich mit den wesentlich härteren, oft der Sklaverei nahekommenden Arbeitsbedingungen abzufinden, die im Einflußbereich der USA herrschen, denkt man etwa an Bewohner der iranischen Elendsviertel oder lateinamerikanische Indios. Gleichzeitig griff man begierig nach jedem noch so kleinen Anzeichen (und bauschte es gewöhnlich auf), das zu dem Wunschbild beitrug, ganz gleich, wie unzuverlässig die entsprechende Quelle war. Die sonst üblichen sorgfältigen Recherchen und überhaupt jeder Versuch, die Wahrheit herauszufinden, galten als schweres moralisches Versagen. Im übrigen gab es eine wahre Flut erdichteter Meldungen.

Kaum jemand versuchte, ernsthaft zu bestimmen oder zu verstehen, was in der Zeit, über die wir hier sprechen, wirklich in Kambodscha geschah; zwar versuchten einzelne ernstzunehmende, mit Kambodscha befaßte Wissenschaftler, eine gewisse Portion Nüchternheit und Verständnis in die Diskussion zu tragen, aber vergeblich. Einige warnten auch vor den Folgen der im Westen geschürten Hysterie. Charles Meyer, ein konservativer französischer Kambodschaspezialist, der jahrelang Prinz Sihanouk nahegestanden hatte, meinte warnend, die Anwürfe gegen das kambodschanische Regime könnten »zu einem Vorwand für eine vietnamesische Invasion mit dem vorgeblichen Ziel der Befreiung des Khmervolks werden«. Er empfahl dringend eine rationalere Haltung, d. h. den Versuch, die vorhandenen Fakten richtig einzuschätzen und das historische und kulturelle Umfeld zu berücksichtigen. Sein Rat und seine Warnung wurden ignoriert. Ohne jede Frage haben alle, die die Warnungen Meyers und anderer mißachteten und lieber in die von den Fakten gänzlich unberührte Hysterie einstimmten, mit zu jenen Konsequenzen beigetragen, die Meyer fürchtete.

Manche wohlinformierten Beobachter messen diesem Umstand erhebliches Gewicht bei. So vertritt Nayan Chanda in seiner Analyse der Hintergründe der vietnamesischen Invasion den Standpunkt, unter den vielen Faktoren, die eine Rolle spielten, könne der ausschlaggebende der gewesen sein, daß »Hanoi der Ansicht war, politisch gesehen müsse es in dieser Trockenzeit

sein oder nie«, da das »internationale Image« Kambodschas sich langsam zu verändern begann: »Einige Beobachter sind der Überzeugung, daß das Regime in Kambodscha, hätte man ihm nur ein Jahr Zeit gelassen, sein Ansehen im In- und Ausland dermaßen gefestigt gehabt hätte, daß ein vietnamesischer Vorstoß schwierig, wenn nicht gar unmöglich gewesen wäre.«[5] Solange sich Vietnam dagegen auf das Bild stützen konnte, das man sich bis Ende 1978 international gemacht hatte, konnte es sicher sein, von ernsthafter Kritik verschont zu bleiben. Der Londoner *Economist* meinte denn auch: »Falls Vietnam davon ausging, daß die Kritik an einer Invasion wegen der nahezu weltweiten Verurteilung des Regimes in Kambodscha gedämpft sein würde, so war diese Annahme richtig.« Anschließend deutete der *Economist* an, er teile diese Einstellung.[6] Ob die Bauern Kambodschas sie ebenfalls teilten, ist eine Frage, die den Westen herzlich wenig interessierte. Als Phnom Penh zu fallen drohte, wurde Sihanouk von dem Pol Pot-Regime delegiert, die kambodschanische Sache vor den Vereinten Nationen zu vertreten. Sihanouk war vom Regime unter Hausarrest gehalten worden und hatte sicherlich nicht besonders viel übrig für die Führung. Sie für ihn ebensowenig, wenn man sich an die lange Zeit erbitterter Kämpfe erinnert, die dem Lon Nol-Staatsstreich von 1970 vorausgingen, als Sihanouks Regierung die Pol Pot-Truppen erbittert bekämpfte und zugleich die Bauernaufstände mit Gewalt und Brutalität niederschlug. Dennoch erklärte sich Sihanouk loyal gegenüber dieser Regierung und verurteilte das von Vietnam aufgezwungene Regime als bloße Marionettenregierung:

»Ich war an der [Pol Pot-]Regierung nicht beteiligt. Ich war drei Jahre lang buchstäblich ihr Gefangener, und nun muß ich hierherkommen und sie vertreten. Ich bin Patriot. Sie sind auch Patrioten . . . Sie sind mutige Kämpfer – ich will nicht behaupten für die Freiheit, aber für die nationale Unabhängigkeit.«[7]

Als er unter Hausarrest stand, hatte Sihanouk wenig Gelegenheit, die Ereignisse im Land zu verfolgen. Seine Reaktion ist dennoch von einigem Interesse. Er malte ein zweiseitiges Bild: auf der einen Seite Unterdrückung, Bevormundung und Terror; auf der andern Aufbauleistungen für einen Großteil der Bevölkerung. Zu diesem letzten Punkt teilte er in Peking der Presse mit:

»Daß Pol Pot die arbeitende Bevölkerung organisierte, war gut. Der Fortschritt in der Landwirtschaft war ungeheuer, in der Industrie war er beachtlich . . . Ich mache keine Propaganda für Pol Pot, er ist nicht mein Freund. Aber ich möchte nicht ungerechtfertigt kritisieren«.[8]

Sihanouk berichtete, daß er fünf- oder sechsmal zu Rundfahrten aufs Land mitgenommen worden sei:

Das Volk »arbeitet sehr hart, aber es ist nicht unglücklich. Im Gegenteil: es lächelt. Und es singt, revolutionäre Lieder natürlich, keine Liebeslieder. Ich ziehe Liebeslieder vor. Ich war

Jazzsänger, ich habe viele Liebeslieder komponiert, aber die revolutionären Lieder sind nicht schlecht. Und die Kinder – sie spielen. Sie hatten kein Spielzeug, aber sie konnten rennen, sie konnten lachen. Sie konnten Bananen essen, die es in den Kommunegärten gab, und das Kommuneessen war nicht schlecht, natürlich nicht so gut wie mein Essen in Phnom Penh, aber gut . . . Sie sind nicht fett wie ich, aber sie sind auch nicht dürr.«[9]
»Angenommen es gäbe ein Terrorregime. Wie könnten sie da lachen? Wie könnten sie singen? Wie könnten sie so lustig sein? . . . Sie sehen nicht aus, als ob sie terrorisiert würden. Hätte die Regierung sie zum Lächeln gezwungen, würden wir sofort merken, daß [das] Lächeln unnatürlich ist, aber ich kenne mein Volk gut, das Lächeln ist ganz natürlich.«[10]

Als er vor den Vereinten Nationen sprach, beschrieb Sihanouk das Demokratische Kampuchea als eine Nation »mitten im ökonomischen Aufschwung; mit riesigen Reisfeldern, die immer wunderbarer werden und voll bewässert sind; mit unzähligen Feldern, wo Obstbäume, Mais, Zuckerrohr, alle Arten Gemüse und andere Erzeugnisse in großer Fülle wachsen . . .« Gewisse rhetorische Übertreibungen, die dadurch zu erklären sind, daß er versuchte, eine Front gegen den vietnamesischen Expansionismus aufzubauen, müssen mit Vorsicht behandelt werden; auch sollte man bedenken, wie beschränkt seine Informationen waren. Es bleibt jedoch beachtlich, daß Sihanouk ein positives Bild von den Errungenschaften eines Regimes gab, das er verachtete. Er hätte ja auch versuchen können, nachdem er China verlassen hatte, Kontakt zu jener Gruppe von Kambodschanern aufzunehmen, die durch die vietnamesische Armee in Phnom Penh an die Macht gekommen war; oder er hätte sich ganz einfach aus dem ganzen Konflikt raushalten können.
Sihanouk ergänzte seine positive Beurteilung durch kritische Anmerkungen. In Peking relativierte er seine früheren Bemerkungen und fügte hinzu, daß er, als er das Regime gelobt habe, lediglich von »Grundrechten« gesprochen habe: »Wir sind keine Tiere, ähnlich den Ochsen oder Büffeln, die auf den Feldern arbeiten und Reis anbauen. Ja, wir bauen auch Reis an, aber wir sind nicht bloß Tiere.«[11] Er protestierte auch gegen die Einschränkung der freien Religionsausübung und »des Rechts, völlig frei zu reisen, nicht an Kommunen gebunden zu sein, in den Ferien nach Frankreich gehen zu können, frei herumzuziehen . . . und des Rechts, zu lieben und geliebt zu werden, des Rechts, seine Frau selbst zu wählen und mit Frau und Kindern zusammenzusein, nicht getrennt leben zu müssen.«[12] Vor den Vereinten Nationen ging er auch auf das »Thema der Verletzung der Menschenrechte durch Pol Pot« ein; er beschrieb seine eigenen Leiden während der Gefangenschaft trotz der ihm eingeräumten Sonderrechte und wie er zu seinen Kindern und Enkeln den Kontakt verlor, über deren Schicksal ihm nichts bekannt sei.[13] Die Kinder, die Sihanouk von seiner jetzigen Frau hat, durften bei ihm bleiben, »aber seine beiden Töchter aus einer früheren Ehe, die verheiratet waren, mußten ihre Ehemänner aufs Land begleiten«. »Er konnte sie nicht vor der Einberufung von Arbeitskräf-

ten auf die Landkommunen bewahren.«[14] Das heißt, sie wurden Bäuerinnen, wie buchstäblich alle anderen in Kambodscha. Sihanouk berichtete auch, daß er über BBC und »Stimme Amerikas« Berichte von schrecklichen Greueltaten gehört habe, konnte diese Angaben aber natürlich nicht bestätigen und sagte, er hoffe, daß sie nicht stimmten.

Wie beschränkt zuverlässig Sihanouks Angaben auch sein mögen, das heute verfügbare Informationsmaterial – und das ist weder viel noch ist es im allgemeinen allzu zuverlässig – weist darauf hin, daß sein zweiseitiges Bild durchaus zutreffen könnte. Die positive Seite seines Bildes wurde aus den westlichen Medien buchstäblich herauszensiert, zumindest bis zum Besuch zweier amerikanischer Journalisten im Dezember 1978. Dagegen wurde die negative Seite, die Sihanouk ja weitgehend dem ausländischen Rundfunk entnommen hatte, einem Massenpublikum eingetrichtert, und zwar mit einer Intensität, wie man das sonst nur von Kriegspropaganda kennt. Es ist durchaus möglich, daß beide Seiten seiner Beschreibung zutreffen, zumindest in Teilen. Was die negative Seite betrifft, so stimmt ohne Frage, daß auf den Krieg der Ausbruch von Gewalttätigkeiten, Massengemetzeln und Unterdrückung folgte; auch scheint es während der ganzen hier besprochenen Zeitspanne immer wieder zu blutigen Säuberungen gekommen zu sein. Unbestritten ist ebenfalls, daß die gesamte Bevölkerung gezwungen wurde, das Leben der ärmeren Bauern zu teilen. Die erste dieser Kriegsnachwirkungen wird jeder für Greuel halten, obwohl, wie wir sehen werden, nach wie vor Unsicherheit herrscht über ihre Art, ihren Umfang und die dafür Verantwortlichen. Die zweite ist vor allem aus westlicher Sicht ein Greuel; vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, ob die Bauern es auch für grausam halten, wenn andere so leben müssen wie sie, und, ob ihnen der Urlaub in Frankreich wirklich so sehr abgeht.

In diesem Zusammenhang muß man betonen, daß der Westen zwar darüber entsetzt ist, daß Städter ein bäuerliches Leben führen sollen, daß man aber die bäuerlichen Lebensbedingungen selbst nicht für grausam hält. Man nimmt sie eher als etwas Normales hin. Es gilt zum Beispiel nicht als fortgesetzte Grausamkeit, daß »Unterernährung in Gebieten wie Südasien ein ›chronischer Zustand‹ ist, der sich ›nach Ansicht Vieler zu verschlimmern scheint‹, ein Zustand, durch den Leben millionenfach verkümmert, weil er die körperliche und geistige Entwicklung behindert und indirekt für Millionen Tote verantwortlich ist.«[15] Immer wieder konzentrieren sich Zorn und Wut des Westens auf Indochina und das dort andauernde Elend, aber so gut wie nie hören wir von Verurteilungen des benachbarten Thailand, eines potentiell reichen Landes, das weder Kolonialismus noch Krieg ertragen mußte. Tatsächlich hat »Thailands Wirtschaft über ein Jahrzehnt lang einen künstlichen Aufschwung erlebt, der vor allem auf amerikanische Militärausgaben zurückging, die während der 60er Jahre die

Hälfte des Wachstums des Bruttosozialprodukts erklären«.[16] Ein vertraulicher Bericht der Weltbank enthält eine »himmelschreiende Anklage« gegen die Politik der regierenden Elite, die dafür verantwortlich ist, daß 9 Millionen Menschen – die Hälfte der Bevölkerung – in »vollständige Armut« gestürzt wurden und daß »die Realeinkommen besonders im Norden und im Nordosten stagnieren oder zurückgehen«. Der Bericht »zerstört die letzten Reste des offiziellen Optimismus« hinsichtlich der Lage in den ländlichen Gebieten; die Bauern dort sind dermaßen arm, daß sie am Rand des Verhungerns dahinleben, und die Einkünfte der ungelernten Arbeiter, einer durch die zunehmende Kommerzialisierung der thailändischen Landwirtschaft rasch anwachsenden Gruppe, »sind so niedrig wie die der am Rande des Existenzminimus dahinvegetierenden Reisbauern im Nordosten«. Als weiteren »Preis der ›Modernisierung‹ gab es 1973 400 000 Drogenabhängige, 300 000 Prostituierte und 55 000 Kinder unter fünf Jahren, die an Unterernährung starben«. Die Studie der Weltbank analysiert auch die Sozialstruktur und die Machtverhältnisse, die unweigerlich zu derartigen Konsequenzen führen.[17]

Verhältnisse wie diese, die heute in weiten Teilen der Dritten Welt herrschen, sind unmittelbares Ergebnis einer jahrzehntelangen amerikanischen Einmischung. Ein wichtiger Trick westlicher Selbstrechtfertigungs-Ideologen besteht darin, diese Ergebnisse als unerklärliche Naturereignisse und nicht als Grausamkeiten darzustellen. So wird denn auch die Thai-Elite nicht dafür kritisiert, daß sie eine solche Situation herbeigeführt hat und sie mit Gewalt aufrechtzuerhalten versucht. Und auch die Vereinigten Staaten haben keinerlei internationale Sanktionen zu befürchten, obwohl sie unmittelbar für die sich verschlechternden Lebensbedingungen von Millionen Bauern verantwortlich sind, die in diesem relativ begünstigten Land zu leiden haben.

Es ist kaum zu erwarten, daß die Bauern in Südostasien oder anderswo sich von den spitzfindigen Argumenten westlicher Moralisten besonders beeindrucken lassen. Viel eher kann man sich vorstellen, daß ihnen die positive Seite der von Sihanouk geschilderten Entwicklung in Kambodscha Eindruck machen würde, wenn sie davon wüßten.

Der Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha, der 1979 in ein neues Stadium eintrat, geht auf historische Feindseligkeiten zurück, die durch die imperialistische Politik weiter zugespitzt wurden. Obwohl es während des Kriegs gegen die französische und später die amerikanische Aggression Zeiten der Zusammenarbeit gab, waren die Beziehungen zwischen den vietnamesischen Kommunisten und den kambodschanischen Revolutionären stets gespannt, oft feindlich.[18] Nach 1975 wurde der Grenzkonflikt zum Brennpunkt dieser Feindseligkeiten, obwohl die Meinungsverschiedenheiten weit tiefer reichen. Heder betont:

»Hinter dem gegenwärtigen Konflikt zwischen Kambodscha und Vietnam sowie ihren regierenden kommunistischen Parteien liegen Differenzen so grundsätzlicher Art, daß jede der beiden Revolutionen wie ein stillschweigender Vorwurf gegen die andere dasteht.«
Die Grenzfrage sei »zugleich Neben- und Hauptsache des Konflikts. Nebensache, weil sie nur ein Symptom für weiterreichende Meinungsverschiedenheiten ist und weil es dabei nur um ein relativ kleines Gebiet geht, sieht man einmal von den propagandistischen Ansprüchen ab, die beide Seiten gelegentlich stellen. Hauptsache ist sie insofern, als sie für die Kampucheaner die Funktion eines Barometers hat. Die Regierung mißt an ihr die Stimmung der Vietnamesen, die Bevölkerung die nationalistische Glaubwürdigkeit des Regimes.«
Aus der Sicht Kambodschas löst der Grenzkonflikt »tiefe Ängste vor rassischer und nationaler Ausrottung aus ... Es ist durchaus möglich, daß die Kampucheaner die ersten Schüsse abgegeben haben, und trotzdem stellen sie ihr Verhalten als eine Reaktion auf die durch die lange Besetzung des kampucheanischen Landes de facto vorhandene vietnamesische Aggression dar.«[19]

Für die Vietnamesen ihrerseits bedeuteten die kambodschanischen Einfälle seit 1975 eine empfindliche Störung; sie brachten Zerstörung und Tod, mitunter auch Massaker unter der Zivilbevölkerung mit sich und behinderten ökonomische Entwicklungsprojekte. Wesentlich ernster wurde das Problem, als der schwelende Konflikt mit China, der vor Jahren noch so leicht unter Kontrolle zu halten gewesen war, beträchtliche Ausmaße anzunehmen begann. Dieser Konflikt zwang die Vietnamesen, sich näher an die Sowjetunion anzuschließen, zumal die USA andere Alternativen blokkierten (wie oben beschrieben), während sich Kambodscha an China orientierte. Der regionale Konflikt verschärfte sich in dem Maße, wie er internationale Dimensionen annahm.[20] Die amerikanisch-chinesischen Vereinbarungen mußten dazu beitragen, daß die Besorgnis Vietnams über den ungelösten, oft blutigen Grenzkonflikt wuchs. Zweifellos spielten auch ideologische Differenzen eine Rolle ebenso wie der sehr unterschiedliche Charakter und Verlauf der sozialen Revolution in beiden Ländern. Eine begrenzte vietnamesische Invasion konnte im Dezember 1977 zurückgeschlagen werden. Die großangelegte Invasion vom Dezember 1978 dagegen war erfolgreich, die Straßen und Städte Kambodschas wurden besetzt, und in Phnom Penh wurde eine pro-vietnamesische Regierung eingesetzt. Wie es weiter geht, kann man jetzt noch nicht sagen.
Die Invasion von 1978/79 begann wie vorhergesagt mit der Trockenzeit im Dezember. Am 2. Dezember berichteten amerikanische Regierungsquellen: »Eine breit angelegte Trockenzeit-Offensive vietnamesischer Truppen hat eine kambodschanische Armee-Division total aufgerieben; für die Phnom-Penh-Regierung ist das der schwerste Rückschlag in dem seit achtzehn Monaten schwelenden Konflikt.«[21] Am selben Tag wurde in Hanoi zur Bildung einer »befreiten Zone« aufgerufen, und zwar im Namen der FUNKSN (Nationale Einheitsfront Kampucheas für nationale Rettung), eine Vereinigung kambodschanischer Flüchtlinge, die von den Vietnamesen organisiert und ausgebildet wurden.[22] Kurz darauf verkündete der kambod-

schanische Premier Pol Pot eine Politik des »verlängerten Krieges« angesichts der militärischen Überlegenheit Vietnams.[23] Am 25. Dezember folgte eine Totalinvasion; westlichen Quellen zufolge wurde fast die Hälfte der kambodschanischen 30 000-Mann-Armee eingekesselt und dann »vermutlich dezimiert, durch konzentriertes Artilleriefeuer und Bombardement«.[24] Eine 100 000 Mann starke vietnamesische Armee, verstärkt durch 15 000 bis 20 000 Mann FUNKSN-Truppen, ausgerüstet mit Flugzeugen, Panzern und anderen modernen Waffen, nahm in ganz Kambodscha ein militärisches Ziel nach dem anderen, während die kambodschanischen Streitkräfte sich in den Dschungel zurückzogen, wo man bereits Monate zuvor unter chinesischer Anleitung mit den Vorbereitungen »für einen lang hinhaltenden Guerrilla-Widerstand«[25] begonnen hatte.

Glaubwürdige Informationen sind derart knapp, daß man die Chancen eines solchen Guerrilla-Widerstands kaum einzuschätzen vermag. Zum Zeitpunkt, da dies geschrieben wird (Anfang Februar 1979), berichten westliche Beobachter von beachtlichen Erfolgen der Guerrillas in weiten Teilen des Landes; während die vietnamesischen Truppen die Städte und Straßen kontrollieren, können sich die Pol Pot-Streitkräfte in großen Teilen der ländlichen Regionen frei bewegen.[26] Offensichtlich glauben die Vietnamesen nicht daran, daß das von ihnen eingesetzte Regime in Phnom Penh die Lage unter Kontrolle halten kann. Sie haben jedenfalls keinerlei Truppen abgezogen, sondern sie eher noch verstärkt.

Nach der in der Sowjetunion und im Westen offiziell anerkannten Version müßte das kambodschanische Volk die FUNKSN eigentlich als Befreier begrüßt und mit ihnen gegen die Handvoll Unterdrücker gekämpft haben, die es ja bekanntlich systematischen Massakern und dem geplanten Hungertod ausgesetzt hatten. Erwiesenermaßen geschah aber nichts dergleichen. Als mehr als einen lahmen Versuch, dieser Probleme Herr zu werden, kann man Kommentare wie: obwohl die kambodschanische Armee heftig kämpfe, leisteten die Bauern auf dem Lande den vordringenden Vietnamesen und Rebellentruppen keinen Widerstand, wohl kaum bezeichnen. Das soll wohl andeuten, daß die Bauern das Pol Pot-Regime nicht unterstützt haben. Vielleicht stimmt es ja, aber das ist doch noch lange kein Beweis; es sei denn, dieselben Kommentatoren wären zu der Schlußfolgerung bereit, die französischen Bauern hätten 1940 nicht hinter ihrer Regierung gestanden – ganz abgesehen davon, daß Deutschland Frankreich nicht im Verhältnis sieben zu eins überlegen war (oder zehn zu eins, wenn man den Berichten über systematische Massaker Glauben schenkt, die im Ostblock und im Westen kursieren), und daß Frankreich, was die Bewaffnung betrifft, nicht dermaßen unterlegen war. Wie die Bauern es eigentlich genau anstellen sollen, bewaffneten Kolonnen »Widerstand zu leisten«, bleibt ebenfalls ein Geheimnis.

Einige Kommentatoren, die offensichtlich tief beunruhigt darüber waren, daß sich die Bevölkerung weder gegen ihre völkermörderischen Führer aufgelehnt hatte noch das neue kambodschanische Regime unterstützte, das sie doch von ihren Qualen befreit hatte, suchten nach anderen Erklärungen. Henry Kamm, einer der Hauptvertreter der »Völkerselbstmord«-Theorie, schreibt: »Es wird angenommen, daß die Furcht vor Vergeltung einer zunehmenden, vom ganzen Volk getragenen Unterstützung der Vietnamesen und der neuen kambodschanischen Regierung von Präsident Heng Samrin in Phnom Penh im Wege steht«, eine Tatsache, die Vietnam womöglich zwingen wird, »große Truppenverbände zur Unterstützung der Heng Samrin-Regierung abzustellen.«[27] Wie die »Neun Männer im Zentrum« eine derartige Vergeltung bewerkstelligen sollen, wenn man davon ausgeht, daß die Bevölkerung, die ihren mörderischen Plänen ausgesetzt ist, sie nahezu einhellig ablehnt, erklärt Kamm nicht. Der historische Präzedenzfall sieht ja auch tatsächlich so aus, daß sich eroberte Völker meist schnell und ohne große Schwierigkeiten an feindliche Fremdherrschaft oder aufgezwungene Quislinge gewöhnen, wie in Frankreich während des Zweiten Weltkriegs. Wenn an der Interpretation der jüngsten Geschichte, die Kamm und seine Kollegen von der Freien Presse vorbringen, auch nur das geringste dran wäre, hätte man doch eine begeisterte Begrüßung Heng Samrins durch die gesamte Bevölkerung erwarten dürfen. Die zur Verfügung stehenden spärlichen Informationen ergeben ein ganz anderes Bild.
Der kambodschanische Widerstand gegen die vietnamesische Invasion vom Dezember und Januar verleiht dem von Sihanouk gegebenen Doppelporträt einige Glaubwürdigkeit. Die vietnamesische Invasion kann wohl erklärt, nicht aber gerechtfertigt werden. Welche weiteren Folgen sie haben wird, kann man nur vermuten. Vielleicht gelingt es ihr, ein befreundetes Regime, das von der Bevölkerung akzeptiert wird, an der Macht zu halten; vielleicht führt sie auch zur völligen Auslöschung der Khmer-Nation; oder aber sie bereitet den Boden für einen langen und blutigen Krieg, der unendliches Leid über die geprüften Völker Indochinas brächte und darüber hinausreichende ernste Folgen hätte.
Die Debatte vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war ein deprimierendes Schauspiel. Die *New York Times* sprach von einer »ungewöhnlichen Atmosphäre der Heiterkeit« und zitierte einen Diplomaten, dem »der Esprit und die Zurückhaltung« gefallen hatten und der meinte, daß »die Welt vielleicht ein bißchen erwachsener geworden ist seit jenen Tagen«, als eine Atmosphäre »düsterer Spannung« herrschte. Um das »Ungewöhnliche« richtig würdigen zu können, sollte man sich vor Augen führen, daß die in Heiterkeit versammelten Delegierten im übrigen Sihanouks Einschätzung zustimmten, die vietnamesische Invasion sei mit der Invasion Frankreichs durch die Nazis vergleichbar.

Die Frage ist offen, ob der Konsolidierungsprozeß der Nationalstaaten in Indochina nur um den Preis eines vergleichbaren Maßes an Barbarismus und Gewalttätigkeit voranschreiten kann wie derselbe Prozeß während der vergangenen Jahrhunderte in Europa und den Vereinigten Staaten. Solange der Westen jedoch weiterhin eine so entscheidende und ungebrochene Rolle als Verursacher von Not und Elend in Indochina spielt, ist die kaum verhohlene Befriedigung über das anhaltende Unglück jedenfalls ebenso verachtenswert wie die tiefe Unaufrichtigkeit typischer westlicher Stellungnahmen.

Aus dem Amerikanischen von Ursula Richter

Anmerkungen

1 Peter Weintraub, »The exodus and the agony«, in: *Far Eastern Economic Review*, 22. Dez. 1978.
2 ebda.
3 Redaktioneller Kommentar (Editor's Comment), »Refugees, blackmail and a remedy«, in: *Far Eastern Economic Review*, 5. Jan. 1979.
4 Edward Walsh, »Carter Asserts Human Rights Is ›Soul of Our Foreign Policy‹«, in: *Washington Post*, 7. Dez. 1978. Carter erklärte wörtlich: »So lange ich Präsident bin, wird die Regierung der Vereinigten Staaten fortfahren, überall in der Welt die Menschenrechte zu erweitern. Keine Macht der Erde kann uns von dieser Verpflichtung entbinden«, einer Verpflichtung, die »die Seele unserer Außenpolitik« ist. Vermutlich handelte es sich bei der Instanz, die uns im Iran, in Indonesien, den Philippinen und anderswo von dieser Verpflichtung entband, um eine außerirdische Macht.
5 Nayan Chanda. »Cambodia: Fifteen days that shook Asia«, in: *Far Eastern Economic Review*, 19. Jan. 1979.
6 »Ho's will is done«, in: *Economist*, 13. Jan. 1979.
7 Jay Mathews. »Sihanouk to Aid Ousted Rulers«, in: *Washington Post*, 9. Jan. 1979, Bericht aus Peking.
8 John Fraser, in: Toronto Globe and Mail, Bericht aus Peking. Nachdruck in: *Christiane Science Monitor*, 12. Jan. 1979.
9 Jay, Mathes, »Sihanouk: ›We Were Privileged, Compared to the Rest‹«, in: *Washington Post*, 9. Jan. 1979.
10 Jay Mathews, »Sihanouk to Aid Ousted Rulers«.
11 Norodom Sihanouk, Adresse an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Namen des Demokratischen Kampuchea, in: *Guardian* (New York), 24. Jan. 1979.
12 Jay Mathews, »Sihanouk to Aid Ousted Rulers«.
13 *Guardian* (New York), a. a. O.
14 Jay Mathews, »Sihanouk: ›We Were Privileged, Compared to the Rest‹«.
15 William Borders, »Task Facing India: Easing Misery of Masses«, in: *New York Times*, 2. Jan. 1979, mit Zitaten des bekannten Ernährungswissenschaftlers Jean Mayer. Der Bericht beschreibt schwer unterernährte Familien, während gleichzeitig »in Schuppen und Lagerhäusern im ganzen Land« Qualitätsweizen lagert, den sie sich nicht leisten können. Das ist

nach westlichen Maßstäben nicht etwa eine Grausamkeit, sondern höchstens ein schwieriges Problem, das noch seiner Lösung harrt.

16 Ho Kwon Ping, »Thailand's broken ricebowl«, in: *Far Eastern Economic Review*, 1. Dez. 1978.

17 ebd.

18 Vgl. Stephen R. Heder, »Origins of Conflict«, in: *Southeast Asia Chronicle*, Nr. 64. Sept.-Okt. 1978, und für weitere Einzelheiten seinen Aufsatz »The Historical Bases of the Kampuchean-Vietnam Conflict: Development of the Kampuchean Communist Movement and Its Relations with Vietnamese Communism, 1930-1970«, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Bd. 11, Nr. 1. 1979.

19 In einem weiteren Aufsatz im selben Heft der *South Asia Chronicle* behandelt Heder die Geschichte der Grenzdemarkation, die durch die Franzosen zum Nachteil Kambodschas korrigiert worden war. Aus zwei Gründen: Kambodscha war nur Protektorat, Cochinchina (ungefähr das südliche Drittel des wiedervereinigten Vietnam) dagegen Vollkolonie, von den Franzosen »buchstäblich als französisches Territorium« angesehen: »Die kommerziellen landwirtschaftlichen Interessen französischer Kolonialisten in Cochinchina waren wesentlich stärker und besser organisiert als in Kambodscha«, weswegen sie in der Lage waren, die imperialistischen französischen Landesherrn dahin zu bringen, die Grenze zu ihren Gunsten zu korrigieren. Als Folge davon kamen zahlreiche Gebiete mit alteingesessener Khmerbevölkerung zu Cochinchina.

20 Das war sicher jedem Besucher Hanois während des Kriegs klar. Die Vietnamesen versuchten eindeutig, eine ausgewogene Haltung im chinesisch-sowjetischen Konflikt einzunehmen und, wo es möglich war, zu schlichten. Gleichzeitig ließen sie nichts unversucht, um ihre Sorge über einen möglichen chinesischen Expansionismus auszudrükken, oft recht symbolisch, z. B. durch ausgefeilte Hinweise auf viel frühere historische Ereignisse. Für eine weitere Diskussion der internationalen Aspekte des Konflikts vgl. Lowell Finley, »Raising the Stakes«, in: *Southeast Asia Chronicle*, Nr. 64.

21 Bernhard Weintraub, »Vietnamese Said to Shatter a Big Cambodian Force«, in: *New York Times*, 3. Dez. 1978.

22 »Vietnam Offensive Reportedly Starts in Northeast Cambodia«, in: *Washington Post*, 5. Dez. 1978, datiert Bangkok.

23 Nayan Chanda, »Words, not deeds, from Peking«, in: *Far Eastern Economic Review*, 22. Dez. 1978.

24 Nayan Chanda, »Cambodia: Fifteen days that shook Asia«, a. a. O.

25 ebd.

26 George McArthur, »Reports say 40 000 fight for Pol Pot«, in: *Los Angeles Times – Boston Globe*, 30. Jan. 1979. Vgl. auch William Chapman, »Cambodian resistance builds«, in: *Washington Post*, 18. Jan. 1979, wo er eine »Quelle« zitiert, derzufolge »die Vietnamesen die Städte und die Kambodschaner das Land haben«, und mitteilt, »informierte Kreise« in Bangkok seien überrascht über die »Geschwindigkeit, mit der Gegenangriffe der Guerrillas an so vielen Orten auftreten konnten«. Auch Denis D. Gray, »Pol Pot units are reported near Capital«. AP, Bangkok, in: *Boston Globe.*, 23. Jan. 1979, und Gray, »Cambodian guerrillas score victories«, in: *Boston Globe*, 29. Jan. 1979. Kurze Meldungen in *New York Times* vom 29. und 30. Januar berichten ebenfalls über große Siege Pol Pot-loyaler kambodschanischer Truppen und berufen sich auf thailändische und westliche Beobachter in Bangkok.

27 Malcolm W. Brown, »Red Clash on Cambodia: Big Hit at the UN«, in: *New York Times*, 13. Jan. 1979.

Stroemfeld / Roter Stern

Fordern Sie bitte unseren kostenlosen Almanach an!

Herbst 1979

Friedrich Hölderlin, HYPERION,
Faksimile-Nachdruck der Originalausgabe, 1797/99

Peter Kurzeck, Der Nußbaum gegenüber vom Laden, in dem du dein Brot kaufst. Roman

Niederschrift der Lebensgeschichte der Mary Jemison
Hrsg. Urs Lauer und Janis Osolin (Dt. Erstausgabe)

Carol Hagemann White, Frauenbewegung und Psychoanalyse. Mit einem Quellenanhang.

Bernhard Dieckmann, Über die Schwulen

Ulrike Ottinger, Madame X. Das Drehbuch zum Film
Großformatiger Faksimileband

China Bilder 1901 - 1919
mit 90 Abbildungen nach den Originalnegativen

Ginka Steinwachs, marylinparis. Roman

Silvia Kontos, Die Partei kämpft wie ein Mann.

Stroemfeld/Roter Stern

Postfach 102
CH-4006 Basel

Postfach 180147
D-6000 Frankfurt am Main

Dossier: Kambodscha/Kampuchea

»Die Wahrheit in den Tatsachen suchen« – und was dabei herauskommt

Khieu Samphan

Die dringendsten nationalen Bedürfnisse

Auszüge aus »Economie du Cambodge et ses problèmes d'industrialisation«, Dissertation Paris 1959

Die Notwendigkeit einer autonomen Entwicklung

Wir haben gesagt, daß das Problem der Industrialisierung Kambodschas vor allem ein Problem der grundsätzlichen Entscheidung zwischen autonomer Entwicklung und Entwicklung durch internationale Integration [= Integration der Wirtschaft in den internationalen Markt] ist . . . (S. 127).
Es scheint, daß die internationale Integration der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes enge Grenzen gesetzt hat. Die Entwicklung im Rahmen der internationalen Integration weiterzuführen heißt in diesem Fall, den Mechanismus zu ertragen, aufgrund dessen das Handwerk einen Schwund erfahren hat, die präkapitalistische Struktur verstärkt worden ist, während die wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes einseitig auf die Exportproduktion ausgerichtet sind und auf einen ohnehin schon hypertrophen Zwischenhandel. Anders ausgedrückt: Die internationale Integration zu akzeptieren heißt, den Mechanismus einer strukturellen Ausrichtung des unterentwickelten Landes allein auf die Bedürfnisse der beherrschenden entwikkelten Ökonomien hin zu akzeptieren. Internationale Integration läuft darauf hinaus, den Mechanismus anzuerkennen, durch den das strukturelle Ungleichgewicht zunimmt, was zu einer gewaltsamen Explosion führen könnte, falls, was nicht ausbleiben kann, diese Entwicklung für einen immer größeren Teil der Bevölkerung unerträglich wird. In der Tat ist sich dieser Teil der Bevölkerung der Widersprüche, welche die Integration der Wirtschaft in den internationalen Markt der Waren und des Kapitals in sich schließt, bereits bewußt geworden. Deshalb ist eine bewußte autonome Entwicklung objektiv notwendig . . . (S. 100).
Es ist vielleicht nicht überflüssig, auf die Gefahr hinzuweisen, die der Rückgriff auf das Haushaltsdefizit zur Finanzierung der Entwicklung darstellt, wenn der Kredit und die Gelder in den Händen der ausländischen

Banken bleiben. Das Haushaltsdefizit kann, selbst als zusätzliches Darlehen und während einer kurzen Periode, zur Formierung des Kapitals nur dann eingesetzt werden, wenn die Regierung über ein wirksames Instrument zur Kontrolle und Verhinderung der Inflation verfügt, falls eine solche ausgelöst würde und die Anstrengung zur Industrialisierung bedrohen sollte . . . (S. 116).

Die Notwendigkeit eines breiten Programms einer Strukturreform

Nach unserer Meinung gleicht das Wesentliche an den zu ergreifenden Maßnahmen eher einem politischen und sozialen Programm, das sich vornimmt, die alten vorkapitalistischen wirtschaftlichen Beziehungen zu zerstören und ein in sich geschlossenes, national-kapitalistisches System zu errichten, als einem technischen Programm zur Mobilisierung der Finanzierungsmittel.

Daß man unseren Vorschlag richtig verstehe! Wir schlagen nicht vor, diejenigen Klassen, welche über die stärksten Einkommen verfügen, verschwinden zu lassen. Die Strukturreform, die wir vorschlagen, zielt nicht darauf ab, die Steuerkapazität dieser Gruppen auszuschalten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß man versuchen kann und muß, deren fiskale Möglichkeiten freizusetzen, indem man diese Grundbesitzer, Zwischenhändler und Wucherer in eine Klasse von landwirtschaftlichen und industriellen kapitalistischen Unternehmern umformt. Man wird also versuchen, sie von ihren unproduktiven Aktivitäten abzubringen, und sie veranlassen, an der Produktion teilzunehmen. In der *Stadt* wird man einen Rückfluß des Kapitals aus dem derzeitig hypertrophen Handelssektor in unmittelbar produktive Sektoren zu bewirken suchen. Auf dem *Land* wird man für eine Senkung der Wucher- und Pachtzinsen kämpfen. Wir haben schon gesehen, wie der Wucher und die Pachtzinsen die Mittel für eine Verbesserung des Bodens, für die Be- und Entwässerung oder für eine rationelle Verwendung des landwirtschaftlichen Materials abziehen. Der direkte Kampf für eine Senkung der Pachtzinsen und eine Eindämmung des Wuchers und die Aussicht auf eine Industrialisierung, zu der am Anfang der Staat die Initiative ergreifen müßte, könnte die Grundbesitzer dazu bringen, ihr Eigentum zu »reorganisieren«, um nach und nach ihre überkommenen Verfahren der Bodenausbeutung durch kapitalistische Ausbeutungsweisen unter Einbezug von Kapital und Lohnarbeit zu ersetzen.

Um jedoch eine so tiefgreifende Umwandlung zu erwirken, kann man sich nicht mit vereinzelten Maßnahmen begnügen; zu Beginn jedenfalls scheint uns eine ganze Reihe äußerst strenger Maßnahmen absolut notwendig zu sein. Unter diesen Maßnahmen stehen diejenigen, welche die Beziehungen mit dem Ausland betreffen, an erster Stelle. Wir glauben nicht, daß man

ohne eine angemessene Lösung des Problems der Auslandsbeziehungen wahrhaft von struktureller Reform und autonomer Entwicklung sprechen kann. (S. 113 f.).

Ein Regime der strikten Wirtschaftlichkeit

Die Industrialisierung erfordert die Anlage von beträchtlichen Mitteln. Diese Mittel müssen durch die Akkumulation der eigenen Quellen des Landes erlangt werden. Daher ist es erforderlich, ein Regime der strikten Wirtschaftlichkeit anzuwenden. Der Staat wird mit seinem Beispiel vorangehen müssen. Er müßte der erste sein, der jegliche Ausgaben zu Prestigezwecken und auch die geringste Verschwendung vermeidet.
Die erste Arbeit bestünde darin, die dringendsten nationalen Bedürfnisse klar zu definieren und die Befriedigung der anderen zurückzustellen. Die wirksame Handhabung der Staatsausgaben könnte begleitet werden von einer Verlegung des überschüssigen Verwaltungspersonals in die staatlichen Produktionsunternehmen sowie von einer Verringerung eines Teiles der Armee und der Schaffung von Reservetruppen, die in den Produktionssektoren beschäftigt werden.
Gleichzeitig wird man eine anhaltend systematische Anstrengung für eine immer bessere Leistung der Arbeit der Staatsorgane aufbringen. Es ist sicher, daß durch eine Vereinfachung der Administrationsmaschinerie, durch die Verringerung des Personalbestandes und durch die Unterdrükkung der Verschwendungssucht bei den Staatsorganen erhebliche Ausgaben eingespart werden könnten.
Überdies könnte man sich bemühen, die Verschwendung etwa bei den Bauarbeiten einzuschränken. Die übertriebene Neigung zu äußerlicher Pracht und zu luxuriösen Verzierungen, die übertriebene Verwendung von teuren Produkten und Materialien, die dem Prinzip der Nützlichkeit, der Wirtschaftlichkeit des Gebrauchs und auch der Schönheit – soweit die wichtigere Aufgabe, die Industrialisierung, sie zuläßt – nicht Rechnung tragen, erhöhen nicht nur in beträchtlichem Maße die Baukosten, sondern beeinträchtigen auch erheblich die nutzbare Außenseite des Gebäudes.
Die Ausgaben beim Bauen sind hier nur ein Beispiel unter tausend anderen, um die Bedeutung eines Regimes der strikten Wirtschaftlichkeit zu veranschaulichen, das in Einklang mit den Prioritäten bei der Errichtung der Industrie des Landes steht.
Um zu dieser strengen Anwendung der Sparmaßnahmen auf allen Gebieten zu gelangen, sollte ein jeder das Recht und die Pflicht haben, öffentlich jede geistige Haltung zu bekämpfen, die darauf abzielt, sich diesen Maßnahmen zu widersetzen und der Verschwendung Vorschub zu leisten. Was die Verschwendung betrifft, darf keine Administration und keine Privatperson

Nachsicht gegen sich selber oder gegen andere üben oder die Kontrolle und gegenseitige Prüfung durch Nachsicht ersetzen. Die Bewegung zur Verwirklichung der Sparmaßnahmen muß eine nationale Bewegung sein. (S. 163 f.).

»Nicht das Individuum, sondern die Nation«

Gerade hinter diesem abstrakten Prinzip der Freiheit des Außenhandels versteckt sich in Wirklichkeit der Mangel an Freiheit für die nationalen Unternehmer, und es bleibt allein die Freiheit für die ausländischen Gesellschaften. Friedrich List hat das schon zu seiner Zeit bewiesen. Der liberalen Schule wirft List insbesondere vor, so zu tun, als ob die Welt aus isolierten Individuen bestünde, die in voller Freiheit Güter produzieren und austauschen. Einen solchen Zustand jedoch gibt es nicht. In der Praxis scharen sich die Individuen in Nationen, mit deren Wohlergehen sie eng verbunden sind. Die Tatsache, daß eine Nation blüht, heißt zweifellos nicht, daß alle ihre Mitglieder persönlich reich wären. Aber sicher ist, daß die Individuen ihr Schicksal nicht von dem der Nation, der sie angehören, trennen können. Wenn es mit ihr abwärts geht, werden sie die Folgen davon tragen müssen. Wenn sie sich entfaltet, werden sie eher die Gelegenheit haben, ihre Situation verbessert zu sehen. *Das eigentliche Faktum, das die Aufmerksamkeit der Ökonomen auf sich ziehen sollte, ist daher nicht das Individuum, sondern die Nation.* Indes weist diese Charakterzüge auf, die sich von denen des Individuums unterscheiden: Sie ist mit einer höheren Lebensdauer ausgestattet; ein Individuum kann sich bemühen, die größtmöglichen Reichtümer zu erlangen; eine Nation muß mehr als auf den Reichtum selber, der von kurzer Dauer ist, auf die Fähigkeit bedacht sein, Reichtum zu schaffen, eine Fähigkeit, von der die aufeinanderfolgenden Generationen einer Nation profitieren werden. List stellt der liberalen Theorie von den Tauschwerten die Theorie der »Produktivkräfte« gegenüber; und List ist in diesem Punkt kategorisch: Ein Land kann sich unter einem System des freien Tausches nicht industrialisieren, was auch immer die Ressourcen sein mögen, über die es verfügt. (S. 115 f.)

Aus dem Französischen von Gennaro Ghirardelli

Lek Hor Tan

Kambodschas totale Revolution

(1978)

Ein zentrales Paradox der kambodschanischen Revolution ist der hochintellektuelle Charakter der derzeitigen Führung gegenüber jener erbarmungslos praxisorientierten neuen Gesellschaft, die sie schaffen will. Zwar soll Erziehung ein Schlüsselfaktor der Revolution bleiben, gemeint ist aber nicht mehr die akademische und theoretische Bildung der Art, wie man sie im Ausland oder an einer der Universitäten Kambodschas vermittelt bekommt und wie sie die heutigen Führer selbst erworben haben und die im übrigen ihr Bild von der Gesellschaft Kambodschas nachhaltig beeinflußt hat (Kambodscha war französisches Protektorat, und die meisten führenden Roten Khmer studierten in den 50er Jahren in Paris).

Über Intellektuelle alten Stils ist oft Abfälliges zu hören – »Der Intellektuelle ist nichts als ein fauler Nichtsnutz« – und eines der geläufigsten Schlagworte lautet: »Ein Diplom kann einem nichts zu essen verschaffen«. Doch scheint die Führung zwischen den Papierdiplomen des alten Bildungssystems und den echten »Diplomen« konkreter, von Partei und Massen anerkannter Arbeit zu unterscheiden. »Der Füller von heute ist die Hacke« – mit anderen Worten: Der wahre Intellektuelle ist einer, der dem Volk auf praktische Weise dient. Man wird die maoistische Färbung dieser Erziehungsperspektive bemerken, von der freilich die chinesische Führung selbst heute abrückt, wenn sie Examen wiedereinführt und allgemein die Stellung des Intellektuellen in der chinesischen Gesellschaft aufwertet.

Die Politik der Roten Khmer führte zweifellos zu Unterdrückungsmaßnahmen, wofür die Evakuierung der gesamten Stadt Phnom Penh nur das krasseste Beispiel ist; sie trägt aber auch andere Züge: eine merkwürdige Wechselbeziehung zwischen hochentwickelten Theorien, praktischen Erfahrungen aus langen, erbitterten Machtkämpfen und den unmittelbaren Erfordernissen eines kriegerischen Ausnahmezustands.

Diese radikalen jungen Kambodschaner aus Mittelstandsfamilien, die während der 40er und 50er Jahre in Paris studiert hatten, wußten sehr wohl, daß man, um eine Revolution anzuführen, ein tragfähiges Theoriegerüst braucht. Die Gedanken, die sie aus Frankreich mitbrachten, waren die französische marxistisch-leninistische Revolutionsideologie (viele von ihnen hatten der KPF angehört), dazu taktische und strategische Fragen und der Niederschlag der chinesischen Revolutionserfahrung.

Die einflußreichste Schrift über die Gesellschaft Kambodschas und ihre Probleme war die Dissertation des späteren Staatsoberhaupts Khieu Samphan, 1959 der juristisch-wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Paris vorgelegt: »Die Ökonomie Kambodschas und ihre Industria-

lisierungsprobleme«. Khieu Samphan vertritt darin den Standpunkt, daß der einzige Weg der kambodschanischen Ökonomie in die Unabhängigkeit und Autarkie über eine zeitweilige Isolation von der internationalen Wirtschaft führt. Da Phnom Penh und einige Provinzstädte ihre Expansion dem französischen Kolonialismus, dem chinesischen Handel und der Bürokratie verdankten, stellten sie eine Belastung für das Volksvermögen dar. Khieu Samphan schätzt den unproduktiven, lediglich der Elite dienenden Teil der Stadtbevölkerung auf rund 80% und macht den Vorschlag, sie dem ökonomischen Produktivsektor zuzuführen, insbesondere der Landwirtschaft, und sie in Kooperativen zusammenzuschließen. Sein Hauptargument läuft darauf hinaus, daß nur eine Expansion der Landwirtschaft die Grundlage für eine Industrialisierung schaffen könne.
Für Kambodschas Zukunft war der Bruch zwischen der Sowjetunion und China von entscheidender Bedeutung. Die KPCh forderte die Diktatur der Massen – d. h. der Bauern – statt der Diktatur des Proletariats. Wie in China ist in Kambodscha das städtische Proletariat bedeutungslos; wenn man eine tragfähige Anhängerschaft anstrebt, muß man die Bauern gewinnen. So sprachen denn auch bald die jüngeren kambodschanischen Kommunisten von der Diktatur der Massen, und es war diese Gruppe in Frankreich ausgebildeter kambodschanischer Intellektueller – Leute wie Pol Pot (vormals Saloth Sar), Ieng Sary und Son Sen –, die als erste 1963 im Dschungel untertauchten, um unter den Massen zu leben, sie zu organisieren und herauszufinden, was sie wirklich wollten. Eine zweite Gruppe, der auch Khieu Samphan angehörte, ging 1967 in den Dschungel. Man organisierte damals den Widerstand gegen die Regierung von Prinz Sihanouk, von dem übrigens der Ausdruck »Rote Khmer« stammt. Diese Dschungelbewegung war eine logische Folge der Erfahrungen kambodschanischer Kommunisten im Kampf um die Macht. In der Phase davor waren die meisten ihrer Kader verhaftet oder getötet worden, weil sie meinten, den Revolutionskampf in den Städten führen zu können. Dadurch waren sie der Polizei des Sihanouk-Regimes ausgeliefert gewesen.

In Phnom Penh beugt sich Philosophie der Notwendigkeit

Ein Teilaspekt der kambodschanischen Tragödie ist also die Tatsache, daß diese Intellektuellen einerseits – auf theoretischer Ebene – sehr genaue Vorstellungen von der Gesellschaft hatten, die sie schaffen wollten: Was 1975 geschah, etwa die Totalevakuierung der Hauptstadt, paßte in das seit je von ihnen entwickelte Denken. Gleichzeitig habe ich aber den Eindruck, daß ihre Politik unter dem Einfluß der Tatsache stand, daß sie keine Wahl zu haben glaubten. Sichergestellte Dokumente und auch eine offizielle Verlautbarung vom September 1977 haben bestätigt, daß die Roten Khmer

erst im Februar 1975 auf dem in der Nähe von Phnom Penh geheim abgehaltenen 3. Kongreß der KP Kambodscha den Beschluß faßten, Phnom Penh zu evakuieren (*Le Monde*, 4. Okt. 1977). Ohne Frage wollten die Roten Khmer eine totale Revolution durchführen, um die alte Gesellschaft restlos zu zerstören, und in der Niederlage Phnom Penhs sahen sie eine günstige Gelegenheit dazu. Sie haben aber zweifellos auch die erdrückenden Sicherheitsprobleme gefürchtet. Laut Geheimdienstberichten, die ich einsehen konnte, scheint es damals kaum mehr als insgesamt 70 000 Rote Khmer-Soldaten gegeben zu haben, die am letzten Angriff auf Phnom Penh beteiligten Truppen zählten sogar nur 20 000 Mann. Phnom Penh dagegen war zu einer Stadt von rund drei Millionen Einwohnern angewachsen, darunter 100 000 Soldaten des Lon Nol-Regimes.

Überdies betonen die Roten Khmer selbst drei praktische Gründe für die Evakuierung der Stadt, die meiner Meinung nach etwas für sich haben:

1. *Das Ernährungsproblem:* Während der letzten Kriegsmonate war Phnom Penh buchstäblich am Verhungern, und wegen der Zerstörung der Infrastruktur des Landes und der schweren amerikanischen Bombenangriffe war es den Siegern ganz einfach nicht möglich, Lebensmittel vom Land in die Stadt zu schaffen, um die Hungernden zu versorgen, vielmehr mußten die Stadtbewohner aufs Land gebracht werden, wo es Nahrungsmittel gab.
2. *Das Gesundheitsproblem:* Während der letzten Kriegsmonate waren Epidemien ausgebrochen, hauptsächlich Malaria und Typhus. Durch eine Lichtung der extrem dichten Bevölkerung hoffte man, die Ausbreitung dieser Seuchen unter Kontrolle zu bekommen.
3. *Das Sicherheitsproblem:* Die Roten Khmer stellten laut eigenen Angaben CIA-Dokumente sicher, aus denen hervorgeht, daß die Zerschlagung der Revolution und die Wiedereinsetzung der Lon Nol-Leute in die Macht über Sabotagenetze, deren Zentrale sich in der Stadt befand, geplant war. Indirekt bestätigt dies der CIA-Agent Frank Snepp in seinem Buch über den Fall Vietnams (*Decent Interval*, Random House 1978, S. 339 f.). Er beschreibt, wie der Beschluß der Roten Khmer, Phnom Penh und andere Städte zu evakuieren, sämtliche Spionageringe der Agentur sprengte. Als Phnom Penh und andere Städte menschenleer wurden, zerbrachen herkömmliche Strukturen, wurde die gesamte Bevölkerung bunt durcheinandergemischt und jede organisierte Opposition neutralisiert.

Im übrigen rechtfertigen die Roten Khmer ihr Verhalten damit, daß gegen Kriegsende 80% der drei Millionen Einwohner Phnom Penhs bäuerliche Flüchtlinge waren. Als der Krieg 1970 begann, hatte die Stadt bloß 600 000 Einwohner. Die Führung vertrat den Standpunkt, daß diese Leute in jedem Fall aufs Land zurückzubringen waren und daß der Zeitpunkt dafür nun gekommen sei. Es läßt sich allerdings kaum leugnen, daß die Evakuierung mit äußerst brutalen Mitteln durchgeführt wurde.

Im Lauf der gesamten kambodschanischen Geschichte sind immer wieder Hauptstädte zerstört und neue errichtet worden, doch was die jüngste Geschichte betrifft, so muß die extreme Politik der Roten Khmer wohl auch aus ihrer verzweifelten Entschlossenheit verstanden werden, die Revolution zum Erfolg zu führen. Dies wird in gewissem Ausmaß dadurch bestätigt, daß auch in den Provinzstädten und Dörfern, welche die Roten Khmer eroberten, die Einwohner systematisch aufgefordert wurden, die Ortschaften zu verlassen und aufs Land zu gehen. Die Parteidokumente nennen verschiedene Gründe für diese Politik, darunter die Absicht der Partei, den Gedanken des Privateigentums auszulöschen, um die Kollektivierung leichter durchführen zu können. Natürlich wurden da, wo die Leute Widerstand leisteten, auch Gewalt und Terror eingesetzt. Die Evakuierung Phnom Penhs war also im Grunde nur der Höhepunkt einer schon länger verfolgten Politik.

Man sollte sich allerdings darüber klar sein, daß die marxistisch-leninistischen Richtlinien für die kambodschanische »totale Revolution« in gewissem Umfang mit Ansichten übereinstimmten, die die kambodschanischen Bauern selbst in Jahrhunderten der Unterdrückung entwickelt hatten. Sie waren im übrigen den Lebensbedingungen in Kambodscha angepaßt. Betrachtet man z. B. die normale Friedensbevölkerung von Phnom Penh, so waren von den 600 000 Einwohnern 200 000 Vietnamesen, über 100 000 Chinesen und der Rest Kambodschaner und Minderheitengruppen. Die Kambodschaner stellten also nicht einmal die Einwohnermehrheit der Hauptstadt. Es lebten zwei Gruppen von Kambodschanern in der Stadt: Aristokratie und Beamte auf der einen Seite, arme Bauern auf der andern, zu arm, um auf dem Land ihr Auskommen zu finden, in die Stadt gekommen, weil sie auf einen Arbeitsplatz hofften, vielleicht in einem der Kleinindustriebetriebe. Vom Handels- und Kaufmannssektor waren die Kambodschaner fast völlig ausgeschlossen. Diese Branchen befanden sich hauptsächlich in den Händen von Chinesen und Vietnamesen. Angesichts dieser Tatsache war natürlich seitens der Kambodschaner kaum Widerstand gegen die Abschaffung des Privatunternehmertums zu erwarten, da buchstäblich kein Kambodschaner daran beteiligt war.

Auch für die Massen der kambodschanischen Landbevölkerung waren die Städte Symbole der Unterdrückung. Einmal gehörten sie der regierenden Klasse (die feudalen Familien und der Mittelstand hatten seit je in Phnom Penh und den Provinzstädten gelebt), zum anderen den Franzosen und anderen Kolonialherren. Was aber das wichtigste war: Während des Kriegs von 1970-75 wurde den Bauern klar, daß vor allem die wohlhabenderen Stadtbewohner Anhänger des Lon Nol-Regimes waren: Sie waren es, welche die Bomben schickten, die man den Bauern auf die Köpfe warf.

Ein Intellektueller im Dienst für den Kampf, 1970-75

Mein eigenes Engagement für die revolutionäre kambodschanische Politik begann 1970, als ein Staatsstreich das US-geförderte Lon Nol-Regime an die Macht brachte. Verschiedene politische Richtungen formierten sich zu einer Vereinigten Front, um das Regime im In- und Ausland zu bekämpfen. Da war zunächst die Rechte, d. h. die Sihanoukisten, treue Anhänger des Prinzen, die vor allem deswegen der Vereinigten Front beitraten, weil Sihanouk selbst für eine möglichst breite Einheit gegen die Amerikaner plädiert hatte. Dann gab es die Liberalen und die fortschrittliche Linke, zu der ich mich selbst zähle, d. h. Leute, die weder Sihanouk-Jünger noch Mitglieder der Kommunistischen Partei von Kambodscha waren. Viel verhängnisvoller für die Zukunft des Landes waren die beiden rivalisierenden Gruppen innerhalb der KP selbst: Auf der einen Seite die Roten Khmer, maoistisch orientierte, nationalistische Kommunisten, auf der andern die Khmer Viet Minh (auch Hanoi-Khmer), Erben und Überlebende jener älteren kambodschanischen Kommunistengeneration der 40er und 50er Jahre, die dem sowjetischen Modell zuneigte. Ihr Bestreben, sowjetisches Denken und Verhalten nachzuahmen, wurde durch die historische Tatsache ihrer engen Beziehung zu den vietnamesischen Kommunisten verstärkt.

Während des Vietnamkriegs gegen die Franzosen (vom Zweiten Weltkrieg bis zur Genfer Konferenz von 1954) hatten Kambodschaner an der Seite ihrer vietnamesischen Genossen gekämpft. Die genaue Zahl dieser kambodschanischen Kommunisten ist ungewiß, doch sind sich die Experten heute weitgehend einig, daß nach 1954 zwischen 3000 und 5000 Kambodschaner zur Ausbildung nach Hanoi geschickt wurden. Ihre Ausbildung schwor sie auf Internationalismus im Sinne der Kommunistischen Internationale der 30er Jahre ein. Sie glaubten an eine eingeschränkte Souveränität und an »besondere Beziehungen« der verschiedenen kommunistischen Parteien untereinander. Die Vietnamesen selbst demonstrierten durch ihr Verhalten in vollkommener Weise diese Ideen. Seit der Wiedervereinigung Vietnams konnten sie eine »besondere Beziehung« der Vorherrschaft über Laos herstellen, und gegenwärtig versuchen sie mit Kambodscha dasselbe. Aber die in Hanoi ausgebildeten Kommunisten kamen erst 1970 über den Ho Chi Minh-Pfad zurück, um sich der Befreiungsbewegung anzuschließen. Durch ihre sechzehnjährige Abwesenheit waren sie irgendwie unglaubwürdig geworden. Schließlich hatten die Roten Khmer seit 1963 den Boden für einen bewaffneten Kampf vorbereitet. Überdies hatte man die Hanoi-Khmer im Verdacht, bloße Handlanger des kambodschanischen Erbfeindes Vietnam zu sein.

Diejenigen unter uns, die ich vorhin fortschrittlich und links nannte, hatten

während der 60er Jahre den Vietnamkrieg sehr aufmerksam verfolgt. Gegen Ende des Jahrzehnts war uns klar, daß ein rechter Staatsstreich in Kambodscha kommen mußte, wodurch wir in den vietnamesischen Konflikt hineingezogen würden. Als es soweit war, hatte ich keine Bedenken, der Vereinigten Front beizutreten. Zunächst galt für mich die klare Forderung nach nationaler Einheit, außerdem war ich in den Kampf gegen die Amerikaner in Kambodscha engagiert, und schließlich wollte ich mich natürlich auch am Kampf Kambodschas beteiligen. Gleichzeitig war mir bewußt, daß ich versuchte, mir selbst etwas Bestimmtes zu beweisen. Trotz aller Voreingenommenheiten (bürgerliche Herkunft und Lebensweise, Studium im Ausland usw.) hoffte ich nämlich, ein guter Kommunist werden zu können. Als Roter Khmer wird man nicht geboren, man entwickelt sich dazu. Es gab nicht wenige, die durch ihren Kontakt zur KPK selbst zu Roten Khmer wurden. Ein gutes Beispiel ist vielleicht Ros Chethor, der Herausgeber der wichtigsten Wochenzeitschrift Kambodschas, *Der Nationalist*, die 1970 auf Betreiben von Lon Nol als verlängertem Arm Sihanouks ihr Erscheinen einstellen mußte, woraufhin der Herausgeber der Vereinigten Front beitrat. Es ist nicht klar, ob er von Anfang an ein Kader der Roten Khmer war, aber heute gehört er ohne Frage zu den herausragenden Persönlichkeiten der Partei, obwohl *Der Nationalist* noch immer nicht wieder erscheint. Es gab allerdings auch Schriftsteller, die ebenfalls während des Krieges der Parteiabteilung für Informationen und Propaganda ihre Dienste anboten, dann in Machtkämpfe verwickelt wurden und schließlich ihre Illusionen verloren.

Streben nach Macht und Sieg

Zwei Jahre lang, bis Mitte 1972, waren die Spannungen innerhalb der Vereinigten Front relativ gedämpft, obschon sowohl die Roten Khmer als auch die pro-vietnamesischen Kommunisten versuchten, weniger straff organisierte Mitglieder wie Sihanoukisten und Unabhängige zu isolieren. Es gab aber so gut wie keine offenen Anzeichen für derartige innere Konflikte, jedenfalls für diejenigen von uns, die die Front vom Ausland aus unterstützten. Informationen über innere Entwicklungen blieben vage, die politische Linie schien gemäßigt. Die erklärten Ziele waren ein demokratisches, friedliches, neutrales, souveränes und unabhängiges Kambodscha und in diesem Rahmen eine Gesellschaft mit mehr Gerechtigkeit und Gleichheit. Diese Ziele fanden Zustimmung bei Leuten wie mir, die meinten, man müsse ein Problem nach dem anderen anpacken, d. h. die amerikanischen Aggressoren und ihr Marionettenregime schlagen und danach die Unabhängigkeit des Landes erringen. Andere in der Vereinigten Front dachten jedoch bereits damals über die Zukunft nach dem Sieg über Lon Nol nach.

Im Januar 1973 wurde das Pariser Friedensabkommen über Vietnam unterzeichnet, im Juli das Vientiane-Abkommen über Laos. Von Mitte 1972 an sah sich die Vereinigte Front von verschiedenen Seiten unter Druck gesetzt, Verhandlungen für ein Kambodscha-Abkommen in die Wege zu leiten. Die Roten Khmer lehnten jegliche Verhandlungen ab. Sie wollten den Krieg bis zum vollständigen Sieg weiterführen und hatten, was Opportunismus und Verrat betraf, bittere Erfahrungen mit rivalisierenden kambodschanischen Gruppen und deren ausländischen Verbündeten gemacht. Sie mißtrauten den Sihanouk-Anhängern, die für die Aushandlung eines Abkommens waren, und ebenso den pro-vietnamesischen Kommunisten, denn deren Mentor Vietnam hielt das »decent interval«-Übereinkommen für einen klugen Zug zugunsten Vietnams – warum also nicht auch für Kambodscha? Von 1973 an gingen die Roten Khmer aktiv daran, jene Elemente in der Vereinigten Front zu isolieren, die ihrer Meinung nach nicht bis zum totalen Sieg kämpfen wollten. Sie sicherten außerdem ihren Leuten im In- und Ausland Schlüsselpositionen.

Die Vietnamesen behaupten, daß die Roten Khmer 1973 begannen, ihre in Hanoi ausgebildeten Anhänger umzubringen, und daß die meisten Überlebenden dann 1975 hingemetzelt wurden, aber diese Meldungen lassen sich nicht nachprüfen. Andere Meldungen bestätigen allerdings, daß in Kambodscha vor 1975 tatsächlich Kämpfe in den Befreiungstruppen ausgebrochen waren, und zwar zwischen Roten Khmer, Sihanoukisten und pro-vietnamesischen Kommunisten. Nach 1975 kam es in Kambodscha zu Staatsstreichversuchen, vermutlich durch Vietnam-orientierte Kommunisten. Der gegenwärtige Widerstand an der kambodschanischen Ostgrenze wird offiziell durch Vietnam gestützt, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Vietnamesen eine Invasion riskieren, um die Roten Khmer ein- für allemal zu schlagen und eine kommunistische Marionettenpartei einzusetzen, wie bereits in Laos geschehen.

Was mich selbst betrifft: gab es einen Zeitpunkt, wo ich zu einem »guten Roten Khmer« geworden war? Das ist schwer zu sagen. Ich glaube wohl, daß ich mich zu Recht als Sozialisten bezeichne, aber es gibt viele Arten von Sozialisten, und die Roten Khmer sind bloß eine davon. Ich war zuerst nicht davon überzeugt, daß sie wirklich der »Massenlinie« verpflichtet waren. Wie läßt sich eine solche »Massenlinie« definieren? Wie kann man wissen, ob sie wirklich die Hoffnung und den Willen des Volkes ausdrückt? Andererseits war ich mir vielleicht zu bewußt über den historischen Charakter marxistisch-leninistischer Parteien im allgemeinen – die Überbetonung ihrer Einzigartigkeit, womit sie sonst nicht zu rechtfertigende Handlungen rechtfertigen, oder ihre immer wieder sichtbare Neigung zu Opportunismus und Putschismus. Obwohl ich dem Kommunismus gegenüber mißtrauisch blieb, war ich doch angesichts der zwischen 1970 und 1975

herrschenden Verhältnisse überzeugt davon, daß ohne den durch die Kommunisten und besonders die Roten Khmer geleiteten harten und streng organisierten Einsatz kein erfolgreicher Kampf geführt werden konnte. Vielleicht bin ich in diesem Punkt inkonsequent, aber ich war bereit, mich am Kampf in Kambodscha zu beteiligen, und blieb zugleich mißtrauisch in bezug auf meine Rolle darin. Jedenfalls kehrte ich, als der Krieg zu Ende war, nicht in meine Heimat zurück.

Ständige Gewalttaten

Einige von uns spürten, daß die Polarisierung der Linken nach Kriegsende weitere Gewalttaten zur Folge haben werde, aber es gab meiner Meinung nach nur wenige, die ahnten, welche extremen Formen die Politik der Roten Khmer annehmen würde. Schließlich waren wir allesamt mit der Vorstellung aufgewachsen, daß wir uns untereinander schon einig werden würden. Es gab im Lauf der kambodschanischen Geschichte ja immer wieder die Forderung nach Einheit, um ausländische Eindringlinge zu verjagen, und Kambodschaner können gegen Ausländer sehr grausam sein.
Nun beruht allerdings die neue Ideologie auf Klassenkampf. Daher geht es heute nicht mehr allein um Nationalismus gegen Imperialismus, sondern darum, daß eine Gruppe von Kambodschanern eine andere bekämpft. Ich meine, daß in diesem Gedanken und in der marxistisch-leninistischen Tendenz, an die Richtigkeit der Mission zu glauben und durch das Ziel die Mittel zu rechtfertigen, die Voraussetzungen für die Unterdrückung liegen. Leider wurde der Konflikt in der Praxis der Roten Khmer auf extremste Weise ausgetragen, das heißt durch körperliche Liquidierung. Es gab offenbar keinerlei »politische Umerziehung«, wie wir sie aus anderen sozialistischen Gesellschaften mit einer etwas erfahreneren und reiferen kommunistischen Führung und einer größeren Zahl ausgebildeter und disziplinierter Kader kennen.
Die im Marxismus-Leninismus enthaltenen repressiven Tendenzen, die Art der Roten Khmer-Führung, die ständige innere Labilität Kambodschas und die andauernde vietnamesische Bedrohung sind sicher allesamt Faktoren, die zu den wahnwitzigen Gewalttaten beitrugen, welche auf den kommunistischen Sieg von 1975 folgten. Auch sollte nicht übersehen werden, daß es sich erklärtermaßen um eine bäuerliche Revolution handelte: Der urwüchsige Haß der Landbevölkerung gegen ihre Unterdrücker, persönliche Rachegefühle, ja selbst der durch Bombenangriffe verursachte Wahnsinn mögen die Mordwelle motiviert haben. Es gehört im übrigen zu den tragischen Zügen des traditionellen kambodschanischen Strafsystems, daß politische Verbrecher oder »Verräter« zusammen *mit ihrer ganzen Familie* hingerichtet wurden. Dies alte Recht wurde in den 90 Jahren der französi-

schen Herrschaft nicht geändert, obwohl man Kambodscha den Code Napoléon aufzwang. Daher gibt es auch heute noch viele Kambodschaner, die diese Art von Radikalbestrafung gutheißen und auch fähig sind, sie über andere zu verhängen.
Das alles kann die Roten Khmer-Führer nicht entschuldigen. Sie haben offiziell »ein oder zwei Prozent der Bevölkerung als Staatsfeinde« klassifiziert, und solche Feinde müssen entweder »erzogen«, »neutralisiert« oder »ausradiert« werden (Rede des Premierministers Pol Pot über Radio Phnom Penh am 28. September 1977). Geht man von dem aus, was Flüchtlinge während der letzten drei Jahre über Tötungen berichteten, sowie von der erwähnten Tradition, ganze Familien umzubringen, so scheint es nicht ausgeschlossen, daß zwischen 100 000 und 300 000 Menschen getötet wurden, wenn man für die heutige Bevölkerung Kambodschas die offizielle Zahl von 8 Millionen zugrundelegt. Darüber hinaus sind weitere Hunderttausende durch Seuchen, Mangel an Medikamenten, Unterernährung, Erschöpfung infolge harter Feldarbeit oder auf der Flucht über eine der Grenzen umgekommen.

Kambodscha vom Westen aus gesehen

Trotzdem ist es wichtig, zwischen den hingemordeten Toten und denen zu unterscheiden, die aus anderen Gründen während der kambodschanischen Krise starben, um die wesentlich höheren Sterbeziffern, die man im allgemeinen im Westen zu hören bekommt, richtig einschätzen zu können. John Barron und Anthony Paul z. B. nennen in ihrem Bestseller *Murder of a Gentle Land* (1977 bei Reader's Digest) die Zahl von 1 200 000 Personen, die angeblich in den zwei Jahren nach dem Fall Phnom Penhs ihr Leben verloren. Die Autoren behaupten nicht ausdrücklich, sie alle seien umgebracht worden, schieben jedoch die volle Verantwortung für diese Menschenopfer der extremen Politik der Roten Khmer zu.
Jeder vernünftig denkende Mensch wird an der Behauptung zweifeln, daß die Geschichte Kambodschas erst 1975 begonnen hat. Die durch Hunger und Seuchen verursachten Todesfälle kann man nicht vom Krieg als solchem trennen, und man sollte sich im Westen einmal fragen, wer denn für diesen Krieg verantwortlich war. Kambodscha wurde physisch zerstört, besonders durch die amerikanischen Bombenangriffe. Von März 1969 bis August 1973 wurden 539 000 Tonnen Bomben auf das Land abgeworfen, davon fast die Hälfte in nur sechs Monaten zwischen März und August 1973 auf das Gebiet um Phnom Penh.
In Wirklichkeit hat die Kambodscha-Diskussion dem Westen Gelegenheiten zu Übertreibungen, Simplifizierungen und Propaganda geboten, die kaum überraschen. Bekanntestes Beispiel sind wohl die gefälschten Fotos

von den »Zwangsarbeitszuständen« in Kambodscha, auf denen man bewaffnete Wachen bei der Beaufsichtigung von Leuten sieht, die wie Zugtiere Pflüge hinter sich herziehen. Diese Bilder, zum ersten Mal in einer thailändischen Zeitung veröffentlicht, und zwar am Tag vor den Wahlen in Thailand im April 1976, wurden fast unmittelbar darauf von einer anderen thailändischen Zeitung, der sie ebenfalls angeboten worden waren, die aber ihre Echtheit durch »Khmer-Beobachter« überprüfen ließ, als unglaubwürdig entlarvt. Später machte ein thailändischer Geheimdienstoffizier Andeutungen, die bestätigten, daß die Bilder tatsächlich in Thailand gestellt worden waren. Trotzdem wurden diese Fotos über ein Jahr lang weiter verwendet und erschienen u. a. in *Sydney Morning Herald, Paris-Match, Stern, Washington Post, Time* und *Observer.*

Selbst gründliche Analysen wie die von François Ponchaud (*Cambodia Year Zero,* Allen Lane & Penguins, 1978), mit der ich im großen und ganzen übereinstimme, enthalten unqualifizierte Behauptungen. Ponchaud spricht beispielsweise von einer »Liquidierung aller Städte und Autoritäten« und schreibt diese Politik dem besonderen »Menschenbild« der Roten Khmer zu: »Einen Menschen, der durch ein korruptes Regime verdorben wurde, kann man nicht reformieren, er muß vielmehr physisch aus der Bruderschaft der Reinen eliminiert werden« (S. 69). Dies ist sicher keine berechtigte Schlußfolgerung aus den spärlichen Informationen, die wir haben – es kann sich lediglich um eine zur Diskussion gestellte Meinung handeln.

Auf der andern Seite haben die Roten Khmer zwei Jahre lang weder gegen die Vorwürfe protestiert noch darauf geantwortet. Vielen schien dies Verhalten ein stummes Eingeständnis der genannten Totenziffern und der Schuld daran zu bedeuten. Erst im Mai 1977 veröffentlichte Ieng Sary ein Dementi (Reuter, 8. Mai 1977), und ein weiteres folgte im Juni 1978 (*Times,* 14. Juni 1978). In letzter Zeit beginnt die Regierung jedoch entschiedener zu reagieren, seit die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen eine Untersuchung der Verletzung der Menschenrechte in Kambodscha beschloß. Generalsekretär Waldheim wurde zusammen mit anderen Diplomaten nach Kambodscha eingeladen, um sich mit eigenen Augen ein Bild von den Verhältnissen im Land zu machen. Es bleibt natürlich offen, wieviel ein solcher Besuch beweist. Die UNO-Beamten werden wohlgenährte Rote Khmer und korrekt geführte Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften mit gesundem Vieh zu Gesicht bekommen. Schließlich ist das Regime seit vier Jahren an der Macht, und die Toten können nicht mehr reden.

Ich meine, man muß folgendes einsehen: Obwohl die spärlich in den Westen gelangenden Meldungen aus Kambodscha teils zweifelhaft, teils manipuliert sind, ist das Ausmaß der Tötungen in Kambodscha beträchtlich

und muß verurteilt werden. Kein gewissenhafter Beobachter kann jedoch genaue Zahlen über Getötete angeben. In diesem Punkt möchte ich meine Hochachtung für die Kambodscha-Dokumente von Amnesty International aussprechen.
Wichtig für uns alle, ob wir nun im Westen oder in der Dritten Welt zu Hause sind, ist der Versuch, eine Antwort auf die Frage zu finden, warum ein derart brutales sozialistisches Experiment in Kambodscha durchgeführt wurde.

Aus dem Englischen von Ursula Richter

David Boggett
Das Demokratische Kampuchea und die Menschenrechte
Eine Berichtigung (1979)

In der bürgerlichen Presse sind Meldungen über Regierungsmaßnahmen zum gesellschaftlichen und ökonomischen Wiederaufbau des Demokratischen Kampuchea rar. Dieser Mangel wird ausgeglichen durch eine Flut fast täglich erscheinender Behauptungen von schwersten Menschenrechtsverletzungen durch Regierung und Kommunistische Partei Kampucheas: sie würden die kambodschanische Gesellschaft mit vorgehaltenem Gewehr aufbauen und berechnend und kaltblütig alle ermorden, die sich ihnen in den Weg stellen, angeblich eine erhebliche Zahl. Kaum jemand außerhalb Kampucheas wußte, daß das Land 1977 einen beträchtlichen Reisüberschuß exportieren konnte, aber fast jeder hatte gehört, daß eine ungeheure Menge von Kambodschanern hingerichtet worden war. Die angegebene Zahl der Opfer schwankt zwischen 500 000 und fast 3 Millionen Menschen. Angesichts eines derartigen Propagandafeldzugs kann heute kein Bericht über Pol Pots Kampuchea mehr um die Frage der angeblich massiven Menschenrechtsverletzungen herumkommen. Es liegt in der Natur der Vorwürfe selbst, daß es schwierig ist, darauf zu antworten. Die Quellen werden gewöhnlich verschwiegen und, wo sie genannt werden, höchstens vage umschrieben nach dem Muster »wie Flüchtlinge berichteten«. Häufig handelt es sich um Informationen aus dritter, vierter oder sogar fünfter Hand. Ein Beispiel dafür ist der am 26. April 1977 erschienene scharf antikambodschanische Leitartikel im *Christian Science Monitor* (normalerweise ein liberales Blatt), der sich als ein Bericht aus fünfter Hand entpuppte. Das einzige »Dokument«, das der Redakteur selbst gelesen hatte, ist die Besprechung eines Buches von Lacouture in der *New York Review of Books.* Dieses wiederum beschäftigt sich mit Material aus dem Buch *Cambodia*

Year Zero des französischen Geistlichen Ponchaud, der sich seinerseits auf Berichte kambodschanischer Flüchtlinge beruft. Je länger die Informationskette wurde, desto mehr verloren die Meldungen an Proportion, bis sie sich schließlich im *Christian Science Monitor* zu einer wütenden antikommunistischen Attacke gegen die Regierung des Demokratischen Kampuchea gesteigert hatten. Die Verzerrungen, die mit jedem Glied dieser Informationskette hinzukamen, müssen es der Pol Pot-Regierung nahezu unmöglich gemacht haben, vernünftig und ernsthaft darauf zu antworten.

Vietnamesische Propaganda

Eine der wichtigsten Quellen für Greuelmärchen und Behauptungen gegen die Pol Pot-Regierung liegt in Hanoi und bei der vietnamesischen Regierung.[1] Während der Zeit der Kampuchea-Invasion konnten die Vietnamesen ihre vielen »fortschrittlichen« Journalistenfreunde im Ausland erfolgreich mobilisieren. Diese Kontakte waren während des Indochinakriegs durch eine bemerkenswert effiziente Öffentlichkeitsarbeit hergestellt worden. (Die Kambodschaner haben während ihres Kriegs gegen die USA nie eine ähnlich leistungsfähige Organisation aufgebaut, weder in Paris noch anderswo.) Die Wirkung des von Vietnam gesteuerten Propagandafeldzugs gegen Phnom Penh war durchschlagend, denn »fortschrittliche« Journalisten und Intellektuelle haben auf der ganzen Welt im Interesse Vietnams geschrieben.

Die Quellen der vietnamesischen Regierung sind, vor allem in ihren extremeren Aussagen, nichts weiter als ein Haufen Erfindungen; bestenfalls kann man sie als höchst zweifelhafte Informationsquellen für Ereignisse innerhalb des Demokratischen Kampuchea bezeichnen. Im übrigen scheint sich noch keiner der Gegner des Demokratischen Kampuchea gefragt zu haben, warum eine agrarrevolutionäre Regierung, die wirklich *Leute* braucht für die Arbeit auf den Reisfeldern, dermaßen unbesonnen so viele Menschen töten sollte, derer sie, wenn ihre Agrarpolitik Erfolg haben soll, doch unbedingt bedarf. Thiounn Prasith, ein Beamter des kampucheanischen Außenministeriums, äußerte gegenüber dem amerikanischen Journalisten Richard Dudman:

»Wir haben nur ungefähr 8 Millionen Menschen. Es gibt in Kampuchea keine Geburtenkontrolle. Wir brauchen mehr und mehr Menschen. Wir würden gern in zehn Jahren 20 Millionen Menschen haben.« (Zitiert in *St. Louis Post-Dispatch*, Januar 1979)

In seinem *Spiegel*-Interview vom 10. Mai 1977 ging Ieng Sary auf die Vorwürfe von Massenexekutionen ein:

»Diese Leute sind verrückt. Wir haben lediglich die schwersten Verbrecher verurteilt ... warum hätten wir alle diese Menschen umbringen sollen? Wir brauchen eine Unmenge Arbeiter, um das Land wieder aufzubauen.«

Von allen indochinesischen Staaten hat nur das Demokratische Kampuchea die Flüchtlinge im Ausland aufgefordert, zurückzukehren und beim Aufbau des Landes zu helfen (in deutlichem Gegensatz zu Vietnam, dessen Politik es ist, die »boat-people« zur Flucht zu drängen und sie ihrem ungewissen Schicksal auf See in völlig unzureichenden Booten zu überlassen). Premierminister Pol Pot erklärte am 26. September 1978 über Radio Phnom Penh:

»Nicht alle Kampucheaner im Ausland möchten in jenen fremden Ländern leben, aber sie bleiben, denn sie wurden von unseren Feinden für dumm verkauft. Wer sie auch sind – wenn sie zurückkehren möchten, wir werden sie herzlich empfangen.«

Das alles soll nicht heißen, daß während der radikalen Umgestaltung der kampucheanischen Gesellschaft niemand umgekommen ist. Ganz im Gegenteil. Aber Unterstellungen von Völkermord, Massenmord oder Millionen Toten sind ungerechtfertigt, denn alle Anzeichen sprechen dagegen. Pol Pot selbst antwortete Richard Dudman, Elizabeth Becker und Malcolm Caldwell in Phnom Penh:

»Wir halten 95 Prozent der Bevölkerung, sowohl vor als auch nach der Befreiung am 17. April 1975, für gute Menschen. Von den übrigen fünf Prozent, die zögerten, konnten wir über vier Prozent mit Erfolg umerziehen oder für uns gewinnen, da sie sich selbst durch die konkrete revolutionäre Bewegung umerzogen. Was den Rest von weniger als einem Prozent betrifft, so tun wir unser Möglichstes, sie umzuerziehen.«

Auch Ieng Sary hat zugegeben, daß ungefähr zwei- bis dreitausend Menschen bei der Evakuierung Phnom Penhs und später bei der Landarbeit umgekommen sind. Die Regierung hat ferner mitgeteilt, daß mehrere hohe Beamte des alten Lon Nol-Regimes hingerichtet wurden (z. B. der frühere Premier Long Boret). Keines dieser Eingeständnisse weist jedoch auf eine umfangreiche oder allgemeine Verletzung der Menschenrechte im generellen Sinn des Wortes hin.

Die wahren Ursachen für die Leiden des Khmer-Volks

Es genügt jedoch nicht, zu zeigen, daß die Behauptungen von Greueln, Massakern und Toten übertrieben oder verzerrt waren; man muß auch erklären, warum diese Behauptungen überhaupt aufgestellt wurden, besonders wenn sie falsch waren. In den meisten Berichten werden verschiedene Gründe für die Todesfälle angegeben, am häufigsten Unterernährung, Mangel an ausreichender medizinischer Versorgung, die erzwungene und plötzliche Evakuierung Phnom Penhs und anderer Städte (wie Battambang) sowie die harten Arbeitsbedingungen auf den Feldern, nachdem man die Stadtbevölkerung aufs Land umgesiedelt hatte. Auf diese Weise wollen die Propagandisten andeuten, daß die Verantwortung für die genannten Erscheinungen bei den Roten Khmer liegt, und verschleiern damit, daß in

Kambodscha schon seit langem eine erschreckende Zahl Menschen Hungers starben und daß die kambodschanischen Krankenhäuser ebenfalls schon lange vor der Befreiung überbelegt und hygienisch unzumutbar waren.[2]

Lange vor der Befreiung Phnom Penhs glich die Wirtschaft in Lon Nols Kambodscha einem einzigen Trümmerhaufen. Ende 1973 waren Kompong Thom und Takeo, d. h. Gebiete mit Reisüberschüssen, samt und sonders in den Händen der Nationalen Vereinigten Front von Kampuchea (NUFK). Die Gesamtfläche der für den Reisanbau kultivierten Schwemmfelder verringerte sich von 2,46 Millionen Hektar im Jahr 1969 auf 500 000 Hektar im Jahr 1974. Die Zerstörung von landwirtschaftlichem Gerät und die Zwangseinziehung der jungen Männer in die Armee führte zu einem drastischen Rückgang der Erträge aus der noch unter Lon Nols Kontrolle verbleibenden Reisanbaufläche. Von insgesamt 3,8 Millionen Tonnen Reis in den Jahren 1969-70 sank die Produktion auf bloße 493 000 Tonnen für 1974-75, d. h. um 87 Prozent. Während Kambodscha 1968 etwa 230 000 Tonnen Reis ausführte, mußte es 1974 rund 282 000 Tonnen einführen.

Phnom Penh füllte sich nach und nach mit Flüchtlingen, die vor den amerikanischen Bombenangriffen geflohen waren. Die Bevölkerung der Stadt stieg von etwa 600 000 Einwohnern in der Vorkriegszeit auf eine Gesamtbevölkerung von vermutlich beinahe 3 Millionen Menschen. (Während des Kriegs wurden keine Volkszählungen durchgeführt, aber die Schätzungen offizieller Stellen gaben Zahlen von 1,2 Millionen bis über 2 Millionen Einwohnern an. Als die Regierung des Demokratischen Kampuchea die Stadt räumte, führte sie eine Volkszählung durch, die eine Gesamtzahl von fast 3 Millionen Einwohnern ergab, wie Ieng Sary in einem späteren Interview sagte.) Die daraus folgende Reisknappheit ließ die Reispreise in schwindelnde Höhen klettern, von 10 Riel pro Kilo im Dezember 1971 auf 125 Riel im Dezember 1973, Anfang 1975 auf 300 Riel und mehr (Mitte Februar hatte der Preis die Rekordhöhe von 340 Riel erreicht).

Nahrungsmittelmangel hat nur eine Konsequenz – nämlich Hunger. Eine Untersuchung der Abteilung Generalinspektion für Auslandshilfe des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1975 »bestätigt die allgemeinen medizinischen Eindrücke der im kambodschanischen Gesundheits- und Ernährungswesen tätigen Personen, daß dort Kinder verhungern«.

Die medizinischen Berichte wurden von Journalisten bestätigt. Sydney Schanberg von der *New York Times* beschrieb die Zustände in dem kleinen katholischen Notkrankenhaus in Neak Luong in seinem Bericht vom 24. Februar 1975:

»Die Kinder drängten sich in Scharen um den westlichen Reporter . . . Einige haben geschwollene Bäuche. Einige sind geschrumpft. Ein zehnjähriges Mädchen ist auf die Größe eines

Vierjährigen ausgetrocknet. Viele haben einen schweren bronchitischen Husten, das erste Anzeichen für eine beginnende Lungenentzündung oder Tuberkulose. Alle haben Ruhr. Ihre Nasen laufen ständig. Ihre Haut ist schuppig. Jeder Kratzer an Beinen oder Armen wird zu einem Geschwür.«

Selbst bei den wenigen Kindern, die das Glück hatten, in eine der funktionsfähigen Kliniken aufgenommen zu werden, war die Sterbequote extrem hoch. In der Klinik des Roten Kreuzes starben 46 Prozent allein der im Februar 1975 Aufgenommenen. Die meisten jedoch hatten keine Aussicht, je in eine Klinik zu kommen. Das World Vision-Zentrum für Kinderernährung zum Beispiel mußte wegen Bettenmangels von Dezember 1974 bis Februar 1975 1758 schwer unterernährte Kinder abweisen. Das Büro des Generalinspekteurs teilt in dem oben zitierten Bericht mit:

»Man braucht nicht viel Phantasie, um sich diese kränklichen kleinen Körper vorzustellen, die in den Armen ihrer Mütter fortgebracht werden, irgendwo in eine Gasse, um dort zu sterben, unbehandelt, ohne Krankenhausversorgung, ungefüttert.«

Aufgrund solcher Berichte wurde geschätzt, daß es während der letzten Kriegstage täglich im Schnitt 250 Hungertote gegeben haben muß, eine Zahl, die für März allein 8000 Tote und für die letzten drei Kriegsmonate ein geschätztes Minimum von 15 000 Toten bedeuten würde.
Einer Studie des Indochina Resource Center zufolge hat die Analyse des vom Lon Nol-Regime zur Aufrechterhaltung seiner Kontrolle über Phnom Penh und einige verstreute Enklaven verbrauchten Gesamtbetrags ergeben, daß lediglich 2,2 Prozent davon aus einheimischen Mitteln stammten, während 95,1 Prozent aus US-Hilfe kamen. Während der Haushaltsjahre 1971, 1972 und 1973 stellten die USA Lon Nol 748 Millionen Dollar als Hilfsmittel zur Verfügung, von denen lediglich 1,1 Millionen in die Flüchtlingshilfe in Phnom Penh flossen (der Rest finanzierte Militäreinrichtungen und -gehälter). US-Senator Harrison Williams aus New Jersey protestierte denn auch im April 1975:

»Trotz warnender Hinweise, daß zahlreiche kambodschanische Kinder erste Anzeichen von Unterernährung zeigten und daß eine Krise sich anbahne, wurde weder durch die Regierung der USA noch durch die kambodschanische Regierung viel unternommen, um die Krise zu verhindern«; und obwohl die USA für die belagerte Stadt Phnom Penh eine Sonderluftbrücke einrichteten, hat die Regierung »die Notwendigkeit, Lebensmittel in die Stadt zu schaffen, erst dann erkannt, als sie (durch den Kongreß) dazu gezwungen wurde«.

Etwa zur gleichen Zeit, am 5. März 1975, meldete *Associated Press*, daß die USA täglich 565 Tonnen Munition über die Luftbrücke nach Phnom Penh einflogen!
Auch die medizinische Versorgung in Phnom Penh war vor der Befreiung hoffnungslos unzureichend. Eines der vier größten Krankenhäuser, das Preah Ket Melea-Krankenhaus, hatte angeblich mehr als dreimal soviele Patienten, wie es versorgen konnte, und wie es hieß, fehlten dort Antibiotika, steriles Verbandszeug, Spritzen und Stethoskope. Die vorhandenen

modernen Anlagen wie Operationslampen und Sterilisierungsgeräte waren wegen der ständigen von den USA verhängten Stromsperren unbrauchbar (Bericht des Rechtsausschusses des amerikanischen Senats). Der gleiche Ausschuß berichtete bereits 1971, daß ein anderes großes Krankenhaus, das Khmer-Sovietique-Hospital, lediglich 512 Betten und 27 Ärzte für 1009 Patienten hätte. *Newsweek* brachte im März 1975 den Augenzeugenbericht eines Patienten dieses Krankenhauses:

»Im Khmer-Sovietique-Hospital kämpften letzte Woche mehr als 1300 Patienten ums Überleben. Ärzte, Schwestern, Pfleger, Medikamente und Blutkonserven waren knapp. Malaria, Tuberkulose und Ruhr grassierten. Aus Verzweiflung mußten überarbeitete Pfleger auf einigen Stationen Patienten an ihre Betten fesseln, um sie daran zu hindern, sich ihre Wunden und Operationsnarben aufzureißen. Fliegen bedeckten das Gesicht eines dieser Patienten, der seinen Kopf nur noch schwach schütteln konnte und sich vergebens bemühte, sie davon abzuhalten, in seinen Mund zu kriechen.«

In einem Bericht des Generalinspekteurs für Auslandshilfe über den gleichen Zeitraum heißt es:

»Die Einrichtungen waren nicht nur überbelegt, sondern in den meisten Fällen primitiv und unhygienisch. Es herrschte akuter Mangel an Medikamenten. Infektionen und unzureichende Behandlung führten immer wieder zu Todesfällen. Patienten mit abgetrennten Gliedmaßen oder schweren Unterleibswunden erhielten keine Medikamente. Die antibiotische Versorgung für Patienten, die ihrer dringend bedurft hätten, war unzureichend oder fehlte ganz. Patienten überfluteten die Stationen und lagen auf Matten und Bahren in Hallen und Korridoren, wo ihre unbehandelten Wunden dem Dreck und Schmutz und damit der Sepsis ausgeliefert waren. Der Gestank von Eiter und Infektion mischte sich mit den üblen Gerüchen aus verstopften, überlaufenden Toiletten.«

Das waren die Verhältnisse, die die Khmer-Guerrillas bei ihrem Einmarsch in die Stadt Phnom Penh im April 1975 vorfanden. Um diesen Verhältnissen zu begegnen, wurde Phnom Penh geräumt: Die Stadtbevölkerung wurde ausgesiedelt, damit sie Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung hatte, die in den befreiten Gebieten vorhanden waren. Später hieß es, die Roten Khmer hätten alle Krankenhäuser geschlossen und die Patienten kaltblütig dem Tod ausgeliefert. Das stimmt nicht. Das vormals französisch geführte Calmette-Krankenhaus war das einzige, dessen Zustand es erlaubte, Patienten dort unterzubringen – und dieses Krankenhaus wurde niemals geschlossen. Lawrence Masurel schreibt in seinem Bericht »Phnom Penh, L'ambassade en perdition«, veröffentlicht im *Paris-Match* vom 10. Mai 1975, daß zehn französische Ärzte, die aus dem Krankenhaus in die französische Botschaft kamen, wo die übrigen Ausländer bereits zusammengekommen waren, aussagten: »Wir haben den Eindruck, daß sie uns durch ihre eigenen Ärzte ersetzen und daß in jedem Fall der Krankenhausbetrieb normal weitergeht.« Statt durch Hunger und mangelnde Hygiene den Tod vieler Menschen zu *verursachen,* haben die revolutionären Khmer-Soldaten wahrscheinlich zahllose Menschenleben dadurch gerettet, daß sie in aller Eile drei Millionen Menschen aufs Land

evakuierten, wo Nahrung und medizinische Versorgung vorhanden waren, fort aus dem Todesloch Phnom Penh.

Umgestaltung der Khmer-Gesellschaft

So sah das Erbe aus, das dem Demokratischen Kampuchea von der vorhergehenden Lon Nol-Regierung und ihren amerikanischen Unterstützern übergeben wurde – Hungersnot und Krankheit. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat diese Verhältnisse *nicht* geschaffen, aber sie mußte sehen, wie sie sie verändern konnte. Dazu kam, daß die Stadt – wie Lon Nols Premier Long Boret am Vorabend der Kapitulation Phnom Penhs laut *AFP* gesagt haben soll – nur noch einen Reisvorrat für acht Tage hatte. Ein Nahrungsmitteltransport in die Stadt war ausgeschlossen. Einmal gab es keine ausreichenden Transportmöglichkeiten, wie Ieng Sary in einem Interview mit der *Chicago Tribune* vom 10. September 1975 betonte. Außerdem herrschte Treibstoffknappheit, da die Regierung praktisch keine ausländische Hilfe erhielt und von dem Wenigen abhing, das sie während des Kriegs vom Feind erbeutet hatte. Nachdem die amerikanischen Treibstoffreserven der Lon Nol-Regierung verbraucht waren, mußte die neue Regierung jenseits der Grenze in Thailand Treibstoff einkaufen (laut einem Bericht des Journalisten Errol de Silva aus Sri Lanka, der im August 1975 Kampuchea besuchte). Außerdem fehlte es an sauberem Wasser, was eine weitere Gefahr darstellte. Der amerikanische Generalinspekteur für Auslandshilfe wies im März 1975 darauf hin, daß verseuchtes Wasser »zur Ausbreitung von Cholera und Typhus« beitragen könne. »Die unhygienischen Lebensverhältnisse in Phnom Penh, entstanden durch zu große Menschenmassen und das Einströmen von Flüchtlingen in die Stadt, stellen ein gesundheitliches Risiko und eine Seuchengefahr dar.« Obwohl später, wie mehrere Zeugen berichteten, die Soldaten der neuen Regierung die Bevölkerung gegen Cholera impften, wurde man der Probleme ganz einfach nicht Herr.

Der Plan, die Stadt zu räumen, war allerdings nicht neu. Geheimberichte der Thai-Militärs hatten darauf hingewiesen, daß die Roten Khmer militärisch bereits mehrere Jahre vor der tatsächlichen Befreiung in der Lage gewesen wären, die Stadt einzunehmen. Daß sie sich dazu nicht früher entschlossen, was bedeutet hätte, den Krieg eher zu beenden, muß mit den logistischen Schwierigkeiten bei der Versorgung Phnom Penhs zusammengehangen haben. Dazu kommt, daß die Roten Khmer die Großstädte (Phnom Penh und in geringerem Maß Battambang) für künstliche Fremdkörper in Kambodscha hielten. Die städtische Lebensweise war aus dem Westen importiert. Die Städte waren sozusagen Enklaven westlicher Kultur, ausländischer Geschäftsleute und Diplomaten und hatten nicht das

geringste mit der übrigen bäuerlichen Wirtschaft Kambodschas gemeinsam. Nur in den Städten funktionierte die Geldwirtschaft (die übrige Wirtschaft der Nation beruhte auf Naturalientausch). Daß die kambodschanische Ökonomie – ohne ihre städtischen Enklaven mit westlicher Kultur und Vorherrschaft – von Grund auf reorganisiert werden sollte, das stand bereits in Khieu Samphans früher Dissertation über Unterentwicklung in Kambodscha. Die trostlosen Zustände in Phnom Penh verliehen nun dem alten Plan neue Aktualität. Ohne Frage gab es während der Evakuierungen Tote (wie Ieng Sary zugab), und es werden auch Seuchen ausgebrochen sein, bevor man die Menschen in die Kliniken der früheren befreiten Gebiete schaffen konnte. Es ist aber absurd, sie den Roten Khmer anzulasten. Sie taten wirklich alles, um die Zahl der Toten zu mindern. Pater Englemann faßte die Berichte einiger an den Evakuierungen beteiligter katholischer Priester folgendermaßen zusammen:

»Während der ersten Tage gab es Tote: einige Schwerkranke, einige alte Menschen und Neugeborene – aber sehr wenige. Auf keinen Fall Tausende, wie manche Zeitungen schrieben.«

Seit 1972 war in den befreiten Gebieten ein umfassendes Gesundheitswesen aufgebaut worden, das mindestens ein Krankenhaus für jede Provinz, einen voll ausgebildeten Arzt für jeden Kreis, ein Gesundheitskomitee für jedes Dorf und zwei Krankenpfleger mit dreijähriger medizinischer Ausbildung für jeden Ort vorsah. Das gesamte System stand unter der Leitung von Dr. Thiounn Thioeun, dem früheren Dekan der medizinischen Fakultät an der Universität Phnom Penh und ehemaligen Direktor des Khmer-Sovietique-Hospitals.

Andere Gerüchte behaupten, die Bevölkerung des Demokratischen Kampuchea sei unter extrem harten Bedingungen und mit vorgehaltenen Gewehren zur Arbeit gezwungen worden. Wie bereits erwähnt, war das einzige Fotomaterial, das diese Unterstellungen beweisen sollte (erschienen in der *Washington Post*), derart fragwürdig, daß sogar eine antikommunistische thailändische Zeitung sich weigerte, es zu veröffentlichen. Auch werden diese Unterstellungen durch keinen der Berichte ausländischer Besucher in Kambodscha erhärtet. Ido Tadashi, Korrespondent des *Kyodo News Service,* der Kambodscha im September letzten Jahres besuchte, nennt Arbeitszeiten, die mit dem, was andere Ausländer beobachtet haben, übereinstimmen: einen achtstündigen Arbeitstag, sowohl auf dem Lande als auch in den neuen Fabriken in den Städten; er ist in zwei Arbeitsperioden von 6 bis 11 Uhr früh und von 14 bis 17 Uhr nachmittags eingeteilt. Tadashi bestätigt, daß die Mahlzeiten gewöhnlich gemeinsam in den Kommunen oder Fabriken eingenommen werden, und fügt hinzu:

»Wir sind über tausend Kilometer durch das ländliche Kampuchea gefahren und die Gesichter der meisten Bauern, die wir am Weg sahen, waren fröhlich. Man hatte den Eindruck, daß diese

Menschen sich in ihrer neuen Umgebung heimisch fühlten und daß in mancher Hinsicht die gemächliche, entspannte Atmosphäre des tropischen Landlebens die politischen Veränderungen überdauert hatte.« *(Japan Times,* 20. Oktober 1978)

Vielleicht wäre es ganz nützlich, Arbeitszeit und -bedingungen einmal mit denen der Tagelöhner in Japan, z. B. in Kamgasaki zu vergleichen. Die meisten verlassen um 6 Uhr früh ihre Wohnung und kehren selten vor 19 Uhr abends zurück (diese Zeit schließt die Arbeitsstunden, die Suche nach einem Job und die Fahrten mit ein). Von ihrem mageren Verdienst müssen sie häufig noch das Übernachtungsgeld in einem »doya« oder Hotel bezahlen. Es gibt kein ausreichendes Krankenversorgungssystem, und Krankheiten wie TB (die es im »modernen« Japan angeblich nicht gibt) sind häufig. Angesichts eines derartigen Vergleichs fällt es schwer, im kambodschanischen Bauern, der acht Stunden täglich auf den Feldern arbeitet und drei Stunden Mittagspause hat, wobei ihm die Mahlzeiten zur Verfügung gestellt werden, einen brutal unterdrückten Zwangsarbeiter zu sehen. (Die Gesundheitsfürsorge ist selbstverständlich kostenlos.) Da wundert es wohl niemand mehr, daß die wenigen kambodschanischen Flüchtlinge im Westen, die aus den unteren Schichten stammen, wie z. B. Khuon Sakhon, vormals Bauer, und Peang Sophi, ein Arbeiter in Melbourne, Australien, ein ganz anderes Bild von den Arbeitsbedingungen im Demokratischen Kampuchea vermitteln. Peang Sophi hat festgestellt, daß die Arbeitsbedingungen im revolutionären Kampuchea 1975-76 weniger hart waren als in der Fabrik in Melbourne, wo er heute arbeitet; und der in Australien lebende Kambodschaner Chantou Boua sagt:

»Viele Flüchtlinge, die jetzt in Melbourne leben, beklagten sich, daß die normale Fabrikarbeit dort ›schwerer‹ sei als die sogenannte Zwangsarbeit in Kampuchea, der sie entkommen waren.« (Unveröffentlichter Brief an die *Times* vom 10. August 1977, nachgedruckt in *Journal of Contemporary Asia.*)

Aus dem Englischen von Ursula Richter

Anmerkungen

1 Vietnamesische Regierungsstellen sind die wichtigsten Quellen für Greuelberichte. Interessanterweise fanden sich in der sowjetischen Presse zunächst Angriffe gegen Berichte von Brutalitäten und Menschenrechtsübertretungen in Kampuchea. Als sich die sowjetischen Beziehungen mit Vietnam vertieften, wurde der Tenor sowjetischer Berichte bereits herabgestimmt. Nach der Unterzeichnung des sowjetisch-vietnamesischen Vertrags vom letzten Dezember vollzog die Sowjetunion dann eine propagandistische Kehrtwendung und stimmte in die Verurteilung der Greueltaten und Menschenrechtsverletzungen durch Pol Pot mit ein.

2 Die folgenden Einzelheiten über Hungersnot, Zusammenbruch der medizinischen Versorgung und Evakuierung von Phnom Penh stammen meist aus den ersten beiden Kapiteln von Hildebrand, George C., und Gareth Porter, *Cambodia: Starvation and Revolution,* Monthly Review Press 1976.

Ben Kiernan / Chanthou Boua
Die Erfahrungen der Frau Hong Var im Kampuchea der Jahre 1975-1979

(Frau Hong Var überschritt die Grenze von Kampuchea nach Thailand mit ihren beiden Töchtern Sokmalee, 11 Jahre, und Panita, 7 Jahre, am 12. März 1979 und wurde im Lager Aranyaprathet, Prachinburi aufgenommen. Sie hatten fast vier Jahre unter der Herrschaft der Roten Khmer und vier Tage unter der neuen Heng Samrin-Regierung in ihrem Dorf in der Provinz Battambang gelebt. Hong Var erzählte uns, was während dieser Zeit geschah; das folgende entspricht genau ihren Schilderungen, wobei wir nur die Ereignisse in zeitlicher Reihenfolge geordnet haben.)

Var wurde in der Stadt Takeo geboren, zog aber in den sechziger Jahren nach Phnom Penh, wo sie eine Stelle als Lehrerin für Sprache und Literatur der Khmer an der Indra Devi-Hochschule in der Nähe ihrer Wohnung in der Vorstadt Tuol Kauk annahm. Im April 1975, dem letzten Monat des Krieges in Kampuchea, fielen die Raketen auf Tuol Kauk »wie Regen«, so daß Var mit ihren Kindern zu Verwandten in die Vorstadt Phsar Thmey zog. Ihr Mann studierte zu dieser Zeit in Frankreich.

Als die Roten Khmer am 17. April die Hauptstadt einnahmen, gaben sie Befehl zur vollständigen Evakuierung der Stadt. Einigen Leuten, erzählt Var, wurde gesagt, sie dürften nach drei Stunden zurückkehren, anderen, nach drei Tagen. Die Begründung war, daß die US-Streitkräfte die Stadt bombardieren könnten und daß die Roten Khmer auf jeden Fall die Stadt »säubern« wollten.

Nur wenige der Leute, die Phnom Penh verließen, nahmen etwas mit, höchstens Lebensmittel für drei Tage. Var beschloß jedoch zu bleiben. Sie versteckte sich mit ihren Kindern und Verwandten im vierten Stock eines Gebäudes in Phsar Thmey, wurde aber nach einer Woche von Roten Khmer-Soldaten entdeckt und gezwungen, die Stadt zu verlassen. Var sagt, sie hatte großes Glück, daß man sie nicht tötete; einige Leute, die sich weigerten zu gehen, wurden erschossen. Die Roten Khmer versicherten nicht sehr glaubwürdig, daß sie nach drei Tagen würden zurückkehren können.

Entsprechend dem Stadtteil, in dem sie sich befanden, hatten sie die Wahl, entweder westlich nach Kompong Speu oder südlich nach Takeo oder östlich nach Neak Leung zu gehen. Var entschied sich für ihren Geburtsort in Takeo und machte sich am 24. April mit ihren beiden Töchtern und zwei verwandten Familien auf den Weg. Sie beluden einen Jeep mit Sachen und fünf oder sechs Säcken Reis, mußten ihn jedoch bald im Stich lassen und zu Fuß gehen.

Auf ihrem Weg traf Var viele Leute, die sie kannte; sie sagt, daß sie sehr

unglücklich waren. Sie bewegten sich alle nur sehr langsam vorwärts und machten lange Pausen. Einige Leute, denen nach drei Tagen vielleicht klar wurde, daß sie nicht nach Phnom Penh zurückkehren durften, nahmen sich das Leben, indem sie ihre Autos geradewegs in den Mekong-Fluß steuerten oder von einer Brücke sprangen.
Var traf unterwegs auch einige ihrer früheren Schüler, die sich nach 1970 der Roten Khmer-Bewegung angeschlossen hatten. Sie begegneten ihr mit Achtung; sie sagt, daß sie recht freundlich zu ihr waren und ihr ein Paar Gummisandalen verschafften. Var fürchtete die Roten Khmer im allgemeinen und meint, sie habe Glück gehabt, daß sie diese Jungen und Mädchen traf.
Viele der Evakuierten hatten keinerlei Lebensmittel mitgenommen, konnten jedoch im Tausch von den Bauern, die entlang der Straße wohnten, etwas bekommen. In den verlassenen Vororten von Phnom Penh hatte Var einige Lebensmittel auftreiben können; außerdem holte sie sich Früchte und Gemüse aus den Gärten (*chamcar*) entlang der Straße. Sie hörte, daß die Roten Khmer an einigen Stellen Lebensmittel verteilen würden, hat jedoch nie etwas dergleichen gesehen.
Der Fußmarsch war sehr heiß und ermüdend. Einige Leute starben an Erschöpfung; auf den fünfzig Kilometern, die sie zurücklegte, sah Var etwa einhundert Tote am Wegrand. Nach zwei Wochen Fußmarsch erreichten sie, ihre Kinder und alle Verwandten den Phnom Chisor-Distrikt der Provinz Takeo; sie waren noch etwa dreißig Kilometer von ihrem Ziel entfernt. Obwohl sie ihren Weg fortsetzen wollten, befahlen ihnen die örtlichen Roten Khmer zu bleiben und auf den Feldern zu arbeiten. Zwei Wochen später, als einige Leute aus der Gegend in ihre Heimatdörfer zurückkehren durften, waren Var und ihre Verwandten zu ihrer Enttäuschung gezwungen zu bleiben, wo sie waren.
Var verbrachte die folgenden sieben Monate in dem Dorf Sla in Phnom Chisor. In Sla lebten 120 Bauernfamilien und 70 Familien der Neuankömmlinge aus Phnom Penh. Die Bauern gaben den Stadtleuten Unterkunft in oder unter ihren Häusern (obwohl die örtlichen Roten Khmer behaupteten, daß die »revolutionäre Organisation« (*angkar padevat*) die Unterkünfte stellte). In einigen Häusern lebten drei oder vier Familien. Das führte zu Streitigkeiten, so daß die Roten Khmer einige kleine Strohhütten errichteten, vier Meter im Quadrat, für die Familien, die nicht in Frieden mit anderen leben konnten. Diese Hütten wurden »neue Behausungen« (*phum thmey*) genannt, während die älteren »Häuser der ›alten‹ Leute« (*pteah moultanh*) hießen. Var und ihre Kinder lebten in einem der letzteren.
Die Arbeitszeit in Sla war, wie Var sagt, unregelmäßig, aber für gewöhnlich lang. An einigen Tagen wurde sie um 1 Uhr in der Nacht geweckt, arbeitete bis 7 Uhr morgens, hatte dann eine halbe Stunde Pause für ihr Frühstück

und arbeitete danach weiter in den Feldern bis 11.30 oder 12 Uhr mittags. Nach einer kurzen Mittagspause wurde weitergearbeitet bis gegen 5 Uhr oder 5.30 nachmittags. Manchmal war es schon dunkel, wenn sie zu ihrem Haus zurückkehrte.

Var hatte niemals zuvor Reis gepflanzt und war sehr unglücklich über diese Arbeit; die Einheimischen zeigten ihr wohl, wie man es macht, ärgerten und beleidigten sie aber dabei. Die Roten Khmer-Kader pflegten zu sagen: »Sieh deine Hände an, sie sind gewohnt, eine Feder zu halten, aber nicht hart zu arbeiten.« Die Bauern hingegen pflegten beim Herausziehen der Reisschößlinge diese gegen ihre Füße zu schlagen, um den Schlamm abzuschütteln. Var sagt, sie haben es mit Absicht und viel Geschick so getan, daß der Schlamm dann über sie spritzte, selbst aus mehreren Metern Entfernung. (Sie sagt, sie versuchte oft, sich zu revanchieren, aber ohne Erfolg.)

Alle im Dorf arbeiteten gleich schwer, laut Var. Die Bauern wurden jedoch besser versorgt, auch mit Lebensmitteln, als die Städter. Wenn die Bauern Reis erhielten, bekam Var oft nur Reisgrütze zu essen. Oder, wenn es für die Bauern Fleisch gab, bekam Var nur Reis mit Salz. »Wenn ein Schwein geschlachtet wurde, konnten nur die Bauern Schweinefleisch essen«, sagt sie und fügt hinzu, daß dies »der sozialistischen Theorie der Gleichheit« widersprach. Dasselbe galt für die Bereitschaft der Bauern, Lebensmittel oder Fisch mit denen zu tauschen, die ihnen dafür »Gold« bieten konnten.

Die Bauern erzählten Var häufig und ausführlich von ihren »entsetzlichen« Erlebnissen während des Krieges, als Sla das Ziel der US- und Lon Nol-Bomber war. Sie schilderten, wie sie Gräben ziehen und darauf gefaßt sein mußten, jederzeit von ihren Feldern wegzurennen, die Kochstellen zu löschen und dergleichen. Sie haßten die Bomberpiloten und hätten jeden getötet, der ihnen über den Weg lief.

Die Bauern in Sla »mochten« (*sralanh na*) die Roten Khmer wirklich. Während die Lon Nol-Regierung sie vernachlässigt hatte, halfen ihnen die Roten Khmer, den Reis umzupflanzen und zu ernten. Die Bauern setzten große Hoffnungen in die Revolution, was ihren Lebensstandard betraf; Hoffnungen, die sie in den folgenden Jahren wohl aufgegeben hätten, ebenso wie ihre Unterstützung für die Roten Khmer.

1975 gab es eine Reihe von Bauern in Sla, vielleicht ein Viertel der Bevölkerung, die im Gegensatz zu den andern gegen die Roten Khmer waren. Das waren ältere Bauern, die Prinz Sihanouk unterstützten und enttäuscht darüber waren, daß er nach dem Sieg vom April 1975 nicht wieder an die Regierung gekommen war. Sie bewahrten das Bild des Prinzen in ihren Häusern auf.

Leitender Kader der Roten Khmer in Sla war eine 27jährige Frau mit Namen »Freundin Ying«, die aus dem Dorf stammte, 1970 der Bewegung beigetreten war und während des Krieges in Hanoi ausgebildet worden sein

soll. Nach dem Krieg übernahm sie ihren Posten in Sla. Var sagt, sie war sehr zäh, sehr streng und sehr tüchtig. Gegen Ende des Jahres 1975 meldete sie sich während einer Rekrutierungskampagne freiwillig zur Armee.
Als Var im Mai 1975 nach Phnom Chisor kam, gab es nur ein funktionierendes buddhistisches Kloster im ganzen Distrikt. Es wurde von nur drei Mönchen bewohnt, die den größten Teil ihrer Zeit damit verbrachten, Schweine zu ziehen, Vieh zu hüten und auf dem Feld zu arbeiten. Sie führten auch den Vorsitz bei traditionellen Dorffesten (*bon*), von denen einige während Vars Aufenthalt in Sla abgehalten wurden. Gegen Ende des Jahres 1975 wurden die Mönche jedoch gezwungen, ihr Kloster zu verlassen und als Laien zu leben.
Obwohl die Lebensmittel knapp waren und das Regime streng, erwähnte Var keinerlei Todesfälle durch Hunger oder Exekutionen während ihrer Zeit in Sla.
Im Dezember 1975 wurden Var und ihre Töchter zusammen mit Hunderttausenden von Menschen, darunter alle siebzig Familien aus Phnom Penh, die in Sla gelebt hatten, per Eisenbahn nach dem Phnom Srok-Distrikt in der abgelegenen Provinz Battambang an der thailändischen Grenze gebracht.
Sie lebten vier Monate in Phnom Srok und arbeiteten auf den Feldern, bis die Reisversorgung sehr knapp wurde. Da Reis im nahen Thmar Puok-Distrikt »reichlich vorhanden« war, übersiedelten die Roten Khmer zweitausend der Phnom Penh-Familien von Phnom Srok nach Thmar Puok.
Var fand sich im Dorf Andaung Klong des Thmar Puok-Distrikts wieder, in dem 354 Familien, zusammen über eintausend Menschen, viele von ihnen aus Phnom Penh, lebten. Sie arbeitete wieder auf den Feldern, obwohl sie wiederholt gefragt wurde, ob sie nicht lieber spinnen, nähen oder Schweine ziehen wolle. Nach einem Jahr sagte sie, daß sie lieber nähen wolle, und verbrachte den größten Teil der Jahre 1977 und 1978 damit, auf einer Nähmaschine schwarze Kleidung für die örtliche Bevölkerung herzustellen.
Ihr fiel ein Unterschied zwischen den Roten Khmer in Thmar Puok und denen in Phnom Chisor auf. Die, unter denen sie jetzt lebte, waren weit grausamer. Eine »kleine Anzahl« von Leuten wurde während des Jahres 1976 hingerichtet, des Jahres, in dem, wie sie sagt, »das Töten begann«.
Es gab in Thmar Puok keine Lebensmittelknappheit während des Jahres 1976, obwohl 1975 mehr vorhanden gewesen war, wie sie hörte. Die Einheimischen erzählten ihr, daß sie im Vorjahr »reichlich« zu essen hatten, mehr als unter dem Lon Nol-Regime.
Die Lage verschlechterte sich jedoch zunehmend. Die Bewegungsfreiheit war eingeschränkt: man brauchte eine Genehmigung, um auch nur fünf Kilometer weit reisen zu können. Irgendwann im Laufe des Jahres 1976 wurden die Kinder ihren Eltern fortgenommen und bekamen Arbeiten in

der Gemeinde übertragen. Sokmalee und Panita mußten Naturdünger herstellen. Gegen Ende des Jahres 1976 wurden alle Familienmahlzeiten abgeschafft und jeder in Andaung Klong gezwungen, in einem Gemeinschaftssaal zu essen. Ab 1977 wurden die Lebensmittelrationen sehr knapp. Im Juni, Juli und August 1977 wechselte die örtliche Rote Khmer-Führung mehrmals. Im Laufe des Jahres 1977 gab es etwa einhundert Tote im Dorf, durch Exekutionen, Hunger und Krankheit. Das Jahr 1978 und die ersten Monate des Jahres 1979 waren jedoch bei weitem die schlimmsten. Var schätzt, daß während dieser Zeit etwa fünfhundert Leute, die Hälfte der gesamten Dorfbevölkerung, starben bzw. getötet wurden. Leute, die dabei erwischt wurden, daß sie sich beklagten, wurden hingerichtet; wenn jemand bei der Feldarbeit versehentlich eine Pflugschar zerbrach, wurde er beschuldigt, fahrlässig mit dem Eigentum der *angkar* umgegangen zu sein, und erschossen.

Die Leute aus Phnom Penh hatten es in Andaung Klong wesentlich schlechter als die einheimischen Bauern. »Fehler«, die die Städter begingen, hatten die sichere Exekution zur Folge, und alle lebten in ständiger Furcht. Das gleiche Vergehen wurde bei einem Bauern oft übersehen; dennoch ist sich Var sicher, daß 1978/79 in Thmar Puok, im Gegensatz zu 1975 in Takeo, jeder einzelne in ihrem Dorf die Roten Khmer bitter haßte.

Var gelang es, die schlimmste Zeit vor allem durch List zu überleben. Für sie war 1978 sogar das leichteste Jahr, meint sie – ganz im Gegensatz zu den andern –, da sie zu dieser Zeit anfing, von den engen Beziehungen zu profitieren, die sie zu einigen der Roten Khmer entwickelt hatte. Var hatte von Anfang an die Eigenheiten und Verhaltensweisen der Roten Khmer studiert und ihre »schwachen Stellen«, wie sie es nannte, herausgefunden. Sie behauptet, daß es für jemanden, der einigermaßen klug ist, »ziemlich leicht« war, unter den Roten Khmer zu leben.

Sie schätzten Leute, die hart arbeiteten. Var pflegte morgens früh aufzustehen und vor den meisten anderen zur Arbeit zu gehen; und sie hörte später mit der Arbeit auf als andere. Das hatte zur Folge, daß sie oft sehr spät am Abend mit den Roten Khmer aß, sogar mit den Dorf- und Distriktsleitern; sie erlaubten ihr, sie zu bedienen und ihr Essen zu teilen. Sie erhielten besseres Essen als die gewöhnlichen Leute, sagt Var, und sie redeten während der ganzen Mahlzeit über ihre Arbeit. Im Gegensatz zu den anderen Leuten aus Phnom Penh gelang es Var auf diese Weise, gesund zu bleiben. Außerdem durften ihre Kinder bei ihr leben.

Var betonte ausdrücklich, daß die Roten Khmer trotz ihrer vielen Mängel gute Disziplin hielten und niemals Frauen belästigten. Außerdem mochten sie Leute, die demütig und bescheiden waren und nicht stolz oder großtuerisch. Wenn sie Var etwas zu tun gaben, pflegte sie zu sagen: »Ich weiß nicht, wie man es macht, aber ich werde mein Bestes versuchen«, was

immer einen guten Eindruck machte. Sie schmeichelte ihnen auch bis zu einem gewissen Maß und bat sie, ihr das politische Vokabular beizubringen, das sie gebrauchten. Sie pflegte sie mit »bang« oder »älterer Bruder« anzureden statt mit der sonst gebräuchlichen Anrede »Freund« (*mit*), was eine Gleichstellung bedeutet hätte.

Während Vars Identität den Roten Khmer in Takeo bekannt war, gab sie nach ihrer Ankunft in Battambang niemals zu, daß sie in Phnom Penh Lehrerin gewesen war. Hätte sie das getan, wäre sie mit Sicherheit erschossen worden. Sie gab vor, nur sehr unbeholfen schreiben zu können. Wenn sie nach ihrem Beruf unter dem alten Regime gefragt wurde, gab sie manchmal an, gebratene Bananen in Phnom Penh verkauft zu haben. Die Roten Khmer zeigten sich darüber für gewöhnlich erstaunt und bemerkten, daß ihre Haut aber nicht so dunkel wie die der Khmer-Arbeiter und -Bauern sei. Darauf pflegte sie geschickt zu antworten, daß sie ihre gebratenen Bananen an einem Stand im Schatten verkauft habe. Manchmal glaubte man ihr; wenn nicht, fürchtete sie, man würde sie für chinesischer Abstammung halten, d. h. für einen kapitalistischen Händler. Sie fügte dann hinzu, sie hätte als Hausmädchen bei einer chinesischen Familie in Phnom Penh gearbeitet.

Bei einer anderen Gelegenheit erzählte sie einem Roten Khmer, dem ihre Geschicklichkeit beim Nähen auffiel, sie sei Schneiderin in Phnom Penh gewesen.

Tag und Nacht studierte Var das Verhalten der Roten Khmer. Ihrem Beispiel folgend aß sie mit den Händen. Einige der Leute aus Phnom Penh aßen in Andaung Klong weiterhin mit Löffel und Gabel, was Var für unklug hielt. Andere, vor allem ehemalige Soldaten oder Offiziere, gaben sich überlegen oder prahlten einfach und gaben mit ihren Fertigkeiten an. Var weiß nicht, ob es vielen Leuten wie ihr gelang, ihre Identität geheimzuhalten.

Im Februar 1979 erreichte die Nachricht das Dorf, daß vietnamesische Truppen im Anmarsch seien. Alle Kader und Soldaten der Roten Khmer flohen aus diesem Gebiet. Kurz darauf kamen einhundert vietnamesische Soldaten mit acht Panzern im Dorf an. »Sie taten nichts«, sagt Var; sie errichteten nur ein Lager und bewachten es. Dann gingen sie im Dorf herum zu den Leuten, kümmerten sich um die Kranken, verteilten Medizin an die, die welche brauchten, und holten Wasser für einige Leute. Einige der Dorfbewohner waren besonders unterernährt. Die Vietnamesen töteten einen Büffel und gaben ihnen das Fleisch. Schließlich öffneten sie die »Wirtschaftshalle« (*kleang setakek*), die die Roten Khmer eingerichtet hatten, nahmen daraus Reis und Salz und verteilten es an die Dorfbewohner. Die Halle enthielt außerdem ein großes Lager an Silbergeschirr, Töpfen und Sachen, die die Roten Khmer den Leuten abgenommen hatten. Die

Vietnamesen forderten die Dorfbewohner auf hineinzugehen und sich zu nehmen, was sie brauchten. Var sagt, die Leute mochten die Vietnamesen, obwohl sie kaum Khmer sprechen konnten und nicht von kampucheanischen Beamten begleitet waren.

Var erzählt, daß sie sich mit einem vietnamesischen Offizier mit einem Stern an der Mütze angefreundet habe. Da sie nicht zum *kleang setakek* gegangen war, kam er zu ihrem Haus und sagte ihr, sie könne auch hingehen und sich nehmen, was sie brauche. Var erwiderte ihm, daß sie nicht viel brauche, da sie vorhabe, so bald als möglich nach Phnom Penh zurückzukehren, die Vietnamesen hätten ja die Erlaubnis dazu gegeben. (Zu diesem Zeitpunkt, gibt Var an, habe sie noch nicht einmal erwogen, nach Thailand zu fliehen.) Der Offizier bot Var an, mit den vietnamesischen Soldaten zurückzugehen, sobald sie aufbrachen. Var ging schließlich doch zum *kleang setakek* und nahm etwas Zucker, Reis und Fleisch für sich und ihre Kinder. Als Var dem Offizier erklärte, daß die Leute fürchteten, die Roten Khmer-Soldaten würden zurückkommen und sie bestrafen, wenn die Vietnamesen abgezogen seien, erwiderte ihr der Offizier, daß diese Gefahr kaum bestünde, da die vietnamesischen Truppen überall seien.

Nach nur vier Tagen, während denen niemand im Dorf arbeitete, sondern ein großes Fest gefeiert wurde, zogen die vietnamesischen Truppen ab in Richtung Battambang. Fünfzig oder sechzig Familien aus Phnom Penh folgten ihnen mit einigem Abstand. (Von diesen Familien hatten nur zwei unter zehn nicht den Vater verloren, wie Var erklärt.) Vars Bruder war zu diesem Zeitpunkt krank, so daß sie beschloß, mit der Rückkehr nach Phnom Penh zu warten, bis es ihm besser ginge. Etwa acht Kilometer vom Dorf entfernt gerieten die Rückkehrenden in Minen, die von den Soldaten der Roten Khmer gelegt worden waren, und viele von ihnen wurden getötet. 16 Kilometer weiter kampierten die Überlebenden für die Nacht in einiger Entfernung von den vietnamesischen Truppen. Sie wurden während der Nacht von Soldaten der Roten Khmer angegriffen, die Handgranaten unter sie warfen. Var hörte, daß bei diesem Angriff fast alle umkamen. Offensichtlich wurde das vietnamesische Lager dicht daneben nicht angegriffen.

In Andaung Klong zogen wieder Soldaten der Roten Khmer ein. Sie hielten sich nur während des Tages im Dorf auf und waren »ruhiger« als früher. Sie fragten, wer mit den Vietnamesen kollaboriert habe, wer den Vietnamesen erlaubt habe, den Büffel zu töten und den *kleang setakek* zu öffnen. Die verängstigten Bauern antworteten, daß die Phnom Penh-Leute das getan hätten, obwohl jeder daran beteiligt gewesen war, wie Var sagt. Unterdessen hielt Var sich in ihrem Haus versteckt; die Bauern sagten den Khmer Rouge, sie sei mit den anderen Phnom Penh-Leuten fortgegangen und vermutlich von einer Mine getötet worden. Im benachbarten Dorf Srae

Memai erschossen die zurückkehrenden Roten Khmer 17 Männer, die sie der Kollaboration mit den Khmer Serei (oder »Freien Khmer«, einer rechtsgerichteten Guerilla-Gruppierung) beschuldigten.
Die Leute in Andaung Klong hatten Var mehrmals gefragt, ob sie nicht mit ihnen nach Thailand fliehen wolle, aber sie hatte es nie gewagt. Am Ende der ersten Märzwoche schließlich wurden alle Kader und Soldaten der Roten Khmer in Thmar Puok zu einer großen Versammlung zusammengerufen. Viele gingen dorthin. Var erzählte denen, die durch ihr Dorf kamen, sie wolle fischen gehen, und ging nach Srae Memai. Dort traf sie sich mit Leuten, die sie während der letzten zwei Jahre kennengelernt hatte, und kurz darauf brachen sie nach Thailand auf; fast das ganze Dorf Srae Memai floh; Var war die einzige aus Phnom Penh in einer Gruppe von 207 Flüchtlingen, die am 12. März 1979 in Thailand ankamen.

April 1979

Ben Kiernan
Die Volksrepublik Kampuchea: die ersten vier Monate

Im Dezember vergangenen Jahres erörterte die *Far Eastern Economic Review* die Aussichten der FUNKSN Heng Samrins und zitierte dabei westliche Geheimdienstquellen: »Es sieht so aus, als ob die ›Front‹ überraschenderweise Unterstützung aus der Bevölkerung erhielte.«
Nach dem Sturz Pol Pots im Januar 1979 zitierte die *Review* dieselben Quellen, die besagten, daß es in einigen Gebieten zu »spontanen und vereinzelten« Aufständen der einheimischen Bevölkerung gegen Pol Pot gekommen sei und daß die Bevölkerung den vietnamesischen und Heng Samrins Truppen Unterstützung leiste bei ihrem Versuch, das Land von den besiegten Truppen zu säubern und Waffenverstecke auszugraben (*Far Eastern Economic Review*, 22. 12. 1978, 26. 1. 1979).
Viele Flüchtlinge, die vor den Kämpfen in Kampuchea nach Thailand geflohen sind, berichten ebenfalls, daß die Bevölkerung die vietnamesischen und Heng Samrins Truppen begrüßt habe und daß gute Beziehungen zwischen ihnen bestünden.
Zum Beispiel wurden im Februar mehrere Bauern aus Nordkampuchea im Flüchtlingslager Surin in Thailand von internationalen Beobachtern befragt. An Hian, 22, gab an, daß »die Vietnamesen vier Tage im Dorf blieben. Sie verlangten keine Lebensmittel, sondern verteilten Kochgeräte, so daß die Dörfler einzeln essen konnten, wenn sie wollten. Ich möchte nicht nach Kampuchea zurück, weil Pot Pol wieder an die Macht kommen könnte.«

Suon Sophoat, 25, berichtete ebenfalls, daß die Vietnamesen »Essen verteilten und das Gemeinschaftsessen abschafften«. Non Loc, 76, bestätigte das und fügte hinzu: »Sie verteilten auch andere Dinge an die Leute.« Er erzählte, daß die Pol Pot-Truppen in seinem Dorf Kouk Mon seit 1975 140 Menschen getötet hätten; er traute ihnen nicht, als sie die Bauern zu einer Versammlung zusammenriefen, nachdem sich die vietnamesischen Truppen zurückgezogen hatten, und floh nach Thailand.

Khmer-Flüchtlinge und solche chinesischer Abstammung aus Kampuchea, die am 21. Mai im Lager Aranyaprathet in Thailand von Chanthou Boua und dem *Newsweek*-Korrespondenten James Pringle befragt wurden, lieferten einige neuere Informationen. Zu dem Nahrungsproblem, das droht, da der anhaltende Krieg die Bauern am Reispflanzen hindert, sagte einer von ihnen:

»Es wird sicher Hungersnot geben. Alle werden sterben, werden in den nächsten drei oder vier Monaten verhungern. Jetzt ist Pflanzzeit; überall regnet es, aber niemand kann auf die Felder, um etwas zu tun. Die Vietnamesen sagten uns, wir sollten rausgehen und mit dem Pflanzen anfangen, aber überall wird noch gekämpft und in den Reisfeldern liegen Minen, die die Pol Pot-Truppen gelegt haben . . .«

Obwohl die Antwort auf die Frage: »Wer ist verantwortlich für all das, was in Kambodscha geschehen ist?«, einstimmig lautete: »Pol Pot . . . Pol Pot . . . Pol Pot«, waren die Ansichten darüber geteilt, was die neue Regierung zur Lösung des Nahrungsproblems tat. Ein Flüchtling sagte: »Die Vietnamesen sind zu beschäftigt (damit, gegen Pol Pot zu kämpfen), um das Nahrungsproblem anzugehen.« Ein anderer sagte: »Wir haben gesehen, wie unsere Lebensmittel mit Flugzeugen und Lastwagen abtransportiert wurden«, während ein dritter bemerkt: »Ich habe nicht gesehen, daß Vietnamesen Reis aus Kambodscha fortgebracht haben.« Allgemein äußerten sich auch die Flüchtlinge in dem Sinn: »Die Roten Khmer töteten Menschen, wie man Ameisen tötet . . . Pol Pot ist schlimmer als Hitler – ein Faschist . . . Die Vietnamesen haben uns keinen Reis gegeben, aber sie haben uns auch nichts getan.« Auf die Frage, ob es Anzeichen dafür gebe, daß die Heng Samrin-Regierung sie töten könnte, antworteten sie: »Sie waren freundlich zu uns, aber es ist Kommunismus . . .«

Frühere Ankömmlinge hatten die Nachricht mitgebracht, daß die besiegten Pol Pot-Truppen darangingen, Leute in großer Zahl umzubringen, die auf irgendeine Weise mit der neuen Regierung zusammengearbeitet hatten (s. *Nation Review,* Melbourne, 5. 4. 1979 und 24. 5. 1979).

Es wird berichtet, daß über einen Monat nach dem Regierungswechsel ein geheimes Treffen zwischen Vertretern der Kommunistischen Partei Thailands und den Pol Pot-Truppen in Kampuchea stattfand. Einem detaillierten Bericht in der (im allgemeinen anti-vietnamesischen) Wochenzeitung *Thai Nikorn* zufolge, die in thailändischer Sprache erscheint, wurde auf

dem Treffen unter anderem »festgestellt, daß etwa 80% der Bevölkerung in Kampuchea die Heng Samrin-Gruppe unterstützen«. Der Bericht über das Treffen merkt weiterhin an:

». . . Eine große Anzahl von Pol Pot-Soldaten hat heimlich Kontakte mit der Heng Samrin-Regierung, weil sie 1. besorgt sind über das Schicksal ihrer Familien und Verwandten und, 2. ganz zufrieden sind mit der Politik der Heng Samrin-Regierung, vor allem was die Gewährung gewisser Freiheiten in bezug auf Eigentum, Wohnsitz, usw. betrifft.
Nicht wenige Pol Pot-Soldaten geben an, daß sie die Heng Samrin-Regierung sofort hundertprozentig unterstützen würden, wenn diese die vietnamesischen Soldaten umgehend aus dem kampucheanischen Territorium vertreiben könnte. Könnte die Heng Samrin-Regierung das aber nicht, so wären sie nur begrenzt bereit, sie zu unterstützen.«

Interessanterweise befaßte sich das Treffen, laut *Thai Nikorn,* dann mit den Khmer Serei, antikommunistischen Guerillas aus Kampuchea in Thailand.

». . . Eine ganze Reihe von Khmer Serei konnten sich nicht dazu überwinden, dem Rat einiger großer Länder zu folgen und mit Pol Pot im Kampf gegen Heng Samrin zu kooperieren. Sie sind wütend über Pol Pots Massaker und die Beschlagnahmung von Eigentum und bis zu einem gewissen Grad zufrieden mit der demokratischen Politik der Heng Samrin-Gruppe. Deshalb kooperieren sie offen und geheim mit der Heng Samrin-Regierung. Sie haben nicht gezögert, der Heng Samrin-Regierung detaillierte Informationen zu liefern über die Aktivitäten extremer rechtsgerichteter Gruppierungen in Thailand und einiger großer Länder hinsichtlich Kampucheas.« (*Thai Nikorn,* 14. Mai 1979, S. 14-16).

Die Khmer Serei selbst verfaßten ebenfalls im Februar einen Bericht über die Lage in Kampuchea. Dort heißt es:

»Die Heng Samrin-Regierung hat den Bewohnern die Freiheit zurückgegeben. Die Leute erhielten Erlaubnis, die Kooperativen zu verlassen, wo sie von den Roten Khmer ›eingeschlossen‹ worden waren, und in ihre Dörfer zurückzukehren. Die Vietnamesen waren von Dolmetschern oder kleinen Gruppen von Soldaten aus der neuen Volksarmee begleitet . . . Im allgemeinen verhielten sie sich anständig und verteilten sogar kleine Vorräte und Medikamente an die Leute. Sie drängten die Dorfbewohner, neue Dorfkomitees zu wählen, und unterstützten oft die Bewaffnung von Selbstverteidigungseinheiten . . . Die Dörfler arbeiten (jetzt) einen halben Tag für den Staat an kollektiven Aufgaben wie dem Pflanzen von Reis und Bewässerungsarbeiten. Den Rest des Tages können sie für sich selbst arbeiten . . . Im allgemeinen scheinen die Leute glücklich.« (*AFP*-Bericht von Joel Henri, Bangkok, 3. März 1979).

Es ist bezeichnend, daß die Khmer Serei-Führung bereits beschlossen hatte, an der Seite der Pol Pot-Truppen gegen Heng Samrin und die Vietnamesen zu kämpfen, bevor dieser Bericht veröffentlicht wurde (s. *Business Times,* Bangkok, 2. 5. 1979). Militärische Quellen in Thailand berichteten ebenfalls im Februar, daß »die meisten Kampucheaner jetzt positiv gegenüber dem neuen Regime unter der Führung von Heng Samrin eingestellt sind« (*Nation Review,* Bangkok, 16. 2. 1979).
Ende März besuchten zwei nicht-kommunistische Journalisten, Harish Chandola von *Asiaweek* und Jean-Pierre Gallois von *Agence France Press* (*AFP*) mehrere Provinzen in Kampuchea. Beide lieferten Belege dafür, daß das Pol Pot-Regime mörderisch gewesen sei und daß die Straßen im

östlichen Kampuchea voll seien von Leuten, die in ihre Heimat zurückkehrten, nachdem sie aus den Orten, wohin sie das Pol Pot-Regime zur Arbeit geschickt hatte, befreit worden waren (*Nation Review*, Bangkok, 21. 3. 1979).

Gallois, der angibt, er habe unbeaufsichtigt mit einer Reihe von Kampucheanern sprechen können, schreibt in einem Bericht aus Phnom Penh:

»Die Kambodschaner, die in diese kaputte Stadt zurückgekehrt sind, haben das Gefühl, von der nicht-kommunistischen Welt aufgegeben worden zu sein. Sie können nicht glauben, daß alle westlichen Länder auch weiterhin die Existenz und Legalität der Pol Pot-Regierung anerkennen. Sie können nicht verstehen, wie die Vereinten Nationen ihre Ansichten einfach ignorieren können und stattdessen versuchen, ihre einzige Unterstützung von außen zu zerstören, ohne einen Ersatz zu finden, der sie gegen eine Rückkehr Pol Pots schützen könnte. Im Dorf von Chang Chamreh vor den Toren Phnom Penhs kam dutzende von Malen dieselbe Frage: ›Und was tun Frankreich und die Vereinigten Staaten?‹ Die Leute von Chang Chamreh hören jede Nacht westliche Nachrichtensendungen in der Hoffnung auf eine Antwort.

Das Kambodscha, das Pol Pot überlebt hat, ist wie ein verstümmelter Leichnam, der wieder zum Leben erwacht . . .

. . . Der Besucher, der heute mit den Menschen in Phnom Penh spricht, verläßt sie mit der Überzeugung, daß das Volk vom Kambodscha, wenigstens für den Moment, nur Dankbarkeit und Beruhigung empfindet über die Gegenwart der Vietnamesen hier« (*AFP*, 25. 3. 1979).

Kürzlich sprach ich ausführlich mit einem Khmer-sprechenden thailändischen Bauern aus einem Grenzdorf, der darum bat, nicht genannt zu werden. Er sagte, er sei im April fünf Tage jenseits der Grenze in Kampuchea gewesen, um nach Verwandten zu suchen, die dort lebten. Er besuchte sowohl Samrong, die Hauptstadt der kampucheanischen Provinz Oddar Meanchey, als auch das Dorf Trabek und andere Ortschaften. Er sagte, er habe herausgefunden, daß alle seine Verwandten bis auf zwei während der Pol Pot-Zeit gestorben oder getötet worden seien. Die beiden Überlebenden hatten sich der Armee Heng Samrins angeschlossen, die, wie er sagte, bei der Bevölkerung wohlgelitten sei und die Provinz unter guter militärischer Kontrolle habe. Nach vietnamesischen Truppen befragt, gab er an, er könne nichts über sie berichten aus Mangel an Information.

Der Bauer berichtete, daß in Samrong jetzt Massengräber ausgegraben würden; sie enthielten die Leichen von Opfern der Pol Pot-Soldaten, deren Hände noch an den Gelenken gefesselt seien. Viele der Toten seien Mönche. Die Heng Samrin-Regierung fördere jetzt wieder die Praktizierung des Buddhismus; seiner Meinung nach sei dies ein populärer Schritt.

Er sagte, die Leute hätten ihm erzählt, daß sie jetzt besser äßen als 1978 unter Pol Pot. Lebensmittel seien zwar noch knapp, aber es gab keinen Hunger, als er dort war, berichtete er. Er habe gehört, daß »die Khmer einige Zeit lang auf sich selbst angewiesen sein würden« mit nur begrenzter russischer Hilfe, da die Vereinten Nationen die neue Regierung nicht anerkannten. Insgesamt sei die Stimmung aber durchaus gut, da die Leute in Kampuchea überglücklich seien, das Pol Pot-Regime los zu sein.

Dies scheint ein allgemeines Gefühl zu sein, wenn es auch nicht alle teilen. Ein Khmer, ein ehemaliger Krankenträger der Pol Pot-Truppen, kam am 11. Mai aus einem Dorf in Oddar Meanchey ins Lager Surin in Thailand. Er erzählte internationalen Beobachtern, daß die vietnamesischen Truppen die einheimische Bevölkerung »recht gut« behandelten; er sagte jedoch auch, daß die Vietnamesen einige Angehörige der Heng Samrin-Kräfte verdächtigten, Pol Pot zu unterstützen, und daß er gesehen habe, wie die Vietnamesen einige von ihnen entwaffneten.

Während der Flüchtlingsstrom aus Kampuchea nach Thailand aufgrund der fortgesetzten Kämpfe anhält (viele der Flüchtlinge marschieren unter dem Geleitschutz bewaffneter Pol Pot-Soldaten, selbst noch auf thailändischem Territorium), gehen einige Flüchtlinge freiwillig zurück. Sie, die vor dem Regierungswechsel aus Kampuchea flohen, sind unterwegs nach den friedlichen Gebieten des Landes, wo die Pol Pot-Kräfte nicht länger aktiv sind. Bis Anfang Mai hatten, laut der Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen, zwischen 800 und 1000 Khmer aus dem Lager Surin den Rückweg in die Heimat angetreten. Weitere Berichte besagen, daß bis Ende Mai weitere 1000 aus dem Lager Aranyaprathet in Thailand in die von Heng Samrin kontrollierten Gebiete Kampucheas zurückgegangen seien.

Die allgemeine Beliebtheit der neuen Regierung in Kampuchea ist vor allem eine Auswirkung der extremen Unbeliebtheit ihrer Vorgänger. Trotzdem mußte sie tief eingewurzelte, traditionelle ethnische Vorurteile zwischen Kampucheanern und Vietnamesen überwinden. Die Berichte über das gute Benehmen der vietnamesischen Truppen, die nahezu alle Kampucheaner, die mit ihnen in Kontakt kamen und jetzt in Thailand sind, geben, sind nicht typisch für Berichte über Invasionsarmeen; und schon gar nicht dafür, wie die Kampucheaner früher über die Vietnamesen sprachen.

Zehntausend Einwohner Kampucheas chinesischer Abstammung, die Anfang Mai die Grenze nach Thailand überschritten, scheinen jedoch deutlich eine Ausnahme zu machen. In einem Brief, den sie nach ihrer Flucht an die chinesische Botschaft in Bangkok richteten, wiesen diese Flüchtlinge auf zwei Dinge hin. Erstens seien in den Jahren 1975-78 mehr als eine halbe Million Einwohner chinesischer Abstammung in Kampuchea gestorben oder getötet worden. (Ein Flüchtling gab an, daß die chinesische Botschaft »nichts« getan habe, um die Kampucheaner chinesischer Abstammung während dieser Periode zu schützen.) Nach dem Regierungswechsel im Januar, so fährt der Brief fort, sei ihnen gestattet worden, frei zu reisen und ihren Lebensunterhalt zu verdienen (*Bangkok Post*, 11. 5. 1979). Aber im Mai wurde zunehmend »Druck gegen sie« ausgeübt, und die Vietnamesen »säten Zwietracht zwischen den Kampucheanern und den Chinesen aus Übersee«.

Als er dazu befragt wurde, erzählte einer der Flüchtlinge den Journalisten,

daß es »wenige direkte Mißhandlungen durch die vietnamesischen Truppen in Kampuchea gab«. In dem Brief hatten die chinesischen Flüchtlinge aus Kampuchea jedoch angegeben, daß man sie verantwortlich gemacht habe für Pekings Unterstützung der Pol Pot-Regierung; das führte bei den einfachen Leuten zu einem großen Haß auf die Übersee-Chinesen. »Sie schlugen sie und nahmen ihnen ihre Sachen weg nach der vietnamesischen Besetzung«, erklärt der Brief (*Business Times*, 16. 5. 1979).
Nicht viel später, so wird berichtet, gaben vietnamesische Offiziere in der Provinz Battambang in Kampuchea bekannt, daß alle Personen chinesischer Abstammung, die Kampuchea verlassen und nach Thailand gehen wollten, dies tun könnten. Tausende wurden in Lastwagen an die thailändische Grenze gebracht. Nach Presseberichten (z. B. *Business Times*, 17. 5. 1979) wurden sie gegen Bezahlung in Gold transportiert. Ein chinesischer Flüchtling im Lager Aranyaprathet bestritt dies jedoch während eines Interviews vom 21. Mai und sagte: »In der chinesischen Zeitung stand, wir hätten dafür zahlen müssen, aus Kampuchea herauszukommen, aber das ist nicht wahr. Wir wurden beraubt, sobald wir die Grenze passiert hatten.« Ein anderer Flüchtling wurde über den Unterschied zwischen den Regimes von Pol Pot und Heng Samrin befragt. Er antwortete:

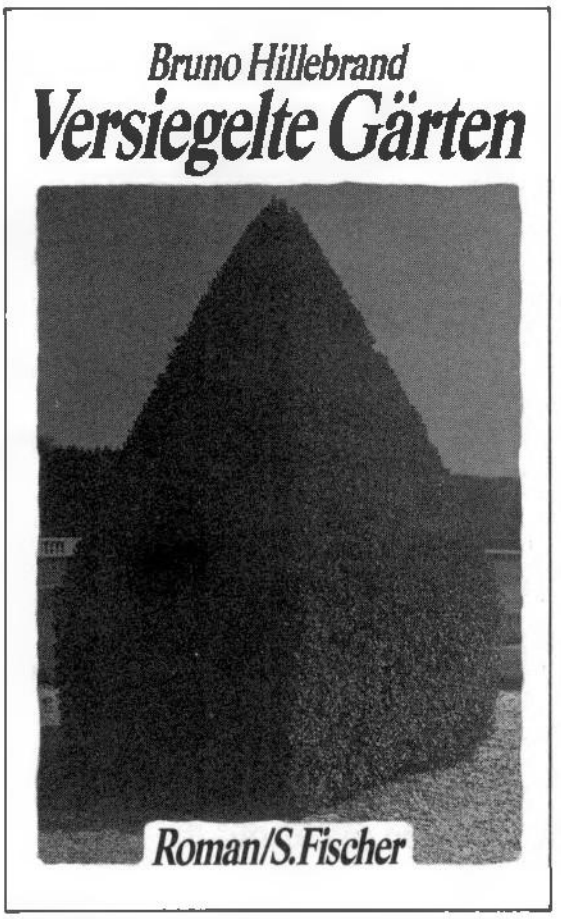
»Es gibt da keinen großen Unterschied, aber unter den Vietnamesen hatten wir wenigstens unsere eigenen Töpfe und Pfannen ... Heng Samrins Anhänger bringen auch keine Leute um.«
Weshalb denkst du dann, daß Heng Samrin auch nicht besser ist als Pol Pot?
»Weil sie sehr hart zu den Chinesen sind, ... aber nicht zu den Khmer.«

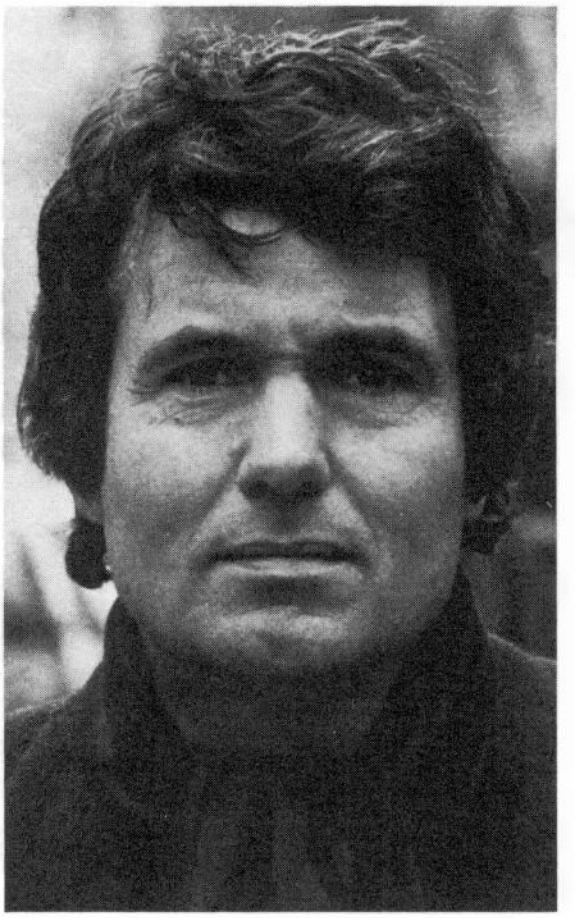
Es ist sehr gut möglich, daß die Vietnamesen und die Heng Samrin-Regierung die Chinesen in Kampuchea (vielleicht fälschlicherweise) als ein potentielles Sicherheitsrisiko betrachten im Hinblick auf Chinas feindliche Haltung gegenüber Vietnam und der neuen Regierung in Kampuchea.
Nach Meinung der übrigen Bewohner Kampucheas jedenfalls scheint die Heng Samrin-Regierung in den ersten vier Monaten ihrer Amtsausübung einen eindrucksvollen politischen Anfang gemacht zu haben. Es bleibt abzuwarten, ob sie ihre offensichtliche Popularität aufrechterhalten kann, ob es ihr gelingen wird, endgültig mit den Resten von Pol Pots Armee und seinen ausländischen Helfern fertigzuwerden und Kampuchea angesichts einer drohenden schweren Hungersnot aus dem wirtschaftlichen Ruin wieder herauszubringen.

Juni 1979

Aus dem Englischen von Helga Scheller

Die zerbrochene Poesie der 50er und 60er Jahre.



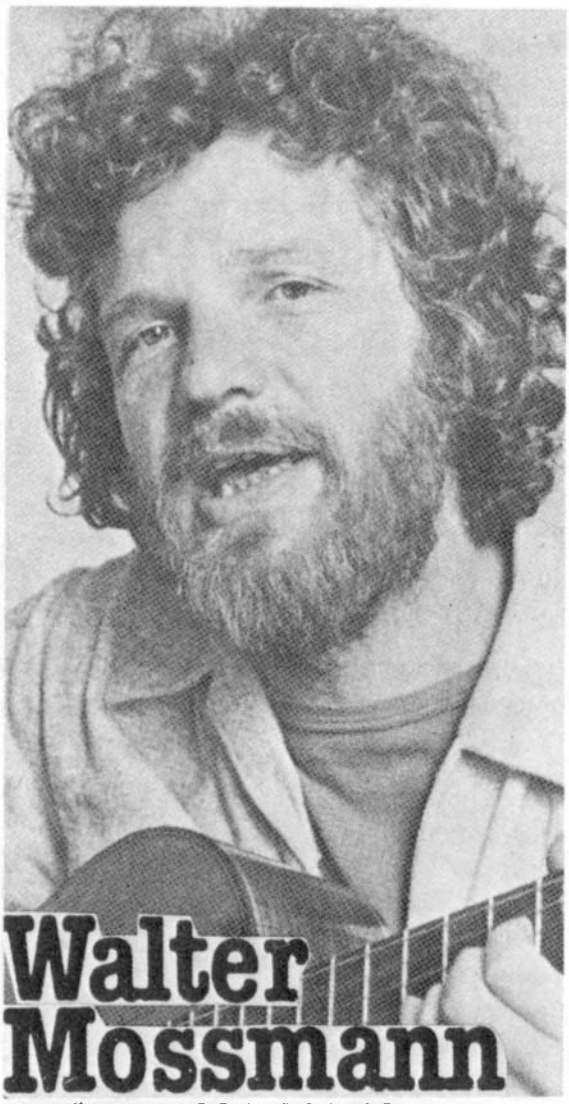


Der Roman »Versiegelte Gärten« erzählt in traumhaft poetischen Erinnerungsbildern die Geschichte jener Generation, die den Wiederaufbau über sich ergehen ließ, der Religion, Kunst und Philosophie zum glücklichen Leben nicht mehr genügten und der die Utopie der harmonischen Zweisamkeit zerrann.

Bruno Hillebrand
Versiegelte Gärten
Roman. 326 Seiten,
geb. DM 32,–

S. Fischer

neue Schallplatten



FRÜHLINGSANFANG
DoLP US-53

*Lied für meine radikalen Freunde * Ballade von der Rentnerin Anna Mack * Ballade von Jaime * Shtil di nacht iz oysgesternt * Ballade vom toten Matrosen * Lied vom Lebensvogel * Auch ich war in Italien (Valpolicella) * Momentaufnahme 1 (Sheba) * Ballade von Heiteren * Radio Grün * Grußadresse * Hamburger Süßholz * Ballade vom zufälligen Tod * Freiheitsbüchlein * Momentaufnahme 2 (Sense) *

Außerdem im Programm:

Neue Flugblattlieder	LP	US-31
Flugblattlieder	LP	US-10

Bitte kostenlos unseren Almanach anfordern

3 TORNADOS
Rundschlag am Mittag
LP US-50

" ... bitterscharfe Mono- und Dialoge, Lieder, die so präzis sind, daß die Spannung zwischen Betroffenheit und platzendem Gelächter erhalten bleibt ... " (Pflasterstrand)

EVA VARGAS
Bis die Steine blühn
LP US-56

Liedermacherin und Songpoetin, so alt wie der Wind, so jung wie jedes Kind. Ihre achte LP. Gleichzeitig erschien ein Gedichtband von Eva Vargas "Streichel-Haft" im Trikont-Verlag, 88 Seiten, 10 DM

DAN DARE
LP US-51

Liedermacher und Tramp, Straßen- und Kneipenmusiker aus London.

RESISTERS
LP US-52

Rockgruppe aus London. Aus der Bewegung "Rock against Racism".

KAPINGBDI
LP US-57

Rock – Jazzrock – Afrikanische Musik. Aus Liberia - Westafrika.

SCHROEDER ROADSHOW
Anarchie in Germoney
LP US-58

" ... endlich hat eine deutsche Band das eingelöst, was man vom deutschen Rock schon immer erwartet hat ... " (Bayer. Rundfunk)

CANTO GENERAL
LP US-59

Großer Chor und Orchester aus Tübingen mit Werken von Theodorakis und Neruda

DICKE LIPPE Jagdfieber
LP US-54

Straßenmusiker aus dem Ruhrgebiet. Radikal, witzig, populär.

aus dem TRIKONT VERLAG

KISTLERSTR. 1 8000 MÜNCHEN 90

Tom Nairn
Das Elend des Internationalismus

Ein ehrwürdiges Gespenst geistert seit mehr als hundert Jahren durch die Reihen der sozialistischen Bewegung. Wie Hamlets Vater erscheint es stets im psychologisch entscheidenden Moment über den Köpfen der Genossen und überschüttet sie mit einer Mischung seiner bekannten Mahnungen, Vorwürfe und düsteren Prophezeiungen.

Selbstverständlich tragen wir alle etwas von diesem Gespenst in uns. Es ist der große gemeinsame Vorfahre all unserer Parteien, Sekten und Kampforganisationen, eine mehr oder minder unantastbare Vaterfigur für riesige sozialistische Staaten wie für winzige sozialistische Gruppen. Es trägt einen langen und ziemlich zerfledderten Bart, der uns in unseren gemeinsamen Tagträumen wie eine ununterscheidbare Mischung der Bärte von Lenin, von Engels, von Marx und vom lieben Gott persönlich vorkommt.

Dieser Geist trägt den ehrenwerten Namen »Internationalismus« und verdient mehr Aufmerksamkeit, als ihm gewöhnlich zukommt. Wie man den Krieg nicht den Generalen überlassen sollte, so ist auch der »Internationalismus« zu wichtig, um den Internationalisten überlassen zu bleiben. Seit 1871 steht fest, daß er keineswegs den Leib des Sozialismus darstellt und ebensowenig seinen Kopf, wenn auch die Kollektivschuld, die er verkörpert, sicher einen Einfluß auf unser Denken gehabt hat. Aber viele sehen im Internationalismus so etwas wie die Seele des Sozialismus bzw. des Kommunismus, mit anderen Worten: das unbestreitbare, moralisch höchste Gut, das man bisweilen aus dem Auge verlieren, niemals aber aufgeben darf. Jeder weiß, daß er allen, die sich von ihm lossagen, seine tödlichen Blitze hinterherschleudert und sie zu chauvinistischer Verderbnis und finsterster Reaktion verdammt.

Im folgenden will ich an den alten Burschen ein paar Fragen stellen, die vornehmlich aus dem Blickwinkel eines Nationalisten formuliert sind. Kann man ohne den Internationalismus auskommen? Ist unter all den ehrfurchtgebietenden Gewändern dieser halben Heiligenfigur ein rationaler Kern verborgen? Warum tritt er uns als ständig grollender Urahne entgegen, statt als unser hoffnungsvolles Kind zu gelten? Können wir hoffen, jemals wieder unseren Frieden mit ihm zu machen, also wirklich mit ihm zu leben statt von ihm verfolgt zu werden?

Beginnen wir mit einer grundlegenden Unterscheidung. Internationalismus meint, was das Wort sagt: ein Bekenntnis, das sich (nicht unbedingt besonders bewußt) zu einem »ismus« entwickelt hat, der seine eigene Systematik ausbildet und – wie andere Begriffssysteme auch – seine eigene Logik. Einige der recht erstaunlichen Eigenheiten dieser logischen Struktur will ich weiter unten erörtern. Zunächst jedoch gilt es, diesen »ismus« und die *internationale Realität* unbedingt auseinanderzuhalten.

»Internationalität« ist – zumindest in der englischen Sprache – ein nicht unbedingt gängiger Begriff, in unserem Zusammenhang erfüllt er jedoch allemal seinen Zweck. Ironischerweise weist das *Oxford English Dictionary* diesen Begriff erstmals im Jahre 1864 nach, im Gründungsjahr von Marxens erster Internationale. »Eine französische Pferderennbahn ist natürlich nicht wie eine englische. Die Internationalität ist noch nicht so vollkommen entwickelt«, schrieb damals der *Daily Telegraph* und trieb damit die Sprache eines kaum verhüllten Großmacht-Chauvinismus auf die Spitze, der im Laufe der Zeit im Konzert der Internationalisten noch einen höchst bemerkenswerten Part gespielt hat. Seitdem sind sich, je weiter die materielle Zivilisation fortgeschritten ist, die Rennbahnen auf der ganzen Welt in der Tat immer ähnlicher geworden, ebenso wie die Fabriken, die Geschäfte, die Städte, die Verkehrsmittel, die Landwirtschaft und selbst die Menschen. Internationalität bezeichnet schlicht und einfach diese wachsende Tendenz, die aus der Entstehung des kapitalistischen Weltmarktes folgt: aus der Verbreitung neuer industrieller Produktionsmittel und der entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsbeziehungen, vor allem natürlich aus der Herausbildung der universalen neuzeitlichen Klassenstrukturen, d. h. der Industriebourgeoisie und ihres Proletariats – mithin aus all den schönen Dingen, die vom Kommunistischen Manifest ausgesprochen inbrünstig als materielle Grundlage für den zukünftigen internationalen Klassenkampf und sein unvermeidliches Ergebnis, die internationale Revolution, gefeiert wurden.

Lenin hat diese Lobeshymne auf seine Weise weitergesponnen. Der Marxismus, schrieb er, »setzt an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit, die vor unseren Augen wächst mit jedem Eisenbahnkilometer, mit jedem internationalen Trust, mit jedem . . . Arbeiterverband.«[1] Das Leitmotiv ist stets dasselbe: der unwiderstehliche Schub eines ökonomischen Prozesses, der alles standardisiert und einebnet, und der immer größere Operationsgebiete erfordert. Umso größer wird damit die gegenseitige Abhängigkeit der Völker und Nationen – und umso ähnlicher werden die Rennbahnen u. a.; umso hinfälliger auch jede Art von überkommenem Partikularismus, der

dieser Entwicklung nur im Wege steht. Bei Lenin hieß er »mittelalterlicher Partikularismus«, und das klassenbewußte Proletariat hatte ihn unter allen Umständen zu bekämpfen. Denn der Sozialismus durfte den Kapitalismus nicht einfach abschaffen, er mußte ihn übertreffen. Der Kapitalismus erforderte zu seiner Durchsetzung »die größten und am weitesten zentralisierten Staaten«, aber die brauchte auch der Sozialismus, um mit seiner noch weiträumigeren und noch mehr zentralisierten Planung zurechtzukommen.
Ich verweise an dieser Stelle auf Lenin, weil ich mich in erster Linie für den sozialistischen Internationalismus interessiere. Die Internationalität hat aber selbstredend nichts Linkes an sich. Sie ist bürgerlicher, kapitalistischer Fortschritt bis in die Knochen. Wir brauchen uns hier nicht noch einmal die verschiedenen Stadien dieses Prozesses vor Augen zu führen, vom Zeitalter des Manchester-Liberalismus bis zur Ära der »internationalen Trusts« und ihrer noch mächtigeren Nachfolger von heute, der »Multis«. Ihre Botschaft klang eigentlich immer ziemlich gleich, ob als Hymne oder als Fluch.

»Für unsere Geschäfte«, tönt Herr Jacques G. Maisonrouge von IBM, »haben die Grenzen zwischen den Nationen keine andere Bedeutung als der Äquator. Sie sind bloß bequeme Demarkationslinien zwischen ethnischen, sprachlichen und kulturellen Einheiten . . . Wenn das Management die Weltwirtschaft als eine solche begreift und akzeptiert, wird sich sein Markthorizont – und seine Planung – notwendigerweise ausweiten.«[2]

Auch sozialistische Zielvorstellungen haben noch allemal den Horizont geweitet. Und nicht nur das: wie unser IBM-Präsident setzten sich auch sie über alle unbequemen Demarkationslinien und über all die ethnischen und anderen »Einheiten« hinweg, die durchaus nicht begeistert reagieren, wenn ihre Grenzen wie der Äquator behandelt werden. Da steht der Revolutionär dem Büromaschinenhersteller in nichts nach.
Internationa*lismus* ist nicht einfach die ideologische Äußerungsform der Internationalität. Dennoch begegnet man seit Jahr und Tag immer wieder diesen einfältigen Argumenten, die sich mit Hilfe der unbestreitbaren Fakten der Internationalität eine falsche Rechtfertigung des Internationalismus erschleichen. Und wer immer sich des mittelalterlichen Partikularismus verdächtig macht, bekommt mit diesem Knüppel eins übergebraten: Wie können diese Spinner nur am Offenkundigsten vorbeisehen? An der Tatsache etwa, daß jeder neue Eisenbahnkilometer sie zu Statisten des historischen Prozesses verdammt, zu Figuren, die stets nur Chargenrollen spielen werden (oder überhaupt nie zum Einsatz kommen)! Für Kapitalisten wie für Sozialisten ist der Internationalismus eine bare Selbstverständlichkeit – eben aufgrund des immer umfassenderen objektiven und unwiderleglichen Wesens der Internationalität.
Ich führe diesen Argumentationstyp hier nur vor, um ihn zu erledigen. Das einzig Interessante an ihm ist, daß er wirklich so weit verbreitet ist – und durchaus nicht nur unter denen, die sich als Lohnschreiber oder Sprachrohr

des sowjetischen Staatswesens organisiert haben. All dies hat jedoch nichts mit der realen Welt der Dinge zu tun, sondern ist eine ideologische Erscheinung, auf die ich später noch zurückkommen werde. Was die Realität angeht, so brauchen wir uns nur in Erinnerung zu rufen, daß die allenthalben dominierende Begleiterscheinung der modernen Internationalität nichts anderes als der *Nationalismus* ist. Also keineswegs die logisch zwingende, höhere Vernunft des Internationalismus, sondern die unlogische, unordentliche, widerborstige, zersetzende und zersplitterte Wirklichkeit der Nationalstaaten. Nicht eine immer umfassendere »höhere Einheit«, sondern »Balkanisierungsprozesse«, eine Welt voll sperriger Ausnahmen von der für gültig gehaltenen Regel. Hier liegt der Hund begraben: die Ausnahmen sind zur Regel geworden. Und wenn wir unsere Theorie des historischen Materialismus auch nur ansatzweise selbst historisch-materialistisch betrachten wollen, dann kommen wir um den Gedanken gar nicht herum, daß sich all die Eisenbahnlinien und Büromaschinenverkäufer nur durch diese Balkanisierung hindurch realisieren. Das Wort Balkanisierung bezeichnet also mitnichten eine Kette von Zufällen, sondern den eigentlichen Gang der Dinge; nicht den verfluchten hirnlosen Widerstand gegen die vorwärtsdrängende Entwicklung, sondern diese Entwicklung selbst.
Über diese Tatsache setzt sich der falsche und vorschnelle Gedankensprung von der Internationalität zum Internationalismus hinweg. In gewisser Hinsicht ist die Idee des Internationa*lismus* lediglich ein geistiges Komplott, das sich aus verschiedenen Motiven und Methoden speist, und das wahrlich sehr tief im intellektuellen Weltbild des Westens verankert ist.
Wer seinen Verstand noch beisammen hat, wird seine Augen nicht verschließen können vor der wachsenden Interdependenz der weltweiten Ökonomie, vor dem ökonomischen Kalkül mit immer größeren Produktionseinheiten und Märkten, vor der zunehmenden Staatsintervention, vor der Rolle der multinationalen Konzerne, oder vor all den anderen Fetischen. Aber in gar keiner Weise haben sich diese Faktoren automatisch oder »logisch« in einen politischen oder historischen Trend zur Internationalisierung umgesetzt. Daher ist es grotesk, sie als Begründung für den ethischen oder politischen Wert des Internationalismus ins Feld zu führen.
An diesem Punkt mag uns eine naheliegende Analogie weiterhelfen. Der Beziehung zwischen internationalen Realitäten und Internationalismus entspricht etwa die zwischen Nationalität und Nationalismus. In beiden Fällen erwächst der »ismus« durchaus nicht automatisch oder direkt aus der realen historischen Einheit, für die er steht. Es gab und gibt Nationalitäten ohne Nationalismus. Theorien über den Nationalismus stimmen in der grundsätzlichen These überein, daß Völker und Nationen erst in einem bestimmten Stadium ihrer Geschichte einen Nationa*lismus* hervorgebracht haben, grob gesprochen seit dem 18. Jahrhundert. Vor dieser Zeit lassen sich zwar

eine ganze Reihe von Erscheinungen aufzeigen, die das Zeitalter politischer Nationalitäten vorwegzunehmen scheinen. Aber in Wirklichkeit hatten all diese Vorläufer keinerlei systematische Qualität, also keinen »ismus« aufzuweisen. Der bildete sich erst im Zeitalter einer Entwicklung heraus, welche die großen bürgerlichen Revolutionen und Reiche dem Rest der Welt im Namen des Fortschritts aufgedrängt haben. Der National*ismus* ist demnach eine vielschichtige und vielgestaltige Antwort auf weitreichende Neuorientierungen in der jüngeren und jüngsten Geschichte. Für ethnische Gemeinschaften und Völker ist er keineswegs etwas »Natürliches«, sondern – vor dem Hintergrund einer längeren Zeitperspektive – etwas überaus Neuartiges und Künstliches. Wohl hat der Nationalismus eine Ideologie hervorgebracht, die ihn als »natürliche Erscheinung« ausgibt, aber die gehört bloß zu seiner notwendigen Selbstdarstellung, keineswegs zur angeborenen Natur dieser Völker.[3]

Der Internationa*lismus* ist gleichfalls eine sehr allgemeine Reaktion auf eben dieselben allgemeinen Bedingungen. Wie der National*ismus* ist er weitaus zwiespältiger und komplizierter als die Selbstdarstellung, von der er lebt. Die kapitalistische Internationalität hat ja tatsächlich beides hervorgebracht, den Nationalismus wie den Internationalismus, und seit dem Aufstieg und Fall von Napoleons revolutionärem Frankreich stehen diese beiden politischen Weltanschauungen in einem stets unbequemen Spannungsverhältnis. Auf der ideologischen Ebene betonen die Nationalisten unablässig die Eigenständigkeit ihrer jeweiligen Geschichte und ihres ethnisch-sprachlichen Erbes und begründen damit ihren Glauben an eine unabhängige Entwicklung; die Internationalisten verweisen demgegenüber auf die Erweiterung des Eisenbahnnetzes, auf die unaufhaltsame Verbreitung von Coca-Cola, auf korporative oder staatliche Großstrukturen, darauf, daß überall »dieselben Probleme« auftauchen und so fort. Aber – so ist zu fragen – was wollen sie mit diesem ganzen ideologischen Aufwand eigentlich erreichen?

*Internationa*lismus

Der Internationalismus ist ein organischer Bestandteil der Ideenwelt des Nationalismus. Aber auch wenn beide Glaubensbekenntnisse unzweideutig aus der modernen Epoche der industriellen Entwicklung erwachsen sind, ist eines von beiden eindeutig das vorherrschende gewesen. Seit der umfassenden, von vielen Völkern getragenen Gegenwehr gegen die napoleonischen Eroberungsfeldzüge hat sich noch stets das Prinzip der politischen Nationalität als die offenbar unausweichliche Form herausgestellt, auf die sich fast alle neuen Staaten und alle internationalen Staatsverträge beziehen.

Insofern ist der Internationalismus als eine Funktion dieses siegreichen Prinzips anzusehen und nicht umgekehrt.
Der Internationalismus weist zwar oberflächliche Verbindungslinien zu bestimmten ideologischen Vorläufern auf (wie etwa zu religiösen Formen des Universalismus oder zum Kosmopolitismus der bürgerlichen Aufklärung), er ist aber in dem Maße neu und andersartig, wie es die Welt der Nationen ist, die ihn hervorgebracht hat. Er ist die fortwährende polemische Verdammung bestimmter Wesenszüge dieser Welt und gleichzeitig die ständige defensive Beschwörung ganz entgegengesetzter Wertvorstellungen – eben derjenigen, die der Internationalität zugerechnet werden. Diese inter-nationalen oder supra-nationalen Attribute wurden natürlich inhaltlich ganz verschieden ausgefüllt. Für den liberalen Internationalismus waren es die Wesenszüge, durch die sich die kapitalistischen oder freihändlerischen Strukturen auszeichneten, wenn sie sich nur ungehindert entwickeln könnten. Der proletarische und sozialistische Internationalismus identifiziert sie als die Prinzipien, die gerade *gegen* dieses System unterstützt werden müssen: als das demokratisch-volkstümliche Erbe, das ständig auf dem Altar von Profit und innerbürgerlichen Auseinandersetzungen geopfert wird. Aber in beiden Versionen ist der Internationalismus ganz deutlich Antithese und vorgestellte Überwindung des Bestehenden. Am Pranger steht eine sündige Welt, die im Namen von wirklich existenten und aktiven Werten verurteilt wird, welche sich nur noch nicht durchgesetzt haben. Aber eines Tages wird es so weit sein. Und das allein zählt in der Geschichte.

Ausgang oder Eingang?

Nach der internationalistischen Philosophie liegt über den Realitäten des Volksstaates und der Nation eine allgemeine höhere Ebene, und unsere heiligste Pflicht besteht darin, uns auf diese Ebene vorzukämpfen. Aber dieses neue Terrain ist offensichtlich nur schwer zu erreichen. Zwar gibt es einige historische Tendenzen, die uns dabei behilflich sind, andere aber legen sich auf immer bedrohlichere Weise quer. Da relativ wenige auch wirklich oben ankommen, darf man legitimerweise fragen, welche Funktion dieser Glaube für die anderen hat. Was *bewirkt* der Internationalismus eigentlich in einer Welt, die angesichts ihrer ethnischen Anarchie immer wieder aus dem Gleichgewicht gerät?
Internationalisten sind stets große Vereinfacher. Ihre ewige Leier ist: die Nationalität sei eine zweitrangige, illusionäre Dimension; nationale Auseinandersetzungen seien verkappte Klassenkämpfe u. ä. Wenn die Leute nur ihre wirklichen Probleme wahrnehmen würden, müßte ihnen klar werden,

daß die für alle gleich aussehen . . . und so weiter. Man ist versucht, den Internationalismus seinerseits genauso vereinfacht darzustellen, indem man ihm nur ein einziges Antriebsmotiv unterstellt. Aber damit täte man ihm Unrecht. Denn der Internationalismus ist eine Art Regenschirm-Begriff, seine Vorstellungswelt ist mehrfunktional. Eine dieser verdeckten Funktionen kann man aber wohl zu Recht besonders hervorheben, schon weil sie sich so deutlich von der Selbstrechtfertigung der internationalistischen Weltanschauung abhebt.

Der Internationalismus präsentiert sich als eine moralische Alternative zu dem Weg, den die Entwicklung der Weltgeschichte seit dem preußisch-französischen Krieg von 1870/71, seit dem Ende der ersten Internationale und (vor allem) seit 1914 eingeschlagen hat. Insofern diese Alternative so selten und so unvollständig in die Praxis umzusetzen war, stellt sich die Frage, ob das offensichtlich vorhandene Verlangen nach ihr immer echt gewesen ist. Die Aussichten, unsere schlechte Welt auf diesem Wege zu überwinden (bzw. hinter sich zu lassen), waren nie sehr groß. Aber andererseits gibt es das ständige Bedürfnis, irgendwie mit dieser schlechten Welt zurechtzukommen – sich auf dem Schlachtfeld zu bewegen, ohne am Leichengestank zu ersticken oder selbst ins Gras zu beißen. So gesehen war der Internationalismus eine hervorragende Möglichkeit, sich den miesen Realitäten anzupassen – gerade für Sozialisten.

Anpassung heißt nicht Anerkennung oder Zustimmung. In einem entscheidenden inneren Sinn kann sie das Gegenteil bedeuten. Als Individuen passen sich die Menschen einem unsagbaren Unglück oft genug durch äußerliche Flexibilität und innere Immunisierung an. Ein solches Unglück – in Gestalt einer Krankheit, eines Rivalen, eines Verlustes – kann ihr äugeres Verhalten ganz und gar bestimmen, innerlich für sie aber gänzlich unwirklich bleiben. Was ihr Leben völlig beherrscht, lernen sie als bloßen Zufall oder zeitweiligen Rückschlag wahrzunehmen. Die innere Bereitschaft, sich damit abzufinden, wächst erst allmählich und oft nur widerstrebend. Aber genau das macht es erträglicher, nicht nur, weil dabei »das Gesicht gewahrt« bleibt. Bewahrt bleiben kann dadurch womöglich viel mehr: der klare Verstand, vielleicht sogar das Überlebensvermögen – die Fähigkeit, sich dem Leben aufs neue zu stellen. Und das kann man mit Recht für das Allerwichtigste halten.

Sicher haben solche Vorgänge manchmal auch eine farcenhafte Seite. Die möchte ich hier nicht überbetonen; aber niemand, der einmal an einer nationalen Bewegung beteiligt war, kann einfach über sie hinwegsehen. In nationalistischen Bewegungen liegen nämlich Großartiges und Hirnverbranntes oft genug dicht beieinander – aber für den Internationalismus gilt genau dasselbe. Internationalistische Helden sind so häufig anzutreffen wie internationalistische Schwachköpfe, auch wenn das gern mit dem Mantel

der Frömmigkeit zugedeckt wird. Im schlimmsten Fall, und der liegt vom günstigsten weit entfernt, ist Internationalismus nur mehr ein Rückzug, um das Gesicht zu wahren; ein Rezept, das eher dazu taugt, die Reliquien des revolutionären Glaubens zu konservieren als die Kraft zum aktiven Handeln zu erhalten. Und er kann sogar zu einer gezielten Methode werden, um jedes aktive Handeln zu vermeiden – zum ständigen Bemühen, das Allerheiligste blindlings gegen die nationalistischen Vandalen zu verteidigen, ohne aus den aktuellen Revolutionen die fälligen Lehren zu ziehen.

In Momenten äußerster Verbitterung bin ich versucht, alle unsere schottischen Internationalisten in diesem Lichte zu sehen. Sie erinnern mich an den Vater Jakob in Ionescos Stück »Jakob oder der Gehorsam«[4]. Dieser Patriarch regt sich ständig über die Treulosigkeit und den Egoismus seines Sohnes auf, etwa so wie sich unsere gute alte Linke über den Aufstieg des Nationalismus aufregt. Am Ende faßt er vor Empörung bebend den Entschluß, seine Familie für immer zu verlassen:

»Du bist nicht mein Sohn. Ich verleugne dich. Du bist meiner Rasse nicht würdig . . . Ich bleibe nicht mehr hier. Ich will meiner Ahnenreihe würdig bleiben. Die ganze Tradition, die ganze, steht hinter mir. Ich räume das Feld.«

dieser totale Bruch mit der Familie treibt ihn aber nur bis ins nächste Zimmer – zum hohlen Ritual des Kofferpackens:

»Unwiderruflich, ich trete ab. Ohne Rücksicht auf Verluste. Nichts mehr zu machen. Ich gehe in mein Zimmer nebenan und packe die Koffer. Ihr seht mich nur noch zu den Mahlzeiten.«

Sohn Jakob läßt sich von dem ganzen Aufstand nicht beeindrucken, und das aufmüpfige Spielchen verflüchtigt sich in eine ebenso hohle Versöhnungsszene.

Sooo schlimm ist der Nationalismus schließlich auch wieder nicht. Vielleicht spricht sogar manches für ihn, und mit ihm abfinden muß man sich sowieso. Der in Ehren ergraute Prinzipienreiter läßt sich zuguterletzt durch die Mitteilung versöhnen, daß sein Sprößling nichts lieber ißt als Bratkartoffeln mit Speck.

»Mein Sohn, feierlich, komm in meine Arme. (Er umarmt ihn nicht). Genug. Ich komme auf meine Verstoßung zurück. Ich bin glücklich, daß du für Bratkartoffeln mit Speck schwärmst. Ich führe dich in den Schoß deiner Rasse zurück. In die Tradition. Ins Speckige. In alles. (Zu Jakobine) Aber er wird noch an die regionalen Bestrebungen glauben müssen.«

Empörte Unversöhnlichkeit verwandelt sich in knieweiches Einverständnis, der Kompensationsdrang folgt auf dem Fuße. Wie oft ist es in der Geschichte der Linken nach diesem Muster abgelaufen. Ob man das traurig oder komisch findet, hängt davon ab, wer sich dabei für was ins Zeug legt. Für falsches Bewußtsein bieten die heiligen Hallen des Internationalismus jedenfalls allemal so viel Raum wie das Zeltlager des Nationalismus.

In der Praxis erreicht der Internationalismus – ganz im Gegensatz zu seinen theoretischen Ansprüchen – sicher nur dies: eine vornehme allmähliche

Anpassung an die unwiderstehliche Ausbreitung des Prinzips politischer Nationalität und die Reinerhaltung des nicht-nationalen Gedankengutes des Sozialismus. Daneben erfüllt er aber auch andere Funktionen, auf die ich hier nur kurz hinzuweisen brauche. So läßt sich nicht leugnen, daß – wiewohl die Art von Weltliteratur, die das kommunistische Manifest 1848 in Aussicht stellte, sich nie herausgebildet hat – ein Großteil der modernen Kultur einen höchst internationalen Charakter angenommen hat.

Alle wirkliche Kunst wird selbstverständlich in einer national eigentümlichen Sprache formuliert, aber sie ist unbedingt auch auf den Kontrast zu und die Wechselwirkung mit anderen Kulturen angewiesen. In der Tat läßt sich herzlich wenig zugunsten des Eigengebräus an Romanen, Bildern und Ideen sagen, das von ultranationalistischer Seite propagiert wird. Internationalismus kann demgegenüber zur unerläßlichen wechselseitigen kulturellen Durchdringung beitragen.

In einem weiteren Sinne kann er dazu führen, andere Völker und ihre Erfahrungen erst einmal ernst zu nehmen. Im Unterschied zu Kosmopoliten leben die meisten Menschen in Hinterhöfen. Diese Lebensform prägt unvermeidlich auch die politische und kulturelle Existenzweise der einfachen Leute. Der fruchtbarste Weg, um den negativen Folgen dieser schlichten Tatsache entgegenzuwirken, ist der Internationalismus als Bemühen, sich bewußt über den eigenen Bereich hinaus zu orientieren und den Sinn von Erfahrungen anderer Menschen zu erschließen. Ohne solches Bemühen bleibt keineswegs nur die Kultur auf der Strecke. Auch die Menschen können ihren eigenen Hinterhof nur richtig begreifen lernen, wenn sie über ein Minimum an Vergleichserfahrungen und interkulturellen Perspektiven verfügen.

Oder betrachten wir das ganze aus dem Blickwinkel ethischer Überlegungen: nur die verbohrtesten Reaktionäre würden bestreiten wollen, daß im Namen des Internationalismus immer wieder anderen Völkern mit sinnvollen Aktionen geholfen wird, wie zum Beispiel den Opfern von politischen und Naturkatastrophen, den Verfolgten oder zu Unrecht Eingekerkerten in fremden Ländern usw. In dieser Hinsicht haben liberale, christliche und sozialistische Internationalisten vieles gemeinsam – genug jedenfalls, um deutlich zu machen, daß solch brüderliche Haltung durchaus keiner bestimmten Glaubensrichtung entspringt.

Ich erwähne all diese puren Selbstverständlichkeiten, weil jede Kritik des Internationalismus automatisch als unverfrorenes faschistisches Gerede oder ähnliches hingestellt wird. Was hat es nun aber mit den oben angeführten unentbehrlichen Orientierungen über den eigenen Gartenzaun hinweg auf sich? Die Sache liegt doch so, daß diese zwar durch den Internationalismus im pietistisch strengen Sinne gefördert werden mögen, aber ganz und gar nicht auf ihn angewiesen sind. Um diese Unterscheidung nachzuvollzie-

hen, braucht man sich nur den Schaden vor Augen zu führen, den die zugespitzte Form dieses »ismus« in den genannten Fällen anrichten kann: Künstler also, die glauben, sie könnten sich schnurstracks von ihrem Hinterhof in die Wolkenhöhen der neuesten internationalen Trends katapultieren; Intellektuelle, die sich einreden, die Wahrheit könne zum eigenen Hausgebrauch gleich in Containern importiert werden; politische Aktivisten, für die der »internationale Kampf« schließlich nur noch Ersatz für aktives Handeln im eigenen Hinterhof ist. Kurz und gut: es gibt einen Internationalismus, der als dialektischer Prozeß funktioniert, und eine rigidere, eher religiöse Spielart, die das nicht tut (ich bin versucht, letztere als »Trotzalledem-Doktrin« zu bezeichnen). Hier setze ich mich vor allem mit der letzteren auseinander.

Internationalismus und Klasse

»Am 24. November 1912, einem Sonntagnachmittag, schwangen alle Glocken des ehrwürdigen Basler Münsters im Geläut – Glocken der Hoffnung, Glocken der Brüderlichkeit unter den Menschen guten Willens . . . Sie läuteten zur Begrüßung des Sozialistenkongresses, auf dessen Tagesordnung eine einzige Frage steht: ›Die internationale Lage und die einheitliche Aktion gegen den Krieg.‹«[5]

Dieser Antrag sollte kurz darauf durch die tatsächliche Entwicklung von 1914 niedergestimmt werden. Aber der Bericht von Humbert-Droz über dieses und viele andere Ereignisse ruft uns in Erinnerung, daß der Internationalismus für sehr viele Mitglieder der Arbeiterklasse damals noch ein lebendiger Glaube war. Es trifft zweifellos zu, daß von der Ära der ersten Internationale bis mindestens zu dem Zeitpunkt, als die dritte Internationale zum Instrument sowjetischer Staatsmacht wurde, in den europäischen Arbeiterklassen eine universalistische Orientierung verbreitet war. Mit dieser Orientierung gingen eine umfassende Bildung und ein entwickeltes Selbstvertrauen einher, die – etwa an der heutigen *Labour Party* Großbritanniens gemessen – als fabelhaft erscheinen müssen. Dies entsprach aber sicher ganz besonderen Bedingungen in der Entwicklung der Arbeiterklassen, die alles in allem nur für die Ära galten, in der das gerade konstituierte Proletariat die Erfahrung seiner äußersten Entfremdung von – wenn nicht gar der Feindschaft zu – den Gesellschaften durchlaufen mußte, die es hervorgebracht hatten. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Internationalismus als Glaubensbekenntnis geraume Zeit vor dem Nationalismus entstanden und verbreitet worden ist, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.[6] Als Ideologie hatte er eine Startvorgabe wie auch eine begrenzte aber starke Basis unter den Intellektuellen und Künstlern, die schon vor der Herausbildung der modernen Arbeiterklasse da waren. Es gab also eine längere

Übergangszeit, in der sich die Arbeiter ganz entschieden einer nicht-nationalen Philosophie verschrieben und sich um ihre eigenen Interessen selbst kümmerten, statt dies vom Staat zu erwarten.

Die »Nationalisierung« des Proletariats hat sich über einen langen Zeitraum hingezogen. In Randregionen wie Schottland und Katalonien, die durch starke ethno-kulturelle Gegensätze gekennzeichnet waren und durch all das Elend, das eine rasche Industrialisierung mit sich bringt, dauerte dieser Prozeß noch länger und war von gewaltsamen Aufständen begleitet. In dieser längerfristigen Perspektive muß das Dilemma der Weltkriegszeit (1914-1917) gesehen werden. Der Zusammenbruch der zweiten Internationale hat tieferliegende Ursachen, die von der realen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsbeziehungen nicht zu trennen sind. Die nationale Form, die diese Beziehungen angenommen haben, war einfach unvermeidlich; sie hatte wohl ebenso verhängnisvolle Konsequenzen wie reale Vorteile, in jedem Fall aber wirkte sich diese nationale Form viel tiefergehend auf Kultur und Persönlichkeitsbildung aus, als es sich die universalistische Ideologie jemals vorgestellt hatte. So gesehen läuft es eher auf eine apokalyptische als auf eine materialistische Interpretation hinaus, wenn man 1914 in erster Linie als den großen Betrug wahrnimmt.

Damals handelte es sich weder um Betrug noch um Regression in dem absoluten (und daher mythischen) Sinn, den das internationalistische Weltbild diktiert. Hat man diesen Mythos einmal über Bord geworfen, braucht man auch nicht mehr auf seine Renaissance zu warten, auf die große historische Revanche, die erneut seine Richtigkeit erweisen wird. Und man kann darauf verzichten, die Geschichte im Lichte dieses Mythos zu interpretieren statt den Mythos im Lichte der Geschichte.

Von Anfang an gab es jedoch mächtige und verständliche Bemühungen, den Mythos zu retten; am bekanntesten und einflußreichsten sind die von Lenin. Aber Rosa Luxemburg, Herman Gorter und zahlreiche andere haben es ebenfalls versucht, und auch sie haben entsprechend großes Gewicht auf den politischen Willen und eine bewußte Führung gelegt. Weil der Zusammenbruch von 1914 im wesentlichen auf Verrat zurückzuführen sei, wäre er vermeidbar gewesen, wenn nur . . . ein paar Leute sich anders verhalten hätten.

Durch die traumatische Niederlage von 1914 wurde der moderne Internationalismus zu einem Fetisch, an den man unverrückbarer glaubte als je zuvor. Und auch als die Niederlage überstanden war, in den zehn Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, wurde diese versteinerte Version des Internationalismus nicht abgebaut. Im Gegenteil: in dieser Zeit brach der Marxismus in Stalinismus und Anti-Stalinismus auseinander. Der Stalinismus vereinnahmte den Internationalismus im Dienst des sowjetisch-großrussischen Staates und interpretierte ihn zwangsläufig noch ein Stück theokrati-

scher; der Anti-Stalinismus reagierte darauf entweder mit Distanz und Pessimismus (wie einige westliche Marxisten) oder er idealisierte die internationale Idee nur noch mehr. Und dann ging die revolutionäre Flut nicht nur zurück, sondern wurde von fantastischen Parodien des Nationalismus überrollt: von Konterrevolutionen mit Massenunterstützung. So setzte sich auf einer bestimmten Bewußtseinsebene das Trauma von 1914 bis 1945 fort. Und seine langfristigen Wirkungen sind bis heute zu spüren. So behauptete jüngst Neil Williamson in seiner Kritik an meinem Buch *The Break-Up of Britain,* der »dramatische Rückgang« des Klassenbewußtseins sei von bewußt handelnden Führern durchgesetzt worden und daher keineswegs »unvermeidlich« gewesen. Damit steht zugleich fest, daß ebenso bewußt Handelnde die Menschen auch wieder zur »elementaren Bewußtseinsform« einer internationalistischen Weltanschauung zurückführen werden. Hier wird dem Internationalismus sozusagen eine existentielle Priorität zugeschrieben, die man hätte bewahren können. Wenn nur nicht . . .

Man kann die Geschichte auch ganz anders sehen, wenn man sie von der sozialen oder Klassenbasis des Internationalismus her aufschlüsselt. Diese andere Geschichte steht bereits zwischen den Zeilen ihrer orthodoxen Fassung geschrieben. Das universalisierende Bewußtsein mag in einer bestimmten Periode, unter bestimmten kurzfristig entwickelten Bedingungen, als Mittel der Massenmobilisierung gewirkt haben. Ideologisch *wesentlich* ist der Internationalismus nur für Intellektuelle. Sie haben ihn – vornehmlich aus vormodernem Material – entwickelt, um im modernen Zeitalter revolutionärer Veränderungen ihre Position behaupten zu können. Als er fragwürdig zu werden drohte, mußten sie ihn irgendwie zu retten versuchen. Damit ist nicht gesagt, daß sie lediglich »in ihrem eigenen Interesse« handelten, wie eine kleine Clique von Egoisten, d. h. wie jene traurigen Figuren, als die nationalistische Intellektuelle in der Regel von den Wortführern des Internationalismus hingestellt werden. Entscheidend ist vielmehr, daß »ihre eigenen Interessen« tatsächlich mit dem heroischen Festhalten an einem zunehmend moralischen und mit erhobenem Zeigefinger drohenden Universalismus zusammenfielen. Es ging ihnen um die hergebrachten Vorstellungen von wahrer Größe, um das überkommene System hehrer Werte. Tatsächlich wurden diese Werte jedoch von sozialen Gruppen aus Fleisch und Blut verteidigt und nicht von Engeln. Und diese Verteidigung beschränkte sich auf ein völlig unzureichendes, zunehmend rigides und schizophrenes Festhalten am alten Glaubensbekenntnis.

Durch solche ängstlichen Bemühungen wurde der Internationalismus mehr und mehr zu einer Philosophie der Niederlage. Als die Diagnose von Lenin, Gorter und Genossen inmitten der Kriegskatastrophe auf fruchtbaren Boden fiel und durch die Ereignisse in Rußland für kurze Zeit auch bestätigt schien, nahm sie eine ausgesprochen unangreifbare und sich selbst

bestätigende Gestalt an. Der offene und vorwärtsdrängende Glaube des vorigen Jahrhunderts – dessen Licht den Weg in die Zukunft ausleuchten sollte – verhärtete sich und verengte sich zu einem dogmatischen Teufelskreis. Diese neue, zur Waffe umgewandelte Glaubensstruktur bildete sich auch deshalb heraus, weil man nicht die volle Bedeutung der Nationalisierung des Proletariats verstehen lernte. Gerade die Intellektuellen, die »bewußt Handelnden«, verloren in dieser Situation den Durchblick. Aber was machte das schon – dann mußte die Ideologie eben systematisch zu einer Methode entwickelt werden, wie man in Frage stehende Realitäten *nicht* versteht, d. h. wie man sie mit Hilfe von unendlich dehnbaren, quasi-dämonischen Kategorien wie »revisionistisch«, »reformistisch« oder auch nur »Verräter« aus der erträglichen Idealwelt hinausdrängt.

Manch wohlbekannte psychologische Zwangsvorstellung hat hier ihren Ursprung. Wer kennt ihn nicht: den internationalistischen Sektierer, wie er mit gewichtiger Miene den einen oder anderen fernen Triumph der Bewegung gegen diese und jene vernichtende Niederlage zu Hause ins Feld führt. Sein eigenes nationales Proletariat bereitet ihm eine Enttäuschung nach der anderen, ist eine einzige Schande. Er kann es freilich nicht einfach entlassen; um die Lage einigermaßen auszuhalten, muß er also vollends in die Ferne schweifen. Die entlegensten Bauernvölker tun mehr für die Emanzipation der Menschheit als die »fortgeschrittenen« Arbeiter! Bis zum logischen Endpunkt, der da heißt: nationaler Nihilismus zu Hause und blinde Romantisierung überall sonst (die mit wachsender psychologischer Entfernung zunimmt), gehen nur wenige. Aber jeder kennt diese beiden extremen Pole und ihren Einfluß aufs linke Gefühlsleben.

Unglückseligerweise wird diese Art Schizophrenie durch den Internationalismus in seinen unkritischen Formen gefördert. Die Trotzalledem-Doktrin erzeugt fortwährend die Vorstellung, daß »man« (das Subjekt der internationalen Revolution) sich sinnvoller dort engagiert, wo sich die Revolution gerade abspielt, statt hier, wo man (der schlecht rasierte Durchschnittsbürger von Aberdeen oder Neusiedl-am-See) zufällig zu Hause ist. Auf der Flucht vor der unheimlichen und lähmenden Möglichkeit eines »zu Hause« entdeckt man (als revolutionäres Subjekt) die historische Notwendigkeit, d. h. den Sinn der Geschichte und damit seiner selbst, wo immer sie sich als solche enthüllt. Um einen herum herrscht tiefste Finsternis, die Vernunft bricht sich woanders Bahn. Nichts leichter, als sich in dieser Lage (als s. r. D.) eine handfeste Stellvertreter-Existenz aufzubauen – mittels jener nimmermüden Solidarität (des r. S.) mit all den fernen Siegern, die der Solidarität des Lotsenfischchens mit dem Hai vergleichbar ist. Internationa*lismus* in diesem Sinne steht immer noch mit einem Fuß in Hegels Grab.

Genau diese Weltgeist-Seite des internationalistischen Credos (als eines Mystizismus der Niederlage) ist für die Schwankungen der Internationali-

sten verantwortlich. Soeben noch wild entschlossen, im Namen der Revolution bedingungslos alle Bewegungen abzuschmettern, die mit mittelalterlichem Partikularismus durchtränkt sind – und das heißt schlicht: alle Bewegungen –, entdecken sie auf einmal an dieser oder jener politischen Erhebung erstaunliche Heilsqualitäten. Aber die Bescheinigung für Weltgeist-Würde wird nun nicht etwa bloß halben Herzens verliehen. Ist sie einmal ausgestellt, gilt sie in der Regel absolut. Und so fällt man zwangsläufig von einem Extrem ins andere. Letzte Woche noch standen die gotländischen Revolutionäre für den Rückfall ins Barbarentum, diese Woche sind sie die prächtigen Vorkämpfer eines zu Unrecht unterdrückten Volkes. Gestern kannte man mit ihnen keine Gnade, heute sind sie ohne Fehl und Tadel, und ihre ganzen urtümlichen Marotten sind über Nacht »nur zu verständlich« geworden.

In Wirklichkeit waren und sind sie (wie alle anderen nationalen Bewegungen) beides zugleich. Der Nationalismus trägt nun einmal unwiderruflich ein zwiespältiges Antlitz. Aber ein derart kritisches und ruhiges Urteil ist durch die starre Brille des Internationalismus (das eine Glas dunkelgrau, das andere rosarot) nicht zu gewinnen. Wer sie einmal auf der Nase hat, bewegt sich nur noch im Zickzack, torkelt mal den einen, mal den anderen Weg entlang, je nachdem, durch welches Glas er gerade blickt: Straßentheater – durch die Augen eines Besoffenen.

Den einzigen konsequent logischen Ausweg aus diesem Dilemma bietet der Anarchismus. »Nur die anarchistische Idee bleibt rein«, schrieb Hersch Mendel in seinen *Erinnerungen eines jüdischen Revolutionärs* und beschrieb damit seine politische Reaktion auf den »Verrat« der nationalen marxistischen Parteien bei Kriegsbeginn 1914.[7] Die Grundlage dieser Idee ist die »reine menschliche Moralität«, und nur der Glaube daran verschafft das sichere Gefühl, ins Zeitalter der wahren sozialen Revolution einzutreten. Und weil der Anarchismus von dem Grundsatz ausgeht, daß jedwede Staatsform ein menschenunwürdiger Fluch ist, spielt für ihn das Problem des Nationalismus gar keine Rolle. Marxisten können einen so noblen Ausweg nicht einschlagen, weil sie in politischen Begriffen denken: sie geben zu, daß die Revolution wenigstens zeitweise die Form eines Staates annehmen muß. Deshalb ist die Form des Staates so wichtig – und so schmerzvoll.

Die Wende von 1914 hat eine lange Vorgeschichte jenseits von Sozialdemokratie, Erstem Weltkrieg und zweiter oder dritter Internationale. Sie führt in das breitere Flußbett zurück, aus dem der Strom des »proletarischen Internationalismus« entstanden ist. Schon von ihren kulturellen Vorläufern her gesehen sind die westlichen Intellektuellen Träger des universalistischen Erbes. Christentum und Judentum, das Anknüpfen an die Inhalte der antiken Philosophie, die schließliche Überwindung der Religion in der Aufklärung – aus all diesen Traditionen entstand die Grammatik ihrer

Sprache. Und trotzdem war die Entstehung des Kapitalismus schließlich gleichbedeutend mit der fortschreitenden Auflösung dieser Sprache in verschiedene Dialekte. Das nationalistische Babel mußte ihre tiefsitzenden Strukturen bedrohen und verzerren. Moderne Intellektuelle sind die lebendigen Träger kultureller Reproduktion und mußten sich deshalb mit diesem Widerspruch in ihrer eigenen Existenz herumschlagen. Obwohl dies umfassende Dilemma die christlichen und liberalen Denker genauso betraf wie die Sozialisten, machte es letzteren aus einem offensichtlichen Grund am meisten zu schaffen: sie hatten sich mit dem Marx'schen Begriff des Weltproletariats die gewichtigste Erlösungsformel aufgeladen.
In dem falschen Glauben, der historische Materialismus und damit auch der Sozialismus werde womöglich durch das Scheitern des Internationalismus widerlegt und hinfällig, fühlten sie sich aufgerufen, für diesen immer wieder »ins letzte Gefecht« zu ziehen. Ein durchaus wichtiger Bestandteil progressiven Denkens wurde so zu einem ideologischen Rezept aufgebläht, das eine starre und absolute Mixtur von Befehl und Tabu verordnete. Auf der Ebene der Politik äußerte sich dies in Lenins Theorie der Weltrevolution, die angeführt wird von einer »›Weltpartei‹, straff auf globaler Ebene zentralisiert, mit halb-militärischer Disziplin und rigoroser ideologischer Vereinheitlichung«[8] – als einzig möglicher Methode, um die Dämonen des Revisionismus in die Flucht zu schlagen und eine Neuauflage von 1914 zu verhindern. Theoretisch führt dies zu zwei eng zusammenhängenden Formen hysterischer Blindheit: zum einen zur Weigerung, in die feindliche Welt des Nationalismus vorzudringen und dessen Doppeldeutigkeit und Widersprüchlichkeit besser zu erfassen. Denn Dämonen sind ihrer Natur nach unzweideutig, und bedenkenlos spricht man sie von allen inneren Widersprüchen frei. Zum anderen führt es zur Weigerung herauszufinden, was Begriffe wie »Führer«, »bewußt Handelnde«, ideologisch ausgerichtete »Parteikader« usw. eigentlich bedeuten. Vor Gramsci gab es kaum einen Ansatz, die Intellektuellen zum Thema materialistischer Analyse zu machen (und bis in die 50er Jahre hinein konnte dessen Ansatz nicht weiter verfolgt werden). Zuviel Verantwortung lastete auf diesen Intellektuellen: wenn die Aussichten des Sozialismus, sich gegen die Barbarei zu behaupten, allein auf ihren zerbrechlichen Schultern ruhten, dann mußten sie tatsächlich fast die reinsten Engel sein.

Lenin und die Selbst(nicht)bestimmung

Der Weg in Richtung des verzerrten Internationalismus der Gegenwart ist zwischen der Jahrhundertwende und 1915 von Lenin eingeschlagen worden. Oben habe ich aus seinen »Kritischen Anmerkungen zur nationalen

Frage« (1914) zitiert, einem Artikel aus einer ganzen Reihe heftiger Polemiken zu diesem Thema, die man später zu Heiligen Schriften erklärt hat. Aber dabei habe ich einen wichtigen Satz ausgelassen. Dort heißt es nämlich: »*Unter sonst gleichbleibenden Umständen* wird das klassenbewußte Proletariat stets für einen größeren Staat eintreten«, den mittelalterlichen Partikularismus bekämpfen usw.[9] Die Struktur dieses Arguments beruht ausschließlich auf der Konzeption »des absoluten Primats der Klasse über alle anderen historische Kategorien«.[10] Klar: je größer und ökonomisch weiter entwickelt der Staat ist, desto mehr Gewicht hat der Klassenkampf. Freilich waren – wie Lenin und die meisten anderen mittel- und osteuropäischen Sozialisten nur zu gut wußten – die oben genannten anderen Umstände sehr selten im einschlägigen Sinne »gleichbleibende«. In den zwanzig Jahren vor 1917 hat sich alles sozialistische Denken vor dem Hintergrund eines zunehmenden Nationalitätenkampfes entwickelt: gegen das Zarenreich und die Habsburger, aber auch in den neueren Kolonialreichen des Westens.

Auf der ganzen Welt bestanden die Menschen hartnäckig auf ihrem Partikularismus. Sie halfen tyrannische Herrscher stürzen, das war in Ordnung. Aber zugleich stellten sie die Nation über die Klasse – und das war gar nicht in Ordnung. Wer in der internationalistischen Orthodoxie der ersten und zweiten Internationale aufgewachsen war, mußte das als ein ärgerliches und unverständliches Problem ansehen. Es war unmöglich, die revolutionären Bewegungen zu übersehen oder zu verurteilen, die – im Gegensatz zu den theoretisch vorgesehenen – auch tatsächlich vonstatten gingen. Denn diese Bewegungen konnten die Dinge bis zu dem Punkt vorantreiben, an dem *die* Revolution möglich wurde. Aber die herrschende Ideologie, die Führung und ein Großteil der unmittelbaren Wirkungen dieser Umsturzbewegungen waren für die Marxisten verfemt.

Lenin erfand aus diesem Dilemma einen vorzüglichen Ausweg, der das sozialistische Denken seitdem maßgeblich geprägt hat. Im normalen Sprachgebrauch heißt dieser Ausweg: das Leninistische Prinzip des absoluten Rechts aller Nationen auf Selbstbestimmung. Aber dieser Titel ist natürlich doppeldeutig und irreführend. Mehr noch, seine Doppeldeutigkeit ist weder zufällig noch nebensächlich. Sie macht im Gegenteil den Kern von Lenins Position aus. Um es hart zu sagen: die Orthodoxie brauchte eine plausible Methode, mit deren Hilfe sie die nationalen Bewegungen unterstützen und gleichzeitig nicht unterstützen konnte. Sie brauchte eine elastische und respektgebietende Nicht-Position, die ihr immer alle Möglichkeiten offenhielt. Lenin machte es möglich.

»Als Volk habt ihr natürlich das absolute und unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung!« erklärt der Leninist. Aber bevor man ihm noch dankbar zulächeln kann, fügt er bereits – je nach Temperament verlegen oder

genüßlich – hinzu: »Natürlich sind wir in diesem besonderen Fall keineswegs dafür, dieses Recht auch durchzusetzen . . .« Schafft man es, seinen kindlichen Ärger zu unterdrücken, weil einem das Stück Zucker wieder vor dem Mund weggeschnappt wurde, will man wenigstens wissen warum. Man wird belehrt, daß es besondere Umstände gibt, die für die jeweils aktuelle Anwendung oder Anerkennung des unveräußerlichen Rechts ausschlaggebend sind. Die Lizenz hängt davon ab, ob es sich um einen anerkannten Fall eines progressiven nationalen Befreiungskampfes handelt. Ohne diese Bescheinigung bleibt man ein Fall von engstirnigem, bürgerlichem Nationalismus, der gegenüber dem übergeordneten internationalen Kampf seine partikularistischen Interessen zu behaupten versucht.

Das allgemeine Prinzip lautet, daß alle nationalistischen Kämpfe und Bewegungen schlecht sind und daß nur besondere, von Fall zu Fall bestimmbare Bedingungen sie zu guten machen – und auch das nur für eine gewisse Zeit und in höchst begrenztem Maße. Diese Bedingungen hängen mit hinreichend brutalen Formen imperialistischer Unterdrückung zusammen: ein angemessenes Quantum an Leiden berechtigt zum nationalen Kampf. Solange dieser aber andauert, behindert er die normale Entwicklung der betreffenden Gesellschaft in Richtung des Klassenbewußtseins und eines gesunden Internationalismus. »Bring das alles so schnell wie möglich hinter dich«, sagt der Leninist und reibt sich ungeduldig die Hände, »danach kann es mit der eigentlichen Revolution weitergehen«. »Progressiv« ist man nur eine kleine vorläufige Zeitspanne lang. Danach wird einem die Bescheinigung wieder entzogen und man ist wieder verpflichtet, sich gegen die (neu gebildete) nationale Elite zu stellen und die »Verschmelzung aller Nationen« in Angriff zu nehmen.

Das ganze läuft etwa wie Heirat und Scheidung, erläuterte Lenin 1914:

»Die Anhänger der Freiheit der Selbstbestimmung, d. h. der Freiheit der Lostrennung, zu beschuldigen, sie förderten den Separatismus, ist die gleiche Dummheit und die gleiche Heuchelei, wie die Anhänger der Freiheit der Ehescheidung zu beschuldigen, sie förderten die Zerstörung der Familienbande.«[11]

Jeder oder jede hat das absolute und unbestreitbare Recht, bestehende ehelichen Bindungen zu lösen. Aber *unter sonst gleichbleibenden Umständen* ist es in einer vernünftig geregelten Welt umso besser, je weniger dieses Recht in Anspruch genommen wird. Die Ehe bleibt die Regel und wird durch solche zulässigen Ausnahmen konserviert, ja sogar gestärkt. Wir haben das Recht, uns dagegen zu entscheiden; aber nur in der Weise, daß wir uns alle so bald als möglich (und Lenin glaubte, diese Zukunft stünde unmittelbar bevor) endgültig dafür entscheiden. Die vorübergehende Periode der Sezession und der Selbstbehauptung wird Gott sei Dank bald zu Ende sein, wenn die internationale Revolution uns ein Zeitalter der freien, dauerhaften und segensreichen übernationalen Zusammenschlüsse eröffnet.

Da nun aber die übrigen Umstände und Bedingungen so selten »gleich« sind – schließlich ist Ungleichheit *die* Bedingung kapitalistischer Entwicklung schlechthin –, hat es viel mehr Ausnahmen gegeben, als Lenin und seine Gesinnungsgenossen sich das vor siebzig Jahren vorgestellt haben. Die ganze Welt ist von diesen Ausnahmen überzogen, und laufend stehen uns neue bevor. In seiner jüngsten Verteidigung des Leninismus hat Eric Hobsbawm zugegeben, daß die Marxisten ständig die Begriffsmerkmale ausweiten mußten, mit denen sie nationale Bewegungen als fortschrittlich (oder überhaupt) anerkennen. Diese Merkmale sind in der Tat so ausgebeutelt, daß sie inzwischen »die große Mehrheit der nationalen Bewegungen des 20. Jahrhunderts umfassen« – selbst so wenig einleuchtende Beispiele wie die französische und die britische Reaktion auf den Angriff der Nazis, für die eindeutig gilt, daß hier *auch* Spielarten eines bewaffneten imperialistischen Chauvinismus aneinandergeraten waren.[12]

Da suchten also die Sachwalter des Internationalismus am Anfang nach pragmatischen Gründen, um ein paar Nationalismen in die gute Stube hereinzubitten, und am Schluß blicken sie nervös um sich, ob auch bloß keiner von ihnen draußen vor der Tür geblieben ist. Wobei es nicht zählt, daß es immer ein paar unbelehrbare böse Buben gibt, die – wie z. B. die kroatische Exilorganisation – keine Chance haben, reingelassen zu werden. In der Zwischenzeit geht die Balkanisierung weiter. Die Organisation der Vereinten Nationen, stellt Hobsbawm verbittert fest, wird »aller Wahrscheinlichkeit nach schon bald aus Gebilden bestehen . . ., die einem Sachsen-Coburg-Gotha oder Schwarzburg-Sondershausen entsprechen«. Wie Ionescos Vater Jakob hat er so oft und mit so elend geringem Erfolg losgewettert, daß man sich fragt, wie es nun überhaupt noch für ihn weitergehen soll.

Aber er hält sich an einer bemerkenswerten Tatsache fest. Denn selbstverständlich ist das Prinzip, das er verteidigt, durch die Lawine von Ausnahmen, Abweichungen und Kompromissen in keiner Weise angekratzt – und es wird sich von ihr nie und nimmer hinwegfegen lassen. Auch wenn Hobsbawm es nicht ausdrücklich sagt, kann man sich darauf verlassen, daß der proletarische Internationalismus und der Vorrang des Klassenkampfs in einem wiederhergestellten Sachsen-Coburg-Gotha genauso leidenschaftlich verteidigt werden wird wie früher unter den Zaren und unter den Habsburgern. Diese Tatsache hat aber mehr mit theoretischen Disputen zu tun als mit der materiellen Wirklichkeit. Und sie enthüllt nicht etwa ein Geheimnis des nationalen oder des Klassenkampfes, sondern nur die sonderbare Logik von Lenins geschickt überarbeiteter Version des Internationalismus.

Oben habe ich auf die hermetischen und selbstbestätigenden Züge des Internationalismus der Zeit nach 1914 hingewiesen. Diese logische Struktur umschließt wie ein Schutzschild ein heiliges Prinzip. Eine Theorie wird

entweltlicht, wenn ihre fragwürdigen Verallgemeinerungen oder Gesetzmäßigkeiten von jedem direkten Kontakt mit der Wirklichkeit abgeschirmt werden. Damit wird sie aber mehr als nur unwiderlegbar. Die quasi-dämonischen Kategorien, mit denen sie arbeitet, machen jede Ausnahme zu einer Form des Beweises und nicht etwa des Gegenbeweises. Wenn ein Grundsatz offen der Realität ausgesetzt bleibt und eine ausreichende Zahl von Ausnahmen oder negativen Beispielen aufgetreten sind, wird er normalerweise fallengelassen (oder einfach vergessen). Wenn er aber auf die Ebene des Heiligen erhoben wird, dienen die negativen Beispiele immer nur als Illustrationen eines sündigen Zustandes. Je größer der Sündenfall, desto kostbarer die Wahrheit. Durch jede neue Balkanisierungs-Tragödie wird nur das ewig-junge Prinzip unterstrichen, daß einzig der internationale Klassenkampf dergleichen verhindern kann – vorausgesetzt das nächste Mal können die Revisionisten und engstirnigen Nationalisten rechtzeitig gestoppt werden.

Ein internationalistisches Bestiarium

Wenn die Internationalisten lediglich tapfere Verfechter einer verlorenen Idealwelt wären, die in der Hoffnung weiterkämpfen, daß die Dinge über Nacht wieder in Ordnung kommen, wäre ihre Philosophie sicher sympathischer – wenn auch weniger wichtig. Aber das ist selten oder nie die ganze Wahrheit. Daß diese Wahrheit oft nicht gesehen wird, liegt wohl an einer Wahrnehmungslücke; an der Unfähigkeit nämlich, Internationalismus und Nationalismus als eigentümlich zusammenhängende Zwillingsideologien zu erkennen. Als solche sind sie Teil einer umfassenden modernen Ideenwelt. Nach der üblichen Vorstellung, die Sozialisten mit sich herumschleppen, ist der Nationalismus in dieser Ideenwelt so etwas wie der Mr. Hyde. Er repräsentiert das »Es« auf dem Weg in die Modernität, den erneut zum Leben erwachten, durchgedrehten, archaischen Zug; er ist jener reizvolle, aber gefährliche Hinterwäldler, den Marx 1843 an den Pranger gestellt hat, indem er ihn als »Deutschtümler« charakterisierte, der »unsere Geschichte der Freiheit jenseits unserer Geschichte in den teutonischen Urwäldern« suche. »Also Friede den teutonischen Urwäldern!« war seine Antwort, konzentrieren wir uns auf die umfassende Revolution, den rein sozialen Gang der Ereignisse, durch den sich (mit Hilfe des Proletariats) der Satz erfüllt: »Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen.«[13] Aber leider läßt man die Wälder nicht so leicht hinter sich, in Deutschland nicht und anderswo auch nicht. Internationalisten wie Nationalisten dürfen diese Tatsache nicht vergessen.
Aber wie steht es mit Dr. Jekyll? Das ist die Frage, die ich hier stelle und die

viel zu selten gestellt wird. Wir auf der Linken glauben uns immer auf seiner Seite und sehen über seine Macken hinweg. Er ist ein merkwürdig protestantischer Typ, ein ständiges Opfer seiner rastlosen Frömmigkeit, der sich durch fürchterliche nervöse Ticks auszeichnet. Er braucht nur einen Hauch von Wald zu wittern, und schon beginnt sein Zeigefinger nervös herumzuspielen. Obwohl er zwei Mal am Tag ein Bad nimmt, um seine Reinheit und seinen Geruchssinn zu bewahren, bleibt die Welt für ihn ewig unbefriedigend. Und es drängt sich das Gefühl auf, daß dies so sein muß, weil irgendwo in seinem Innersten eine Unzufriedenheit sitzt, derer er sich selbst dunkel bewußt ist.

Das ist in der Regel tatsächlich der Fall. In den meisten Dr. Jekylls steckt ein Hyde, ebenso wie in der großen Mehrheit der Mr. Hydes ein Jekyll steckt. Darin zeigt sich ganz einfach der tatsächliche innere Zusammenhang des modernen Gedankengebäudes, in dem beide verschiedene Stockwerke belegt haben. Noch der verbissenste Chauvinist ist eine Art »Internationalist«, was sich im »ismus« seines Nationalismus niederschlägt. Denn Nationa*lismus* ist unter anderem auch der Versuch, den eigenen Wald so hoch anwachsen zu lassen, daß er auf der höheren Ebene als inter-nationale Realität anerkannt wird, den Anschluß an den großen Hauptstrom herzustellen und sich zu diesem Ziel auch gegen bedeutende Widerstände durchzukämpfen. Ebenso unvermeidlich sind Internationalisten in der realen Welt der Dinge Bäume, die jeweils zu diesem oder jenem Wald gehören.

Diesen entscheidenden Punkt muß man sehen, um dahinterzukommen, wie das alles zusammenhängt. Und im Hinblick auf sein künftiges Sachsen-Coburg-Gotha hat Hobsbawm noch etwas anderes vergessen: innerhalb des neuen Mini-Staates wird es natürlich eine Bewegung für die Sezession von Gotha geben, welche mit dem üblichen Arsenal nationalistischer Argumente die alten Rechte des früheren Fürstentums zurückfordert. In Coburg wird man diese Agitation natürlich empört zurückweisen, und dabei werden die (vorwiegend aus Coburg stammenden) Führer und Ideologen der KP-SCG, der KP-SCG (ML), der 4. Internationale (Sektion SCG) usw. vorne dran sein. In der brodelnden Metropolen-Atmosphäre der Hauptstadt Coburg werden all die internationalistischen Gegenargumente völlig selbstverständlich klingen; aber aus dem Blickwinkel von Gotha wird die Kehrseite der Wirklichkeit deutlicher ins Auge springen: daß sich nämlich soundsoviele Coburger für ihren erworbenen Besitzstand und ihre eigenen Sonderinteressen stark machen – die u. a. das Recht einschließen, die Bestrebungen der Gothaer auch in Zukunft abzuwürgen.

Coburg ist größer als Gotha. Diese geographische und demographische Tatsache hat für das geistige Leben grundlegende Folgen. Denn zu einem wesentlichen Teil bestimmt sich eine moderne »Metropole« dadurch, daß sich in ihr die Intellektuellen konzentrieren und daß von hier ihre Wirkung

ausstrahlt. Wenn also die Evangelisten des Internationalismus verkünden, die Ambitionen dieser oder jener Region oder Minderheit müßten strikt der allgemeinen Bewegung oder dem internationalen Klassenkampf oder einfach »der Revolution« untergeordnet werden, dann kann der Gang der Dinge selbstredend nur von ihren Kommandohöhen aus übersehen werden – von der Metropole mit ihren Bibliotheken, Universitäten und politischen Versammlungen, mit ihrem Resonanzboden eines lebendigen Journalismus, mit ihren Cafés und Salons und dergleichen mehr. Eine solche Hauptstadt funktioniert wie eine Druckkammer, die das Denken von tumben Eingeborenen in universalistische Dampfkraft umwandelt. Sie fördert die verhängnisvolle Überzeugung, daß man kein Coburger, Franzose, US-Amerikaner usw. mehr ist, sondern ein Sonderbotschafter des *Zeitgeists,* der durch seine Berührung mit den Herren des Olymp zum Halbgott geworden ist.

Von diesen Höhen aus hat es den Anschein, als könne man durch die Nebelschwaden, die aus den Senken des mittelalterlichen Partikularismus emporsteigen, den großen Bogen und den Sinn der Geschichte ausmachen. Von unten entdeckt man auf den Höhen freilich nur einen Haufen unfreiwilliger Großmacht-Chauvinisten bei ihren üblichen komischen Verrenkungen. Vom partikularistischen Sumpf aus gesehen sind neunzig Prozent dessen, was als Internationalismus hinausposaunt wird, verhüllte oder kaum verhüllte oder gar splitternackte metropolitane Eigeninteressen und Aggressionen. Die »metropolitane« Kultur funktioniert mittels einer schleichenden Ausbreitung von Zentralisation und Bevormundung – Vorstellungen, die selbstredend nie so demonstrativ artikuliert werden wie etwa der verbreitete Spruch: »Ich äußere mich jetzt nicht als Amerikaner, sondern rein als Sozialist . . .«

Wie könnte es auch anders sein? Seit dem revolutionären Sündenfall läuft die gesamte moderne Geschichte immer wieder in dieser Dialektik ab. Die Franzosen und Engländer fingen damit an, mit ihrer Überzeugung, daß sie nicht etwa ihre eigene imperialistische Macht, sondern die Revolution, den industriellen Fortschritt usw. in den Rest der Welt exportierten. Die um Paris oder London gruppierten Völker mußten sich so fast notwendig als Missionare der Zivilisation verstehen, deren ursprüngliche Natur als »bloß« Eingeborene sich sozusagen ins Internationale verflüchtigt hatte. In Wahrheit verliert niemand seinen eingeborenen Charakter; dies ist eine zentrale Wahrheit des historischen Materialismus, die in der Praxis, wenn nicht in der Theorie, jeder begriffen hat, der jemals einen englischen oder französischen Stiefel auf seiner Gurgel gespürt hat.

Selbstverständlich sind die Internationalisten gegen den Imperialismus. Aber ihr Problem liegt darin, daß die Orthodoxie seit 1914 in einer höchst metropolitanen Form erstarrt ist, die ganz regelmäßig der Prostitution für die Großmächte gedient hat. Das brutalste Beispiel dafür war natürlich die

Art und Weise, wie der sowjetische Staat nach dem Triumph von Stalins »Sozialismus in einem Lande« das internationalistische Bekenntnis ausgenutzt hat. Seitdem liegt – in den Worten eines zeitgenössischen sowjetischen Dokumentes – »der grundlegende Sinn des Internationalismus darin, daß jede marxistisch-leninistische Partei, vor allem wenn sie an der Macht ist, sich ihrer Verantwortung für die Bewegung als ganze bewußt sein muß. Die Erfindung von ›spezifischen‹, rein ›nationalen‹ Wegen zum Sozialismus und das Leugnen von allgemeinen Gesetzen des sozialistischen Aufbaus kann nur die Sache gefährden . . .«[14].

»Die Bewegung als ganze«, »allgemeine Gesetze«, »die Sache« – lauter Dinge, die von der Hauptstadt des Mutterlandes des Sozialismus aus so viel genauer einzuschätzen sind als auf freier Wildbahn. Die dritte Internationale wurde zum Instrument der herrschenden Klasse einer bereits vorhandenen Großmacht. Aber damit die metropolitane Illusion des Internationalismus funktioniert, bedarf es einer solchen aktuellen Metropole gar nicht. Die Internationalisten, die auf kein Paris, Moskau oder Peking zurückgreifen können, tragen ihre geistige Hauptstadt in ihren Köpfen mit sich herum. Ein solches Hirngespinst von entfremdetem Universalismus – eine geistige Ausgeburt der (sozialistischen) Humanität – tuts noch allemal, wenn es darum geht, die tollkühnen Verfechter einer eigenständigen und nationalen Entwicklung zu exkommunizieren. Die Revolution, die man im Interesse der *Emanzipation des Menschen* verkündet, läuft letztlich auf die reinste Form von Zentralisierung und Bevormundung hinaus – der entscheidende *salto mortale* (so Marxens eigene Worte, a. a. O., S. 386) aus den Wäldern des Partikularismus heraus! Man weiß zwar nicht, wo und durch wen dieses Wunder vollbracht werden soll, fest steht aber von vornherein, daß es z. B. für die Waliser, die Basken oder die Gotländer schlechterdings unmöglich ist, ihren Weg zum Sozialismus über ihre eigentümlichen spezifischen kleinen Revolutionen zu finden.

Trotzkisten und andere pflegen ihre Abscheu darüber zu äußern, wie Moskau und Peking die Heilige Schrift des Internationalismus mißbrauchen. Sie selber haben das Bild einer Art Heiligen Jungfrau im Kopf, die während der letzten Welle eines treulosen chauvinistischen Revisionismus gewaltsam und gegen ihren erklärten Willen von Großmachtbürokraten entführt und geschändet worden ist. Für sie ist es an der Zeit zu erkennen, daß diese Jungfrau sich ihrem Schicksal selbst hingegeben hat – und zwar mehr als nur halbherzig. Großmacht-Chauvinisten schlüpfen in internationalistische Kleider, weil die ihnen so bequem am Leibe sitzen. In der Ideologie des proletarischen Internationalismus ist ein prostitutiver, versteckt imperialistischer Zug angelegt, wie er schon in den liberalen und freihändlerischen Dogmen zu finden war, die sich so bereitwillig in den Dienst des angelsächsichen Weltreichs gestellt haben.

Alljährlich versammeln sich am 25. Januar in Amsterdam Tausende von Menschen und reihen sich in eine lange, geduldig wartende Schlange ein, die sich um den Waterlooplatz herum bildet. Oft harren sie stundenlang in bitterer Kälte oder im Regen aus, bis sie an ihrem Ziel sind: dem Denkmal, das an den Generalstreik erinnert, mit dem die ganze Stadt im Jahre 1941 gegen die Deportation der Juden protestiert hat. Wenn sie schließlich die Gedenkstätte bei der alten Synagoge erreicht haben, legen sie Blumen nieder und können sich an offenen Feuern ihre Hände und Füße wärmen. Das Denkmal selbst stellt einen Hafenarbeiter dar, der herausfordernd der Besatzungsmacht entgegentritt. Aufgeschreckt von der durchschlagenden Wirkung des Streiks hatten die Nazis damals sofort den Belagerungszustand ausgerufen, der bis zum Ende des Krieges in Kraft blieb. Vom Dezember 1941 an wurde er durch den »Nacht- und Nebelerlaß« verschärft, der gegen mutmaßliche »Terroristen« jegliche Willkürmaßnahme zuließ.[15]

Diese schlichte Feier ist mehr wert als alle hochoffiziellen Rituale Europas zusammen. Sie ruft etwas Wichtigeres in Erinnerung als die Concorde, die Schlußakte von Helsinki oder das neue europäische Parlament in Straßburg. Ich fühle mich verpflichtet, auf diese Feier hinzuweisen, weil strenggläubige Internationalisten behaupten, Kritik an ihrem Dogma bedeute Gleichgültigkeit gegenüber solchen Dingen. Das ist einfach nicht Sache. Was Sache ist, stellt sich aber als komplizierter – und spannender – dar, als sie es normalerweise wahrzunehmen bereit sind.

Der sture Anti-Nationalismus war so etwas wie eine befestigte Verteidigungsstellung, die (vor allem) von der marxistischen Linken ausgebaut wurde, um sich gegen die schrecklichen Bedrohungen der Epoche von 1914 bis 1945 einzuigeln. Obwohl er von der Sowjetunion und anderen (großen wie kleinen) metropolitanen und verkappt metropolitanen Zentren als Angriffswaffe eingesetzt wurde, blieb dieser Anti-Nationalismus seiner Struktur nach hauptsächlich defensiv. Sein Ziel, das Festhalten am nichtnationalen, klassengebundenen Revolutionsgedanken, war unter solchen Umständen jedoch nur auf Kosten erheblicher Deformationen zu erreichen. Der Internationalismus war in diesem Sinne nur dadurch zu retten, daß er in eine simple und sakrale Form gepreßt wurde. Zu seinem eigenen Schutz wurde er den Realitäten entrückt, die ihn offenbar zu sehr in Frage stellen konnten, und büßte damit seine dialektische, fruchtbare Beziehung zur fortschreitenden Weltrevolution ein – zu einem Prozeß also, der in überwiegend antagonistischen und ausgesprochen nationalistischen Formen weiterging. Die logische (in Wahrheit theo-logische) Struktur dieser erstarrten internationalistischen Lehre schlägt ihren eigenen Ursprüngen ins Ge-

sicht, wenn sie platt dämonologisch argumentiert: die Geschichte wäre planmäßig verlaufen, wenn man nur den Verrätern das Handwerk gelegt hätte, wenn die Internationalisten nicht so erfolgreich von der Polizei verfolgt worden wären, wenn Stalin nicht die Kontrolle über die Revolution gewonnen hätte undsofort.

Man mag historisch argumentieren, daß diese Igelstellung unvermeidlich gewesen ist, d. h. die einzige Möglichkeit, um überhaupt etwas über die Katastrophe hinwegzuretten. Oben habe ich allerdings gezeigt, wie diese Methode als Auffangpolster gewirkt hat, als ein gangbarer Weg, sich mit dem Unvermeidlichen abzufinden. Ohne jetzt ein Schlußurteil zu einem Thema abgeben zu wollen, das auch nur halbwegs auszudiskutieren sehr lange dauern würde, läßt sich, glaube ich, doch schon so viel sagen: die historischen Rahmenbedingungen haben sich so deutlich gewandelt, daß die Ideologie des Internationalismus jetzt neu durchdacht werden kann. Dieser Wandel hat an zwei Fronten stattgefunden. Einmal hat der Nationalismus im Weltmaßstab an Bedeutung noch zugenommen, theoretische Blindheit ihm gegenüber ist deshalb heute verhängnisvoller als je zuvor. Zum anderen bedroht der Nationalismus die Zivilisation und die Vernunft nicht mehr so direkt. Die imperialistische Gefahr, die von ihm ausgeht, trägt heute ein eher unpersönliches, quasi rationales Gesicht; sie läuft auf die buchstäbliche Auslöschung der Kultur hinaus, und nicht auf jenen bildlichen Rückfall in die Barbarei, der so viel dazu beigetragen hat, daß sich der internationalistische Geist eingeigelt hat.

Freilich ist es für unser Thema bezeichnend, daß man vom »schwindenden Glauben« an den Internationalismus reden muß (als ob Marxisten sich jemals auf den Glauben zurückziehen sollten). Aber – die Sprachlogik beiseitegelassen – warum sollte einen der Verlust dieses Glaubens zwingen können, den Kopf oder den Verstand zu verlieren? In einer Welt, in der mittlerweile revolutionäre kommunistische Staaten und Bewegungen nationalistische Kriege gegeneinander führen, ist genau das Gegenteil erforderlich. Neuen Mut zu schöpfen und das Denken nicht aufzugeben kann man sich nur vornehmen, indem man ein Stück Glauben aufgibt.

Blindheit zu überwinden ist keine leichte Aufgabe; im hier diskutierten Fall ist es vielleicht zugleich sehr einfach und – denkt man an alle inneren Konsequenzen – sehr schwer. Die von Lenin inspirierte Orthodoxie legte ihre historische Betonung nur auf die falsche Stelle. Sie ging davon aus, daß nationalistische oder sezessionistische Tendenzen aufs ganze gesehen, d. h. auf die allgemeine Bewegung der Geschichte bezogen (*unter sonst gleichen Umständen* usw.), bedauerliche Fehltritte waren. *Aufs ganze gesehen* sind sie dies aber gerade nicht: die revolutionäre Bewegung hätte sie – auch wenn sie nicht von lupenreinen (staatlich anerkannten) Sozialisten angeführt wurden – immer begrüßen und ermutigen müssen, anstatt letztlich zu spät

und maulend einer entmutigenden Karavane *vollendeter Tatsachen* die Tür zu öffnen. Was not tat, war eine allgemeine Grundeinstellung, ein Prinzip. Der Internationa*lismus* war das falsche und ist es noch. Aber es wäre hirnrissig anzunehmen, daß grundsätzlich keine internationale Einstellung, Politik, geistige Haltung oder Organisation denkbar gewesen sei, die ohne einen solchen -ismus ausgekommen wäre.

Eine andere, eine offenere, tolerantere und aufgeschlossenere Haltung gegenüber der großen Welle der nationalen Bewegungen des 20. Jahrhunderts wäre keineswegs einer glatten »Kapitulation vor dem Nationalismus« gleichgekommen. Jeder Grundsatz sieht Ausnahmen vor und muß sie erklären können. *Selbstverständlich* ist diese Welle auch großenteils von reaktionären, rückwärtsgewandten, chauvinistischen Zügen geprägt gewesen. Aber der springende Punkt ist doch, daß besagte »Ausnahmen« nicht einfach im Gefolge der bizarren Logik, die ich zu beschreiben versucht habe, von der allgemeinen Regel abgetrennt worden wären. Dann stünden wir heute nicht mit einer Welt voller Ausnahmen da, und mit einer so ehrwürdigen wie nutzlosen »Gesetzmäßigkeit«, die nur noch etwas für marxistische Sonntagspredigten hergibt.

Aus all dem folgen aber ein paar ganz schön unverdauliche Dinge. Die Igelstellung sollte nicht nur achtbare Prinzipien wie die internationale Solidarität schützen; da gab es ja auch noch die unentbehrlichen Fetische. Offensichtlich war es unmöglich, eine wirklich offene und realitätsgerechte Einstellung zum Nationalismus anzustreben und zugleich auf dem absoluten Vorrang der Klasse zu bestehen. Mit dieser Frage aber steht und fällt das ganze vielstöckige philosophische Gebäude. Nach den kanonischen Formulierungen war die Theorie des *Kapitals* nämlich unmittelbar mit einer Konzeption verknüpft, in der die moderne gesellschaftliche Entwicklung durch die Produktionsbeziehungen bestimmt wird. Vergangenheit wie Zukunft des Klassenkampfes – und dieser galt als *der* Motor des Wandels und der Revolution – schienen unauflösbar in dieses Netz verwoben. Den ethnisch-nationalen Faktoren Gleichberechtigung mit denen der sozialen Klasse einzuräumen wäre einem Sieg der »zufälligen Erscheinung« über das Wesen gleichgekommen. Die Vorstellung, erstere könne ganz allgemein über eine längere historische Periode hinweg wichtiger sein als letztere – das bedeutete nicht mehr und nicht weniger als das Ende aller Philosophie.

Wir tun uns heute, in einer Zeit allgemein um sich greifender reaktionärer Tendenzen, mit Philosophie sicher schwer. Für die Linke muß die Versuchung groß sein, sich noch verzweifelter an die Elemente von Mystizismus in ihrer Weltanschauung zu klammern. Wenn von den »Modellen« revolutionärer Unbeflecktheit eins nach dem anderen zusammenbricht, mag ein völlig abstrakter Internationalismus umso verlockender erscheinen – ein Internationalismus, der noch näher an den oben erwähnten anarchistischen

Moralismus von Hersch Mendel heranrückt. Aber so muß es nicht kommen. Die Alternative besteht darin, den Nationalismus zunächst auf theoretischer Ebene besser verstehen zu lernen, was – wie gezeigt – auch ein besseres Verständnis seines *alter ego,* des Internationalismus, voraussetzt. Und dann dies neue Verständnis in die Praxis umzusetzen und die Welt zum Besseren zu verändern.

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Anmerkungen

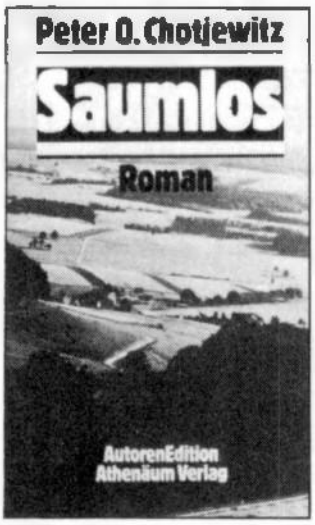
1 »Kritische Anmerkungen zur nationalen Frage«, in: W. I. Lenin, *Werke* Bd. 20, Berlin (DDR) 1961, S. 19.
2 Zitiert nach: R. J. Barnet/R. E. Müller, *Global Reach: the Power of the Multinational Corporations,* New York 1974, S. 14 f.
3 Vgl. dazu die Analyse des Nationalismus in meinem Aufsatz: »Der moderne Janus«, in: *Nationalismus und Marxismus,* Berlin 1978 (Rotbuch 199), S. 7-44.
4 Im folgenden zitiert nach der deutschen Bühnenfassung des Verlags H. R. Stauffacher, Zürich.
5 Jules Humbert-Droz, *Der Krieg und die Internationale,* Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964, S. 7.
6 Diesen Hinweis verdanke ich Fred Halliday, mit dem ich des öfteren über sein demnächst erscheinendes Buch über den Internationalismus diskutiert habe.
7 Hersch Mendel, *Erinnerungen eines jüdischen Revolutionärs,* Berlin 1979 (Rotbuch Verlag), Seite 116 ff.
8 Fernando Claudin, *Die Krise der kommunistischen Bewegung,* Bd. 1: Die Krise der Kommunistischen Internationale, Berlin (Olle & Wolter) 1977, S. 100.
9 W. I. Lenin, a. a. O. (Anm. 1), S. 31.
10 Georges Haupt, »Les marxistes face à la question nationale: l'histoire du problème«, in: Haupt/Löwy/Weill, *Les marxistes et la question nationale,* 1848-1914, Paris 1974, S. 12.
11 Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: *Werke* Bd. 20, S. 426.
12 Eric Hobsbawm, »Bemerkungen zu Tom Nairns ›Modern Janus‹«, in: *Nationalismus und Marxismus* (Anm. 3), S. 45-77, Zitat S. 56.
13 Karl Marx, »Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, in: Marx/Engels, *Werke,* Bd. 1, Berlin (DDR) 1972; die folgenden Zitate S. 380 bzw. S. 391.
14 P. N. Fedoseyev u. a., *Leninism and the National Question* (hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus), Moskau 1974 (engl. Ausgabe 1977), S. 212.
15 Vgl. W. B. Maass, *The Netherlands at War 1940-1945,* London 1970, 6. Kapitel.

Literatur ohne kurzfristige Saison. Sammlung Luchterhand

Verlag AutorenEdition

im Athenäum Verlag

Herbst '79



Die ungewöhnliche Geschichte eines Dorfes. Chotjewitz gehört zu den einfallsreichsten Erzählern seiner Generation

160 Seiten, Englische Broschur, DM 14,80

Das Österreich der siebzigerJahre aus der Sicht eines jungen Schriftstellers. Ein nicht alltäglicher Eheroman

ca. 330 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, ca. DM 34,–

Eine Afroamerikanerin schildert ihre Kindheit und Jugend in den Slums von Baltimore.

ca. 350 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, ca. DM 34,–

Neue Geschichten über die Kindheit, erlebte und erfundene. Wahr sind sie alle.

ca. 280 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, ca. DM 34,–

Detlev Claussen

»Wenn wir uns wie ein Frosch aufblasen . . .«

Marxismus-Leninismus als Sackgasse des Internationalismus?

Auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges und der chinesischen Kulturrevolution konnte es scheinen, als ob eine weltweite revolutionäre Bewegung den etablierten Kräften in Ost und West den Kampf angesagt hätte. Die Neue Linke in den spätkapitalistischen Ländern des Westens verstand ihre Proteste als Moment des antiimperialistischen Kampfes, der in Vietnam mit Waffen gegen die US-Militärmaschine ausgetragen wurde, und zugleich als Revolte gegen jede Autorität, im Sinne von Maos Satz »Rebellion ist gerechtfertigt«. Heute, nachdem die antiautoritäre Rebellion der sechziger Jahre die spätkapitalistischen Institutionen nicht zum Einsturz gebracht hat und nachdem sich in Asien nach dem Truppenabzug der USA China und Vietnam in einem bewaffneten Konflikt gegenüberstanden, reagiert diese Generation regressiv. Die Revolution scheint auch ihre fernen Neffen zu fressen. Das Verlangen nach Emanzipation weicht einem zwiespältigen Realismus: entweder abstrakte Parteinahme für die jeweils gelobten Länder oder aber enttäuschte Kritik an den ehemals geliebten Revolutionen.
Dem Protest in den Metropolen fehlte als antiautoritäre Rebellion die Kontinuität der traditionellen Arbeiterbewegung oder eines antiimperialistischen Befreiungskrieges wie in Vietnam. Ihre eigenen Niederlagen beantworteten Teile der Neuen Linken mit einer freiwilligen Re-Traditionalisierung: man begann sich parteikommunistisch zu organisieren und auch die überlieferten Muster marxistischer Theorien zu übernehmen. Diese Parteien und Gruppen überließen Spontaneität und moralischen Protest anderen. Die politischen Organisationen trennten sich zunehmend von antiautoritären Bedürfnissen, wie sie z. B. in der Sponti-Linken, der Frauen- oder Ökologiebewegung virulent wurden. Zugleich engte sich auch der Horizont wieder ein: die Vielfalt theoretischer Ansätze wurde zugunsten einer angeblichen Einheit des Marxismus geopfert. Rossana Rossanda, eine der sensibelsten Theoretikerinnen der Neuen Linken, formulierte 1972 dieses folgenschwere Mißverständnis am intelligentesten. Nach ihr

»hat das begriffliche Instrumentarium des Marxismus eine gemeinsame politische Sprache geschaffen, einen Schlüssel zur Entzifferung und Deutung der Realität, der . . . zur Vereinheitlichung tendiert – und zwar trotz (oder vielleicht gerade wegen) der Deformationen, die der Marxismus in den Katechismen der kommunistischen Parteien erfahren hat, trotz der Schwä-

chung durch seine reformistischen Abweichungen, trotz der Verfälschung der Theorie durch den Schwindel linker Subkulturen.« (*Kursbuch 30*, S. 1).

Heute wird dieser Irrtum von den Antikommunisten vom Dienst ebenso ausgebeutet wie von den Renegaten aus der Neuen Linken: »der« Marxismus macht die sozialen Revolutionen; logischerweise sperrt »der« Marxismus ins Archipel Gulag, führt »der« Marxismus Krieg gegen sich selbst in Südostasien; achtet »der« Marxismus nicht die Menschenrechte etc. etc. Der Schein einer gemeinsamen Sprache war ein verhängnisvoller Geburtsfehler des Internationalismus der Neuen Linken. Die Parole »Rebellion ist gerechtfertigt« konnte ebenso als Aufforderung zur antiautoritären Rebellion gegen eine spätkapitalistische Gesellschaft interpretiert werden wie als Aufruf zur Zerstörung einer verknöcherten Partei- und Staatsstruktur in der Volksrepublik China.

Als sich die Protestbewegung in Gruppen und Parteien auflöste, verlor ihr Internationalismus auch das Bewußtsein des Unterschieds. Identifikation mit weit entfernten Revolutionen trat an die Stelle der kritischen Analyse; Apologetik oder Verdammungsurteile nahmen den Platz der Diskussion über unterschiedliche Formen antiimperialistischer Befreiung ein. Die Organisationen der Neuen Linken verstrickten sich in Probleme des Internationalismus, die schon wesentlich zur Stagnation der alten kommunistischen Parteien Westeuropas beigetragen hatten.

Der parteikommunistische Internationalismus ist mit der Geschichte der Komintern eng verknüpft, die nicht zu verstehen ist ohne die Entwicklung der Sowjetunion von einer Revolution in einem – am kapitalistischen Fortschritt gemessen – zurückgebliebenen Lande, das internationale Hilfe brauchte, zum »sozialistischen« Vorbild einer Industriegesellschaft. Die Sprache des Marxismus-Leninismus, die in der Komintern bald allgemein verbindlich wurde, steht in groteskem Widerspruch zu dem Realismus, mit dem Lenin 1919 in Marxschen Begriffen die Erfahrung der Oktoberrevolution artikulierte:

»Es wäre lächerlich, unsere Revolution als eine Art Ideal für alle Länder hinzustellen, sich einzubilden, sie hätte eine Reihe genialer Entdeckungen gemacht. Ich habe so etwas von niemandem gehört und behaupte, daß wir es von niemandem hören werden. Wir haben praktische Erfahrungen in den ersten Schritten zur Zerstörung des Kapitalismus in einem Land, in dem Proletariat und Bauernschaft in einem besonderen Verhältnis zueinander stehen. Weiter nichts. Wenn wir uns wie ein Frosch aufblasen und wichtig machen, wird die ganze Welt über uns lachen, werden wir bloße Aufschneider sein.« (Lenin 1919, LW, Bd. 29, S. 178).

Seit der Oktoberrevolution hat der Internationalismus sich verändert. Die ersten beiden Internationalen waren eurozentriert; sie reflektierten den Entstehungsprozeß des europäischen Proletariats in den Formen nationaler politischer und gewerkschaftlicher Organisation. Interessenmäßig blieben die Arbeiterparteien des 19. Jahrhunderts immer an die nationalstaatlichen

Formen gebunden, so daß ihr Internationalismus dem ersten internationalen Zusammenstoß 1914 nicht standhalten konnte.
Die dritte, die Kommunistische Internationale stand dagegen vor dem Problem ungleichzeitiger Revolutionen mit verschiedenen Inhalten und Zielen und band deshalb den Internationalismus der kommunistischen Parteien an das nationalstaatliche Interesse der Sowjetunion. Gemeinsam wurde so nach Lenins Tod die Sprache des Marxismus-Leninismus, aber die Interessen blieben dennoch unterschiedlich, was fast zum Ruin aller westeuropäischen kommunistischen Parteien geführt hätte. Allerdings ist es eine fatale Lebenslüge der Neuen Linken, dieses Problem einseitig Moskau in die Schuhe zu schieben.

»Und somit kann die ganze Geschichte der Komintern verstanden werden als die Unterordnung der KP's unter die Interessen der UdSSR; zugleich bedeutet sie die Verankerung der vorerst gescheiterten europäischen Revolution in der einzigen Realität, die dem Kapital *als Staat* gegenübersteht . . .« (Rossanda, *Kursbuch 30*, S. 5)

Die internationale Solidarität der kommunistischen Parteien Westeuropas mit dem »Sozialismus in einem Land« hat ihr politisches Überleben als organisierte Massensekte legitimiert, da sie objektiv nur eine proletarische Minderheit organisieren konnten. Die kommunistischen Parteien als lebendiger Bestandteil von Massenbewegungen wurden erst wiedergeboren in Résistance und Resistenza, die *nationale Bewegungen gegen den internationalen Feind des Faschismus* waren. Die Organisationsform der kommunistischen Arbeiterpartei ist die nationale Form, die sich international nationalstaatlich, d. h. an der Sowjetunion, orientieren muß. Die berühmte »svolta di Salerno«, mit der Togliatti die Orientierung der KP an der Umstrukturierung im eigenen Land einleitete, ist nur die realistische Auswechslung des *fremden* nationalstaatlichen Interesses gegen das *eigene*. So konnten PCI und (in weit geringerem Maße) PCF zu Mitbegründern des kapitalistischen Nachkriegsitalien bzw. -frankreich werden.

Für die Kolonialländer, vor allem Asiens, hatte die Russische Revolution eine völlig andere Bedeutung als für Westeuropa.

». . . die Oktoberrevolution war nicht, oder war und ist jedenfalls *weit mehr* als der (aus beschränkter europäischer Erwartungsperspektive ›deformierte‹) Stellvertreter der ausgebliebenen proletarischen Erhebung im Westen. Sie war und ist vor allem die erste antiimperialistische Revolution in einem trotz begonnener kapitalistischer Entwicklung noch überwiegend vorkapitalistischen Land, mit halb feudaler, halb ›asiatischer‹ sozialökonomischer Struktur.« (Rudolf Bahro, *Die Alternative*, Köln/Frankfurt 1977, S. 58).

Die Russische Revolution leistete eine andere Arbeit, als die westeuropäischen Kommunisten von ihr erwarteten: sie beseitigte die kapitalistischen Inseln, aber nicht um eine klassenlose Gesellschaft herzustellen, sondern um auf nichtkapitalistischem Wege die entfremdete Arbeit über die Indu-

strie hinaus auf die feudalen und ›asiatischen‹ Sektoren zu verallgemeinern. Die enorme Steigerung der Produktivkräfte wurde erkauft mit einer Militarisierung der Produktion, der Ausbildung neuer Klassenstrukturen und despotischen Herrschaftsformen. Diese Entwicklung ließ den Internationalismus nicht unverändert: seit 1927 versuchte die KPdSU in der Komintern, die Verteidigung der Sowjetunion zur verbindlichen Richtlinie aller kommunistischen Parteien zu machen. Das nationale Interesse der Sowjetunion als Maxime internationalistischer Politik geriet mit dem Interesse der chinesischen Revolution sofort in Konflikt. Nahezu alle politischen Fraktionen in Moskau kritisierten die Bauernguerilla von Mao und Tschu Teh als »Abenteurertum«.

Die KPdSU hat das begriffliche Instrumentarium der Marxschen Theorie nach ihrem eigenen Bedarf umgeschmiedet. Der Sowjetmarxismus wurde einerseits zur nationalen Legitimationstheorie der russischen Form der Industrialisierung, andererseits beanspruchte er als positive Entwicklungstheorie internationale Gültigkeit. Der Begriff des Sozialismus verlor alle emanzipativen Ansprüche, die Marx aus der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft gewonnen hatte: Abschaffung der entfremdeten Arbeit, Aufhebung der Klassengesellschaft und allgemein menschliche Emanzipation der Individuen. Der Sowjetmarxismus ist das theoretische System des nationalen Eigeninteresses der Sowjetunion.

Die Kommunisten in den Kolonialländern konnten aus dem »Marxismus-Leninismus« herausbrechen, was sie seit der Oktoberrevolution inspiriert hatte: die Rolle der Bauern in der antiimperialistischen Revolution, die »Diktatur des Proletariats« als politische Form nationaler Erneuerung, die kommunistische Partei als Kaderschmiede für den neuen Staat. Um aber überhaupt bei den Bauern Fuß fassen zu können, mußten die Kommunisten in den Kolonialländern diesem Marxismus die nationalen und kulturellen Traditionen ihres Landes assimilieren. In der Sprache der Komintern hat Mao 1938 formuliert, daß der Marxismus zur Durchsetzung einer chinesischen Revolution sinisiert werden müsse:

»Ein Kommunist ist ein internationaler Marxist, der Marxismus aber muß eine nationale Form erhalten, bevor er in die Praxis umgesetzt werden kann. Es gibt keinen abstrakten Marxismus, der Marxismus muß konkret sein . . . Wenn chinesische Kommunisten, ein integrierender Bestandteil des chinesischen Volkes, mit Fleisch und Blut diesem Volk zugehörig, ohne Rücksicht auf die Eigenarten Chinas vom Marxismus reden, dann ist ein solcher Marxismus abstrakt und inhaltsleer. Folglich wird die Sinisierung (Zhongguo hua) des Marxismus, das Bemühen, den Marxismus in all seinen Äußerungen durch die Eigenarten Chinas zu prägen, das heißt, ihn den Eigenarten Chinas gemäß anzuwenden, zu einem Problem, das die ganze Partei unverzüglich zu erfassen und zu lösen hat. Mit den Schlagworten aus dem Ausland muß Schluß gemacht werden . . . Den Inhalt des Internationalismus von seiner nationalen Form zu trennen, ist kennzeichnend für die Leute, die den Internationalismus überhaupt nicht verstehen.« (Mao 1938, nach Chesnaux, *Geschichte Ost- und Südostasiens im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln 1969, S. 223, 224)

Weil sich die Neue Linke dieses geschichtlichen Hintergrunds nie bewußt geworden ist, hat sie naiv angenommen, daß antiimperialistische Revolution und kommunistische Bewegung identisch seien. Ihre richtige Kritik an den Statthalterregimen wie dem des Schah oder Diems hat sie dafür blind gemacht, daß marxistische Bewegungen nicht die konkurrenzlose Alternative der nationalen Erneuerung in der Dritten Welt sind. Die zentrale Rolle des Islam beim Sturz des Schahregimes kam für sie völlig überraschend. Es gibt untersuchenswerte Parallelen zwischen dem Marxismus-Leninismus in seinen nationalen Formen und dem Islam in seiner Doppelgestalt als Rebellen- und Herrschaftsreligion. Populismus und Christentum wie in Lateinamerika oder im südlichen Afrika konkurrieren ebenfalls mit marxistisch beeinflußten Befreiungsbewegungen, um nur die Hauptströmungen zu nennen. Wenn es in den antiimperialistischen Revolutionen um die nationale Neuformulierung abhängiger Gesellschaften geht, kann Internationalismus nicht mehr heißen als ein Engagement gegen die Einmischung ausländischer Mächte. Die Neue Linke hat aber von den nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen mehr erwartet als den Kampf um nationale Unabhängigkeit – eine von Ausbeutung und Herrschaft befreite Gesellschaft. Abschaffung des Privateigentums und allgemein menschliche Emanzipation waren *nicht* die identischen internationalen Inhalte der sozialen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, sondern die *nationale Neuformierung der Opfer imperialistischer Unterdrückung: von Rußland bis Vietnam.*

Was den Internationalismus der Linken so hilflos macht, ist die Tatsache, daß es sich bei den kriegerischen Auseinandersetzungen in Südostasien um *nationale Konflikte* handelt. Der Kolonialismus hat dort zwar traditionale Kulturen zerstört, aber nie hat das kapitalistische Gesellschaftssystem die chinesische und indochinesische Gesellschaft durchdrungen. Alle antiimperialistischen Revolutionen haben die Inseln des Kapitalismus in ihren Ländern zerschlagen, um sich als Nationen neu formieren zu können. Dabei entstanden neue gesellschaftliche Klassenstrukturen, die sich auch in unterschiedlichen nationalen Interessen ausdrücken. Deshalb handelt es sich in Indochina nicht um Stellvertreterkriege, wie es die Drahtzieher-Theoretiker im Westen gerne darstellen. Die nationalen Rivalitäten in Südostasien sind viel älter als der Konflikt zwischen Peking und Moskau. Jean Lacouture wies schon vor über zehn Jahren darauf hin:

»Zwei Drittel aller Nationalhelden Vietnams errangen ihren Ruhm in Kämpfen gegen die Chinesen, die heute in Hanoi als ›Mongolen‹ bezeichnet werden, was sehr oft auch richtig ist. Man kann die sino-sowjetischen Verbindungen nicht etwa mit den Beziehungen zwischen Moskau und Polen oder zwischen Engländern und Irländern vergleichen. Das hieße, europäische Verhältnisse, in denen die Religion eine große Rolle spielt, auf asiatische Verbindungen übertragen, die weniger vom Imperialismus als von einem Protektionismus gekennzeichnet sind, in dem wirtschaftliche Ausbeutung, Protektorat und Zivilisierungsbestrebungen durcheinanderlaufen.« (Lacouture, *Ho Chi Minh*, Frankfurt 1968, S. 248)

Das Problem der Domination durch eine überlegene Macht – auch eine revolutionäre – durchzieht die Geschichte der antiimperialistischen Revolution. Kommunisten konnten nur dann zur führenden nationalen Macht werden, wenn sie Klassenkampf in einem Agrarland mit der nationalen Befreiung kombinierten. Wenn Kommunisten im Bündnis mit nationalen Kräften die Staatsmacht eroberten, so mußten sie versuchen, ihre nationale Macht gegen den internationalen Druck zu sichern. Außenpolitisch weicht der radikale Internationalismus kämpfender Bewegungen über kurz oder lang einer nationalrevolutionären Realpolitik, zu der die Interessen der die neue Nation umgebenden Bewegungen meist sehr schnell in Widerspruch geraten. Unter diesen Vorzeichen ist der dauernde Druck der Sowjetunion auf die Kommunistische Partei Chinas zu verstehen, sich mit der Kuomintang zu verständigen. Die Volksrepublik China ihrerseits hat ständig versucht, die vietnamesischen Kommunisten zum Kompromiß mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich zu bewegen. Auch die Ping-Pong-Diplomatie, die Verständigung Chinas mit den USA, begann über die Köpfe der Vietnamesen hinweg. Der Widerspruch von Staat und Bewegung gilt selbst für Vietnam intern: nachdem sich im Norden die Demokratische Republik Vietnam als Staat stabilisiert hatte, verhielt sie sich gegenüber den gesellschaftlichen Konflikten im Süden sehr abwartend. Wie die Lektüre der *Pentagon Papers* beweist, begann die Revolution im Süden nicht auf Beschluß der nordvietnamesischen Führer, die um die Ergebnisse ihrer Industrialisierung fürchteten. Erst die Amerikaner haben durch den von ihnen provozierten Tongking-Zwischenfall den Konflikt auf die staatliche Ebene gehoben, auf der sie sich als hundertmal überlegene Militärmacht wie die sicheren Sieger fühlten.

Schon in den vierziger Jahren waren die vietnamesischen Revolutionäre nicht an einer Ausweitung ihrer nationalen Befreiungsbewegung auf die anderen Länder Indochinas interessiert. Ihr sozialrevolutionärer Befreiungskrieg begann mit der Auflösung der Kommunistischen Partei Indochinas und der Gründung des Viet Minh. In diese Zeit fällt ein entscheidender Zusammenstoß mit dem chinesischen Nationalismus: während der Augustrevolution 1945 wurde Hanoi eingeklemmt von dem französischen Expeditionskorps im Süden und vier Kuomintang-Armeen, die plündernd durch den Norden zogen. Obwohl der Sieg der chinesischen Kommunisten nicht mehr fern war, äußerte sich Ho Chi Minh unzweideutig: »Lieber ein wenig am Dreck der Franzosen riechen, als ein Leben lang den der Chinesen fressen« (nach Lacouture, *Ho Chi Minh*, a. a. O., S. 123).

Aus der indochinesischen KP gingen 1945 zwei starke nationale Befreiungsbewegungen hervor: die vietnamesische und die laotische. Die Einheit von Nationalismus und Klassenkampf wurde in der laotischen Bewegung versinnbildlicht durch die Tatsache, daß an ihrer Spitze der in Frankreich

politisierte Ingenieur und Prinz Souvannaphong stand. Als es den Amerikanern, die auf die Rechtsaußen des laotischen Königshauses setzten, gelungen war, den neutralistischen Prinzenbruder Souvannaphouma völlig zu desavouieren, konnte die Neo Lao Haksat Souvannaphongs schließlich zur einzigen Repräsentantin nationaler Unabhängigkeit werden. Vietnamesen und Laoten haben seit über dreißig Jahren relativ einträchtig die wechselnden gemeinsamen Feinde bekämpft, so daß ihre heutige Verbindung nicht unlogisch erscheint.

Ganz anders verlief die Entwicklung in Kambodscha: den kambodschanischen Kommunisten gelang es nicht, sich aus dem Sektierertum einer kommunistischen Partei in einem agrarischen Kolonialland zu lösen: sie blieb eine in Fraktionsstreitigkeiten zersplitterte Intellektuellensekte. Sie mußte das Prestige nationaler Unabhängigkeit Prinz Sihanouk überlassen, der sein Land aus dem Krieg herauszuhalten versuchte. Wiederum haben die Amerikaner, die keine Neutralität in diesem Konflikt duldeten, durch den Sturz Sihanouks die Roten Khmer, die damals nur über 3000 bewaffnete Kämpfer verfügten, aus ihrer gesellschaftlichen Isolation befreit. Der Taktiker Sihanouk lieh nun sein antikoloniales Image den Roten Khmer, und die Amerikaner sorgten durch ihr Flächenbombardement dafür, daß die kambodschanischen Bauern zu dem letzten griffen, was sie hatten: Sensen, Messer und Knüppel. Da die Amerikaner in Kambodscha gewaltsam jede soziale Struktur zerstörten und es den Roten Khmer aufgrund mangelnder Erfahrung nicht gelang, die durch den Bombenterror spontan mobilisierten Bauernmassen zu politisieren, kam es nach dem Abzug der Amerikaner in Kambodscha zur gesellschaftlichen Katastrophe. Partisanentum, das nicht politisch sozialisiert und organisiert auftritt, hat zwar objektive Ursachen, aber es produziert ein viel größeres Maß an zielloser Gewalttätigkeit. Diese Erfahrung formulierte Lenin angesichts der Agrarbewegung in Rußland von 1905: »Die Bevölkerung reagiert auf diese Erscheinung [Repression und Terror] spontan, unorganisiert – und gerade deshalb in unzweckmäßigen und *üblen* Formen –, ebenfalls mit bewaffneten Handstreichen und Überfällen« (LW, Bd. II, S. 210). Heute ist schon beinahe vergessen, daß die von den USA unterstützte Lon Nol-Regierung sich sofort nach dem Putsch nationalistisch zu profilieren suchte: sie organisierte in Phnom Penh ein Totalmassaker an den in der Stadt lebenden Vietnamesen, die 10 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung stellten. Die Roten Khmer standen in den Augen der kambodschanischen Bauern stets unter dem Verdacht, ausländische Agenten zu sein. Sihanouk hatte zu seinen Regierungszeiten mit diesem Argument gearbeitet. Im Bewußtsein der Massen mußten die Roten Khmer mit Lon Nol um den Platz des wahren Nationalismus konkurrieren.

Ohne lange sozialrevolutionäre Tradition, was sich materiell im Mangel an

ausgebildeten Kadern und lebensfähigen befreiten Gebieten ausdrückt, standen die Roten Khmer 1975 vor einem Desaster. Die Stadtfeindlichkeit der Bauern und die hoffnungslose Ernährungslage der mit Millionen von Flüchtlingen vollgestopften Städte wurden von den Roten Khmer beantwortet mit der totalen Zwangsevakuierung der Städte und einer populistisch-nationalistischen Antiintellektuellenkampagne. Da sie sich nur auf die bäuerliche Kriegsgeneration verlassen konnten, versuchten die Roten Khmer den Traditionalismus der alten Bauerngesellschaft mit Gewalt zu zerschlagen. Diese inneren Widersprüche wurden durch einen extremen Nationalismus zusammengehalten, der sich in dauernden Grenzgefechten mit Vietnam niederschlug.
Da die Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus notwendigerweise in nationalen Formen verläuft, kommen nach der Revolution zu den Wunden des Krieges noch die Übel der traditionalen Gesellschaften, die auch der Grund dafür waren, daß die asiatischen Länder Opfer von Kolonialismus und Imperialismus werden konnten. Die historisch überkommenen Feindschaften, die von den Kolonialisten nach dem altrömischen Prinzip »Teile und herrsche« klug genutzt worden waren, bilden die Grundlage neuer Widersprüche. Soziale Unterschiede der Agrargesellschaft drücken sich in diesen Ländern oft ethnisch aus.

Mit den nachrevolutionären Problemen der unterschiedlichen Nationen kann man sich nicht einfach identifizieren – es sei denn, man glaubt an eine *reine Revolution, die nach überall gültigen Prinzipien des Marxismus-Leninismus verläuft.* Aber die Neue Linke hat nicht nur China, Vietnam und Kambodscha falsch wahrgenommen, sondern auch sich selbst. Der Vietnamkrieg bot ihr eine Erkenntnischance hinsichtlich der eigenen Gesellschaft, die Marx einst so formuliert hatte:

»Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen.« (MEW, Bd. 9, S. 225).

Die Protestbewegung entdeckte die Marxsche Theorie wieder, ohne jedoch ein Bewußtsein des historischen Unterschieds zwischen Marxscher Theorie und den national gefärbten Marxismen entwickeln zu können. In dem Gefühl, daß sie allein nicht imstande wäre, die Gesellschaft zu verändern, begann sie sich zu kostümieren: als Proletarier oder als Stadtguerillero. Das Bedürfnis nach Vorbildern und Modellen wuchs, je mehr sich große Teile der Neuen Linken sektiererisch von der eigenen gesellschaftlichen Wirklichkeit abspalteten.

OSSIP K. FLECHTHEIM:

»Seit Jahr und Tag habe ich die Materialien-Reihe mit Interesse verfolgt. Ich war immer wieder davon angetan, da insbesondere auch wichtige, sonst kaum zugängliche Materialien und Publikationen dort erschienen sind.«

Karl Liebknecht
Gedanke und Tat
Schriften, Reden, Briefe zur Theorie und Praxis der Politik
Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim
[3282] DM 9.80

»Mit all seinen Fehlern und Schwächen wird Karl Liebknecht von niemandem übertroffen in der Art, wie er die Einheit von Bekenntnis und Tat, das Ineinander von Glauben, Wollen und Handeln vorlebte.«
Ossip K. Flechtheim

Michail Bakunin
Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften
Herausgegeben und eingeleitet von Horst Stuke
[35023] DM 12.80

Materialien, die über Bakunins Persönlichkeit, sein politisches Wirken und die Entwicklung seiner sozialistischen Weltanschauung sowie über seine Revolutions- und Konspirationstheorie und seine Auseinandersetzung mit Karl Marx Aufschluß geben.

Karl Marx
Das Kapital
Band 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals
[2806] DM 12.80
Band 2: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals
[2805] DM 12.80
Band 3: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion
[3008] DM 12.80

Thomas Hobbes
Leviathan
oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates
Herausgegeben und eingeleitet von Iring Fetscher
[3240] DM 19.80

Noch heute wird der 1651 erschienene »Leviathan« beschworen, wenn es um das Verhältnis von Freiheit und Zwang im Staate, um Rechte und Pflichten der Bürger und der Obrigkeit, um die vernünftige Ordnung eines Gemeinwesens geht.

Feudalismus
Materialien zur Theorie und Geschichte
Herausgegeben von Ludolf Kuchenbuch in Zusammenarbeit mit Bernd Michael
[3354] DM 24.80

Ein »Arbeitsbuch« für Fachstudenten und Lehrer, das den Einstieg in die Problematik des Feudalismus ermöglicht und im Nachvollzug der geschichtlichen Entwicklung die »sachlichen« und wissenschaftstheoretischen sowie politisch-ideologischen Aspekte aufweist.

Peter Kropotkin
Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt
Herausgegeben und eingeleitet von Henning Ritter
[3225] DM 14.80

»Der ethische Fortschritt erscheint im großen und ganzen betrachtet als die allmähliche Ausdehnung der Prinzipien gegenseitiger Hilfe vom Stamm aus zu immer umfassenderen Gebilden, so daß sie schließlich eines Tages die ganze Menschheit umfassen, ohne Unterschied der Glaubensbekenntnisse, Sprachen und Rassen.« Peter Kropotkin

---

Karl Marx/Friedrich Engels
Staatstheorie
Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie
Herausgegeben und eingeleitet von Eike Hennig, Joachim Hirsch, Helmut Reichelt und Gert Schäfer
[3008] DM 12.80

Hier wird erstmals der Versuch unternommen, sämtliche Texte von Karl Marx zur Theorie des Staates zu sammeln, zu ordnen, zu deuten, in ihrer Resonanz zu analysieren und sie kritisch zur Diskussion zu stellen.

Franz Mehring
Die Lessing-Legende
Mit einer Einleitung von Rainer Gruenter
[2854] DM 9.80

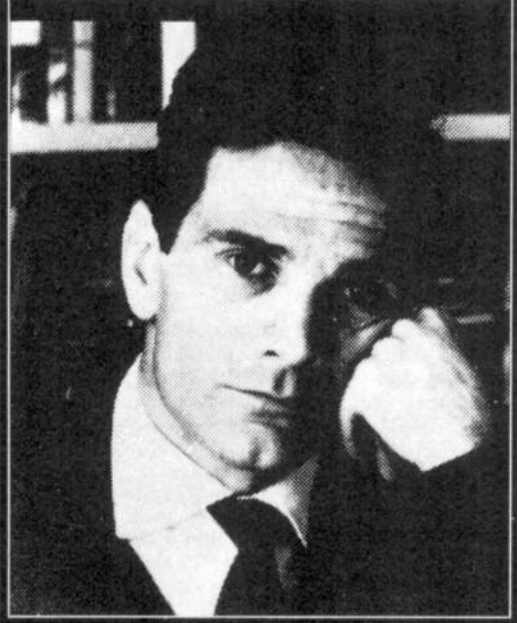
»Da eine Rettung Lessings aus den Philisternetzen der Bourgeoisie nicht möglich ist ohne eine Reihe von Abschweifungen in das literarische und soziale, militärische und politische Leben des 18. Jahrhunderts, so gelingt es vielleicht doch, in der kritischen Auflösung des bourgeoisen Lessing-Zeitbildes die allgemeinen Grundzüge des wahren Lessing-Bildes wenigstens durchscheinen zu lassen.« Franz Mehring

---

Ullstein Materialien
Wissenschaft im Taschenbuch

Pier Paolo Pasolini
Ketzererfahrungen

›Empirismo eretico‹
Schriften zu Sprache, Literatur und Film/Hanser



Übersetzt und eingeleitet von Reimar Klein. 300 Seiten. Ppb. ca. 25.– DM.

Pasolinis sprach-, literatur- und filmtheoretische Schriften aus den Jahren 1965–1972 lassen erkennen, daß seine späteren vehementen Attacken auf die moderne ›Konsumgesellschaft‹ aus einer sehr nüchternen, hochproduktiven Trauer-Arbeit kommen. In kenntnisreichen Essays über die humanistische Tradition der italienischen (Literatur-)Sprache, über die Rolle der Sprachwissenschaft für die kommunistische Revolutionsstrategie, über den Film als ›Metasprache‹ etc., erweist sich Pasolini als scharfsichtiger, origineller Denker und ›ketzerischer‹ Essayist.

Carl Hanser Verlag

Pädagogik bei Rowohlt:
Initiativen für heute und morgen

Neu im Oktober:
J. Beck/H. Boehncke (Hg.)
Jahrbuch für Lehrer 4
Selbstbestimmtes Lernen/Schulalltag/Unterricht: Natur, Technik, Faschismus
(rororo Sachbuch 7285, DM 10,80)

Claus Biegert
Indianerschulen
Als Indianer überleben – von Indianern lernen. Survival Schools
(rororo Sachbuch 7278, DM 10,80)

Holger Strohm
Politische Ökologie
(rororo Sachbuch 7085, DM 12,80)

Karlheinz A. Geißler (Hg.)
Gruppendynamik für Lehrer
Was Lehrer verändern können
(rororo Sachbuch 7273, DM 8,80)

Hans-Jochen Gamm
Allgemeine Pädagogik
Die Grundlage von Erziehung und Bildung in der bürgerlichen Gesellschaft
(rororo Sachbuch 7266, DM 9,80)

Lutz van Dick
Alternativschulen
Information, Probleme, Erfahrungen
(rororo Sachbuch 7261, DM 10,80)

Hartwig Weber
Mut zur Phantasie: Kinder lernen über Kinder
Kinder lernen über sich und ihre Schulsituation, über Kinder in Randgruppen und in der Dritten Welt
(rororo Sachbuch 7255, DM 10,80)

Rowohlt Taschenbuch Verlag

ro ro ro

Dossier:
Die ewigen Sieger
Westdeutsche Kommunisten zu Kambodscha, Vietnam, China

dramatis personae:
Deutsche Volkszeitung (DKP-nah)
Kommunistische Volkszeitung (KBW)
Rote Blätter (MSB-Spartakus)
Rote Fahne (KPD)
Unsere Zeitung (DKP)
u. a.

Gejubelt wurde zunächst gemeinsam

»Die Siege der indochinesischen Völker, allen voran das vietnamesische Volk, haben dem Imperialismus entscheidende Niederlagen im Weltmaßstab beigebracht. Mit dem Aufbau des Sozialismus in der DRV ist eine starke Bastion für die Revolution im Süden und die Volksbefreiungsbewegungen der anderen indochinesischen Völker entstanden, die sich in jahrzehntelangem Ringen als uneinnehmbar erwiesen hat.« (*Rote Fahne*, 6. 11. 74).

»Der Parteivorstand der DKP hat ein Telegramm an die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas gerichtet. Darin heißt es: ›Anläßlich der Befreiung Ihres Landes von den Marionetten des US-Imperialismus übermitteln wir Ihnen solidarische Grüße.‹ Es wird die Bedeutung des Sieges des kambodschanischen Volkes für die Stärkung der antiimperialistischen Kräfte hervorgehoben.« Kieu Samphan wird als »eine der bedeutendsten Persönlichkeiten in der Regierung Sihanouks« gewürdigt, der neuen Regierung wird in einer Überschrift bescheinigt: »Kurs des freien Kambodscha: Nationale Einheit und Neutralität«. (*Unsere Zeitung*, 19. 4. 75).

»Die vietnamesischen Kommunisten werden derzeit in der bürgerlichen Presse häufig als ›in erster Linie Nationalisten, wenn nicht gar Chauvinisten und erst in zweiter Linie als Kommunisten‹ bezeichnet (FAZ 2. 5. 75). Dahinter steht die Hoffnung, daß es mit dem Sozialismus für die Bourgeoisie so schlimm nicht werden wird und daß die Kommunisten in Vietnam mit der Weltrevolution nichts im Sinn haben. Beide Hoffnungen sind vergeblich.« (*Kommunistische Volkszeitung*, 7. 5. 75).

Für oder gegen Pol Pot

»Die ›grauenhaften Greueltaten‹ der Roten Khmer, die allerorten durch die Presse geistern, sind erfundene Berichte vornehmlich von CIA-Agenten, denen alle Augenzeugen der Befreiung Phnom Penhs widersprochen haben.« (*Rote Fahne*, 21. 5. 75).

»Fröhlich stimmt dieses Gezeter [über Greueltaten des Pol Pot-Regimes] die werktätigen Massen und jeden Revolutionär, bestätigt doch die hilflose Wut der herrschenden bürgerlichen Klasse, daß es mit der Diktatur in Kambodscha endgültig vorbei ist. Wenn sie ›Zwangsarbeitslager‹, ›Gleichmacherei‹ heult, so heißt das bloß, daß nachdem die Arbeiter, Bauern und die revolutionäre Armee die Macht übernommen haben, auch die alten Parasiten und Blutsauger des Volkes gezwungen wurden, von eigener Hände Arbeit zu leben. (. . .) Wenn sie den Massen Verrohung und Verwilderung vorwerfen, heißt das, die Massen haben eine wirkliche demokratische Herrschaft errichtet.« (*Kommunistische Volkszeitung*, 22. 4. 76).

»Breite Front zur Befreiung Kampucheas gebildet

Anfang Dezember trat die ›nationale Einheitsfront Kampucheas für nationale Rettung‹ mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der eine Einschätzung der gegenwärtigen kampucheanischen Führung um Pol Pot und Ieng Sary gegeben und die Ziele der Nationalen Einheitsfront dargestellt sind.

Die Verbrechen von Pol Pot/Ieng Sary

Die gegenwärtige Führung habe nach der Befreiung am 17. April 1975 die Macht an sich gerissen und ein ›diktatorisches, militaristisches, faschistisches und in seiner Grausamkeit beispielloses Regime errichtet‹. Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique habe die Zwangskollektivierung, die Abschaffung des Geldes und des Marktes und das Verbot jeder religiösen Betätigung verfügt. Kollektive Zwangseheschließungen, die Trennung von Familien, die Zerstörung der nationalen Kultur, der Sitten und Gebräuche, Zwangsarbeit seien Bestandteil der ›Sklavenhaltergesellschaft neuen Typs‹, die mit Sozialismus nicht das Geringste zu tun habe. (. . .) Ihr Ziel [der Nationalen Einheitsfront] ist der Sturz der Pol Pot/Ieng Sary-Clique und die Entwicklung Kampucheas zu einem wahrhaft friedlichen, unabhängigen, demokratischen, neutralen, nichtpaktgebundenen und zum Sozialismus voranschreitenden Land.« (*Unsere Zeitung*, 13. 12. 78)

»Nach verschiedenen amerikanischen Aussagen, australischen und französischen Untersuchungen geschah in den ersten Monaten nach der Befreiung folgendes: Auf Beschluß der zentralen und regionalen Ebenen der revolutionären Macht wurden die erwiesenen schlimmsten Kriegsverbrecher unter den hohen Offizieren und Beamten des Lon Nol-Regimes hingerichtet. Standrechtlich erschossen wurden auch in dieser Zeit vor allem in der Umgebung Phnom Penhs und im Nordwesten, dem Grenzgebiet zu Thailand, die noch während des ganzen Jahres 1975 und teilweise 1976 operierenden CIA-Agenten und Terrorkommandos der ›Khmer-Serai‹. Dabei handelte es sich insgesamt um einige hundert Leute. (. . .) Rachefeldzüge, bei denen einige tausend Vertreter des proamerikanischen Regimes hingerichtet wurden, gab es faktisch nur in den neubefreiten Gebieten, d. h. vor allem in den an Thailand angrenzenden Provinzen. (. . .) Bei dem empfindlichen Kadermangel der neuen Macht (5 Jahre vorher war die KP Kampucheas eine kleine isolierte Widerstandsgruppe gewesen) war sie bis 1976 nicht in der Lage, in diesen Gebieten eine geregelte politische Kontrolle zu übernehmen. So entwickelte sich hier eine spontane Bauernrevolte, die wie solche Revolutionen immer, ungezügelt gegen die Ausbeuter und Bedränger losschlug, Vergeltung für ihr ganzes früheres Elend übte und sich an Eigentum und Leben dieser Leute schadlos hielt. (. . .) Was uns angeht, so muß man nach den vorliegenden Berichten wohl davon ausgehen, daß in den neu befreiten Provinzen sicherlich viel Blut vergossen worden ist, das vom Standpunkt der revolutionären Zweckmäßigkeit nicht hätte vergossen werden dürfen. Doch sollen wir uns wie Luther hinstellen und angesichts vulkanischer Eruptionen bäuerlicher Gewalt gegen mordende und sengende Bauern zu Felde ziehen? Oder kommt es nicht vielmehr darauf an, auch an diesem Beispiel zu erkennen, wie wichtig eine weitsichtige revolutionäre Führung ist?« (Jürgen Horlemann, in: *Rote Fahne*, 18. 1. 79)

»In Wahrheit stimmt im Demokratischen Kampuchea die Staatsmacht im Inneren des Landes so sehr mit der Selbstorganisation des Volkes überein, daß sie gegenüber der Selbstorganisation des Volkes verschwindet. Die Armee stand vor der sowjetisch-vietnamesischen Invasion ausschließlich an den Grenzen.« (*Kommunistische Volkszeitung*, 15. 1. 79)

»Das im Fahrwasser Pekings segelnde Pol Pot-Regime wurde in wenigen Tagen vom eigenen Volk hinweggefegt. Es existierte von Pekings Gnaden, aber es war dem eigenen Volk zutiefst verhaßt und durch und durch morsch.« (*Unsere Zeitung*, 20. 2. 79)

Konflikt Vietnam/Kambodscha

»Für eine erneute Solidarität mit Vietnam
(. . .) Seither [seit dem Sieg der FNL 1975] war Vietnam für viele der damaligen Mitstreiter der Bewegung kein Thema mehr. Die Anstrengungen des Wiederaufbaus, der mühsame Weg in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft und auf wirtschaftliche Entwicklung übten weniger Faszination aus als der Kampf, Tod und Sieg. (. . .)
Schlagartig ist in jüngster Zeit die Notwendigkeit einer erneuten internationalen Vietnamsolidarität in den Vordergrund gerückt. Das Land wird gegenwärtig von der schwersten Überschwemmung seit 35 Jahren heimgesucht. Davon sind etwa 2 von insgesamt 5 Millionen Hektar Reis-Anbaufläche betroffen. (. . .)
Damit nicht genug. Auch politische Solidarität tut wieder not. Seit bald einem Jahr führt Kampuchea einen Grenzkrieg gegen Vietnam. Dafür scheint es innere und äußere Gründe zu geben. Die inneren Gründe mögen die Konflikte und Widersprüche sein, die aus der – allen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus hohnsprechenden – Politik eines primitiven ›Agrarkommunismus‹ entspringen. (. . .) Die äußeren Gründe sind in der Politik der VR-China zu suchen. (. . .) Die Motive der chinesischen Führung scheinen traditionell machtpolitischer Art zu sein: ›Balkanisierung‹ der angrenzenden Gebiete, vor allem aber Einbindung in ein antisowjetisches Bündnis. (. . .)
Ausgerechnet die (in China selbstverständlich längst vollzogene) Verstaatlichung des Handels durch die vietnamesische Regierung nutzt die chinesische Führung als Zündstoff. Da der Handel vorwiegend in den Händen der Hoas, das sind Vietnamesen chinesischer Abstammung, konzentriert war, prangerte die chinesische Regierung die revolutionären Veränderungen im Verteilungssystem als Übergriffe gegen chinesische Interessen an. (. . .) Es scheint, daß China darüberhinaus durch eingeschleuste Agitatoren die Hoas mit Hilfe von Kriegsgerüchten in Panik versetzen und zur Massenflucht agitieren ließ. Als Hunderttausende an die Grenze strömten, wurde diese geschlossen, und seitdem wird jede Lösung des Problems – sei es in Gestalt einer legalisierten Einwanderung der Hoas nach China, sei es in Gestalt ihrer Reintegration in die vietnamesische Gesellschaft, durch die chinesische Führung verhindert. Menschliches Massenelend in unvorstellbarem Ausmaß wird hier als Druckmittel im Dienste von Machtpolitik eingesetzt. (. . .)
In dieser Situation müssen alle, denen Menschlichkeit und Selbstbestimmung keine Phrasen zur Tarnung von Ausbeutungsinteressen sind, eine neue Bewegung materieller und politisch-ideeller Vietnam-Solidarität mittragen.« (Helmut Gollwitzer, Wolfgang Fritz Haug, Erich Wulff, in: *Argument* Nr. 112, Nov./Dez. 1978)

»Kampuchea (. . .) konnte bereits 1977 wieder Reis exportieren – Grund für die vietnamesischen Behörden, regelmäßig zur Erntezeit Raubzüge zu organisieren.« (*Rote Fahne*, 11. 1. 79)

»Versuchte Einmischung verurteilt/Erklärung Vietnams und der Einheitsfront Kampucheas

Hanoi. UZ – Die vietnamesische Regierung und die nationale Einheitsfront Kampucheas haben die Versuche des Pol Pot-Regimes zurückgewiesen, die Aufstandsbewegung gegen das Regime in Kampuchea zu einer ›vietnamesischen Invasion‹ zu verfälschen und vor den Weltsicherheitsrat zu bringen.« (*Unsere Zeitung*, 8. 1. 79)

»In Kampuchea beginnt jetzt die Regenzeit. Die Regenzeit wird großangelegte Militäraktionen der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen in Kampuchea äußerst erschweren und weitgehend unmöglich machen. Das Volk von Kampuchea hat die erste, vielleicht gefährlichste Phase seines Widerstandskrieges erfolgreich abgeschlossen. Es hat seine Kriegsfähigkeit bewahrt. (. . .)
›Blühender Lotos‹ nannten die vietnamesischen Revisionisten ihre Blitzkriegsstrategie. Schon immer haben die Invasoren und Blitzkriegsstrategen in der Benamung ihrer Überfälle größten Einfallsreichtum bewiesen. Blühender Lotos, das sollte bedeuten: rascher Vorstoß ins Zentrum des Feindes, Zerschlagung dieses Zentrums und Verfolgung der zerschlagenen und exzentrisch auseinandergetriebenen Truppen des Feindes bis zu ihrer völligen Vernichtung. Wie alle Revisionisten sind die vietnamesischen Revisionisten Idealisten, bluttriefende Idealisten, aber Idealisten, die sich ihre Vorstellung nicht an Hand der Tatsachen, sondern als Ausfluß ihrer reaktionären Klasseninteressen bilden.« (*Kommunistische Volkszeitung*, 28. 5. 79)

»Der Sturz des Verbrecherregimes im Land der Khmer bedeutet jedoch gleichzeitig den Verlust des treuen ausgehaltenen Vasallen der Pekinger Führung. Damit wird die Strategie der Einkreisung Vietnams, der Erdrückung seiner revolutionären und demokratischen Errungenschaften durch den US-amerikanischen und chinesischen Zweibund an einer Flanke aufgebrochen. (. . .) Weder hat Vietnam irgendwelche Gebietsansprüche oder Eroberungssehnsüchte, (. . .) noch existieren ›Invasionsstreitkräfte‹.« (*Rote Blätter* Nr. 2/3, 79)

Der Krieg China/Vietnam

> »China und Vietnam sind zwei benachbarte sozialistische Länder, verbunden durch gemeinsame Berge und Flüsse, und unsere Völker sind Brüder und Kampfgenossen, die Wohl und Wehe teilen. (. . .) Diese kämpferische Freundschaft und Solidarität zwischen dem chinesischen und vietnamesischen Volk weiter zu festigen und zu entwickeln, entspricht den grundlegenden Interessen unserer Länder, der Sache der sozialistischen Revolution und den Interessen der revolutionären Sache der Völker der Welt.« (Der chinesische Parteichef Hua Guofeng anläßlich des Besuchs seines vietnamesischen Kollegen Le Duan im Oktober 77)

»China wehrt sich gegen die Provokationen der Sowjetunion und Vietnams

Am letzten Samstag reagierte China nach sich häufenden vietnamesischen Provokationen und vielfachen erfolglosen Warnungen an die Adresse Hanois mit einem militärischen Gegenschlag. Chinesische Truppen (etwa 170 000 Mann) überschritten in einer Front von 700 Kilometern die vietnamesische Grenze und stießen etwa 10 Kilometer vor. Nachdem die Ziele

der Strafaktion erreicht sind, werde China seine Truppen wieder hinter die Grenze zurückziehen, erklärte die chinesische Regierung. (. . .)
China macht seine eigene Politik, eine Politik, die sich auf die Unabhängigkeit und den Frieden in Asien richtet und dem sowjetischen Vordringen Widerstand entgegensetzt. (. . .) Nicht nur Kommunisten und Antiimperialisten, sondern alle, die gegen den sowjetischen Expansionismus in der ganzen Welt sind, müssen an einem starken China interessiert sein, das sich verteidigen kann und verteidigen will, das nicht zur Beute des sowjetischen Hegemonismus wird, sondern sich diesem entgegenstemmt. Denn die asiatische Strategie ist Teil ihrer Globalstrategie und geht Europa an: Die sowjetische Politik in Afrika und Asien ist darauf gerichtet, Europa von seinen Verbindungs- und Lebenslinien abzuschneiden, um es schließlich kassieren zu können.« (*Rote Fahne*, 22. 2. 79)

»Peking setzt neue Truppen in Marsch/Vietnam fügt Angreifern schwere Verluste zu Düsseldorf. UZ – Pekinger Truppen setzten auch am Mittwoch ihre Angriffe auf Vietnam mit unverminderter Brutalität fort. Während vietnamesische Streitkräfte die Eindringlinge an vielen Orten erfolgreich zurückschlugen, setzte Peking weitere Truppen nach Vietnam in Marsch.« (*Unsere Zeitung*, 22. 2. 79)

»Es paßt zur Logik der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren, daß Vietnam darauf setzte, die VR China angesichts der Bedrohung durch die Sowjetunion mit Grenzüberfällen überziehen zu können, ohne einen Gegenschlag befürchten zu müssen. Die vietnamesischen Aggressoren und die sowjetischen Hinterleute haben sich ein weiteres Mal verrechnet. Die VR China hat ihren Gegenschlag lange angekündigt und zur Einstellung der Aggression gemahnt. Jetzt tritt sie den Beweis an, daß auch die verbündeten sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren mit der VR China nicht umspringen können. Bei der chinesischen Militäraktion geht es nicht um fremdes Territorium, sondern um eigenes, geht es nicht um die Unterwerfung eines fremden Volkes, sondern um den Schutz des eigenen Volkes.« (*Kommunistische Volkszeitung*, 26. 2. 79)

»Die Wahrheit ist: Es gab keinen vietnamesischen Einmarsch in Kampuchea. Es gab keine vietnamesischen Grenzprovokationen gegen China.« (*Unsere Zeitung*, 20. 2. 79)

»Pekings Überfall auf Vietnam schockiert die Welt
Jetzt reduziert sich der Maoismus vor den Augen der Weltöffentlichkeit auf den rücksichtslosen Versuch Chinas, eine Weltmachtrolle mit Panzern und Kanonen zu erkämpfen. Vor diesem Hintergrund ist die chinesische These zu sehen, daß west-östliche Entspannungspolitik ein Trugbild und der militärische Zusammenstoß der beiden ›Supermächte‹ unvermeidbar sei. (. . .) In einem Appell an die demokratische Öffentlichkeit erklärt Hanoi, daß mit der Aggression gegen Vietnam die chinesischen Machthaber gegen das ganze sozialistische System angetreten seien, gegen die Stabilität in Südostasien und gegen den Frieden in der Welt. Diese Einschätzung trifft und kennzeichnet den ganzen Ernst der Lage. Nicht nur Solidarität mit dem in einem über dreißigjährigen Krieg von den Imperialisten geschundenen vietnamesischen Volk, sondern auch das Interesse unseres eigenen Volkes an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Fortsetzung der Entspannungspolitik gebieten die Forderungen aufzunehmen: Hände weg von Vietnam, Rückzug aller chinesischen Truppen aus den besetzten Gebieten, friedliche Verhandlungen über strittige Fragen.« (*Deutsche Volkszeitung*, 22. 2. 79)

»Daher ist es nicht nur im Interesse des Friedens und der Unabhängigkeit in Asien, sondern auch im Interesse des Friedens und der Unabhängigkeit Europas, daß es den Chinesen gelingen wird, ihre Aktion schnell und erfolgreich abzuschließen, die Grenze zu Vietnam zu sichern und zu befrieden.« (*Rote Fahne*, 22. 2. 79)

»Dieser Krieg spielt sich nicht im fernen Südostasien, sondern unmittelbar vor unserer Haustür ab. Noch stehen chinesische Truppen in Vietnam, noch ist die Pekinger Drohung mit einem dritten Weltkrieg nicht gebannt, ein Weltkrieg, der keinen Bogen um die Bundesrepublik machen würde. Deshalb ist unser Kampf um eine noch breitere Solidaritätsbewegung mit Vietnam (. . .) nicht nur ein Gebot unserer internationalistischen Verpflichtung und unserer Freundschaft mit Vietnam, sondern auch ein Beitrag im Kampf um Entspannung in Europa, der letztlich uns selbst zugute kommt.
So wie Vietnam den Weltfrieden auch für uns verteidigt, müssen wir Vietnams Frieden verteidigen.« (*Rote Blätter* Nr. 4, 79)

»Es ist leicht ersichtlich, daß solche Banditenseelen, die für jeden ihrer Überfälle eine Rechtfertigung in der Tasche haben, nicht durch gutes Zureden zur Zurückhaltung gebracht werden können. Da ist es nur gut, daß die chinesische Volksbefreiungsarmee der Welt und den Aggressoren selber gezeigt hat, daß sich diese nicht alles leisten können und daß sie auch keineswegs unbesiegbar sind.« (*Kommunistische Volkszeitung*, 26. 3. 79)

Der große Bruder

12. April 1973: An einem Essen, das der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai zu Ehren von Prinz Norodom Sihanouk gibt, nimmt der 1967 seines Amtes enthobene Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Deng Hsiao-ping teil. Deng wird bei diesem ersten öffentlichen Auftreten seit über 7 Jahren Vertretern der internationalen Presse überraschend als stellvertretender Ministerpräsident vorgestellt.
In der Roten Fahne *vom 27. 8. 75 wird unter der Überschrift »Wer sind die Auftraggeber der* Spiegel*-Hetze gegen die VR-China« die Behauptung des* Spiegel*, Dschang Tschun-tjao und Yao Wen-yüan (Mitglieder der späteren »Viererbande«) agitieren im Auftrag Mao Tse-tungs gegen die neue chinesische Verfassung, weil sie das Leistungsprinzip wieder einführe, als Teil der sowjetischen Verleumdungskampagne bezeichnet und vermutet, daß »in die Redaktionsräume mancher bürgerlichen Zeitschriften neue Handgelder geflossen« seien.*

»Weg mit der China-Hetze im Spiegel!
Eine der erbärmlichsten Hetz- und Schmiergeschichten hat sich der Spiegel (3/76) geleistet. Deng Hsiao-ping wird als ekliger kleiner Mann beschimpft, der nicht eben fleißig 6 Jahre lang untätig gewesen sei, weil die Spiegel-Herren sich aber der Wirkung dieser Beleidigungen nicht sicher sind, versuchen sie schließlich, Genossen Deng Hsiao-ping als machtlüsternen ›Personalchef der gesamten Parteibürokratie‹, der seine Reverenz vor den letzten ›kulturrevolutionären Zuckungen‹ machte, hinzustellen.
(. . .) Das große Ansehen, das die VR China und ihre hervorragendsten Vertreter wie gerade Tschu En-lai und Deng Hsiao-ping bei immer mehr Menschen in unserem Land genießen, wegen ihres Eintretens für den gerechten Kampf gegen die beiden Hauptkriegstreiber UdSSR und USA, soll so zunichte gemacht werden.« (*Internationale Solidarität*, KPD-nah, Jan. 76)

»Aus vielen veröffentlichten Äußerungen Dengs geht hervor, daß er die in der Kulturrevolution gestürzten Elemente wieder befreien, ihnen hohe Posten geben und dann mit ihnen arbeiten wollte. Aktiv war er bei der Niederhaltung von Genossen, die sich in der Kulturrevolution als gute Revolutionäre erwiesen haben.« (*Kommunistische Volkszeitung*, 25. 3. 76)

7. April 1976: Das Zentralkomitee der KP-Chinas enthebt Deng Hsiao-ping aller Ämter und

macht ihn für die Massendemonstrationen zur Unterstützung seiner und Tschou Enlais Position (»konterrevolutionärer Zwischenfall auf dem Tien-An-Men-Platz«) verantwortlich. Deng wird nicht aus der Partei ausgeschlossen, »damit man sehen kann, wie er sich in der Zukunft verhalten wird« (ZK-Kommuniqué).

»In seiner Titelgeschichte [›Frau Mao greift nach der Macht‹] stellt der *Spiegel* die Klassenauseinandersetzungen in China als eine Serie von Palastintrigen dar. Dahinter hat er als Drahtzieher ›Frau Mao‹ entdeckt. Das ist wirklich frech auf die Dummheit der Massen spekuliert. Sollen sie wirklich glauben, ein 600 Millionen Volk werde nicht durch den Klassenkampf, sondern durch Geschichten vorangebracht, wie sie vielleicht die Stellenbesetzungen in bürgerlichen Redaktionsstuben bestimmen?« (*Kommunistische Volkszeitung*, 29. 4. 76)

»Das chinesische Volk und die Kommunistische Partei Chinas haben unter der Führung des Zentralkomitees mit Genossen Mao Tse-tung an der Spitze einen neuen großartigen Erfolg errungen. Nach einer Monate dauernden Massenkampagne gegen die revisionistische Linie Deng Hsiao-pings wählte das Zentralkomitee am letzten Donnerstag den Genossen Hua Guo-feng zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK und setzte ihn als Ministerpräsident ein. Deng Hsiao-ping wurde aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben. (. . .)
Deng Hsiao-ping – schon in der Kulturrevolution als kapitalistischer Machthaber entlarvt und entmachtet – war 1973 wieder zur Führungstätigkeit herangezogen worden, da er seine Fehler eingesehen zu haben schien. Seit dem letzten Sommer versuchte er unter dem Vorwand, China zu modernisieren und wirtschaftlich zu entwickeln, die großen Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution zunichte zu machen und erneut den kapitalistischen Weg einzuschlagen. (. . .)
Vor allem kämpfte er gegen das Bildungs- und Wissenschaftssystem der Volksrepublik China, in dem Arbeiter und Bauern nicht nur massenhaft die Universitäten besuchen, sondern auch an der Leitung dieser Institutionen beteiligt sind, wo Lehrer, Studenten und Wissenschaftler an der produktiven Arbeit teilnehmen (. . .)
Er trat gegen die revolutionäre Kunst auf und wollte das in der Kulturrevolution entwickelte und in der Folgezeit hundertfach erprobte Prinzip der Leitungstätigkeit von Partei, Wirtschaft und Staat (. . .) zerstören. (. . .)
Das Verhalten Deng Hsiao-pings zeigt, daß die Vertreter der alten und neuen bürgerlichen Kräfte in einem sozialistischen Land versuchen, vor allem die Führungsebenen von Partei und Staat zu erobern. Sie befinden sich mitten in der Partei, sagte Genosse Mao Tse-tung vor kurzem. Es zeigte sich erneut, daß die bürgerlichen Kräfte versuchen, eine Ideologie der Klassenharmonie und des ›Gulaschkommunismus‹ zu erzeugen, um die Massen zu täuschen.« (*Rote Fahne*, 14. 4. 76)

7. Oktober 1976: Das Politbüro des Zentralkomitees der KP-Chinas wählt Hua Guo-feng zum Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der Militärkommission. Die Witwe Mao Tse-tungs, Tschiang Tsching, und drei weitere führende Protagonisten der Kulturrevolution (Tschang Tschun-tjao, Wang Hung-wen und Yao Wen-yuan) werden auf der Sitzung des Politbüros verhaftet und als »Viererbande« entlarvt.
»Die vier hatten die entscheidenden Hebel im Propagandaapparat, die wichtigen Zeitungen und den Rundfunk in der Hand und konnten mit diesem Mittel viel Verwirrung erzeugen. (. . .) Sehr häufig hatte der Vorsitzende Mao seinen Unmut über Tschiang Tsching ausgedrückt, die andere wegen Kleinigkeiten niederschmettern wollte. Schon vor Jahren hatte er es schriftlich abgelehnt, sie zu sehen, da sie trotz ständiger Mahnungen immer wieder die gleichen Fehler machte und auch – wie er sagte – nicht bereit war, aus den Werken der marxistischen Klassiker zu lernen.« (*Kommunistische Volkszeitung*, 28. 10. 76)

Die Rote Fahne *schweigt und druckt offizielle chinesische Communiqués. Erst vier Wochen später äußert sie sich:*
»Im Kampf gegen die konterrevolutionäre revisionistische Linie der Wang-Dschang-Djiang-Yao-Clique setzen die Volksmassen die Kritik an Deng Hsiao-ping fort und führen den Kampf gegen den auf eine Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts weiter.« (*Rote Fahne*, 10. 11. 76)

Dezember 1976: China im Bild *veröffentlicht offizielle Fotos von der Trauerfeierlichkeit für Mao Tse-tung, aus denen die Mitglieder der »Viererbande« wegretouschiert sind. Die KPD/ML publiziert daraufhin ihrerseits Fotos von den Trauerfeiern, aus denen der neue Parteivorsitzende Hua Guo-feng herausgeschnitten ist. Dazu die* Rote Fahne:
»Was soll man von Leuten halten, die die Schere zur Hand nehmen, um aus einem Bild über die Trauerkundgebung für Genossen Mao Tse-tung in Peking das Bild des Hauptredners, des Genossen Hua Guo-feng, herauszuschneiden? Wie die von ihnen verehrte Viererbande manipulieren und fälschen sie die Wirklichkeit nach ihren Augenblicksbedürfnissen.« (*Rote Fahne*, 5. 1. 77)

Juli 1977: Das Zentralkomitee der KP-Chinas rehabilitiert auf seiner 3. Plenartagung Deng Hsiao-ping vollständig und beschließt seine Wiedereinsetzung in sämtliche Ämter. Die Mitglieder der »Viererbande« werden aus der Partei ausgeschlossen.
Laut Kommunistische Volkszeitung *(1. 4. 76) soll Mao Tse-tung noch ein Jahr zuvor über Deng geäußert haben: »Dieser Mensch begreift den Klassenkampf nicht. Er hat dieses Kettenglied niemals ergriffen. Immer noch redet er von weiße Katze, schwarze Katze und macht keinen Unterschied zwischen Imperialismus und Marxismus.«*
Jetzt druckt die Kommunistische Volkszeitung *offizielle chinesische Communiqués und schweigt. Die* Rote Fahne *hingegen erläutert:*
»Die Propaganda der ›Viererbande‹ gegen Deng Hsiao-ping und seine angeblich ›konterrevolutionäre, revisionistische Linie‹ war überwältigend, sie schien vielen von uns einleuchtend und unsere Partei und auch die *Rote Fahne* haben entsprechende Artikel der chinesischen Presse nachgedruckt und den Sturz Deng Hsiao-pings begrüßt. Die Frage Deng Hsiao-ping ist natürlich zunächst einmal eine personelle Angelegenheit der KP-Chinas. Sie ist aber deswegen mehr, weil sie von der ›Viererbande‹ und ihren hiesigen Anhängern zu einer Kernfrage darüber gemacht worden war und wird, ob die Revolution in China weitergeht. Und das ist eine Frage von größter Bedeutung für die Weltrevolution.
Daher wollen wir an dieser Stelle begründen, weshalb unsere Partei die Rehabilitierung des Genossen Deng Hsiao-ping begrüßt. Die Ausführungen stützen sich auf Quellenstudien und Untersuchungen, die unsere Parteileitung anstellte. (. . .) Im Mai dieses Jahres schrieb Deng Hsiao-ping zwei Briefe an Hua Guo-feng und das Zentralkomitee. (. . .) Deng schreibt, daß er froh über die Wahl Hua Guo-fengs zum Nachfolger Mao Tse-tungs sei. Er äußert gleichzeitig seinen Wunsch, die Arbeit in der Partei wiederaufzunehmen, auf welchem Posten auch immer. Er übte auch Selbstkritik in drei wichtigen Punkten.
Erstens und vor allem dafür, daß sein Verständnis des Marxismus unzureichend gewesen ist. Er schreibt auch, daß er einen prinzipiellen Fehler gemacht habe, daß er nicht erkannte, daß man den Klassenkampf jederzeit zuerst anpacken muß. (. . .)
Das Zentralkomitee der KP-Chinas mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze, die KP-Chinas und das chinesische Volk haben diese Selbstkritik angenommen. Wir sehen keinen Anlaß, eine andere Haltung zu dieser Frage einzunehmen als die KP-Chinas und das chinesische Volk. Natürlich gibt es noch eine Reihe von Fragen und Aspekten der komplizierten Klassen- und Linienkämpfe in China während der Jahre 1974-1976, zu deren Beurteilung wir nicht in der Lage sind. Doch das sind in erster Linie Angelegenheiten der KP-Chinas selbst. Für uns ist es

entscheidend, die Richtung der Entwicklung zu verstehen, die China unter seiner neuen Führung nimmt (. . .). Diese Richtung ist korrekt, sie ist die Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats.« (*Rote Fahne*, 10. 8. 77)

»Auch bei uns (gibt es) keine einheitliche Auffassung über die Kulturrevolution und ihre Neubewertung. Eine gründliche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Problem ist deshalb um so notwendiger. Dabei sollten wir es allerdings nicht eiliger haben als die Chinesen selbst.« (*Rote Fahne*, 17. 5. 79)

»Daß inzwischen bei der Neubewertung der Kulturrevolution durch die Führung der KP-Chinas ein eindeutig negatives Ergebnis ermittelt worden ist, geht indirekt aus den Äußerungen Hua Guo-fengs auf dem jüngsten nationalen Volkskongreß hervor. (. . .) Die Arbeiterklasse ist offensichtlich nur zu einem kleinen Teil von der Kulturrevolution erfaßt worden, die Bauern wurden nur indirekt konfrontiert (in Form von herumziehenden Rotgardisten). Nicht Stärkung, sondern Abnahme der sozialistischen Demokratie und die Entstehung eines repressiven ideologischen Klimas waren die Folgen. Hunderttausende wurden verfolgt, eingekerkert und getötet.« (*Rote Fahne*, 16. 8. 79)

Das Flüchtlingsproblem

»Die ersten 171 in Frankreich eintreffenden Flüchtlinge waren etwas verstört, als sie diese unzähligen Mikros und Kameras sahen, die auf sie gerichtet waren. Sie schienen gut gekleidet und viel besser genährt als die Vietnamesen, die sich in Vietnam beim Wiederaufbau des Landes das Wenige teilen, was sie haben. (. . .)
Die Flüchtlinge sind zu 95% Saigoner. Bis 1975 regnete es in Saigon Dollars und über dem übrigen Vietnam Bomben. Deshalb scheint die Lage der Bewohner von Saigon verschieden von der der übrigen Bevölkerung. So war es während des Krieges und so blieb es nach dem Krieg.
Nicht umsonst suchen Piraten den Golf von Siam heim. Sie wissen, was sich beim Überfall dieser Flüchtlingsschiffe alles erbeuten läßt. Arme Leute würden sie bestimmt in Ruhe lassen.« (*Die Neue*, 19. 7. 79)

»In der nordvietnamesischen Führung hatte sich nach dem Tod Ho Tschi Minhs die Fraktion durchgesetzt, die aus dem antiamerikanischen Befreiungskrieg das Recht ableitete, Vormacht und Herrenvolk Südostasiens zu werden. Die Folge war – nach einer Zwischenphase von 3 Jahren 1975-1977 – ein neuer Krieg, Zwangsmobilisierung der gesamten Bevölkerung, Kriegswirtschaft, d. h.: Ruinierung der Landwirtschaft, brutale Gleichschaltung des Südens in einer militärisch ausgerichteten Gesellschaft und schließlich: totales Angewiesensein auf die Sowjetunion. (. . .)
Es ist reine Demagogie zu behaupten, es flöhen die Reaktionäre und diejenigen, die im Sozialismus keine Perspektive sähen. Sind Gegner militärischer Expansion Reaktionäre und Opfer einer brutalen Militarisierung der Gesellschaft Gegner des Sozialismus? (. . .)
Was die USA angeht, so haben sie in einem historischen Sinne ihre Schuld an den Ereignissen, denn ohne ihren Krieg in Südostasien hätten sich solche Kräfte wie die gegenwärtige vietnamesische Führung niemals durchsetzen können.« (*Rote Fahne*, 28. 6. 79)

»Hanois Holocaust
(. . .) Der Außenminister Singapurs hat es wiederum auf den richtigen Nenner gebracht, wenn

er sagt: ›Wir sollen uns mit diesen Leuten treffen [gemeint ist die UNO-Konferenz über die mit den Vietnamflüchtlingen zusammenhängenden humanitären Probleme], um über die Theorie und Praxis humanitärer Hilfe zu beraten. Ich kann mir Seltsameres überhaupt nicht vorstellen. Es ist genauso, als wenn man sich mit der Mafia trifft, um über Frieden und Gerechtigkeit zu diskutieren.‹ Vietnam hat nach AFP-Berichten und nach Erklärungen des UN-Hochkommissars allein im Monat April 240 Millionen Dollar Lösegeld aus den ›Flüchtlingen‹ herausgepreßt. (. . .)
Tatsächlich gab es selbst im Vietnamkrieg der USA nicht dieses Flüchtlingsproblem, das heute die ASEAN-Staaten und die VR China beschäftigt.« (*Rote Fahne*, 5. 5. 79)

»Die Flüchtlinge von Vietnam / Ein menschliches Drama und seine Autoren
Hunderttausend Vietnamesen hatten in den Jahren der Zerstörung gelernt, von der Verschwendung des Krieges und vom Überfluß des Elends zu profitieren. Ihnen kann der Frieden keine Verlockungen bieten. Und geht in Saigon nicht das Grücht, daß die US-Flotte vor der Küste kreuzt, um alle die aufzunehmen, die im goldenen Kalifornien ein anderes Leben führen wollen?
Die gegenwärtige Emigrationswelle wird von außen gesteuert, und an den Hebeln sitzen dieselben Leute, die schon vor Jahren in der ›Erzeugung von Flüchtlingen‹ eine Wunderwaffe sahen, um den vietnamesischen Guerillas ihren Rückhalt im Volk zu nehmen. Woher nehmen jene, die damals zu diesem Zweck Entlaubungsaktionen und Flächenbombardements guthießen, den Mut, die Flüchtlinge von heute zu bedauern und von Humanität zu sprechen.« (*Deutsche Volkszeitung*, 12. 7. 79)

»Und die Leute, die das Folterregime Nguyen Van Thieus wie bewußt oder unbewußt auch immer politisch und militärisch gestützt, die sich daran bereichert haben? Manche von ihnen möchten heute nicht mehr in dem gegen ihren Willen befreiten Land leben, das überrascht nicht. Das Leid, das sie nun auf der Flucht selber erdulden mußten, ändert nichts an der Tatsache, daß sie heute wie damals, bewußt oder unbewußt, Akteure und Marionetten eines Feldzuges sind: Eines militärischen und propagandistischen Feldzuges gegen das sich befreiende, heute freie Vietnam.« China und die USA werden beschuldigt, durch Flüsterpropaganda und mit Hilfe kommerzieller Fluchthilfeorganisationen den Flüchtlingsstrom aus Vietnam angefacht zu haben. »Der Imperialismus ist ein schlechter, ein schmutziger Verlierer. Anstelle der von Nixon zugesagten Wiedergutmachungszahlungen: ein neues Kesseltreiben gegen Vietnam. Das ist die Haltung der Reaktionäre, heute in Allianz mit den Maoisten.« (*Rote Blätter* Nr. 4, 79)

Zusammengestellt von Jochen Staadt

edition suhrkamp Verständigungstexte

Frauen die pfeifen
Herausgegeben von Ruth Geiger, Hilke Holinka, Claudia Rosenkranz, Sigrid Weigel
es 968, DM 12,-
»Die Herausgeberinnen gehen davon aus, daß Literatur als Medium zu benutzen sei, mit dem sie sich über Erfahrungen, Schwierigkeiten, Phantasien und Gedanken verständigen wollen, *um aus der Isolation herauszukommen: als Veröffentlichung unserer persönlichen und gesellschaftlichen Situation im Prozeß der Veränderung.* Das Buch wird dieser Forderung in hohem Maße gerecht.«
Vorwärts (Basel)

Innen-Welt
Herausgegeben von Kurt Kreiler
es 716, DM 13,-
Verständigungstexte Gefangener. Neben Gedichten und Erzählungen stehen Erlebnisprotokolle, Briefwechsel und Tagebücher, Berichte über Streiks und Selbstinitiativen.

Männersachen
Herausgegeben von Hans-Ulrich Müller-Schwefe
es 717, DM 9,-
Die Autoren beschreiben und erzählen, wie sie zu Männern gemacht, überfordert und deformiert worden sind, und wie sie sich jetzt dagegen wehren, die Stärke ihrer Schwäche erproben.

Plötzlich brach der Schulrat in Tränen aus
Verständigungstexte von Schülern und Lehrern. Herausgegeben von Ulrich Zimmermann und Christine Engel
es 429 (November 1979), ca. DM 13,-

In irrer Gesellschaft
Verständigungstexte zu Psychotherapie und Selbsterfahrung. Herausgegeben von Kurt Kreiler und Peter Sloterdijk
es 435 (Dezember 1979), ca. DM 13,-

In allen Buchhandlungen.
Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

Rotbuch

plakat
10 Jahre Betriebsarbeit bei Daimler-Benz
Hg. P. Grohmann/H. Sackstetter
Rotbuch 213
136 Seiten · ca. DM 8 (Abo 7)

Die plakat-Gruppe beschreibt Ergebnisse und Schwierigkeiten ihrer betrieblichen Initiativen, Erfolge und Widersprüche ihrer Opposition gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik und ihre Versuche, über den eigenen Betrieb hinauszuwirken.

Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1979/80

Arbeitskampf um Arbeitszeit
Hg. O. Jacobi/W. Müller-Jentsch/ E. Schmidt
Rotbuch 1980
ca. 224 Seiten · ca. DM 9 (Abo 8)

Aus dem Inhalt: Krise und Gegenwehr in der Stahlindustrie / Arbeitszeitverkürzung und Belastungsprobleme / Arbeiteröffentlichkeit: Betriebs- und Gewerkschaftszeitungen / Frauenstreik im Hunsrück / Wohin geht die IG Chemie? Analyse einer Einzelgewerkschaft / Chronik / Dokumente u. a. Beiträge

Roter Kalender 1980
gegen den grauen Alltag
192 Seiten für nur 4 Mark 50, im Plastikeinband und mit ner Fadenheftung, damits hält

PETER WEISS
DIE ÄSTHETIK DES WIDERSTANDS
ROMAN

Erster Band. 360 Seiten. Ln. DM 36.–. Kart. DM 24.–. Zweiter Band. 328 Seiten. Ln. DM 38.–. Kart. DM 26.–

»Peter Weiss hat sich mit diesem Werk als ein politischer Schriftsteller von höchstem Rang ausgewiesen.«
Deutschlandfunk

»*Die Ästhetik des Widerstands* ist ein Kern- und Hauptbuch unserer neuen Literatur, wie sie die Mitte der siebziger Jahre charakterisiert.«
Frankfurter Allgemeine Zeitung

»Ein Buch des höchsten Ehrgeizes und auch der höchsten Ansprüche an den Leser.«
Norddeutscher Rundfunk

»Nur selten wird man heutzutage in der deutschsprachigen Literatur auf so herrliche Konjunktive, so vollendete Grundformen, so eherne Satzgebäude stoßen wie in diesen in Marmor gehauenen oder fein in Erz ziselierten Wendungen dieses Buches.«
Nürnberger Nachrichten

»Dieses anstrengende Buch – mit Abstand die bedeutungsvollste Prosa-Neuerscheinung des Jahres 1978 – sucht in der deutschen Gegenwartsliteratur seinesgleichen.«
Süddeutsche Zeitung

»Peter Weiss' Roman *Die Ästhetik des Widerstands* ist in doppelter Hinsicht von hervorragender Bedeutung: er resümiert Leben und Erfahrung von besonderer existentieller und geistiger Konsequenz und zugleich Geschichte als zutiefst empfundene verantwortungsbewußte Lektion. Innerhalb der Werke von Peter Weiss nimmt er schon jetzt den Rang einer Lebensleistung ein.«
Luxemburger Wort

SUHRKAMP

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

36

Krise des Marxismus?

Eine Diskussion mit Beiträgen von: Lucio Magri, Frieder O. Wolf, Bernhard Blanke / Gert Schäfer, Willfried Spohn, Paul Oehlke, Alexa Mohl, Christel Neusüss, Ulrich Jürgens, Rainer Dombois

Einzelheft DM 9,–

im Abo DM 8.–

Rotbuch Verlag

Editorial, Was heißt Krise des Marxismus? / Lucio Magri, Krise des Kapitalismus und Krise der Linken / Diskussion 'Krise des Marxismus', mit Beiträgen von Frieder O. Wolf; Bernhard Blanke / Gert Schäfer; Willfried Spohn; Paul Oehlke / Alexa Mohl, Wissenschaftlicher Sozialismus, was heißt das? / Christel Neusüß, Welche Momente bestimmen die gegenwärtige Stagnationsphase? / Ulrich Jürgens, Für eine Entmystifizierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate / Rainer Dombois, Stammarbeiter und Krisenbetroffenheit

Prokla 37:
Sozialistische Alternativen in Westeuropa

mit Beiträgen von: Rossana Rossanda, Viele Linke, aber keine Linke für Europa / Interview mit Nicos Poulantzas über autoritäre Tendenzen in Westeuropa / The London CSE-Group, Wirtschaftspolitische Alternativen in Großbritanien / Jan Windmüller u. a., Reformismus und seine Alternativen in Dänemark / Klaus Busch, Claus Leggewie, Europäische Stahlkrise – Reaktionen der Gewerkschaften in Frankreich und der BRD / J. S. Baker, Gewerkschaftliche Internationalisierung und supranationaler Staat / F. O. Wolf, Portugal und Europa / Anthony Barnett, Innerkommunistischer Konflikt und das gegenwärtige Vietnam-Problem

Rotbuch Verlag
Potsdamer Straße 98 · 1000 Berlin 30

Peter Neitzke
Parteiliche Bestechlichkeit
Erfahrungen mit dem Schicksal unseres Internationalismus

Biographisches, einleitende Fragen

Der laute Wortwechsel hatte mich geweckt. Ich war damals acht oder neun Jahre alt, 1947. Im großen Raum, wie ihn die Kinder nannten, schrien sie sich an: mein Vater (meine Mutter war stiller), ein großer Mann und seine Frau, die ich nicht kannte. Max und Golda waren aus dem französischen Exil nach Deutschland zurückgekehrt. Sie waren aus Deutschland weggegangen, um zu helfen, die spanische Republik gegen den Faschismus zu verteidigen. Beide Kommunisten, beide Juden. Alle kannten sich aus den letzten Jahren vor Hitler – Freunde, ein wenig auch Genossen. Meine Mutter, auch sie aus einem jüdischen Elternhaus, war damals Kommunistin, mein Vater Sozialdemokrat. Er hatte an Straßenkämpfen teilgenommen, die SA am Halleschen Tor verprügelt. Zu wenige von denen, die gegen den Faschismus waren, waren auch bereit, ihm in den Weg zu treten, der Losung zu folgen: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft! So gingen Max und Golda nach Spanien, meine Eltern blieben. Als alle sich wiedersahen, überschattete der ideologische Kampf, wie Max das wohl genannt haben mochte, die Freude darüber, daß man sich – zunächst – in die Arme nehmen konnte, auch die Trauer über Freunde, Verwandte, Genossen, die erschlagen, erschossen, vergast worden waren. Sie stritten über das, was gewesen war. Mein Vater hielt Max die Prozesse, die Lager, den Pakt *und all das* vor; Max wird sich, vergeblich, bemüht haben, *all das* historisch zu rechtfertigen, vor allem aber, das Augenmerk meines Vaters auf die politische Neuordnung Deutschlands zu lenken. Mein Vater aber hatte *die Schnauze voll*, er glaubte niemandem, an nichts, nurmehr sich selbst. Also brüllten sie sich an.

Max und Golda fuhren wieder in den russischen Sektor. Die Besuche wurden seltener. Max machte Karriere, drüben. Meine Eltern fühlten sich zwischen allen Stühlen. (Und trotzdem klebte mein Vater regelmäßig die Marken ins SPD-Parteibuch, zu Versammlungen war er bald nicht mehr gegangen.)

Erfahrungen wie diese mögen *meinen* Internationalismus beeinflußt haben. Gleichwohl wußte ich davon damals nichts. Gegen Mitschüler mußte ich mich lange Zeit hilflos zur Wehr setzen, die, unschuldig, wiederholten, was ihre Väter ihnen über Hitler beigebracht hatten, oder schwiegen, wenn ihre

Väter schwiegen. Da waren also die deutschen Kinder, und hier war ich: deutsch wie sie, jedoch nicht richtig dazugehörend, noch mit Spuren des Verstecks behaftet, der Mutter Schwester und deren Familie umgebracht, Verwandte und Freunde der Eltern im Ausland, wenn sie noch lebten. Die Geschichten, die man mir erzählte, die Bücher, die ich zu Hause bekam, zeugten von deutscher Geschichte in Wut und Tränen. Im Unterricht begann, was später Aufarbeitung der Vergangenheit hieß. In der Sprache des Antifaschismus, die ich hörte und zu sprechen lernte, war die Empörung gegen das Verbrechen lebendig. Diese Sprache war die Sprache der politischen Moral. Sie war frei von taktischen Lesarten.
Daß Resignation, ja Bitterkeit, mangelnde Kenntnis der Totalität der politischen Vorgänge, die auch meine Eltern als Zeitgenossen nicht aufhalten konnten und darum erlitten, ihre Rede auszeichneten, habe ich erst später verstanden. Ihr durchgängiger Skeptizismus bezeichnete zugleich ihre politische Unbestechlichkeit, damals, nach dem Kriege.

Ratlosigkeit, schreibt Peter Glotz in der Vorbemerkung seines jüngsten Buches, überspüle die intellektuelle Linke Europas. »Ich habe, 1968, die Hoffnungen der linken Bewegung nicht gehabt. Jetzt verteidige ich mich gegen ihre Hoffnungslosigkeit.« Ein Stichwort. War diese Bewegung in ihren Hoffnungen unbestechlich? Was trieb uns zu Zehntausenden auf die Straße, und warum folgten wir, mehrheitlich, den Aufrufen nicht mehr, als es nur Jahre danach um die gleichen Verbrechen an Völkern ging? Waren wir unserer Hoffnungen ledig (wie Glotz meint)? Hatten wir bemerkt, daß sich – unversehens? – Bestechlichkeit in unsere Parteinahme gemischt hatte, und deswegen uns zurückgezogen, um *die Sache* denen zu überlassen, die jeweils genau zu wissen schienen, wem dies oder jenes diente bzw. schadete und warum es *taktisch* günstiger wäre, zu bestimmten Vorgängen zu schweigen? Waren wir nicht ebenso korrumpierbar geworden, als wir über das *taktische Schweigen* unsererseits schwiegen, aus *Solidarität* und: *um dem Klassenfeind nicht zu dienen?* Handelte es sich damals um kurzfristig Enthusiasmierte, die mitliefen, aber fernblieben, als Dabeisein hieß, erfaßt zu sein, vielleicht sogar *gefaßt* zu werden? Waren (und sind) es unausgesprochene Erfahrungen, die so viele mit der Praxis dessen gemacht haben, was man Internationalismus hieß? Können sich die an der Macht inzwischen wieder darauf verlassen, daß Mörder und Folterer, die unser Land in der Position von Regierungschefs besuchen, nahezu unbehelligt dem vereinbarten Protokoll folgen? Sie können. Aber warum? Ich kann auf all diese Fragen keine gerechte Antwort geben. Ich kann nur versuchen, eigene – wenige – Erfahrungen zusammenzutragen, darunter solche, die mich gegenwärtig daran hindern, in den vormaligen Formen öffentlich zu zeigen, was ich denke.

Ich kann mich – die Bibliothek ist noch in den Umzugskartons, und ich bin in den Ferien – auf Dokumente nicht stützen (einige haben ihre *kompletten* Sammlungen von Flugblättern, Flugschriften, Statuten, Gründungsaufrufen etc. bereits gewinnbringend veräußert), und meine Erinnerung wird mich sicherlich hier und da im Stich lassen. Aber ich schreibe keine Chronik der Ereignisse. Es geht um Eindrücke, die geblieben sind. Sie mögen unerheblich sein, für eine Verallgemeinerung nicht taugen; allein für meine Schlußfolgerungen sind sie von Belang.

Die Diskriminierung der Moral

Biographien von Mitgliedern der Anfang 1970 gegründeten KPD habe ich bis auf wenige – wie diejenige eines früheren Freundes, dessen Geschichte ich aus unserer Zeit vor der Parteigründung kannte – erstmals sechs Jahre später gelesen, 1976, als die Partei sich zur Bundestagswahl stellte. Diese Biographien waren nicht ohne Peinlichkeit. Immer ging es darum, öffentlich herauszukehren, daß im ersten, zweiten oder dritten Glied Arbeiter, Bauern, wenigstens arme Handwerker – also *Arbeiterklasse und andere Werktätige* – nachweisbar waren. Als ob die Klassenherkunft ein Qualitätsausweis sui generis wäre. Als ich die Gesichter der ehemaligen Genossen auf dem Faltprospekt sah und die Texte zu ihrem Leben las, fragte ich mich, ob man sich jemals um die lebensgeschichtlich motivierten Beweggründe derer gekümmert hatte, die 1970, wie ich, in die Partei gegangen waren. Hatten die ›Ermittlungsgespräche‹ auch sie ermittelt? Warum waren das Kommunisten? Woran konnte man sie erkennen? War ich Kommunist?[1] Wie konnte jemand Antifaschist sein oder geworden sein, der weder aus einem antifaschistischen Elternhaus kam noch, 1948 etwa geboren, den Faschismus aus eigener Anschauung kennenlernen konnte? Nehmen wir an, es handelte sich bei all denen, die nach Jahren des überwiegend von studierender Intelligenz getragenen Antiimperialismus in die Partei gingen, um die konsequentesten Gegner des Völkermordes, um Menschen, die die Herstellung des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht nur proklamieren, sondern Hunger, Ausbeutung, Krieg beendet sehen wollten, wie ich. War ihr wesentlicher Antrieb, moralische Empörung[2], noch immer derselbe? Wollten sie noch immer das Ende der Verbrechen, einschließlich der namens der Befreiung und des Sozialismus verübten, jedoch so nicht genannten? Waren sie – nach wie vor – von jener (hier einmal unterstellten) Unbestechlichkeit, die gegenüber der späteren Entwicklung die Bewegung 1968 noch auszeichnete?
Ich erinnere mich an eine Debatte im Zentralkomitee, in deren Verlauf festgestellt wurde, ich verträte in dieser oder jener Frage einen ›bloß‹

moralischen Standpunkt. Es mag darum gegangen sein, welchen Rang das wirkliche Leid eines unterjochten Volkes wie des vietnamesischen in der Propaganda einnehmen müsse. Ich glaubte selbstverständlich, daß es ein allgemeines Unrechtsbewußtsein in den *breiten Massen des Volkes* gebe (wobei ich unterschlug, daß auch 1968 unsere Empörung nicht von der Bevölkerung geteilt wurde, zumindest nicht erkennbar, uns nicht erkennbar). Folglich habe das ganze Ausmaß der Verbrechen in der Propaganda ganz vorn zu stehen. Nicht nur von Helden sei zu reden, sondern auch von Opfern. Aber wußten wir wirklich so Konkretes, daß wir unsere Absicht wirksam hätten vortragen können? War dieser Internationalismus nicht vielleicht so weit von lebendigen Erfahrungen geschieden, daß wir unglaubwürdig bleiben mußten? Konnten unsere Losungen übermitteln, wozu die Medien schwiegen? Was hieß hier: Genosse, du nimmst in dieser Frage einen ›bloß‹ moralischen Standpunkt ein? (Ja, das war herabsetzend gemeint.)

Es hieß hinter die Positionen des *wissenschaftlichen Sozialismus* zurückzufallen – Proudhon, nicht Marx. Theoretisch einverstanden. Die Mitleidslinie statt des Weltmaßstabs. Nicht einverstanden. Die Frage der politischen Moral sei *klassenmäßig* zu definieren: Die *Moral der Arbeiterklasse* sei von der des Kleinbürgertums himmelweit unterschieden. Ich also Kleinbürgertum, aber gab es eine politische Moral der deutschen Arbeiterklasse? Eine, die die Kommunistische Partei als beispielhaft hätte bezeichnen und auf die sie sich, gegebenenfalls, hätte stützen können? Ich zweifelte, zu leise. Schließlich: Der politische Gegner *in* der Arbeiterbewegung – die Moskau ergebenen Parteien – beute die moralische Empörung über imperialistische Verbrechen aus, indem er, zugleich, die namens der sogenannten sozialistischen Länder verübten als proletarischen Internationalismus feiere. Ob das nicht genüge. Einverstanden, hunderte von praktischen Beweisen. Sie wüßten genau, daß sie mich *in diese Richtung nicht agitieren* müßten.

Aber reichen all diese Einwendungen aus, das wirkliche Fundament jeder Solidarität – die Verletzlichkeit für Verbrechen an Menschen – zu diskreditieren? Oder anders gefragt: Wie hoch ist der Preis für den Hochmut gegenüber einfacher Empörung? Er ist, offensichtlich, sehr hoch: Ich meine, daß der *organisierte* Antiimperialismus die Parteilichkeit korrumpieren muß, weil er jeweils nach taktischen Gesichtspunkten darüber entscheidet, mit wem warum Solidarität geübt werden muß und wer – umgekehrt – diese Solidarität unter den gegebenen Umständen nicht erwarten darf.

Erster Exkurs

Ich schreibe diesen Beitrag im Süden Italiens, im Juli 1979. Für die Mehrzahl der Arbeiter stehen neue Tarifverträge zur Verhandlung an. Die Zeitungen sind voll von Nachrichten über Streiks, Arbeiterdemonstrationen, Straßen- und Autobahnblockaden. Die Arbeiter von Fiat-Mirafiori in Turin führen wieder die Bewegung an, die Unternehmer fürchten eine Wiederholung des heißen Herbstes. Ich lese, daß die Hafenarbeiter von Genua die Entladung von Schiffen boykottieren, die in Südamerika und in Spanien produzierte und für den italienischen bzw. europäischen Markt bestimmte Fiats an Bord haben. Und: daß die Hafenarbeiter von Marseille Tage darauf den Boykott ihrer italienischen *Klassenbrüder* unterstützen: Sie weigern sich wie sie, entsprechende Schiffe zu entladen.
Man wird einwenden, so etwas kenne man, schließlich seien die Bedingungen im Süden Europas andere, bessere als bei uns. Kenner werden ergänzen: Im übrigen kommandieren die Gewerkschaften diese Aktionen. Trotzdem: Die Arbeiter dieser Länder brauchen sich in ihrer Mehrheit nicht, wie die deutschen, sagen zu lassen, daß sie durch Streikenthaltsamkeit wesentlich zur Stabilität ihrer Volkswirtschaften und damit zum Ansehen ihrer Staaten beigetragen hätten. *Auf den Sozialdemokratismus einer Arbeiterklasse läßt sich proletarischer Internationalismus nicht gründen.*

Zweiter Exkurs

Hände weg von der Sowjetunion! Hände weg von China! Rettet Sacco und Vanzetti! Solidaritätsaktionen der Arbeitermassen auch in Deutschland. Der imperialistische Krieg hatte Millionen von Menschen verschlungen, aber er hatte ebenso viele hervorgebracht, die ihn so schnell nicht vergessen konnten und wollten. Wenn es der Kommunistischen Internationale gelang, internationale Massenaktionen der proletarischen Solidarität zu organisieren, so auch und vor allem, weil Anschläge auf die Lebensinteressen der Werktätigen anderer Länder als Anschläge auf die eigene Klasse gewertet wurden. Die ausschließlich politisch motivierten Aktionen des proletarischen Internationalismus dieser Jahre bewiesen den Reifegrad einer Klasse. Wir wissen, wie die Entwicklung in Deutschland verlief. Mao Tse-tung sollte sich täuschen, als er, kurz vor dem Fall Stalingrads, Hitler eine – zweite – Front des proletarischen Widerstands *in Deutschland* prophezeite. In unserem Land führen die Mahntafeln die Namen der im Krieg Gefallenen, nicht aber die der vergleichsweise geringen Zahl von Widerstandskämpfern; ihrer wird, anders als der Opposition von Teilen der Generalität, kaum gedacht, viele unter den Älteren halten sie wohl noch

immer für Verräter. Vom Antifaschismus wissen Jugendliche nichts (in Italien können Elfjährige die entscheidenden Daten nennen). Die Massenaktionen nach 1945 scheinen mir auch durch die Richtung, die ihnen die KPD in ihrer *Exil-Leitung* zugedacht hatte, zum Scheitern verurteilt gewesen zu sein.

Erste Schlußfolgerungen

Daß unsere Arbeiterklasse heute von proletarischem Internationalismus nichts weiß (der Verweis auf die Gewerkschaftspresse wäre zu wenig), hat seine Ursache in dieser Entwicklung, in dieser Geschichte. Was also ist das: Internationalismus in Deutschland?
Er ist – auch – die Wahl eines Ersatzsubjektes dort, wo die Fronten zwischen den Klassen deutlicher scheinen, wo die Formen politischer Herrschaft die Rebellion erzwingen. Dieses Ersatzsubjekt wird mit allen Konsequenzen gewählt: Solidarität mit Bewegungen, Richtungen, Figuren, Sätzen. Menschen erscheinen als kaum mehr denn als Träger und Vorkämpfer von Ideen. Im Schatten der Helden, der Führer im bewaffneten Widerstandskrieg, verkümmern die Namenlosen, Ohnmächtigen, die Unentschiedenen, Unwissenden. Keine Rede von dem Leid, das die Rebellion ihrerseits hervorrufen muß. Wer kommunistische Zeitungen nach Wochen und Monaten einer zweiten Lektüre unterzieht, bemerkt, gleichsam gesetzmäßig, eine Verwandlung der Berichterstattung, die eigentlich gar keine ist: Die Figuren erfüllen nicht, was anfangs in sie propagandistisch investiert wurde. *Sie lösen sich in Realität auf.*
Die Unparteilichkeit der Arbeiterklasse im eigenen Land verstellt den Blick und färbt den Horizont: Derartiger Internationalismus will selbst die Unbestechlichsten betrügen. Er heroisiert, was eigener Anschauung, gar Teilhabe sich entzieht. Er handelt, *guten Gewissens*, mit Exotika.

Stationen

Schuld an der Schwächung der einstmals starken antiimperialistischen Bewegung, die die Studentenbewegung wesentlich war, hat zu ihrem Teil auch *die Partei*. (Sie, mit Brecht, Großen Verein zu nennen, wäre verfehlt.) Wir wollten natürlich alles andere als diese Bewegung schwächen. Im Gegenteil: Wir wollten uns an ihre Spitze setzen; denn die Kommunistische Partei *muß* führend sein (ebenso wie die Arbeiterklasse erkennen *muß*, daß die Partei ihre *erste Klassenorganisation* sein *muß* – nicht: *werden könnte*). Wir wollten vor allem aber etwas, das alle negativen Erwartungen hätte überraschen müssen: eigene Untersuchungen anstellen.[3]

Wir beabsichtigten – unverfrorenerweise – Zweifel an als ›bereits gelöst‹ Geltendem anzumelden. Was den Geschichtsbüchern der SED bzw. den Einzeldarstellungen aus der DDR nicht zu entnehmen war, was die gesammelten Periodika der KPD und der Komintern verbargen oder doch zumindest im unklaren ließen, wollten wir – nach späterer Lesart ›subjektivistisch‹ – selbst uns erarbeiten. Das machte Mut.

Eine wichtige ›Frage‹, die zu den Erfahrungen, wenn auch den leidvollsten, der internationalen kommunistischen Bewegung gezählt werden muß, war die sogenannte *Stalin-Frage*. Unsere schmale Studie mag damals gewesen sein, was sie wolle – ›links‹radikal, idealistisch, trotzkistisch oder *halb*trotzkistisch –, sie setzte hier einen Anfang. Ich erwähne dies deshalb, weil ich zunächst Vertrauen in unsere Fähigkeit setzte, politische Selbständigkeit zu gewinnen, statt unbewiesene Behauptungen zu wiederholen, Leerformeln kommunistischer Parteigeschichtsschreibung nachzubeten bzw. ›bereits gelöste‹ Fragen als endgültig gelöst anzusehen.

Aber das änderte sich. Noch vor dem ersten Parteitag hielt die Partei eine 4. Parteikonferenz ab. Der *Bericht* notiert[4] Kritik an der Volksrepublik China: Viele auf der Linken waren seinerzeit durch eine neue Form sogenannter Volksdiplomatie irritiert, die sich zunehmend weniger um kämpfende Befreiungsfronten und revolutionäre Parteien des Auslands, dafür mit wachsendem Interesse um *objektiv in einem Widerspruch zu den imperialistischen Supermächten stehende Nationen* bzw. *Staaten* kümmerte. Daß eine Reihe von uns verhaßten Repräsentanten reaktionärer bis faschistischer Regimes Pekinger Gäste waren und von der chinesischen Regierung hofiert wurden, ließ sich erklären, wenn man wollte; daß die *Peking-Rundschau* jedoch zur gleichen Zeit begann, sich zu den Verbrechen der betroffenen Regierungen bzw. herrschenden Klassen an ihren Völkern nicht mehr zu äußern und ebenso beharrlich über die Aktivitäten revolutionärer Gruppierungen sich ausschwieg, die auf die Beseitigung eben dieser Regimes hinarbeiteten, fanden wir unglaublich. Daß es nützlich und damit politisch verteidigenswert wäre, Verbrechen – etwa des Schah-Regimes – am Volk zugunsten einer *weitsichtigeren* weltpolitischen Strategie *nicht hochzuspielen*, leuchtete vielen zu Recht nicht ein. (Damals begann das Ende der China-Euphorie.)

Der Satz in dem oben genannten *Bericht*, der unsere Zweifel artikulierte, sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Strategie des Zusammenschlusses der *objektiv* antiimperialistischen Länder nicht um den Preis der Billigung ihres ›subjektiven Imperialismus‹ – oft schrankenloser Ausbeutung und barbarischer politischer Unterdrückung – verfolgt werden dürfe. Dieses offene Eingeständnis unserer Betroffenheit – wenn man wollte: eine solidarische Kritik an der chinesischen Außenpolitik bzw. an einigen ihrer augenfälligsten Resultate – wurde nach dem ersten Parteitag als Fehler

gebrandmarkt. Derartige Kritik stand der Partei offensichtlich nicht zu.[5] Die Umkehr war längst eingeleitet. Politische Selbständigkeit konnte nurmehr fordern, wer sich ebensowenig davor fürchtete, ein *wurzelloses Element* genannt zu werden, wie davor, auf dem *Misthaufen der Weltgeschichte* zu landen. Lieber verleugnete man sich selbst, als daß man diese schreckliche Perspektive ins Auge faßte.

Der Internationalismus der Partei, in den die Parteilichkeit des Internationalismus gemündet war, hatte die moralische Verurteilung der Verbrechen des Imperialismus *taktisch gewendet*. Um zu wissen, ob ein Unrecht auch Unrecht genannt werden durfte, war es notwendig geworden, weniger sich selbst als der *Linie* zu vertrauen. Man benötigte jetzt eine bestimmte Flexibilität, hier: Biegsamkeit, um Tatsachen und politische Vorgänge, die man eben noch ganz anders beurteilt hatte, völlig neu sehen zu können. Daran wäre nichts Negatives – man denke an Brechts Stück vom Ja- und Neinsager –, folgte die jeweilige Positionsänderung mit einiger zeitlicher Verschiebung, die ihrerseits von dem unklaren, zögernden bis ausbleibendem Nachrichtentransfer aus der Volksrepublik herrührt, nicht der jeweiligen Kurskorrektur der chinesischen Partei.

Wären wir, als die *Große Proletarische Kulturrevolution* das Leben in China bestimmte, auf den Gedanken gekommen, die Ziele und Methoden dieser Etappe der chinesischen Entwicklung anzuzweifeln? Haben wir nicht – umgekehrt – die »Viererbande«, bevor sie diesen Namen erhielt, mit Mao Tse-tung propagandistisch gestützt? Wußte die KPD jeweils rechtzeitig genug, wann sie der Absetzung oder dem erneuten Aufstieg Dengs applaudieren sollte? War es *das Volk*, das ein und denselben Mann erst verurteilte, dann feierte, erneut verdammte und schließlich in höchste Ämter jubelte? Der Motor der Geschichte? Fragen, die in der offiziellen Parteidiskussion, wie ich sie noch erlebte, undiskutierbar gewesen wären. Schließlich drängte dieser Internationalismus auf Anerkennung durch die Volksrepublik (in der Bundesrepublik gab es damals mehrere marxistisch-leninistische Gruppierungen, die um diese Anerkennung konkurrierten und aufmerksam registrierten, was die *Peking-Rundschau* über sie bzw. ihre China-Kontakte berichtete: Grußtelegramme, große Leistungen im nationalen Klassenkampf, Delegationen unter Führung *erfahrener* Kommunisten, die unsere Arbeiterklasse aus der Ferne grüßten). Und dieser Internationalismus begann also, wie mir scheint, im selben Maße von dieser Anerkennung abhängig zu werden, wie es um die Partei im eigenen Land stiller wurde (obwohl sie doch, wie den Dokumenten des zweiten Parteitages zu entnehmen ist, sich von früheren Fehlern *befreit* und von Genossen – innerparteilich: Elementen – getrennt hatte, die kleinbürgerliche Positionen in die neu gegründete Partei *eingeschleppt* hatten). Daß die Berichterstattung der Parteiorgane, heute vorwiegend der *Roten Fahne*, notwendigerweise mate-

rialreicher wurde, als sie es zuvor gewesen war, ist nur logisch: Wer im Lande herumkommt, kann was erzählen, mehr als jemand, der seinen Artikeln lediglich chinesische Propagandadokumente zugrunde legt und, zum Beweis der Wahrheit, aus ihnen ausführlich zitiert.
Es blieb etwas, was ich taktische Disponibilität des politischen Denkens nennen will: Man berichtet nicht nur, was sich in der Volksrepublik aufgrund unerwarteter elementarer Umwälzungen ereignete, man orientiert sein Denken auf die ständige Bereitschaft, neu zu bewerten, was die Kommunistische Partei Chinas jeweils so oder so sieht.
Ich erinnere mich, beispielsweise, an eine zufällige Begegnung mit jemandem, der dem Zentralkomitee der KPD angehört, in der ersten Jahreshälfte 1979, in einem Schallplattengeschäft. Er hatte, wie er sagte, nur eine Viertelstunde Zeit, blieb dann aber länger, ohne zu drängen. Wenn ich mich richtig erinnere, sagte er unter anderem, er habe – damals berichteten die Medien über Demokratisierungs*tendenzen* in der Volksrepublik – jetzt erst bzw. erstmals richtig, nach neun Jahren Parteimitgliedschaft also, verstanden, was man unter ›Aufbau des Sozialismus‹ zu verstehen habe. Dabei machte er den Eindruck, als sei die Last jahrelangen falschen Denkens von ihm genommen worden oder: als könne er endlich äußern, was er außerhalb der Partei oft gehört haben mag, ohne zustimmen zu dürfen. Wie aber mag ihm inzwischen zumute sein, nachdem die Tendenzen abgeblasen worden sind? Ist seine Vorstellung vom sozialistischen Aufbau abermals erschüttert? Begreift er wiederum erstmals wirklich, was darunter zu verstehen sei?
Länger zurück liegt das Zusammentreffen mit einigen Treuen an einem Propagandastand. Der *stern* hat seinen Artikel über Massaker in Kambodscha veröffentlicht, die Genossen aber wissen: Hier handele es sich um Greuelmärchen, bewußte Falschmeldungen, der Imperialismus könne nicht zulassen, daß . . ., thailändische Elemente, selbst *Le Monde* habe Teile der von ihm veröffentlichten Schauergeschichten bereits zurückgenommen usw. usw. Als die Roten Khmer ihre jakobinische Bauernrevolte starten, begleitet von der Entleerung der Städte und von Massenmord, erklären uns die Marxisten-Leninisten: Falsch, alles falsch. Warum? Weil Kampuchea den vietnamesischen Kolonialismus aufzuhalten in der Lage wäre – was der Sowjetunion schade und der Volksrepublik nütze –, *müssen* die Berichte über das, was nach der Machtübernahme Pol Pots im Inneren des Landes sich zutrug, notwendigerweise erlogen sein. (Viel später erfährt man etwas über die vorsichtige Kritik der Chinesen an Pol Pot.) Die vietnamesische Invasion erleichtert die Argumentation, verschiebt die Perspektive: Zum einen läßt sich verdeutlichen, daß Vietnam in Südostasien die Rolle des sowjetischen Polizisten übernommen hat (uralte Kolonisierungsträume Vietnams haben wir früher nie zur Kenntnis genommen), zum anderen kann das in den Untergrund getriebene Regime Pol Pot ins Recht gesetzt

werden. Diesem Regime sendet der Vorsitzende des Zentralkomitees der KPD ein Grußtelegramm, das die *Rote Fahne* abdruckt. Der gerechte Standpunkt eines *Rote Fahne*-Kommentars zum Problem der Vietnam-Flüchtlinge, die Verurteilung des seitens Moskaus ›moralisch‹ genannten Einfalls vietnamesischer Truppen bzw. die Einsetzung eines Vietnam und der UdSSR freundlich gesinnten Marionetten-Regimes (einer Operetten-Befreiungsfront, was die Verhältnisse besser trifft) läßt die gleichzeitig erfolgende Verteidigung des menschenfeindlichen Regimes Pol Pot in den Hintergrund treten.
Fragen dort, wo sie die Politik der Volksrepublik verstehen helfen sollen; Antworten auf berechtigt genannte Fragen, wo es um die Begründung und Verteidigung des jeweiligen Standpunkts der Volksrepublik geht. Mit einem Wort: Wahr und richtig ist, was China dient. Das ist die Quintessenz des Internationalismus, den die KPD heute demonstriert. (Daß auch ihre *nationale* Politik an den außenpolitischen Interessen der Volksrepublik sich orientiert, steht hier nicht zur Debatte.) Zur Illustration ließe sich jedes beliebige politische Faktum anführen. Mir fällt jetzt nur eine Ausnahme ein: die Frage der Nutzung der Kernenergie. Hier hält sich meine ehemalige Partei ebensowenig an die strikte Verteidigung der Kernenergie (Atomkraftwerke) durch China wie, neuerdings, die DKP an die der SED. Man darf den Anschluß an die Bewegung nicht verlieren und muß, im Zweifelsfall, auch die Flexibilität flexibel halten.

Zur Vergeßlichkeit des Internationalismus

Im Falle Chiles wie in dem Portugals hat die Partei-Analyse – übrigens in der Absicht, Lehren zu ziehen, berechtigte, wie ich finde – den vormaligen antiimperialistischen Enthusiasmus buchstäblich eingeäschert. Die Bezeichnung der Ursachen für den Niedergang der revolutionären Bewegungen in diesen Ländern hat selbst dort, wo sie wesentliche Punkte traf, die Trauer und die Wut über die Niederlage, die eigentlich sofort alles zerschlagen hätte, was sich nur irgendwie als Agentur der Konterrevolution ausmachen ließ, nicht aufgenommen, vielleicht nicht richtig verstanden: Die Debatte über den friedlichen Weg und dessen historische Einschätzung erdrückte das unmittelbare Leid, auch das Mit-Leid. Was bedeutete es schon, wenn man die Notwendigkeit der Niederlage der Unidad Popular mit deren ideologischer Schwäche begründete. Die Erschlagenen rührten sich nicht mehr, die Lebenden würden vielleicht lange keine Kraft mehr finden, die Fehler der Politik Allendes in der Praxis zu korrigieren.
Ein Internationalismus, der sich in Analysen, Entschließungen und entschlossenen Minderheiten erschöpft, die *korrekte* Standpunkte vertreten,

bleibt grau, papieren, offiziös, vor allem wenn er sich der traditionellen Formen bedient, wie sie die Komintern praktizierte.
Vergeßlichkeit: Von Chile redet außer ein paar Komitees, die sich am Leben erhalten, niemand mehr, und so ist es auch im Falle Portugals. Nach den *Grundsatzartikeln,* nach einigen Unsicherheiten über die Haltung Chinas zu Pinochet, die sich erhalten haben, und nachdem Cunhal nicht der mächtige Agent des Sozialimperialismus an der Südflanke der Nato geworden ist, der er, nach Meinung der Partei, hätte werden müssen, bleiben die paar Schallplatten, die – vielleicht – dann und wann noch einmal gespielt werden. Aus der Traum? Als Herr Geisel ins Charlottenburger Schloß kommt, stellt sich niemand mehr ein, außer den Offiziellen und ihren Wachhunden; in anderen Städten ließen die Köpfe sich im Handumdrehen zählen. Eine Hoffnung: daß das nicht so bleibt.

Anmerkungen

1 Man hat es mir später bestritten. Das Dokument, das meine Entfernung aus dem Zentralkomitee begründet, notiert, ich sei *auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen.* Ich forderte die Überbringer auf, über die politische *Zuverlässigkeit* derer nachzusinnen, derer sie sich zur Zeit meiner Abkehr so sicher zu sein glaubten wie darüber, daß ich nunmehr auf Seiten des Klassenfeindes anzutreffen sei. – Die Frage, ob jemand Kommunist sei oder nicht oder sich zumindest dafür hält, halte ich inzwischen für unerheblich.

2 Ich möchte in diesem Zusammenhang einige Sätze aus Ernst Blochs 1937 geschriebenen Aufsatz »Rettung der Moral« zitieren, ohne sie in ihrem Realitätsbezug hier diskutieren zu können: »Wo andersher als aus Moral stammt die Empörung und Erbitterung, der Ekel und die Verachtung über die nazistischen Hunde? Sind die moralischen Reaktionen gegen die Brandstifter und Henker, gegen die Lügner und Kriegshyänen nicht der stärkste Kraftzuschuß des antifaschistischen Kampfes, tönen nicht alle Proteste und Losungen aus ihnen wider?« (Ernst Bloch, *Vom Hasard zu Katastrophe. Politische Aufsätze 1934-1939,* Frankfurt a. M. 1972).

3 Der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPD an den zweiten Parteitag (31. 7. 1977) – ich nahm den publizierten Text in der Erwartung mit in die Ferien, mehr als den folgenden Ausschnitt zitieren zu können – hält dazu fest: »Viele (. . .) Fehler bzw. ihr jahrelanges Fortschleppen wären vermeidbar gewesen, hätte unsere Partei sich von Anfang an vollständig auf die Grundlagen des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen gestellt (. . .). Stattdessen ging sie eklektisch und subjektivistisch an wichtige Fragen des Marxismus-Leninismus und Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung heran; wichtige Fragen der politischen Linie, die auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung *bereits gelöst waren,* wurden der Untersuchung überantwortet.« (Köln 1977, S. 128 f.; Hervorh. v. mir)

4 Da ich den Text nicht zur Hand habe, zitiere ich sinngemäß.

5 Ein Dokument, das im November 1975 publiziert wurde, nennt allein mich als Urheber der nunmehr *halb*trotzkistisch genannten Position. Den Vorwurf des Trotzkismus hätten die Verfasser ungern erhoben, um sich nicht nachträglich dem Vorwurf auszusetzen, *trotzkistische Elemente* so lange unerkannt in den eigenen Reihen geduldet zu haben.

Monikalisa Stern
Am weißen Sonntag trugen Mädchen schwarze Lackschuhe

Rotbuch 211 · 128 Seiten · ca. DM 12

Eine Persiflage auf die Initiationsriten des rheinischen Katholizismus der 50er Jahre. Montiert aus Texten und Bildern nach einem Rhythmus, der den sakralen Ritus immer deutlicher als monströse Inszenierung erscheinen läßt.

Bodo Morhäuser
Alle Tage

Gedichte

Rotbuch 212 · 72 Seiten · DM 8

Die Unfallstellen sind schnell abgeräumt / Unterschriften schnell gezogen / DER ORT gleichgemacht allen andern / es gibt keinen ORT mehr im gekauften Raum / und du bist überzählig / wenn du dich zu lange aufhältst

T. Stegmann (Hg)

Diguem no – Sagen wir nein!

Lieder aus Katalonien

Rotbuch 214 · 160 Seiten · ca. DM 12

Wir haben gesehen, wie man / Menschen, die im Recht waren, / zum Schweigen brachte, / Nein, ich sag nein, / sagen wir nein. Wir sind nicht / von solch einer Welt. *Raimon*

Stefan Schütz
Heloisa und Abaelard

Antiope und Theseus
Odysseus' Heimkehr

Rotbuch 216 · 160 Seiten · ca. DM 12

Der zweite Band mit Stücken der jungen DDR-Dramatikers im Rotbuch Verlag. Mit der unkorrumpierbaren Kritik an der Lebensrealität in seinem Land greift der Autor zugleich Verhältnisse an, wie sie in kapitalistischen Staaten anzutreffen sind.

György Dalos
Meine Lage in der Lage

Gedichte und Geschichten

Rotbuch 218 · 80 Seiten · DM 9

Scharfsinn und Poesie halten sich in den Gedichten und Geschichten von Dalos die Waage. Seine Erfahrungen in Ungarn beschreibt er in satirischen Kurzformen. Literarische Kleinkunst, die politisch zündet in ihrer sprachlichen Präzision.

Literatur im

aus der Reihe

Peter-Paul Zahl
Die Glücklichen

Schelmenroman

528 Seiten · ca. DM 27

Ein Büchlein von einem halben Tausend Seiten. Wie eine Kreuzberger Familie ihr Glück macht. Über die antiautoritäre Revolte der 60er Jahre aus der Perspektive der Subkultur. Über Wohngemeinschaften und Sektierer. Ein Volksfest auf dem Mariannenplatz. Der Blues geht um, der Reggae und die beobachtende Fahndung. Unnennbare werden zu Verwandlungskünstlern. Ein Fernrohr mit historischer Optik. Im Fesselballon in die große weite Welt. Ein Büchlein zum Schmöckern und Knubbeln. Es enthält eine komplette Zeitung mit Bildern (von Seyfried), ein komplettes Shakespeare-Drama: Hamlet greift ein in Sachen Peter-Paul Zahl. Gedichte sind drin wie Rock-Musik, und Landschaften werden mit Kamera-Augen gesehen. Es wird zitiert und parodiert, Dialekt und feinstes Hochdeutsch gesprochen. Es gibt einen Findex am Schluß zum politischen Lernen und Lachen.

Hersch Mendel
Erinnerungen eines jüdischen Revolutionärs

Mit einem Vorwort von Isaac Deutscher

272 Seiten · ca. DM 25

Hersch Mendels Generation hat eine Epoche der europäischen Geschichte erlebt, in der revolutionäre Begeisterung und barbarische Reaktionen dicht nebeneinander lagen. Am eigenen Leibe erfuhr er die Entwicklung der russischen Revolution bis zum Aufstieg Stalins, dem er sich als Anhänger Trotzkis erbittert widersetzte. Sein rebellischer Charakter erneuerte sich immer wieder aus seiner eigenen Erinnerung wie aus aktueller Erfahrung. Noch im »Aufstieg« zur führenden Figur einer kommunistischen Partei verpflichtete ihn seine soziale Herkunft zur Solidarität mit den Elenden und Unterdrückten, zum Kampf gegen Privilegien und machtpolitischer Verfügung über »die Massen«.

Daniel Cohn-Bendit, Joschka Fischer, Rupert von Plottnitz, Reimut Reiche, Dietrich Wetzel
Kopfschrott oder Gefühlsheu?
Eine Diskussion über Internationalismus

»Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke.« Worte des Vorsitzenden XXIV, 292

Dany, ißt du deinen Reis eigentlich noch mit Stäbchen?
Dany: Immer. Aber das hab ich schon vorher gemacht, das kommt von der französischen Kolonialgeschichte. Sollen wir jetzt darüber sprechen?
Nein, ich möchte gern eure Meinungen hören zu der These, daß die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt seit den 60er Jahren uns Stoff für allerlei Mythen geliefert haben. Nehmen wir nur mal Castro oder Che oder Ho Chi Minh oder Mao: das waren doch enorm charismatische Persönlichkeiten für uns, politische Leitbilder. Wie kam das? Ein Ben Bella z. B. war's nicht.
Dany: Doch, auch Ben Bella war's – damit kann man auch schon die Erklärung geben: Ben Bella war's, solange er Sieger war. Unsere Mythen waren immer ganz direkt verbunden mit einer gewissen Machtvorstellung.
Welche Machtvorstellung? Bei wem?
Dietrich: Das frag ich mich auch. Der sogenannte Sieg der vietnamesischen Revolution ist doch hier praktisch gar nicht zur Kenntnis genommen worden. Ich erinnere mich noch an dieses Fest im Schauspielhaus, das war, glaub ich, am ersten Mai – die Umbenennung von Saigon in Ho Chi Minh-Stadt. Es war mühsam, mit irgendwem überhaupt darüber zu sprechen, was jetzt passiert ist, nachdem wir doch Jahre lang dafür demonstriert hatten. Alles in allem war die Reaktion ein großes Desinteresse. Demnach hatte unsere Identifizierung weit eher mit einer kämpfenden Bewegung zu tun als mit einer siegreichen. Um auf deine Frage einzugehen: dieser Vorbildcharakter von Che und Castro und Ho Chi Minh hätte dann bedeutet: wir würden gern *wie die* kämpfen, in unsern Verhältnissen kämpfen können. So sehe ich das. Der Internationalismus, und ich finde das gar nicht schlecht, hatte gewissermaßen eine *Stellvertreterfunktion*. Wenn in andern Ländern Kämpfe stattfanden, an denen die Bundesrepublik mehr oder minder direkt beteiligt war, dann meinte die Identifikation mit diesen Kämpfen im Grunde: Kampf gegen *diesen* den Imperialismus deckenden und unterstützenden Staat, die Bundesrepublik, und da hat ganz stark, jedenfalls für unsere Generation, auch der Faschismus eine Rolle gespielt,

d. h. dieser hilflose, auf uns angesichts Vietnams auch zynisch wirkende Antifaschismus der Bundesrepublik.
REIMUT: Uns ging es doch zunächst nur um den Kampf, um das Kämpfen; und an die Macht haben wir gar nicht gedacht.
DANY: Um die *Macht* wurde gekämpft . . .
REIMUT: Es ging nicht um die Macht, glaub das nicht! Es ging nicht um die Macht, sondern womit wir uns identifiziert haben, war der Kampf von . . .
DIETRICH: Das richtige Tun.
REIMUT: Ja, das richtige Tun. Für uns war damals das entscheidende Stichwort »Sieg im Volkskrieg«, Einkreisung der Städte durch die Dörfer, und das war eine symbolische Theorie des siegreichen Kämpfens eines kräftemäßig Unterlegenen: der Vietcong hat mit Palisadenfallen gegen die Kriegsmaschine der Amerikaner gekämpft, und das war es auch, womit wir uns identifiziert haben, *das* haben wir propagiert.
Also gerade weil sie so schwach waren, so klein waren, konnten wir uns mit ihnen identifizieren (wobei China auszunehmen wäre)?
REIMUT: Ja, das ist ein entscheidendes Moment, das ich festhalten möchte.
DANY: Reimut, es tut mir leid, das Problem liegt doch in der ganzen Entwicklung des Vietnam-Engagements. Wir können doch rückblickend nicht mehr blauäugig argumentieren; d. h. wir können nicht mehr trennen zwischen einer Moral, die uns auf die Straße getrieben hat: wir identifizieren uns mit dem Schwächeren, und dem, was wir hinter dieser Moral, wie bewußt oder unbewußt auch immer, an Politik oder an gesellschaftlicher Alternative verteidigt, angepriesen haben, wider besseres Wissen oder trotz besseren Wissens. Ich kann's von mir sagen: Als ich damals von Frankreich nach Deutschland kam, hatte ich eine klare Position; daran hat mich letzte Woche ein Freund in Paris wieder erinnert, als ich mich so aufgeregt hab über Vietnam – hat er mir ein Flugblatt unter die Nase gerieben und gesagt: Dany, jetzt hör doch auf zu quatschen, kennst du dieses Flugblatt? Sag ich: Ja, ich hab's geschrieben mit ein paar anderen. Die Überschrift war »Weder Washington noch Hanoi«. Das war '66/67, und diese Position *hatte* ich damals, d. h. *gegen* amerikanischen Imperialismus, *gegen* vietnamesischen Stalinismus – felsenfest, da ist nichts zu erwarten. Ich kam in die Bundesrepublik und – sagen wir – ich wurde da durcheinandergebracht, nicht durch die Realität eines besseren Vietnam, sondern durch die Stärke, die man gewinnt durch eine vereinfachende Identifikation. Es war viel einfacher, bei Opel ein Flugblatt zu verteilen, wenn man sagte: am Ho Chi Minh-Pfad, da ist eine neue Gesellschaft im Entstehen. Das macht die ganze Politik einfacher, da steht die Moral dann nicht nur als Angriff gegen etwas, sondern mit der Moral liefert man auch die positive Lösung.
Und du hast das auch geglaubt?
DANY: Ich hab das in dem Maße geglaubt, wie ich damals an die revolutio-

näre Umgestaltung einer Gesellschaft geglaubt habe, d. h. wie ich an die Notwendigkeit geglaubt habe: Macht läßt sich nur zerstören, indem eine andere Macht an ihre Stelle gesetzt wird. Heute – ich negiere überhaupt nicht das moralische Engagement, aber nur diese moralische Komponente hervorzuheben und zu sagen, ansonsten war das alles hinter oder nicht in unseren Köpfen, ich glaube, das klärt nicht die Schwierigkeit mit dem Antiimperialismus heute, mit Persien, Nicaragua usw.

RUPERT: Ich hab den Eindruck, daß mit der Frage, mit der die Diskussion jetzt begonnen wurde, das Pferd ein bißchen von hinten aufgezäumt wird. Es wird nämlich schon gleich nach dem Verhältnis zu den sozialrevolutionären Bewegungen gefragt. Die Ausgangserfahrung für die Solidarisierung war aber eine Binnenerfahrung, nämlich mit den politischen und gesellschaftlichen Kräften hierzulande. Zunächst einmal hat man nicht wahrgenommen, was Ho Chi Minh oder die anderen mythischen Namen, von denen hier gesprochen wurde, stellvertretend für die politischen Organisationen oder Bewegungen, die sich auf sie beriefen, unternommen haben, sondern zunächst mal hat man wahrgenommen, was die Amerikaner unternommen haben in Südostasien seit etwa 1964. Und über diese Wahrnehmung hat es Wut und Ekel gegeben – über die Einsicht in die Unterstützung Amerikas durch die Bundesrepublik, die Komplizenschaft der Bundesrepublik. Und dann fragte man sich: wem gilt das eigentlich, wessen Interesse wird da bekämpft, wie ist dieses Interesse beschaffen, und die Beschäftigung mit diesen Fragen hat dann zur Solidarisierung geführt. Und ich würde sagen, diese Wut, die durch die Binnenverhältnisse geschürt wurde, durch den Widerspruch zwischen den Menschenrechtsgarantien und all diesen »freiheitlichen« Verfassungen einerseits und der realen Praxis andererseits, diese Wut ist bis heute für mich relativ unproblematisch geblieben. Bis hin zum Iran, bis hin zu Nicaragua.

Wann entstand diese Wut? Denn in den 50er Jahren, bei Algerien z. B., war sie ja noch relativ gering.

RUPERT: Die Wut war in den 50er Jahren gering, aber es gab sie auch. Im algerischen Befreiungskampf gab's ja schon, wie rudimentär auch immer, eine Wahrnehmung von Prozessen, die . . .

JOSCHKA: Da zählten doch ganz andere Daten: der Ungarn-Aufstand 1956, der Mauerbau 1961 . . . da haben viele spätere SDS-Genossen noch kräftig Tunnels gegraben.

Die Wut kam erst gegen die Amerikaner?

JOSCHKA: Ja, und vorher gegen die Russen.

REIMUT: Und man muß noch sagen: wir haben die Wut auch politisch erzeugt und organisiert, und zu Recht. Leute wie Jürgen Horlemann, Peter Gäng haben 1964/65/66 alle sechs Wochen ein Teach-in gemacht, da waren sehr wenige am Anfang, es war eine sehr mühevolle Arbeit, aufzuklären

über das Engagement der Nordamerikaner in Vietnam. Es war eine Bewegung, die ganz langsam entstanden ist, unter langwieriger Organisationsarbeit, und die dann ganz plötzlich aufgebrochen ist.

DIETRICH: Da gibt es aber einen ganz interessanten Aspekt: Als die Auseinandersetzung über die vietnamesische Revolution im SDS den Punkt erreicht hatte, wo es wirklich darum ging, genauer zu untersuchen, welche unterschiedlichen Interessenlagen in diese Revolution eingehen, welches Schicksal im Falle einer siegreichen Revolution zu gewärtigen sei, da waren die einzigen, die sich damit beschäftigt und Materialien dazu vorbereitet haben, der Horlemann und der Gäng . . .

RUPERT: Und der Reimut!

DIETRICH: Und das war genau in der Phase der Selbstauflösung des SDS in die Bewegung. An dem Punkt, wo der SDS sich »in die Bewegung aufgelöst« hat, nach dem damaligen Sprachgebrauch, genau an diesem Punkt hat auch die analytische Auseinandersetzung ihr Ende gefunden. Von da ab . . .

REIMUT: Sie hat noch bis '68 gedauert!

DIETRICH: Ja, sie hat bis '68/69 angehalten, aber von da ab war Schluß damit. Dann wurde nicht mehr untersucht: was heißt eigentlich Revolution in Vietnam? Was kann Revolution *für uns* heißen?

DANY: Das ist alles richtig, das leugne ich nicht. Aber es wäre fatal, die Genesis der antiimperialistischen Jugendrevolte nur an der deutschen Geschichte und Besonderheit zu diskutieren, denn du findest die gleiche Bewegung auch unter ganz anderen binnenpolitischen Situationen – natürlich anders strukturiert, weil sie eine andere Geschichte hat. Bei Frankreich ist es am klarsten, wo über Vietnam im Grund ein anderer Kampf ausgefochten wurde, der große Kampf um die Loslösung von der französischen KP: von der reformistischen Unterstützung hin zur revolutionären Unterstützung eines kämpfenden Volkes, ob nun marxistisch-leninistischer Prägung oder trotzkistischer Prägung oder wie immer. Und da kam eben – gegenüber dem pazifistischen »Frieden in Vietnam« – die revolutionäre Losung auf: »Sieg im Volkskrieg – Ho Chi Minh – Waffen für den Vietcong!« Und davon, meine ich, können wir uns nicht absetzen; denn wäre es nur um die Identifikation mit einem Kämpfenden gegangen, um die Wut gegen die Amerikaner, die ja heute noch existiert, mit Recht, dann würde es heute – für mich ist Persien das beste Beispiel: bei Persien war ich bereit, alles *gegen* die Amerikaner zu tun, aber wer hat »Sieg im islamischen Krieg« geschrien, wer hat »Khomeini« geschrien oder »Waffen für Khomeini«? Wir haben »raus, raus, raus« geschrien! Genau das war die *pazifistische* Position im Vietnamkrieg: raus, raus, raus! Frieden!

RUPERT: Also *so* hab ich das nicht in Erinnerung . . .

REIMUT: Das war schließlich zwölf Jahre später!

DANY: Ja, zwölf Jahre später kann eben niemand so blauäugig argumentie-

ren mit »Sieg im Volkskrieg«, »Waffen für den Vietcong« und »Ho Chi Minh«.
REIMUT: Trotzdem müssen wir erklären und verstehen, was damals der Kern der internationalen Identifikation war. Das hat sich 1965-68 doch herausgebildet, und es war in erster Linie die Identifikation mit einer kämpfenden und von der Macht her unterlegenen . . .
DANY: Aber *für die Macht* kämpfenden . . .
REIMUT: Truppe oder Bewegung. Und ich denke, daß innenpolitisch unsere Bewegung in dem Moment angefangen hat zu zerfallen, als Parolen aufkamen, die eine Identifikation mit einer *bestehenden* Macht, nämlich z. B. mit Vietnam, zur Basis hatten. Als es hieß, man soll sich mit bestimmten Zuständen in sozialistischen Ländern identifizieren, war der Anfang der Sektenbildung erreicht. Dann konnte man sich's auswählen von Angola bis Zimbabwe, konnte das Alphabet rauf- und runterbeten in internationalistischen Positionen.
JOSCHKA: Ich finde nicht ganz richtig, was du sagst. Du beschreibst die Entstehung und den Übergang der Protestbewegung zu einer sich revolutionär verstehenden Bewegung . . .
REIMUT: Ja, darauf kommt's mir an im Moment.
JOSCHKA: Und die Protestbewegung war zunächst sehr moralisch, von einem starken moralischen Impuls geprägt, was die Massen betrifft, ja? Ich bin von der Ostermarsch-Bewegung gekommen, die 67er Phase war bestimmt durch einen total moralischen Impuls. Ich hatte damals auch noch kein Interesse an »Waffen für den Vietcong« oder sowas, sondern es war ein rein moralisches Engagement gegen den Krieg, wie man das als 18jähriger Jugendlicher damals hatte. Der SDS hat schon viel weiter gedacht, und das hat sich dann später folgerichtig zugespitzt: da gab's Gegenmodelle zum scheinbar friedlichen Übergang zum Sozialismus. Die Auseinandersetzung, die dann in Italien und Frankreich zu viel härteren Konfrontationen mit den existierenden KPs führte, hat ja hier im SDS auch stattgefunden mit den Traditionalisten, die von Waffen nichts hören wollten und eigentlich auch nicht für Vietnam waren damals; der Vorwurf der tragischen Einsamkeit, den der Che formuliert hat in seinem Brief, der wurde denen ja auf jeder Versammlung unter die Nase gekitzelt. Was ich sagen will: beibehalten wurde dieser moralische Impuls auch da, wo das Engagement dann zur Politik wurde, bei den politischen Kadern, aber in sehr selektiver Weise – dahinter steckte ein nicht eingestandenes manifestes Interesse, und das meint der Dany mit Machtinteresse. Biafra hat niemanden interessiert, obwohl das Grauenvolle, das dort geschah, mit Vietnam durchaus vergleichbar war.
REIMUT: Auch »Waffen für den Vietcong« war von uns ursprünglich gedacht als eine *moralische* Parole, so widersprüchlich das klingt. Politisch

war das unsere Auseinandersetzung mit der alten KPD, die damals noch in der Illegalität war. Deren Parole war ja »Frieden für Vietnam«, und das war uns zuwenig.

RUPERT: Es wird hier vergessen, daß ein Prozeß der Solidarisierung ein historischer Prozeß ist. Hier wird von Moral gesprochen, von moralischer Empörung, das ist richtig. Aber ich würde das ergänzen: der Anfang der antiimperialistischen Jugendrevolte war ja eine sehr reformistische Bewegung, nämlich pazifistische Proteste, die Appellcharakter hatten, gegen die Staaten, die die USA unterstützten und somit für das verantwortlich waren, was in Vietnam geschah. Wie kommt es, daß es zum Schluß eine ausgesprochene Solidarität gab, nicht nur mit den diffusen Opfern dieser amerikanischen Aggression, sondern auch mit den politischen Organisationen und deren revolutionären Prinzipien, mit denen sie den Kampf geführt haben? Und da möchte ich auch wieder sagen, das beruhte auf Binnenerfahrungen, nämlich auf der Art und Weise, wie diese zunächst reformistischen und sehr systemkonformen Proteste, diese demokratischen Proteste von seiten derjenigen, die für die Ordnung hier zu sorgen haben, erledigt worden sind, nämlich mit sehr radikalen und brutalen Mitteln. Es wurde ja nicht gesagt auf diese Proteste hin: Richtig, da haben wir einen Fehler gemacht; da sind Stimmen, die muß man ernst nehmen, die gehören zum Kostbarsten, was sich in der Bundesrepublik an politischen Stimmen vernehmen läßt – im Gegenteil, es wurde gesagt: Das sind die allergrößten Feinde unserer Gesellschaft, denen muß man mit allem, was wir an polizeilichen und anderen Möglichkeiten haben, kräftig auf's Maul hauen. Das war natürlich eine Erfahrung, die dann, über das moralische Begreifen hinaus, eine marxistische Analyse dessen, was in Südostasien geschah, nahelegte und die auch erklärt, wieso man genau zu den Positionen kam, von denen der Dany gerade gesprochen hat, nämlich »Waffen für den Vietcong«, zu der Forderung, daß es mit politischen Systemen, die sich so verhalten wie die USA und ihre Bündnispartner in Südostasien, nur einen radikalen Bruch geben kann; und diese Forderung galt auch für die eigene politische Position, so daß die Parole »Waffen für den Vietcong« zugleich diesen Bruch in der Identität, den Bruch unserer politischen Position mit den Binnenverhältnissen hier ausdrückte.

DANY: Rupert, wenn wir schon Geschichte machen, dann sollten wir sie ganz machen und auf ein für die Bundesrepublik sehr leidiges Thema kommen: den Weg von diesem Antiimperialismus zur RAF. Wir werden uns da nicht vorbeimogeln können, denn das ist ein Moment dieser Geschichte. Und deswegen möchte ich Klarheit schaffen: Wenn wir »Waffen für den Vietcong« gesagt haben, haben wir das – naiv oder nicht naiv – auch so gemeint. Wir haben immer gesagt, eine Revolution macht man mit Waffen und nicht beim Kaffeetrinken oder Deckchensticken.

REIMUT: Wir haben lang dazu gebraucht, bis wir das gesagt haben. Denn ursprünglich hieß die Parole nicht »Waffen für den Vietcong«, sondern »Geld für den Vietcong«, um uns da gewissermaßen noch nicht ganz festzulegen; die Frage wurde ein Jahr lang heiß diskutiert.
DIETRICH: Es gab auch die Parole »Waffen sind das beste Brot für die Dritte Welt«.
REIMUT: Das war eine sehr späte Parole, die kam Anfang '68 . . .
DANY: Ich hab '67 in Frankreich eine Demonstration gemacht unter der Parole »Die besten Pazifisten sind das bewaffnete Volk«. Irgendwo im Hinterkopf hatten wir immer, daß die Revolution auch bewaffnet vonstatten geht und daß wir am Anfang eines weltweiten revolutionären Prozesses unterschiedlichster Intensität standen: die Dritte Welt hatte aufgrund historischer Entwicklungen angefangen mit der militärischen Auseinandersetzung, aber – ob ausgesprochen oder nicht – diese Auseinandersetzung würde für uns nicht ausbleiben, ob in fünf oder in zehn Jahren oder in einem. Das war einfach abstrakt in den Köpfen, wenn wir darüber diskutiert haben. Deswegen bleib ich bei meiner These: Die antiimperialistische Bewegung war als Protestbewegung eine Reaktion auf die Widersprüche der spätkapitalistischen Gesellschaft von Amerika bis zur Bundesrepublik, aber . . .
REIMUT: Darin stimmen alle überein, das waren Grundpositionen.
DANY: Grundpositionen der Protestbewegung, ja. In dem Maße aber, wie sich diese Protestbewegung politisiert hat, wie man sagt – ich sage heute, rückblickend, sie hat sich entpolitisiert, hat sich negativ entwickelt –, in dem Maße, wie sie sich politisiert, d. h. identifiziert hat mit bestimmten Organisationen, in historische Kostüme, nein, Zwangsjacken geschlüpft ist, hat diese Protestbewegung zugleich mit dem Protest gegen die Amoralität der westlichen Welt, am Beispiel Vietnam, den Sozialismus verkauft: hier vietnamesischer Prägung, da chinesischer Prägung, dort sowjetischer Prägung.
RUPERT: Na, so beliebig war das ja nun nicht mit der Prägung.
DANY: Nein, beliebig war's nicht. Für die, die eine traditionalistische Position hatten im SDS, war es die sowjetische Prägung; für die mit marxistisch-leninistischer Position war es die chinesische Prägung; und es gab eine ganze Menge, die sagten, der vietnamesische Weg ist ein autonomer zwischen dem chinesischen und dem russischen. Alles nachzulesen in den Schriften der damaligen Zeit.
RUPERT: Augenblick: wir sprechen ja vornehmlich über eine Zeit, in der diese Bewegung noch nicht in ihre späteren Fraktionen aufgeteilt war, sondern . . .
DANY: Es geht doch nicht um die späteren Fraktionen. Schon damals gab es, der Dietrich hat's gesagt, die Ansätze der Diskussion um solche Identifi-

zierungen. Wichtig ist: es gibt ein Potential an Protest, und es gibt Intellektuelle oder Studenten, die aus diesem Protest irgendwas Politisches machen wollen. Und da haben wir eine politische Verantwortung. Die kann man jetzt nicht liquidieren, und wir verstecken uns hinter'm Protest. Wir haben diesen Protest, wenn er zu pazifistisch war, kritisiert. Wir haben den reinen Humanismus kritisiert. Wir haben gesagt: es geht nicht an, heute einfach zu erklären, es sei tragisch, was in Vietnam geschieht; entweder bist du *für* eine Veränderung, dann bist du auch für den Vietcong, oder du bist, trotz deines guten Willens, für die andere Seite.

DIETRICH: Dany, da muß ich aber doch . . .

DANY: Ich bin *für* unsere Verantwortung!

DIETRICH: Ich bestreite ja nicht, daß wir diese Verantwortung haben, aber ich versuche gerade mal, mich in eine fiktive Situation zu versetzen: wäre uns '68/69 mehr bekannt gewesen über das Schicksal der vietnamesischen Revolution, hätten wir über größere Voraussicht verfügt, als wir tatsächlich hatten, wie hätten wir uns dann eigentlich verhalten angesichts der Bomberflotten über diesem Land, angesichts des militärischen Einsatzes der USA und ihrer politischen Unterstützung durch die verschiedensten industrialisierten Länder einschließlich der Bundesrepublik? Ich wüßte nicht, ob ich mich dann wirklich anders als damals verhalten würde.

DANY: Ich kann dir sagen, wie ich mich gern verhalten würde . . .

RUPERT: Das regt mich so auf, daß ihr so tut, als ob das alles schon zu wissen gewesen wäre. Heut ist man doch nur so klug aufgrund historischer Erfahrung.

DIETRICH: Wir sind jetzt in einer ähnlichen Situation – wir können jetzt über Nicaragua sprechen und unsere Sympathien, die weitgehend verbal geblieben sind, für die Sandinistas ausdrücken . . .

DANY: Ich habe keine Sympathien für die Sandinisten!

DIETRICH: . . . um möglicherweise in fünf oder zehn Jahren in einer ähnlichen Situation zu sein.

DANY: Wär ich eben nicht!

DIETRICH: Es ist doch so, daß mit dem revolutionären Protest oder genauer mit dem Prozeß der Befreiung von imperialistischer Herrschaft bei diesen Ländern noch nicht die Zukunft gesetzt ist, die wir aber stillschweigend mitgesetzt haben: nämlich ein rätedemokratisches Vietnam. Das machte unsre Blauäugigkeit aus. Wir glaubten – und es war eine ganze Menge, die das so einschätzte –, es wird ein Vietnam werden, das frei von äußerer Herrschaft imstande ist, seine Produktionsgrundlagen, die Bodenreformen, die im Prozeß der Revolution schon vorangetrieben worden waren . . .

REIMUT: Das gehört aber zum Kapitel Mythenerzeugung! Das ist ein Mythos, den wir selber geschaffen haben – unsere Utopie der freundlichen Welt!

DIETRICH: Nein, ich spreche von dem, was uns an Informationen zur Verfügung stand.
JOSCHKA: Stimmt nicht! Es war bekannt, daß es in Nordvietnam eine Zwangskollektivierung gab, die zu Bauernaufständen mit Tausenden von Toten führte. Ich selber hab das in Schulungskursen damals mitgekriegt und hab das als nicht zu bewältigenden Irrtum irgendwie ad acta gelegt. Es waren Fakten vorhanden, reichlich. Außerdem müßtest du mal unser Verhältnis zur nichtkommunistischen Opposition in Vietnam anführen, z. B. die Selbstverbrennung von Buddhisten, diese ganze religiöse Opposition, die bürgerliche Opposition, die es auch gegeben hat – wir haben immer nur den Vietcong gesehen, d. h. es war eine eindeutig kommunistische Identifizierung. Eine Identifizierung nicht nur mit der kämpfenden Bewegung, sondern mit der erfolgreich kämpfenden Bewegung, letztlich mit dem sozialistischen Staat! Ich finde, du machst es dir zu einfach, Dietrich . . .
RUPERT: Ja, aber du machst es dir auch zu einfach. Du vergißt eins: es gab damals überhaupt nicht die Möglichkeit objektiver Information, objektiver Fakten. Alle Wahrnehmung war geprägt von der Parteilichkeit, das war ein ganz wichtiges Moment damals. Die Informationen, von denen du gesprochen hast, standen für uns immer schon unter dem Ruch, daß sie der Aufrechterhaltung der amerikanischen Interessen dienten.
JOSCHKA: Ich kann das an zwei Beispielen entkräften. Das erste Beispiel, über den Bauernaufstand, steht in der Ho Chi Minh-Biographie von Lacouture, dem kannst du keineswegs wenig Sympathie für Ho nachsagen. Und zweitens: ich erinnere mich an eine Diskussion in der Wohngemeinschaft, in der ich damals gewohnt habe, wo ich der entschiedene Verfechter des revolutionären Terrors war; da ging es um das »Darmwickeln«: die Vietcong hatten irgendeinem Dorfobersten den Bauch aufgeschlitzt, die Därme rausgerissen und da hängen lassen, bis am nächsten Morgen wieder die Regierungstruppen kamen. Da gab es also einen erbitterten Streit über das Prinzip des revolutionären Terrors, mit einer humanistischen Fraktion, die sagte, das kann man nicht machen, wenn man mit diesen Zielen und Vorstellungen kämpft, während die andere, mehr politische Seite, zu der ich gehörte, gesagt hat, ja, das ist zwar unmenschlich, aber wenn's der Sache dient, dann muß das wohl so sein. So wurde damals diskutiert.
RUPERT: In meiner Erinnerung sind das nicht die Diskussionen, die zentral waren für den Prozeß, über den wir hier sprechen. Es war vielmehr so, daß man natürlich seine Informationen, aber auch seine selektive Wahrnehmung hatte, so daß man sagte, ob das zutrifft, steht noch dahin, denn das geht zurück auf Publikationen, die eindeutig die Aggressoren verteidigen.
Nun läuft es letztlich auf's gleiche hinaus, ob man gewisse unangenehme Dinge ausblendet, weil man sie nicht wahrhaben will, oder weil man sie als notwendiges Übel hinnimmt: in beiden Fällen bleibt man »gläubig«.

DANY: Das ist das berühmte Problem, wobei es wirklich nicht darum geht, das irgend jemandem vorzuwerfen. In meiner Lebensgeschichte war das besonders absurd: Ich habe mich nicht mehr erinnert an das, was ich selber gesagt hatte. Ich konnte mich nicht als mein eigener konterrevolutionärer Feind sehen, sondern ich hab einfach bestimmte Positionen, die ich in Frankreich, aus einer anarchistischen Gruppe kommend, vertreten hatte, in Deutschland ausgeblendet. Der berühmte Befreiungskampf um Hué zum Beispiel – Besetzung Hués durch den Vietcong und die Nordvietnamesen, der Tod von Tausenden von Zivilisten, die erschossen wurden, als die Regierungstruppen Hué wieder übernahmen – war etwas, was wir nie diskutierten. Das ging auf das Konto: Krieg, Kampf, Sieg.
REIMUT: Das bestätigt aber die Annahme von mir, daß viele in der Bewegung, wenn sie Geld für den Vietcong gesammelt haben oder wenn sie auf Demonstrationen »Ho Chi Minh« gerufen haben, viel stärker ein innenpolitisches und überhaupt nicht mit Vietnam identifiziertes Interesse verfolgt haben. Es mag zwar objektiv so gewesen sein, daß es eine politische Dimension hatte, aber viele von uns, die »Ho Chi Minh« gerufen haben, haben damit nicht in erster Linie den nordvietnamesischen Staat gemeint oder eine bereits siegreiche Revolution, sondern sie haben einen Text skandiert, der leichter zu skandieren war als ein anderer: was sie damit – radikal – zum Ausdruck bringen wollten, war, daß sie unserem Staat die Loyalität aufkündigen und für ein anderes Leben kämpfen wollen.
JOSCHKA: Also das find ich ja eine rigorose Unterschätzung dessen, wozu Sektiererei führen kann. Ein KBWler, der egal aus welchen Gründen für Zimbabwe eintritt und für seine Organisation da rumspinnt für ein halbes Jahr und hinterher nichts mehr weiß, der *glaubt* das auch irgendwo, da bin ich mir ganz sicher. Ich hab damals diese Vietnam-Phase von ganz unten mitgekriegt, und ich kann dir sagen, das stimmt so nicht. Sondern es gab Diskussionen über Gewalt – bei jeder Straßendiskussion wurdest du konfrontiert mit moralischen Prinzipien: aber der Vietcong macht doch dieses, der Vietcong macht doch jenes . . . Allein das Involviertsein in die praktische Solidaritätsarbeit hat dich aufgrund der Situation in der Bundesrepublik dauernd dazu gebracht, dich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, weil dir jeder gesagt hat: du rote Drecksratte du, da wurde wieder ein Massengrab geöffnet, die bringen Frauen und Kinder um, und weiß der Teufel was. Da wurde erbittert drüber diskutiert.
DIETRICH: Ich glaube, daß die Beschreibung, die der Joschka da gibt, im wesentlichen schon richtig ist, und ebenso die Bemerkung von Rupert, daß das nach seiner Erinnerung nur am Rande eine Rolle gespielt hat. Tatsächlich, da wurde ausgeblendet. Aber wenn ich mich richtig erinnere, dann hat – jedenfalls in meinem Kopf, und ich könnte mir vorstellen, bei vielen anderen auch – eine bestimmte Erfahrung da eine Rolle gespielt, eine

spezifisch deutsche Erfahrung. In Deutschland ist ja nicht verborgen geblieben, daß z. B. die Rote Armee beim Einmarsch in's Großdeutsche Reich ihrerseits eine ganze Reihe von Greueltaten begangen hat. Deshalb gehörte zu den Anfängen meines politischen Denkens dieser Satz aus dem Alten Testament: »Wer Wind säet, wird Sturm ernten.« Die Faschisten haben angefangen, und die Rote Armee hat, angesichts dieser 20 Millionen Opfer in der Sowjetunion, verständlicherweise auch Rache genommen. Es geht also darum, sich gegen den zu wehren, der derartige Eskalationen verursacht. Das waren für uns in diesem Fall eindeutig die Amerikaner. Und das hat eine Rechtfertigung in Gang gesetzt, die dieses alte Muster benutzt hat. Ich glaube, wir sollten vielleicht an diesem Punkt konzentriert Faschismus, Bundesrepublik, Widerstand gegen den US-Krieg in Vietnam aufnehmen; da sind ganz entscheidende Sachen drin, die auch in Ruperts Begriff des Binnengesellschaftlichen mitspielen. Ich meine eine Radikalität, die erst einmal an dem Verursacher dieses Krieges ansetzt, aber nicht weit genug geht, weil sie sich erschöpft in der Freund-Feind-Verortung, einer Identifikation mit dem Guten, nämlich dem Vietcong, ohne lange zu fragen, was steckt da eigentlich an Potential für die weitere Entwicklung drin. Wir brauchten die Identifikation, die Identifikation mit dem »Guten«.

RUPERT: Ich meine, wir sollten noch einmal auf die Frage zurückkommen, die der Dany gestellt hat: warum es zur Zeit der Aggression in Südostasien eine positive Parteinahme für die Befreiungsfronten dort gab und warum es heute – wie zu zeigen am Beispiel Iran – zwar nicht an radikaler Kritik gegenüber den imperialistischen Einflußmächten fehlt, aber eine große Unsicherheit herrscht in der Frage der Identifizierung mit den Parteien, die gegen sie kämpfen, also z. B. islamischen Parteien. Ich würde dazu die These vertreten, daß diese Differenz zusammenhängt mit dem Schicksal, das dem Begriff des Pazifismus in den 60er Jahren bereitet worden ist. Die Diskussion, die dazu führte, daß der Pazifismus zunehmend in Verruf geriet, war ja auch moralischer Natur: es galt als unmoralisch, eine nur pazifistische Position zu beziehen, weil sie ineffektiv ist, das Schicksal der Opfer der Aggression nicht verbessert. Das war, meine ich, die Argumentation, die uns dahin brachte, radikale Positionen zu beziehen und zu fordern, daß radikale Positionen bezogen werden.

JOSCHKA: Genau das war der große Fehlschluß.

RUPERT: Ob es der große Fehlschluß war oder nicht, das wäre die nächste Frage, und die hängt natürlich auch mit dem Streitpunkt zusammen, der hier in der Diskussion nur unterschwellig eine Rolle spielt. Mir scheint, daß ihr beide, Dany und Joschka, zu der Position neigt, daß sozusagen jede politische Praxis, die in der Bekämpfung von Unrecht auf traditionelle Begriffe und Möglichkeiten von Politik und militärischer Aktion rekurriert, historisch gar kein anderes Schicksal haben kann, als zu dem zu werden,

was sie ursprünglich mal angegriffen hat, nämlich Unterdrückung. Das ist doch, kraß zusammengefaßt, eure Position. Ich würde sagen, für mich steht es noch ganz dahin, ob diese Position richtig ist . . .
JOSCHKA: Das ist ja windelweich! Für dich steht's noch dahin . . .
(Lautes Stimmengewirr)
REIMUT: Ich glaube, das ist auch eine rationalistische Konstruktion, daß es eine Politisierung oder eine Massenbewegung beim Iran nicht mehr geben konnte, weil sich unser Verhältnis zum Pazifismus verändert hat. Ich denke eher, unsere Illusion über die leichte Veränderbarkeit des Kapitalismus, die eingegangen ist in unseren Kampf für den Vietcong, in den ganzen antiimperialistischen Kampf der 60er Jahre – so eine Illusion kann man nur *einmal* haben in einer Generation, die kann man nicht ein paar Jahre später wiederholen. Man kann sich nicht mehr mit so einer ungebrochenen, naiven antikapitalistischen Kraft aufbäumen. Das schafft eine Generation nicht 1965 und dann 1978 gleich nochmal, das geht einfach nicht. Wir haben gesehen, wie unsere Stärkeverhältnisse wirklich sind, was wir erreichen konnten. Unsere Bewegung hat sich aufgelöst, uns ist der Atem ausgegangen . . .
DANY: Weil *ihr* sie aufgelöst habt!
REIMUT: Ach, das kann man nachträglich leicht sagen, wir hätten sie aufgelöst. Unsere Kraft hat nicht gereicht!
JOSCHKA: Und *wenn* sie gereicht hätte?
REIMUT: Das ist eine scholastische energetische Frage.
JOSCHKA: Ist keine energetische Frage, sondern es stellt ja auch in Frage, ob's überhaupt daran lag, daß die Kraft nicht gereicht hat. Vielleicht sind ja irgendwo Kopf und Herz diametral auseinandergelaufen. Vielleicht ist unser Kopf ja plötzlich sozialistisch geworden in einer Art und Weise, daß nur noch Quark rauskommen konnte.
REIMUT: Einverstanden.
JOSCHKA: Es gibt doch ein Interesse, das hier überhaupt nicht zur Sprache kommt, nämlich die unmittelbare Betroffenheit. In Vietnam war es *unsere* Generation, die gekämpft hat mit den USA, und das ging ganz nah an den männlichen Teil auch hier heran. Ich meine die Diskussion über die Ausweitung des Krieges, daß man selber da hineingezogen würde. Es gab ja auch mannigfaltige kulturelle Verbindungen zur US-Jugendkultur, zu allem, was sich da abgespielt hat. Du selber standest vor der Frage der Wehrdienstverweigerung, du hast mit den kulturellen Ausdrucksformen der Antikriegsbewegung, mit den Deserteuren und dem allen zu tun gehabt. Es gab eine direkte persönliche Betroffenheit. Es gab eine Verweigerung. Die Stärke dieser Bewegung in den USA war gerade die Weigerung der Kriegsgeneration, zu kämpfen. Das war absolute Stärke. Und das war es, was der Jugendkultur auch diesen Kick gegeben hat, in der Literatur, in der

Musik, überall. Da gab es ja die kollektiven Ausflipps, da hat das alles zusammengespielt, von der Uni bis zu den Beatniks, und das hat auch zu uns rübergespielt. Also die Bewegung ging wirklich vom Kiff bis zur strengen Politik, auch hier; der SDS war ja nur ein Aspekt davon und hat sich auch darin aufgelöst. Was ich sagen will: dieses Verweigerungsmoment, daß die einfach nicht kämpfen wollten und wir das richtig fanden und eigentlich auch nicht mehr mitmachen wollten, darin sehe ich den stärksten Aspekt dieser Bewegung. Das andere halte ich mittlerweise für Kopfschrott. Mit der sozialistischen Interpretation, Rupert, wenn du sagst, das sei für dich noch dahingestellt, oder so, da spielst du nämlich mit den Möglichkeiten der Machtübernahme, durchdiskutiert am Beispiel Vietnam . . .
(Heftiges Durcheinander)
RUPERT: . . . was die Vorhersehbarkeit betrifft, unter den Bedingungen der 60er Jahre: ihr seid ja auch der Meinung, daß es nur aufgrund von gedanklichen Fehlleistungen möglich war . . .
DANY: Nein, nein, nicht gedanklich; aber vielleicht mußten wir dahin kommen . . . Also, ich will nur die Frage beantworten, was ich unter radikalem Pazifismus verstehe. Meine These ist, daß der Krieg nicht durch den militärischen Sieg des Vietcong, der unmöglich war, beendet wurde, sondern daß er von der Jugend in Amerika gewonnen wurde. Als nämlich die amerikanische Gesellschaft gesehen hat, daß sich ihre Jugend dem Krieg verweigert und dem ganzen gesellschaftlichen System, stand mehr auf dem Spiel, als sich am Anfang des Krieges bezüglich der ökonomischen Bedingungen absehen ließ.
JOSCHKA: Die ganze Armee stand auf dem Spiel!
DANY: Die Armee und damit entscheidende gesellschaftliche Strukturen. Dieser Akt der Verweigerung hat die amerikanische Gesellschaft in eine Krise gestürzt, weil die Notwendigkeit, den Krieg fortzuführen, zu intensivieren, dadurch behindert war, daß nicht nur die amerikanische Jugend, sondern die Jugend aller westlichen Länder, der Metropolen, sich diesem Krieg verweigert hat. Und diese Verweigerung, die Summe der Demonstrationen, hat auch den Atomkrieg unmöglich gemacht. Das war die moralische Hürde, die nicht genommen werden konnte, denn die ganze westliche Welt wußte, das wäre der endgültige Bruch mit ihrer eigenen nachfolgenden Generation. Und deswegen meine ich, der ganze Schrott – was der Joschka mit »Kopfschrott« meint – der Identifikation, des Internationalismus, der sozialistischen Modelle und so hat was zu tun mit Beweggründen der (in Anführungsstrichen) Kader dieser Bewegung, während die, die den Krieg wirklich beendet haben, nämlich die Massen der jungen Leute, nur auf der Ebene der Verweigerung waren. Und jetzt kommt ein kompliziertes Problem, nämlich die Mobilisierung, die organisiert wird von Kadern – da hatte der Reimut vorhin recht –, denn diese massenhafte Verweigerung war ja

nicht spontan, so zack, plötzlich gingen alle auf die Straße, haben hallo, hallo gesagt, die Zeit der Verweigerung ist gekommen; sondern es hat eine Aktivität von Kadern gegeben, die eine politische Argumentation geliefert haben, gestützt auf eine legitime, berechtigte moralische Empörung . . .
REIMUT: Und auf eine Analyse . . .
DANY: . . . eine Analyse, die aber schon zweifelhafter war. Ich sag *berechtigt* und unterstreich das, denn – jetzt kommt eine Klammer, aber die ist wichtig: ich will in keiner Weise heute unser Engagement gegen die Amerikaner in Frage stellen, gerade das wird ja von uns gefordert, von der anderen Seite; wenn wir heute bestimmte Sachen in Frage stellen, die wir damals gesagt haben, dann sollten wir unser ganzes Engagement in Frage stellen, und – Klammer zu – darum geht es überhaupt nicht bei mir, sondern es geht darum, klarzumachen, daß die Protestbewegung eine Verweigerung war, eine Verweigerung angesichts einer Unmenschlichkeit des westlichen Systems, in dem wir leben, einer Unmöglichkeit zu leben, die wir täglich fühlten. Das war's, warum wir uns da verweigert haben. Während die Intellektuellen, die politischen Kader die Strategie verfolgt haben, am Beispiel Vietnams das Modell einer revolutionären Veränderung unter den Bedingungen des hoffnungslosen Unterlegenseins anzupreisen. Das hat viele Kader deswegen so angezogen, weil ihnen das eine gesellschaftliche Perspektive, eine gesellschaftliche Funktion gegeben hat, nämlich die des Berufsrevolutionärs. Und was sich damals – und das meine ich mit Machtbedürfnis – bei uns allen abgespielt hat, hat sich dann folgerichtig entwickelt in Fraktionen: Parteien, Gruppen, Zellen, Rote Armee Fraktion und und und das heißt: du kannst nicht die historische Verantwortung von uns nehmen, daß wir hinter dem Protest auch das Bewußtsein hatten, wir sind, um ganz banal zu reden, die zukünftigen Kader der revolutionären Veränderung hier in der Bundesrepublik, das historische Kostüm der vietnamesischen Revolution gibt uns die Legitimität.
Inwiefern hatte nun unsere Identifikation mit der vietnamesischen Befreiungsfront eine Wirkung, die mehr war als das Aufblicken zum großen Bruder, der so groß ja gar nicht war – es war in Wirklichkeit eher der kleine David, der den Goliath bezwang. Also: was hat die Identifikation – ob von Kadern geschürt oder nicht – für uns politisch bedeutet? Oder war's nur eine politische Ästhetik?
RUPERT: Du meinst die Frage, ob es gegenüber der historischen Erfahrung mit dem, was in der Sowjetunion und ihren Satelliten als Sozialismus bezeichnet wurde, eine unterschiedliche Wahrnehmung und konkrete Hoffnungen gab in bezug auf die Entwicklungen in China, Kuba oder Vietnam?
Ich meine Kuba, China, Vietnam usw. als Beispiele dafür, daß der Sozialismus etwas anderes sein kann, als der sogenannte »real existierende« uns

vormachte: Argumente für die hiesige Argumentation, vielleicht sogar Vorbilder für uns – was ja nur möglich war, weil man nicht soviel darüber gewußt hat oder, wie's vorhin anklang, nicht viel wissen wollte über die realen Vorgänge in diesen Ländern.

DIETRICH: Darauf hat der Dany gerade abgehoben, als er sagte, die schlechte Politisierung des Vietnam-Protestes habe darin bestanden, daß Kader aus derartigen Befreiungskämpfen Modelle für die Entwicklung hier beziehen zu können meinten. Aber ich glaube (ich kann mich täuschen), daß damals eine ganz andere Position viel verbreiteter war, nämlich die, wir könnten daraus zwar keine Modelle für unsere eigene Entwicklung beziehen, weder aus China noch aus Vietnam; aber wenn die sogenannten ersten Länder, als imperialistisches Bündnis, nicht mehr die Herrschaft über zweite und dritte Länder ausübten, weil die sich dagegen gewehrt haben, und zwar siegreich gewehrt haben, daß dann in den USA, in der Bundesrepublik, in den gesamten Metropolen Auseinandersetzungen anstünden, die die sogenannten sistierten Klassenkämpfe wieder manifest werden lassen, und daß hier unsere Aufgabe liegt. Und ich glaube, es war eine sehr verbreitete Auffassung, daß dem Imperialismus erst einmal seine Dritte-Welt-Basis entrissen werden muß, damit wir hier uns an die Arbeit machen können für etwas, wovon wir tatsächlich nicht so genau wußten, wie das dann konkret aussehen sollte, nämlich Sozialismus. Und ich glaube, daß dabei nun folgendes passiert ist: Wir sprechen über Internationalismus. Die klassische Formel für Internationalismus war »Proletarier aller Länder, vereinigt euch« . . .

DANY: Um Gottes willen!

(Lachen)

DIETRICH: Ich weiß nicht, ob du auf die moderne Form auch so reagierst. In der klassischen marxistischen Formel hieß es damals: es gibt ein objektives Interessenbündnis zwischen den Proletariern aller Länder, quer durch die Nationen, und was sich da in den 60er Jahren zeigte, war zwar nicht als proletarischer Widerstand zu bezeichnen, war aber erstens eine Identifikation von Teilen der Jugend mit Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und zweitens eine gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung in der Ersten Welt – ohne das ist die Ähnlichkeit des Widerstandes in USA, Japan, Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Holland gar nicht zu erklären. Zu dieser modernen Form von Internationalismus muß man nun zweierlei näher unter die Lupe nehmen: Bezüglich Vietnam und unserer Identifikation mit der vietnamesischen Revolution haben wir uns darüber getäuscht, wer wirklich Gegner ist. Wir meinten, der Kampf gegen die imperialistischen Vereinigten Staaten hätte den Gegner schon hinreichend bezeichnet. Und wir haben uns getäuscht bezüglich dessen, was an Macht freigesetzt wird im Zusammenhang einer siegreichen Revolution, daß da auf einmal ein

in Ansätzen neues imperialistisches Zentralkomitee die Herrschaft in diesem Raum anzutreten bereit ist. Wir haben uns aber noch nach einer anderen Seite, ja, vielleicht nicht getäuscht, aber es uns ein Stück zu einfach gemacht, nämlich – und das meinte ich am Anfang mit der Bemerkung, daß Vietnam für uns auch Stellvertreterfunktion hatte – wir sind durch die Identifikation, die sich in Form von Demonstrationen und allem Möglichen äußerte, wir sind mit dieser Orientierung auf Vietnam eigentlich ein bißchen dem ausgewichen, daß wir mit den USA auch die Bundesrepublik und diesen Staat hier meinten. Wir haben uns darin erschöpft, gewissermaßen die Vietnamesen gegen diesen Gegner für uns siegen zu lassen. Der Zusammenbruch der Protestbewegung, obwohl sie doch innenpolitisch jetzt immer mehr Anlässe für Protest geliefert bekam durch die Entwicklung der Bundesrepublik, dieser Zusammenbruch spricht für sich. Und ich denke, daß die Verweigerung, die der Dany meint, so zu etwas gänzlich Abstraktem geworden ist: die Auseinandersetzung mit der Entwicklung hier in diesem Land fand nicht mehr statt, die Möglichkeit zur Identifikation mit Bewegungen anderswo war nicht mehr gegeben, und das macht diesen Zustand heute aus, diese Dürre, dieses Sich-viel-zuviel-gefallen-Lassen und daß man eigentlich um die gesellschaftlichen Bedingungen des eigenen Lebens sich überhaupt nicht mehr bekümmert.

JOSCHKA: Offensichtlich ist das gar nicht das Problem, denn die Leute leben ja ganz gut, wenn sie sich überhaupt nicht darum kümmern . . .

DIETRICH: Joschka, da können wir jetzt ein bißchen spezifizieren, was vorhin mit Moral gemeint war . . .

JOSCHKA: Ich sag's mal plump und provozierend: vielleicht ist diese Unterdrückungssituation für die meisten gar nicht soo schlimm, die leben mit Problemen, die auf einer ganz anderen Ebene liegen als die gesellschaftlichen Bedingungen, die du beschreibst. Auch das Berufsverbot oder was es sonst ist, mein Gott, wen juckt's schon groß, außer wenn einer unmittelbar davon betroffen wird, und der verschmerzt's auch früher oder später.

DIETRICH: Damit hatte die Moral, von der du vorhin gesprochen hast, also bestimmte angebbare historische Bedingungen! Worin bestanden die in den 60er Jahren? Dieser Protest, diese Politisierungserfahrung ist doch nur vor dem Hintergrund des Faschismus zu verstehen, und ich glaube, daß der Begriff von Moral, den du gebraucht hast, sich wahrscheinlich beschränkt auf eine Generation, für die der Faschismus noch anderes und mehr bedeutete als für diejenigen, die heute in der Scene sind.

JOSCHKA: Ich will dir mal was sagen, Dietrich: das Problem an der ganzen Sache ist – du hast recht mit dem Faschismus, das ist heut ganz sicher nicht mehr das gleiche Problem wie in den 60er Jahren, aber wenn die Faschismuserfahrung einen Aufbruch, den Inhalt einer Moral erklärt, die wir hatten, so waren wir doch gleichzeitig auch wahnsinnig selektiv in der

Anwendung dieser Moral. Du hast ja der Bundesrepublik z. B. nicht die pragmatische Machtbasis zugebilligt, die du, bei einmal stattgefundener Identifikation, dem Vietcong total zugebilligt hast. Daß der von Moskau Waffen bezogen hat usw., das fanden wir alles richtig, auch wenn wir genau wußten, daß die Sowjetunion, was Machtpolitik und Unterdrückung angeht, der Bundesrepublik um einiges voraus war. Es ging ja um uns! Was ich gerne rauskitzeln würde, ist, daß es bei den Studenten und Kadern, die sich immer über das moralische Engagement auseinandersetzen mußten mit den Eltern, den Lehrern, den Staatsautoritäten, die alle noch irgendwo nazistischen Dreck an sich hatten, es flog ja auch alle paar Monate einer auf – daß es da eine Faszination gab in diesem Kampf, in dieser moralischen Solidarisierung, diesem Geschlagenwerden, Zurückschlagen und den andern Schlagen. Das war natürlich verbrämt in Analysen. Zugehauen haben die Analytiker ja wenig, die haben ihre Macht mehr analytisch ausgetobt. Ich könnte mich da an eindeutige Äußerungen von Krahl erinnern, der wirklich einen leicht schizophrenen Zustand gekriegt hat bei der Institutsbesetzung '68 hier in Frankfurt: die Faszination, etwas zu sagen zu haben, Anweisungen zu geben, Politik zu machen, über Macht zu verfügen, das kam doch da alles mit rein. Und was diese Moral in Wirklichkeit war: die großen Utopien, die wir reaktualisiert haben, Utopien, die für unsere Väter schon gestorben waren mit den Moskauer Prozessen und im Zweiten Weltkrieg, als der Stalinismus dann endgültig zu dem wurde, was heute die Sowjetunion ist – die wurden von uns nochmals aktualisiert, das begann mit den Auseinandersetzungen auf den SDS-Delegiertenkonferenzen und ging dann über Rudis große plebiszitäre Auftritte bis in die letzten Provinznester, und plötzlich war Marx wieder da und alles war wieder da von diesem ganzen Kopfproblem – das ersäuft gegenwärtig im südchinesischen Meer, ein für alle Mal. Das ist meine These, und was mich gegenwärtig interessiert, ist unsere Haltung dazu und unsere Verantwortung dafür.

RUPERT: Was Joschka da gesagt hat, stellt ja nochmals die Frage: Warum war damals der Boden für das Entstehen oder die Wiederbelebung von Utopien in unseren Köpfen soviel fruchtbarer als heute? Und damit auch die Frage: Warum Identifikationen mit den Befreiungsfronten in Südostasien, mit den Roten Garden in China, mit den Guevaristen in Lateinamerika damals, warum nicht heute in gleicher Weise Identifizierung mit entsprechenden Bewegungen, den Sandinistas oder im Iran? Nach meiner Erinnerung gab's damals so etwas wie eine Diskrepanz zwischen den Ostblockländern und den Bewegungen, von denen ich gesprochen habe, eine unterschiedliche Wahrnehmung im Sinne der Überzeugung, daß das, was in den Ostblockländern als Sozialismus ausgegeben wird, kein unabänderliches Gesetz ausdrückt: die Bewegungen in Südostasien, in China, in Lateinamerika sind sozusagen der historische Beweis dafür, daß es eine humane

Möglichkeit der Entwicklung zum Sozialismus gibt. Wenn ich daran denke, wie ich damals etwa die Kulturrevolution wahrgenommen habe – ob sich das später als richtig erwiesen hat oder nicht, ist eine ganz andere Frage –, nämlich als realen und auch ein Stück weit erfolgreichen Weg, humane rätedemokratische Prinzipien zu verwirklichen . . .

JOSCHKA: Wenn du das mit dem damaligen Leben in China vergleichst, dann merkst du doch, auf was für einen Kohl du da reingefallen bist!

RUPERT: Die Frage ist doch gar nicht, ob ich reingefallen bin oder nicht . . .

JOSCHKA: Wo dein Kopf draufgesprungen ist, warum du damals . . .

RUPERT: Trotzdem stelle ich mir die Frage, warum ich damals eine bestimmte Überzeugung gehabt habe, ohne gleich darauf einzugehen, ob diese Überzeugung jetzt so erledigt worden ist, wie du das gern hättest. Denn das ist eine ganz andere Frage.

REIMUT: Der Joschka will doch darauf raus, daß diese Räte-Idee die politische Projektion eines intrapsychischen Zustandes war. Die ungemein große Attraktivität der Idee von der Räte-Demokratie beruhte doch darauf, daß diese Räte-Idee die politische Projektion eines innerseelischen Zustandes war. Wir hatten, wie jede revolutionäre Bewegung, ein großes Bedürfnis nach einer harmonischen Weltvorstellung, nach einer Teleologie, obwohl wir das damals, als wenigstens subjektiv autonome Marxisten, gar nicht hätten haben dürfen. Wir hatten das Bedürfnis nach einer Utopie, auch wenn wir sie nicht so genannt haben. Jede Bewegung lebt affektiv auch von ihrer Utopie, nicht nur vom Haß – ohne Utopie ist kein Kampf möglich. Psychologisch ausgedrückt: Ohne Ich-Ideal ist keine Entwicklung möglich. Und weil wir nun, wenn schon nicht in der politischen Realität, so doch in unserem idealen Wesen, eine antiautoritäre Bewegung waren, so mußte dieses innere Wesen – das meine ich mit dem innerseelischen Zustand – eine geistige Gestalt annehmen: das war die Räte-Idee – irgendwann um 1966 herum in gewissermaßen ethno-revolutionärem Suchen ausgegraben, wurde sie plötzlich als *die* heiße Losung verkauft, an der sich alle Geister scheiden sollten. Als politische Bewegung ist es eben sehr schwer, immer auf der Negativität zu beharren, so wie wir es als antiautoritäre Bewegung hätten tun sollen. Darum Räte-Demokratie: das klang so schön antiautoritär und war doch zugleich eine immer passende positive Antwort auf die immer passende Frage der Bevölkerung: ». . . Und wie wollt Ihr es dann anders machen?«

RUPERT: Das ist aber mehrfach in der Geschichte der Menschheit passiert, daß solche Bedürfnisse ganze Kollektive ergriffen haben. Ich meine, das waren nicht die schlechtesten Momente in der Geschichte der Menschheit . . . Jetzt geht es erstmal um die Frage: warum gab es solche Identifizierungen damals, gerade im Zusammenhang mit dem Begriff Utopie, und es gab ja auch reale Modifikationen der klassischen Revolutionstheorie. Guck dir

doch mal etwa den Guevarismus an und was Debray dazu gesagt hat. Da gab es zumindest die Behauptung und, ich würde sagen, auch ein Stück weit die Praxis der Aufhebung, jedenfalls die Theorie der Aufhebung von politischen und militärischen Strukturen repressiver Art; etwa diese Focus-Theorie. Das gab's doch damals! Du tust so, Joschka, als ob du mal in den Keller steigst und ein Archiv öffnest und selbst gar keine Erinnerung mehr daran hättest. Aber das war doch etwas, was dich damals genauso bewegt hat wie mich.

JOSCHKA: Sicher.

REIMUT: Aber was der Joschka vorhin gemeint hat mit dem Kopfschrott, das ist doch, denk ich, unter anderem das Festhalten an damals berechtigten Illusionen, z. B. Rätedemokratie. Wenn man die heute noch gewissermaßen intellektualisierend verteidigt, dann . . .

RUPERT: Daß ich heute weiß, daß die Kulturrevolution nicht das ist, als was ich sie damals wahrgenommen habe, ist ja geschenkt!

REIMUT: Aber das muß doch Konsequenzen haben.

RUPERT: Natürlich hat das Konsequenzen, aber ich kann doch nicht so tun, als ob es zwischen 1968 und 1979 nicht historische Prozesse in China gegeben hätte, aus denen ich etwas lernen kann. Mich regt hier so auf diese unhistorische Betrachtungsweise. Ihr sitzt so da und sagt, wir haben damals nur gedankliche Fehlleistungen produziert. . . Seht das doch mal historisch!

DANY: Wenn wir's nur historisch gesehen hätten, lieber Rupert! Damals haben wir es leider nicht. Da haben wir wirklich jeden Satz als so stehend in der Geschichte genommen und gesagt, jawohl, das ist der Satz.

DIETRICH: Dann war's also nicht Kopfschrott, sondern Gefühlsschrott, wenn schon Schrott: weil nämlich unsere Identifikationsbereitschaft unseren Kopf erschlagen hat? Wenn ich eure Argumente jetzt zusammennehme, muß ich zu dem Resultat kommen: Wir haben uns zu sehr unserer Identifikationsbereitschaft überlassen und zu wenig dabei nachgedacht, zu wenig analysiert. Und dann kommt ihr aber gleichzeitig heute hier an und bringt die große Propaganda, sich von analytischen Positionen zurückzuziehen!

JOSCHKA: Nein, jetzt heb uns doch nicht da drauf, daß wir antiintellektualistisch sind! Mythen sind natürlich Identifikationspunkte psychischer Art, aber da standen ja Analysen dahinter. Der Marcuse z. B. hat '68 einen Eiertanz aufgeführt mit seinen Analysen, als das Proletariat plötzlich in Frankreich wieder auf dem Trapez war – vorher waren es die Unterdrückten und Beleidigten, diffuse Subjekte, da standen wir ja alle drauf. Wir haben uns schon von unseren Bedürfnissen her unsere Mythen ausgesucht und die dann auch im Kopf entsprechend begründet und verankert. Was ich nur sagen will: diese Bewegung hatte meines Erachtens ihren wertvollsten Ausdruck nicht auf dieser Kopfebene, da war sie unendlich unproduktiv,

sondern wo sie nicht mit dem Kopf gearbeitet hat, ob in der Musik oder in anderen Ausdrucksformen; aber auf der analytischen Ebene war sie eigentlich unendlich wiederkäuend. Ich meine, wir alle haben damals in einer Art und Weise gelebt, die mit dem, was wir uns erträumt und vorgestellt haben, überhaupt nicht in Einklang stand, sondern unser Leben, wie wir es praktisch geführt haben, war dem diametral entgegengesetzt, auch unseren Bedürfnissen. Unsere Existenzform wäre unter den Bedingungen des kämpfenden realen Sozialismus sofort negiert, eliminiert worden, physisch, weil wir als Störenfriede aufgetreten wären. Worum es mir geht, ist genau dieser fast schon an Schizophrenie grenzende Widerspruch, der nicht nur den Kopf und den Körper trennt, sondern quasi beides halbiert hat. Das ist für mich die Ursache dafür, daß ich auf etwas reingefallen bin, ganz persönlich, ich empfinde das als reingefallen.

RUPERT: Joschka, da muß ich mal ganz manifest widersprechen. Wenn du behauptest, daß du nie in deiner Existenz so wenig identisch mit deinen Wünschen, Bedürfnissen und Interessen gewesen bist wie in der Zeit damals, und daß du jetzt in der Rückschau den Eindruck hast, dich selbst geduckt zu haben, dann kann ich nur sagen, du bist nicht repräsentativ für die Mehrheit derjenigen, die sich an jener Bewegung beteiligt haben.

REIMUT: Ich glaube, da täuschst du dich, Rupert.

RUPERT: Ich kann ja nur für mich sprechen, aber ich würde sagen, für jemanden mit meinen Erfahrungen bis '66/67, nämlich als Jurastudent in der Konfrontation mit Ausbildungsstrukturen und Ausbildungsinhalten, die sozusagen immer aus Heuchelei, schlechter Bürgerideologie und unmittelbaren Unterdrückungserfahrungen im Ausbildungsapparat bestanden haben, vor *dem* Hintergrund war der Organisationsprozeß und die Teilhabe an der praktischen Solidarisierung ein durchaus befreiendes Moment, und ich meine, daß man jetzt nicht so tun soll, als sei das die tristeste Erfahrung im Leben gewesen.

DIETRICH: Ich glaube, ich verstehe Joschka noch nicht ganz. Du sagst, daß damals z. B. von Marcuse Interpretationsmuster vorgelegt wurden, die in traditioneller Sichtweise neue Phänomene zu verarbeiten versucht haben, und daß das falsch war.

JOSCHKA: Ja, '68 waren sie kaputt. Hat niemand mehr interessiert.

DIETRICH: Aber du kannst nicht bestreiten, daß wir das aufgenommen haben und versucht haben, damit zu arbeiten, z. B. mit der Randgruppentheorie, die ist ja auch praktisch geworden. Das hatte doch den Grund, daß diejenigen, die an dieser Bewegung beteiligt waren und es heute noch sind, zweierlei ganz klar gesehen haben: Ein auch nur halbwegs befriedigendes Leben zu führen auf privatem Wege ist eine Unmöglichkeit, man findet keine Schlupflöcher zum Überwintern, und es gibt außerordentliche Probleme, in kollektiver Anstrengung einen Weg zu finden, um mit den

angebbaren Bedingungen dieses verstümmelten Lebens fertig zu werden; mit den *angebbaren* Bedingungen, es ist ja nicht so, daß wir dazu nichts zu sagen hätten, woher das kommt. Insoweit würde ich an analytischen Einsichten, die wir da gewonnen haben, immer noch festhalten: daß das auch etwas mit dem Kapitalverhältnis hierzulande zu tun hat. Und eigentlich waren wir von Anfang an, seitdem sich diese Bewegung entwickelt hat, auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt, also nach Menschen, die fähig und bereit wären, zusammen mit uns den Kampf zu organisieren. Mit dieser Sichtweise sind wir um den ganzen Globus rum . . .

JOSCHKA: Jetzt sind wir wieder bei uns.

DIETRICH: Jetzt sind wir wieder bei uns angelangt. Aber deswegen unser Urteil über die Existenzlage, unter der wir leben, und die daraus entspringenden Motive, uns überhaupt auf die Suche gemacht zu haben und immer noch auf der Suche zu sein, infragezustellen, halte ich für unmöglich. Damit stellst du dich selbst infrage. Wenn ich aber auf der Suche bin, erprobe ich dauernd Interpretationsmuster, versuche ich mich zu verständigen über die gesellschaftliche Lage, versuche ich auch ein Stück weit analytisch vorzugehen. Auf Widerruf freilich. Und ich meine, damals in der Situation sprach ja einiges für den Marcuse, der wurde ja nicht am Schreibtisch widerlegt, sondern durch einen unvorhersehbaren Prozeß. Was sind daraus für Konsequenzen zu ziehen? Doch nicht die Konsequenz, diese Anstrengung aufzugeben, weil sie ständig – so habe ich dich verstanden – in Gefahr ist, einzumünden in Illusionen!

JOSCHKA: Ich will eine Selbstkritik, damit diese Anstrengung weitergehen kann. Ich will eine Abkehr von allen Illusionen, die man sich gemacht hat, und dafür ist der Antiimperialismus das beste Beispiel, weil er so eine zentrale Bedeutung hatte. Und die Selbstkritik wird auch schon massenhaft vollzogen: Für Persien mobilisiert sich niemand mehr, für Nicaragua auch nicht.

DIETRICH: Aber Joschka, was hat das um Himmels willen mit Selbstkritik zu tun, was jetzt zu beobachten ist? Das ist doch etwas Begriffsloses, was sich da abspielt, das hat doch nicht die Form einer Selbstkritik!

DANY: Das stimmt nicht. Für mich ist radikale Selbstkritik oder die radikalste Position heute dies: von den real existierenden sozialistischen Ländern und den real kämpfenden Parteien erwarte ich mir nur eine reale Unterdrückung aufgrund der geschichtlichen Erfahrung, die wir gemacht haben. Auch wenn sie im heroischen Kampf gegen den Imperialismus stehen. Es gibt Auseinandersetzungen, die kriegerisch ausgetragen werden müssen; kriegerisch heißt aber immer, daß irgendwelche Massen den Krieg führen müssen, und es ist klar, daß sie in diesen Kriegen und dem, was dabei herauskommt, die eine Unterdrückungsherrschaft gegen eine andere Unterdrückungsherrschaft eintauschen, so daß meine Position nicht eine takti-

sche Solidarität mit einer der beiden Unterdrückungsherrschaften sein kann. Auf heute projiziert, und um es mal anders herum zu sagen: die Solidarität mit den im südchinesischen Meer sterbenden Vietnamesen, die aus Vietnam fliehen wollen, 40 Prozent davon ertrinken, oder mit den Kambodschanern, die von Thailand zurückgeschickt werden auf die Felsen, wo sie warten, bis sie in den Abgrund stürzen, diese Solidarität wird nicht zur Konsequenz haben eine Solidarität mit der westlichen Welt. Ich wähle jetzt nicht praktisch die umgekehrte Stoßrichtung. Um die Solidarität mit den Opfern des imperialistischen Völkermordes am vietnamesischen Volk: darum ging es damals oder hätte es eigentlich gehen müssen, nicht um die Solidarität mit einer politischen Bewegung wie der des Vietcong. Diese Solidarität mit den Opfern haben wir untergeordnet oder haben mit ihr zugleich ein politisches System verkauft. Und heute passiert im Grunde von der anderen Seite her genau das gleiche: Wir sollen jetzt nicht nur *mea culpa* sagen, sondern angesichts der Greuel, die sich im Moment aufgrund der weltpolitischen Begebenheiten in Vietnam/Kambodscha abspielen, sollen wir, weil wir emotional, weil wir sentimental, weil wir moralisch berührt sind, diese moralische Betroffenheit koppeln mit einer Bejahung des westlichen Systems. Das ist das Rückspiel zu dem, was vor zwölf Jahren begonnen wurde. Und ich meine, die Lehre, die wir daraus ziehen müssen, ist, daß es aufgrund der Machtverhältnisse verdammt schwer ist, eine autonome Position zu finden. Eine moralische Position, die nicht mehr selektiv ist.

DIETRICH: Und die dennoch etwas an den Verhältnissen ändern will?

DANY: Das kommt jetzt. Die Verhältnisse ändern . . .

DIETRICH: Für dich ist das dann doch auch ein Mythos!

DANY: Nein, nein, das ist kein Mythos. Die Verhältnisse ändern heißt nicht, eine neue Macht wieder herstellen. Die Verhältnisse ändern heißt, aufgrund der Geschichte, die wir gelernt haben: Macht zersetzen, Macht verunmöglichen; sich aber auch selber der Macht verweigern. Das ist für mich der Lernprozeß aus zehn, elf Jahren: mich jedesmal als alternative Macht verweigern. Wenn etwas geschichtlich entscheidend verändert wird, dann durch Auflösung von Macht und nicht durch die taktischen Winkelzüge einer Gegenmacht; durch eine radikale Verweigerung der Macht. Was das für politische Konsequenzen hat, kann ich dir hier jetzt nicht aus dem Ärmel schütteln.

DIETRICH: Ich stimme euch zu: unsere Solidarität mit den Opfern gesellschaftlicher Machtverhältnisse war und ist noch immer nicht radikal genug, obwohl unsere Selbsterhaltung diese Radikalität gebietet. Ich kann daraus aber nicht die Konsequenz ziehen, mich im nachhinein von der Form zu distanzieren, in der in Vietnam die Opfer Widerstand geleistet haben, nämlich als damals in der Zusammensetzung durchaus heterogener Viet-

cong. Konsequenz müßte vielmehr sein, unsere Form unter unseren spezifischen Bedingungen so zu finden, daß die sich ausweitenden ökonomischen und staatlichen Machtstrukturen überwunden und die Menschenrechte endlich als wirklich unverletzliche garantiert werden können. Ihr sagt, das sei illusionär, weil nur neue Macht entstünde. Aber bleibt uns anderes übrig? Die Entwicklungstendenz dieser Strukturen ist autoritär, destruktiv, barbarisch und nicht eine der Selbstabschaffung. Ein Widerstand, der sich im einfachen Haben einer moralischen Position erschöpft, der sich auf Machtdiffusion durch individuelle Verweigerung beschränkt, kann – abgesehen davon, daß seine materiellen Voraussetzungen zunehmend gefährdet sein werden – in diesem Lande sich eines Tages durchaus in neuen Lagern wiederfinden. Es steht uns nicht frei, auf die befreiende Wirkung massenhafter Verweigerung einfach zu hoffen. Wir müssen die Verwirklichung dieser Hoffnung in genauer Kenntnis der strukturellen und institutionellen Widerstände auch nüchtern arbeitend organisieren. Ja, Organisierung um unserer Selbsterhaltung willen, insofern auch Gegenmacht.

RUPERT: Es bleibt doch immer das Problem, was es heißt, als historisch handelndes – individuelles oder kollektives – Subjekt quasi aufzugeben und das, sei es mit dem Stichwort Verweigerung oder mit einem anderen Stichtwort, zur politischen Strategie zu machen. Ich würde sagen, es bedeutet gleichzeitig den Verzicht auf jede bewußte Intervention.

REIMUT: Es läuft doch wieder darauf hinaus, daß ihr gewissermaßen mit der Stärke des Gegners dafür argumentiert, daß auch wir machttaktische Kalküle eingehen müssen, und das ist der entscheidende Punkt, die entscheidende Kontroverse, wo der Dietrich fast betroffen fragt: was hier im Moment los ist, das ist doch kopflos, das ist doch so dürftig, was da an Widerstand läuft, diese letzten fünf, sechs Jahre. Und da sagen der Dany und der Joschka, das ist der Prozeß der kollektiven kritischen Infragestellung des Machtkalküls, und kollektive Prozesse gehen manchmal über fünf oder zehn Jahre . . . Nun könnte man sagen, daß nicht alles, was politisch an Neuorientierungen passiert, jedes Jahr auf den Begriff gebracht werden und in Worte faßbar sein muß. Die entscheidende Frage ist, was jetzt als Alternativbewegung, überhaupt an politischer Bewegung existiert. Passiert gerade eine neue Mythenbildung, oder ist der Prozeß, der jetzt relativ unüberschaubar und kopflos abläuft, nicht ein Prozeß der Neubesinnung und Neuorganisierung einer Bewegung, der vielleicht viele Jahre dauert?

Aufnahme und Redaktion: Karl Markus Michel

Anmerkungen der Redaktion

Søren Clausens Text ist eine Übersetzung seines Artikels »En battur nedover Yangtze Kiang«, der in der norwegischen Zeitschrift *kontrast* Nr. 3/4 1979 erschien. © Søren Clausen.

Tilman Spengler, geb. 1947, studierte Sinologie und Sozialwissenschaften. Von 1972 bis 73 arbeitete er am Londoner Contemporary China Institute. Seit 1975 ist er Mitarbeiter des Starnberger Max-Planck-Instituts; Arbeitsgebiet: Wissenschaftsgeschichte des klassischen und Wissenschaftspolitik des modernen Chinas.

Erich Wulff, geb. 1926, arbeitet an der Psychiatrischen Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover. 1968 veröffentlichte er unter dem Namen Georg Alsheimer das Buch *Vietnamesische Lehrjahre. Sechs Jahre als deutscher Arzt in Vietnam 1961–1967*. Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um Auszüge aus der Erstfassung des Tagebuches über seinen Besuch in Saigon, Hué und Danang, das im Oktober unter dem Titel *Eine Reise nach Vietnam* als suhrkamp taschenbuch 628 erscheinen wird.

Gilles Mancerons Text ist die zweite Hälfte seines Artikels »Chine – Viêtnam: les racines historiques du conflit«, aus: *Temps Modernes* Nr. 395, Juni 1979.

Stephen Heders Text ist der Schlußteil seines Artikels »Kampuchea's Armed Struggle; The Origins of an Independent Revolution«, der 1979 in Vol. 11, Nr. 1 des *Bulletin of Concerned Asian Scholars* erschien.

Noam Chomskys und Edward S. Hermans Text ist eine Übersetzung der Einleitung zum 2. Band ihres Buches *The political economy of human rights*, das demnächst bei South End Press, Boston erscheinen wird.

Dossier Kambodscha/Kampuchea: der Text von *Lek Hor Tan* ist erschienen in *index on censorship* Vol. 8, Nr. 1, Jan.–Febr. 1979. *David Boggetts* Text stammt aus: *Economic and Political Weekly*, Bombay, Mai 1979. *Ben Kiernans* Texte sind bisher unpubliziert.

Tom Nairn geb. 1932, ist Mitarbeiter am Amsterdamer »Transnational Institute« und Mitherausgeber der *new left review* in London.

Detlev Claussen, geb. 1948, studierte Philosophie, Soziologie und Germanstik. 1978 promovierte er über »List der Gewalt. Zur gesellschaftstheoretischen Analyse sozialrevolutionärer Gewalt«.

Peter Neitzke, geb. 1938, ursprünglich Architekt, gegenwärtig Verlagslektor. Lebt in Köln.

Zu Kursbuch 56 / Unser Rechtsstaat: Wegen zu großer Vertrautheit mit der Materie haben alle Beteiligten den schwerwiegendsten Tippfehler in der Geschichte des *Kursbuch* übersehen. Auf Seite 7 unten geht es nicht etwa um kriminelle Abtreibung (§ 219), sondern um kriminelle Vereinigung (§ 129).

Kursbuch 58 Karrieren *Dezember 1979*

Der Karrierebegriff ist heute längst nicht mehr so selbstverständlich wie einst, als einem die Laufbahn fast vom Laufstall an vorgezeichnet war. Wann hat es einer geschafft? Was hat ihn das gekostet? Was hat es andere gekostet?
Die Gewinn- und Verlustrechnung der sozialen Mobilität scheint durcheinandergeraten zu sein. Die psychischen Auswirkungen sind schon mit Händen zu greifen, ob sie nun als Leistungsverweigerung oder als midlife crisis oder sonstwie sich äußern.
Kursbuch 58 will weniger eine Phänomenologie heutiger (positiver und negativer) Karrieren liefern als den Kosten von Karrierevollzug und Karriereverweigerung nachgehen.

Freibeuter 1

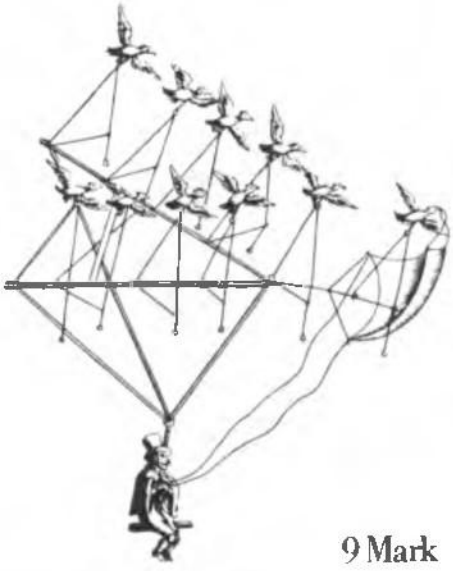
Eintritt frei
Ernst Köhler Zaghafte Einwände gegen den linken Pessimismus
Jean Baudrillard Im Schatten der schweigenden Mehrheiten
Peter Brückner Über Zivilcourage am unsicheren Ort
Alfred Sohn-Rethel Die kochende Volksseele
Italo Calvino Interview mit dem Neandertaler

Thema: Auseinandervereinigung. Bitte weitergehen!
Wo sind wir zuhause? Gespräch mit *Stephan Hermlin*
Alexander Kluge Das Politische als Intensität der Gefühle
Carl Amery Bericht über die deutschen Staaten
Lienhard Wawrzyn Berlin Ostwest. Eine Stadtrundfahrt
Thomas Schmid Die Flugbahn des spitzen Hutes

Blick zurück nach vorn
Drei Texte über Auschwitz Paul Celan. Alexander Kluge. Peter Weiss. – Mit Kommentaren

Texte und Zeichen
Giorgio Manganelli Vier Romane in Pillenform
Franz Fühmann Der Haufen. Satire auf den Satz Sorites
Meret Oppenheim Geist und Gefühl als seltsame Züchtung

Spielplatz
Angst vor Fleisch.
Zum Beispiel Dietrichkeit.
Aktschluß.
Drucker als Zwangsleser?



Freibeuter / Wagenbach 9 Mark

Eine neue Vierteljahreszeitschrift für Kultur und Politik:
Fragen Sie Ihren Buchhändler. Oder fragen Sie uns:

Wagenbach

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Die Lateinamerika-Nachrichten bringen monatlich:

Dokumente, Berichte und Analysen über Wirtschaft und Politik, Repression und Widerstand in Chile und anderen Ländern Lateinamerikas, über die Beziehungen zwischen der BRD und Lateinamerika, sowie über die internationale Solidaritätsbewegung.

Jahresabonnement 30,– DM; Vorauszahlung auf das Sonderkonto des Komitees „Solidarität mit Chile", Elfriede Kohut, Postscheckkonto Nr. 380087–108, PschA Berlin-W.; Kennwort: Neu-Abo

LATEINAMERIKA – NACHRICHTEN
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 313 50 65

ATTICA VERLAG

Philip Agee
CIA INTERN
Tagebuch 1956-1974

Attica Verlag

520S., DM 24,80

„Nichts wird ausgelassen – Agee gibt alle Namen und Operationen preis.
Der bislang vollständigste Bericht über CIA-Aktivitäten im Ausland. In fast jeder Zeile enthüllt sich dem entsetzten Leser das Spinnengewebe von Betrug, Heuchelei und Korruption, mit dem die US-Außenpolitik ganz Lateinamerika überzogen hat."

Einen kostenlosen Verlagsprospekt erhalten Sie bei:
Attica Verlag, Osterstr. 122, 2 Hamburg 19

sozialistisches INFO
OSTEUROPAKOMITEE

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Berichte, Dokumente von und über die linke Opposition in Osteuropa und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder zu veröffentlichen.

INFO 36: Themenschwerpunkt „Frauen in Osteuropa" (Polen, CSSR, Rumänien, UdSSR); Polen: Opposition unter Arbeitern; CSSR: Verhaftung von Charta 77-Sprechern; u.a.

DM 2,00

INFO 37: Sowjetunion: Natschajewa, Linke Opposition in Leningrad 1979 / Gespräche mit Alt-Bolschewiki; Agnes Heller (Ungarn): Fetischismus und Entfremdung; CSSR: Repression gegen die Charta 77.

DM 2,00

Bezugsbedingungen: Alle Bestellungen an das Sozialistische Osteuropakomitee, Postfach 2648, 2000 Hamburg 13; die Lieferung von Einzelheften erfolgt nach Vorauszahlung (Heftpreis + Portoanteil von DM 0,40); Jahresabonnement: DM 20,- (6 Hefte + 1 Sonderheft); Überweisungen: Postscheckkonto Hamburg Nr. 531 73-206, Peter Offenborn, Sonderkonto, 2000 Hamburg 19.

Zwischen
Zwei Kriegen

Film von Harun Farocki
Beschrieben und protokolliert
von Peter Nau
Mit 68 Abbildungen
Erschienen im
Verlag Filmkritik
München

Herausgegeben von Basis-Film Verleih, Berlin, und Filmkritiker Kooperative, München. 80 Seiten. Zu beziehen von Basis-Film Verleih GmbH gegen Vorausüberweisung von DM 5 + 1,20 (Versandspesen) auf deren Konto: PSchA Bln-W 3811 98-107.

Rotbuch

Was gibt's Neues?

P. Kammerer/E. Krippendorff

Reisebuch Italien

Über das Lesen von Landschaften und Städten

Rotbuch 209 · 192 Seiten · DM 9 (8)

Die beiden Autoren – sie leben schon viele Jahre in Italien – erkunden mit Fahrrad, Schiff, Auto und zu Fuß die Städte Turin, Bologna, Vendig und Florenz und die Landschaften der Toscana, Siziliens und der Po-Ebene.

Franca Rame und Dario Fo

Nur Kinder, Küche, Kirche

Dario Fo

Mamma hat den besten Shit

Zwei Stücke und ein Bericht über Franca Rame

Rotbuch 202 · 192 Seiten · DM 10

»Nur Kinder, Küche, Kirche«: Frauen aus verschiedenen Klassen und Schichten treten da auf, in der Widersprüchlichkeit ihres Denkens und Fühlens, bei ihren mißglückten oder gelingenden Befreiungsversuchen. »Mamma hat den besten Shit«: Baut Mamma in der Küche Marihuana an und raucht es mit Opa? Eine echte Klamotte von Dario Fo, der das Drogenproblem auf seine Weise verarbeitet.

Fred Halliday
Iran

Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg

Rotbuch 203 · 320 Seiten · DM 16 (15)

Fred Halliday untersucht die Inneren Widersprüche des iranischen »Entwicklungsmodells« und seine außenpolitische Überforderung, besonders in der Zeit der nun zur Neige gehenden Epoche des Ölzeitalters. Er analysiert nicht nur die objektiven Gründe für das Scheitern des Schah-Regimes, sondern auch die Vielfalt und die Interessengegensätze der anderen antimonarchistischen Kräfte, die die Zukunft des Landes bestimmen werden.

Otto Ullrich
Weltniveau

In der Sackgasse des Industriesystems

Rotbuch 207 · ca. 160 Seiten ca. DM 9 (8)

Können wirklich die industriellen Produktivkräfte, die das Kapital entwickelt hat, zur Grundlage einer Gesellschaft werden, die den von Marx vorgeprüften Namen einer freien Assoziation der Individuen verdiente?

PROKLA 35:

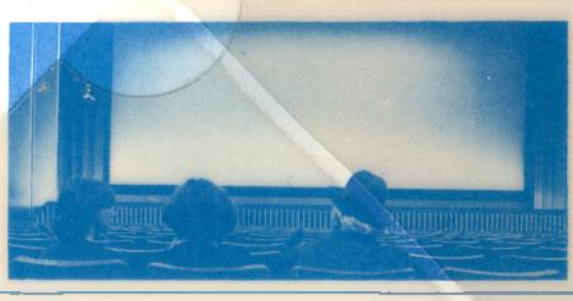
Neue Phase der Gewerkschaftspolitik?/ Zur Entstehung des Stalinismus

192 Seiten · DM 9 (8)

Frauen und Film 20:

Mütterbilder

56 Seiten · DM 5



Technologie und Politik

Herausgegeben von Freimut Duve

Das Magazin zur Wachstumskrise

Ein kritisches, vierteljährlich erscheinendes Periodikum in Taschenbuchformat. Herausgegeben von Freimut Duve. Beratung: Ulrich Albrecht, André Gorz, Ivan Illich, Joachim Israel, Joachim Steffen und Ernst von Weizsäcker

Heft 2:
Illichs Thesen zur Medizin in der Kritik/Marxisten und die Grenzen des Wachstums
Mit Beiträgen von:
S. Bellow/
K.W. Deutsch/
W. Harich/A. Gorz u.a.
(1880/DM 6,80)

Heft 3:
Welthungerkatastrophe und Agrarpolitik
Mit Beiträgen von:
J. Strasser/
Ch. Levinson/
E. Brown-Weiss/
J. Israel/U. Heierli u.a.
(1942/DM 6,80)

Heft 4:
Rüstungs-Technologie
Mit Beiträgen über:
Waffenexport/Atomenergie u. Verbreitung von Atomwaffen/Literatur- und Forschungsführer u.a.
(1945/DM 6,80)

Heft 5:
Kartelle in der Marktwirtschaft
Mit Beiträgen von:
Bodenstein/Leuer/
H. Brandt/H. Ostermeyer u.a.
(4007/DM 6,80)

Heft 6:
Technologiepolitik in Lateinamerika
Mit Beiträgen von:
K. Offe/W.D. Narr/
J. Banka/C. Amery/
H. Schwember u.a.
(4066/DM 7,80)

Heft 7:
Brokdorf/Unterelbe/Kernenergie
Mit Beiträgen von:
O. Seeber/
W. Schluchter/
G. Altner/H. Baitsch/
D. von Ehrenstein/
E. von Weizsäcker u.a.
(4121/DM 7,80)

Heft 8:
Die Zukunft der Arbeit 1
Mit Beiträgen von:
J. Steffen/F. Fröbel/
J. Heinrichs/O. Kreye/
W. Bierter/E. von Weizsäcker/O. Ulrich/
A. Gorz u.a.
(4184/DM 7,80)

Heft 9:
Energiebedarf, Sicherheit und Arbeitsplätze/Nuklearе Bewaffnung
Mit Beiträgen von:
Miettinen/ I. Illich/
Grafstein/Friedmann
u.a. (4189/DM 8,80)

Heft 10:
Die Zukunft der Arbeit 2
Mit Beiträgen von:
H. Arendt/G. Friedrichs/O. Ulrich/
U. Beck/M. Brater/
I. Illich/Ch. u.E. von Weizsäcker u.a.
(4265/DM 6,80)

Heft 11:
Sanfte Technik
Mit Beiträgen von:
G. Kunze/R. Jungk/
J. Frey/W. Martin/
M. Lohmann/
N.R. Müllert u.a.
(4273/DM 7,80)

Heft 12:
Die Zukunft der Ökonomie 1
Mit Beiträgen von:
F. Duve/E.J. Mishan/
C. Leipert/K. Traube/
W. Leiss u.a.
(4280/DM 8,80)

Heft 13:
Alternativenergie konkret
(4440/DM 7,80)

Heft 14:
Verkehr in der Sackgasse –
Kritik und Alternativen
(4531/DM 9,80)